

Doktorand_innen
Jahrbuch 2016

WORK IN PROGRESS MOBK ON BPOCKE??

Nationalismus Armchair Anti-Racism (Un)Sicherheit Biografie Finanzkrise
Arbeitslosigkeit **Krise** Ecuador Steuerhinterziehung Postkolonialismus
Geschichte von »unten« Geschlechtsverstaatlichung Japan Marx Obszönität
Sicherheitsfetisch Sozialforschung **Transformation** Streiksolidarität
Sexperformance Bohème Lesbian Community Gruppenexperiment Venezuela

Beiträge kritischer Wissenschaft

Herausgegeben von
Marcus Hawel &
Herausgeber_innen-
kollektiv

WORK IN PROGRESS. WORK ON PROGRESS
Doktorand_innen-Jahrbuch 2016 der Rosa-Luxemburg-Stiftung

**WORK IN PROGRESS.
WORK ON PROGRESS.**

Beiträge kritischer Wissenschaft

Doktorand_innen-Jahrbuch **2016**
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Herausgegeben von Marcus Havel

Herausgeber_innenkollektiv:
Sibille Merz, Maria Tsenekidou, Sascha Wölck
und Corinna Marie Wolff

www.vsa-verlag.de

www.rosalux.de/studienwerk

Die Doktorand_innen-Jahrbücher 2012 (ISBN 978-3-89965-548-3), 2013 (ISBN 978-3-89965-583-4), 2014 (ISBN 978-3-89965-628-2) und 2015 (ISBN 978-3-89965-684-8) der Rosa-Luxemburg-Stiftung sind ebenfalls im VSA: Verlag erschienen und können unter www.rosalux.de als pdf-Datei heruntergeladen werden.



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2016, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-89965-738-8

Inhalt

Einleitung: Krise und Transformation 9

ZUSAMMENFASSUNGEN 21

ERKENNTNISTHEORIE UND METHODIK

Sebastian Schönemann

Vom Gruppenexperiment zur dokumentarischen Methode 29

Geschichte und Bedeutungswandel des
Gruppendiskussionsverfahrens

Svenja Bromberg

Theorising Politics and Ideology »After« Marx 39

ARBEIT

Nelli Tügel

Vom wilden Streik zur »Menschenwürde« 57

Die Debatte um »Arbeit« und »Würde« im Zusammenhang
mit dem *Stora Gruvstrejken* in Schweden 1969/70

Anna Lucia Jocham

Klassenbewusste Solidarität mit Arbeitslosen? 72

Die biografische Kontextualisierung sozialer Einstellungen
gegenüber arbeitslosen Menschen

POLITISCHE ÖKONOMIE

Stephanie Bremerich

Berufsjugend in der Krise 87

Armut und Abweichung in Joachim Lottmanns
Roman *Der Geldkomplex*

Timm Benjamin Schützhofer Keine Petrodollars, kein Wachstum, kein Handlungsspielraum?	103
Herausforderungen für Ecuadors Fiskalpolitik am Beispiel der Erbschaftssteuer	

TRANSFORMATION VON STAATLICHKEIT

Martin Schröder »Colonicemos con el Indio«	123
Die Anfänge staatlicher Indigenen-Politik in Venezuela und die Comisión Indigenista Nacional	

Anika Baunack Die moralische Nation	140
Zur Aktualisierung des deutschen Nationaldiskurses im europäischen Kontext	

Anna Kern Konjunkturen von (Un-)Sicherheit	153
Materialistische Begriffsarbeit zur Sicherheitspolitik	

KÖRPER – MACHT – IDENTITÄT – GENDER

Sandra Beyer Von Heldenmüttern zu Staatsbürgerinnen	165
Die erste japanische Frauenbewegung (1919-1941) und ihre Wege in den Faschismus	

Kai Linke Glossing over the Racist Bits	181
Alison Bechdel's <i>Dykes To Watch Out For</i> as a Post-Racial Vision of Lesbian Community	

Lea-Sophie Schiel Das Theater des Obszönen	193
Oder: das Lust-Wissen von Live-Sex-Shows	

NACHWORT

Marcus Havel

**Concerning patriotism and universalism in the
humanities and culture in Germany and Europe** 209

AUTOR_INNEN & HERAUSGEBER_INNEN 225

**VERÖFFENTLICHTE DISSERTATIONEN VON STIPENDIAT_INNEN
AUS DEN JAHREN 2015-2016** 231

REGISTER »WORK IN PROGRESS« 243

Einleitung: Krise und Transformation

Die aktuellen Verflechtungen und historischen Entstehungsbedingungen von Krisendynamiken und gesellschaftlichen Transformationsprozessen durchziehen als roter Faden die Beiträge des vorliegenden Jahrbuches auf verschiedenen Ebenen. Krise und Transformation sind Begriffe, die derzeit ständig zu kreisen scheinen: Krise der..., Krise des..., Krise von..., Krise durch... Wer kriegt da nicht die Krise? Wirken die zahlreichen Krisendiskurse mittlerweile nicht auch abstumpfend? Je mehr von Krise die Rede ist, desto weniger scheint klar zu sein, welche historischen Bedingungen, strukturelle Ursachen, politische, ökonomische, kulturelle und psychosoziale Wechselwirkungen hinter dem stehen, was unter den Schlagwörtern Krise und Transformation erlebt wird. Und doch sind es mehr als soziologische oder mediale Diskurshülsen, mehr als Modeworte. Krise ist zum einen bekanntlich kapitalistischer »Normalzustand«. Zum anderen weisen die verdichteten Krisenkonstellationen und ihr aktuelles geballtes Eskalieren über diesen »Normalzustand« hinaus. Sie scheinen Ausdruck sowie Motor grundlegender struktureller Wandlungsprozesse zu sein. Dabei sind die aktuellen krisenförmigen Transformationen fest im Alltag verankert. Sie sind auch in spezifischen innerpsychischen Subjektstrukturen und kollektiven psychosozialen Dynamiken vorzufinden. Sie drücken sich in bestimmten Affekten, Denk- und Handlungsweisen aus. Das, wofür sie stehen, ist auf der Arbeit, auf Schulhöfen, im Familien- und Freundschaftsleben, im digitalen Netz, in den Geschlechterverhältnissen, beim Sex und bei der Liebe ebenso präsent wie in der politischen Kultur und in künstlerischen Szenen, im Ökosystem, in Machtdynamiken und in wissenschaftlichen (Nicht-)Thematisierungen.

Doch Krise verweist zugleich auf einen potenziellen Wendepunkt und birgt die Möglichkeit, alternative Transformationsprozesse auszuloten. Den aktuellen gesellschaftlichen Umbrüchen inhärent sind nicht nur Gefahrenpotenziale, sondern auch Möglichkeiten progressiver Gestaltung. Kriseneffekte sind mitnichten prädestiniert, sondern beschreiben auch eine radikale Offenheit.¹ Diese zu nutzen setzt jedoch Orientie-

¹ Vgl. Michael Brie (Hrsg.): *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster 2014. Vgl. Alex Demirović (Hrsg.): *Transformation der Demokratie – demokratische Transformation*, Münster 2016.

rung, Verständigung, Mut und – nicht zuletzt – historisches Bewusstsein voraus. Wie Marcus Hawel in seinem Nachwort zu diesem Band ausführlich erläutert, ist ein solches aber gerade in deutschen Kontexten oft erschreckend dünn oder schief. Zum Beispiel scheinen spezifische Formen von verkürzter Kapitalismuskritik (nicht nur) hierzulande längst wieder salonfähig zu sein. In zahlreichen öffentlichen Diskussionen kommt sie als triviales Finanzmärktebashing daher. Der Schein vom »guten schaffenden« und »bösen raffenden« Kapital hält sich hartnäckig – inklusive seiner antisemitischen Konnotationen – und vernebelt den Blick auf komplexe politisch-ökonomische Strukturzusammenhänge. Ohne sozialpsychologische Perspektiven lassen sich die subjektiven Dynamiken und Dimensionen antisemitischer² Affekte und Denkweisen allerdings ebenso wenig hinreichend erfassen wie aktuelle Konstellationen des Antiziganismus³ oder des zurzeit besonders florierenden antimuslimischen Rassismus.⁴

Krise verlangt und produziert auch neue Formen des Regierens und Regiertwerdens. Was sich für die Redakteur_innen des letzten Jahrbuches noch am deutlichsten in der steigenden Popularität der GIDA-Bewegungen manifestierte, hat in 2016 längst die parteipolitische Bühne betreten. Großbritannien stimmt nach Nigel Farages rassistischer Hetze und Boris Johnsons populistischer Propaganda für den Ausstieg aus der EU, die rechtspopulistische AfD hält Einzug in gleich mehrere deutsche Landtage. In den USA gewann Donald Trump mit Pseudo-Anti-Establishment-Hasstiraden auf dem Rücken von Minderheiten die Präsidentschaftswahl; mit im Einzelnen noch kaum berechenbaren, aber tendenziell weitreichenden Folgen für die weltpolitische Ordnung.

Wenn sich gesellschaftliche Widersprüche und psychosoziale Konfliktodynamiken verschärfen, erfahren projektive Feindbildungen und das Treten nach unten Hochkonjunktur. Wie bereits im letzten Jahr-

² Vgl. Rolf Pohl: Der antisemitische Wahn. Aktuelle Ansätze zur Psychoanalyse einer sozialen Pathologie. In: Wolfram Stender/Guido Follert/Mihri Özdogan (Hrsg.): Konstellationen des Antisemitismus. Theorie – Forschung – Praxis, Wiesbaden 2010, S. 41-68.

³ Vgl. Wolfram Stender (Hrsg.): Konstellationen des Antiziganismus. Theoretische Grundlagen, empirische Forschung und Vorschläge für die Praxis, Wiesbaden 2016.

⁴ Vgl. Guido Follert/Mihri Özdogan: Muslimenfeindschaft. Notizen zu einer neuen ideologischen Formation. In: Markus Brunner/Jan Lohl/Rolf Pohl/Marc Schwietring/Sebastian Winter (Hrsg.): Politische Psychologie heute? Themen, Theorien und Perspektiven der psychoanalytischen Sozialforschung, Gießen 2012, S. 183-222.

buch thematisiert wurde, zeugen diese Formen konformistischer Rebellion von regressiven psychosozialen Verarbeitungen gesellschaftlicher Umbrüche.⁵ Die Normalisierung von Euroskepsis, Nationalismus und ein zunehmend salonfähiger Alltagsrassismus prägen das tagespolitische Geschehen, katalysiert durch die medienwirksame Aufbereitung von Migrationsstatistiken und der Produktion von Kausalzusammenhängen zwischen Asylgesuchen und Terrorgefahr, steigender ökonomischer Unsicherheit und zunehmendem »Werteverlust«. Mit der wachsenden Zahl der in Deutschland gestellten Asylanträge – auch in 2016 bleibt der nunmehr fast sechs Jahre andauernde Bürgerkrieg in Syrien der zentrale Konflikttherd für die Themen Migration, Flucht und Sicherheit – steigt auch die Gewalt gegen Geflüchtete und deren Unterstützer_innen: Brandanschläge auf Asylunterkünfte, Übergriffe auf Einzelpersonen und rechte Angriffe auf anti-rassistische Demonstrant_innen haben inzwischen ungeahnte Dimensionen angenommen. Seit der Schließung der Balkanroute Anfang des Jahres 2016 harren Zehntausende Geflüchtete in den provisorischen Lagern und Zeltstädten Ost- und Südeuropas unter meist erbärmlichen Bedingungen aus und sind dabei nicht nur den autoritären Strukturen ihrer »Gastländer«, sondern auch dem Hass breiter Teile der Bevölkerung schutzlos ausgeliefert. Nicht nur der offene Brief⁶ aus dem linken Leipziger Kulturzentrum *Conne Island* zeigt allerdings auf, dass es mit einem »Refugees Welcome« nicht einfach getan ist, um Solidarität zu leben. Es stellt sich die schwierige Frage: Wie aus einer progressiven Perspektive beispielsweise auch kulturelle Konflikte wahrnehmen und mit ihnen im Alltag umgehen, *ohne* zu pauschalisieren, *ohne* in rassistische Wahrnehmungs- und Handlungsmuster zu verfallen und *ohne* der problematischen Ethnisierung beziehungsweise Kulturalisierung von genuin sozialen Problemen und Konflikten Vorschub zu leisten?

Daneben schüren die islamistischen Anschläge von Paris, Brüssel, Nizza und zuletzt auch Würzburg, welche überwiegend von europäischen Staatsbürger_innen verübt wurden, nicht nur den Hass gegen Geflüchtete und Muslim_innen allgemein, sondern verliehen auch der Debatte um nationale Sicherheit und Militarisierung neuen Antrieb.

⁵ Vgl. Maria Tsenekidou: Vom Buckeln zum Treten. Leistungsdruck und konformistische Rebellion. In: Work in Progress. Work on Progress. Beiträge kritischer Wissenschaft. Doktorand_innen-Jahrbuch der RLS, Hamburg 2015, S. 280-298. Siehe auch: Gesellschaft für psychoanalytische Sozialpsychologie (Hrsg.): Freie Assoziation. Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie. Themenheft: Konformistische Rebellion, Jg. 18, Nr. 2, 2015.

⁶ www.taz.de/!5348017/ (17.10.2016).

Während sich Frankreich nach wie vor im Ausnahmezustand befindet, werden auch in Deutschland Forderungen nach schärferen Sicherheitsmaßnahmen und Obergrenzen für Geflüchtete laut. So wirbt zum Beispiel die Union für den Einsatz der Bundeswehr zur Sicherung deutscher Grenzen und Bundesjustizminister Maaß spricht sich vermehrt für die lückenlose Dokumentation, sprich totale Überwachung, einreisender Migrant_innen aus. Auch linke Gruppen stehen wieder vermehrt unter Beschuss; juristisch wenig haltbare Übergriffe auf linke Räume, wie zuletzt auf ein Hausprojekt in der Berliner Rigaerstraße, stehen einer relativ belastbaren Toleranz rechter Straftaten gegenüber – wenn sie denn überhaupt als solche anerkannt werden. Der Ausbau des staatlichen Sicherheitsapparates in urbanen Gebieten erfährt insbesondere nach dem tödlichen Anschlag von München breite öffentliche Zustimmung. Wie Anna Kern in ihrem Beitrag aber treffend beschreibt, stellen solche Forderungen keineswegs eine Reaktion auf wachsende Bedrohung dar, sondern lassen sich nur im Reproduktionszusammenhang der kapitalistischen Gesellschaft als solches begreifen. Komplementär zur Logik des Kapitals verweist die gegenwärtige Konjunktur sicherheitspolitischer Diskurse auf die Verschiebung sozialer Konfliktfelder und die damit verbundene Notwendigkeit, soziale Regulierungsprozesse räumlich und temporär neu zu gestalten. Dass widerständige Praxen daher ganzheitlich gedacht werden müssen, verdeutlicht sich an der wachsenden Polizeikritik in den aktuell von Gentrifizierung und Vertreibung betroffenen Berliner Stadtteilen Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg, sowie in der US-amerikanischen Organisation *Black Lives Matter*. Aller Differenzen zum Trotz vereint beide Bewegungen der gleichzeitige Kampf gegen ökonomische Ausbeutung, mangelnde politische Partizipationschancen *und* (wachsende) staatliche Gewalt.

Nicht nur haben die diskursiven Verflechtungen von Migration, Sicherheit und nationaler Identität⁷ im immer wahrscheinlicher werdenden Ausscheiden des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union, längst unter dem Neologismus Brexit firmierend, ihren momentanen Höhepunkt gefunden. Die Gefahr eines Totalzerfalls Europas – schnell wurden nach dem Brexit auch die Forderungen nach einem Frexit, dem Aus-

⁷ Zu einer fundierten politisch-psychologischen Analyse der Konstruktion nationaler Identität in Deutschland und einer notwendigen Kritik an Identitätslogiken allgemein: Vgl. Jens Ihnen: Geteiltes Unwissen. Pathische nationale Identität. In: Markus Brunner/Jan Lohl (Hrsg.): Unheimlicher Wiedergänger. Zur Politischen Psychologie des NS-Erbes in der 68er-Generation. Psychosozial, Jg. 34, Nr. 124, 2011, S. 121-134.

stieg Frankreichs, oder dem Nexit, dem Ausscheiden der Niederlande, laut – ließ selbst prominente Kritiker_innen der europäischen Krisenpolitik innerhalb kurzer Zeit verstummen. Paul Mason schreibt in der britischen Tageszeitung *The Guardian*, linke Kritik an der neoliberalen Politik Europas sei zwar berechtigt und überaus notwendig, würde zum aktuellen Zeitpunkt aber lediglich den »Rechtspopulist_innen« in die Hände spielen. Doch was ist die Alternative? Keine Kritik zu üben? Ist es nicht möglich, jenseits von reaktionärem nationalistischem EU-Bashing differenzierte Perspektiven zu forcieren und sich für eine alternative EU stark zu machen? Warum finden solche Perspektiven so wenig Resonanz – auch unter vielen Linken?

Die erstarkende moralische Überhöhung der EU als »Wertegemeinschaft« ist angesichts ihrer aktuellen Migrations- und Austeritätspolitik mehr als problematisch zu betrachten. Beim Umgang mit dem griechischen OXI-Referendum zu den »Sparmaßnahmen« kam die autoritäre Fratze gerade auch der deutschen EU- und Euro-Politik völlig offen zum Vorschein. Die Grexit-Drohung, mit der die zunächst aufmüpfige griechische Regierung handlungspraktisch zur neoliberalen »Räson« gebracht wurde, hatte enorme Signalwirkung. Die Botschaft an »die« europäische Linke scheint angekommen zu sein: Wer nicht auf dem Kurs der vermeintlichen Alternativlosigkeit bleibt, fliegt raus. Eher wird in Kauf genommen, dass autoritär-nationalistische Bewegungen und Parteien beziehungsweise neofaschistische Strömungen zunehmend Zulauf finden, als dass eine (vermeintlich) linksradikale Regierungspolitik erfolgreich sein könnte. Was ist geblieben von der allseits ach so gerühmten Menschlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Fortschrittlichkeit? Wie Anika Baunack in ihrem Beitrag prägnant beschreibt, profitieren in Krisensituation oft Regierungen, denen es gelingt, sich als moralisch überlegen zu stilisieren. Konkret analysiert Baunack die Strategien der Bundesregierung, nicht nur die Finanzkrise politisch für sich zu nutzen, sondern sich auch im Zuge der »Flüchtlingskrise« als »moralische Führungsnation« zu etablieren. Dabei spielen ihr auch zunehmend die euphemistischen Beschreibungen Deutschlands beziehungsweise der EU von Geflüchteten selbst in die Hände die, wie Hawel im Nachwort darlegt, sich in ihrer Not oft den historischen wie gegenwärtigen Verbrechen des Kontinents verschließen.

Dass diese gesellschaftlichen Transformationsprozesse auch inhärent mit Geschlechterfragen und oft mit der Zuspitzung von anti-feministischen Haltungen verknüpft sind, wird nicht nur im Parteiprogramm und in der Kampagnenarbeit der AfD deutlich – »Stoppt den Gender-

Wahn« ist nur einer der frauenfeindlichen Slogans der Partei –, sondern zeigt sich zuletzt auch am weltweit für Furore sorgenden Burkini-Verbot französischer Lokalregierungen. Der postkoloniale Kritiker und Psychoanalytiker Frantz Fanon schreibt zu Recht, dass sich insbesondere Militarismus und Staatsgewalt nur schwer von innerfamiliären Dynamiken getrennt verstehen lassen.⁸ In ihrem Beitrag zum Jahrbuch analysiert Sandra Beyer die Rolle der japanischen Frauenbewegung für die imperialistischen Bestrebungen des japanischen Nationalstaates im frühen 20. Jahrhundert. Anhand der Analyse historischer Dokumente zeigt sie auf, wie sich deren Forderungen nach politischer Partizipation und Gleichstellung in das imperialistische Projekt des Staates einbinden ließen und sich so ein explizit vergeschlechtlichtes Modell von Staatlichkeit herausbilden konnte. Bislang gibt es kaum fundierte Literatur, die sich kritisch mit Täterinnenschaften befasst, ohne reaktionäre anti-feministische Klischees zu bedienen oder in Biologismen abzudriften.⁹

Die Einordnung der Aufsätze in Rubriken dient lediglich einer leichteren Übersicht im Jahrbuch. Die meisten Beiträge in diesem Band ließen sich auch mindestens in eine andere Rubrik einordnen, was gleichsam von der Verflechtung diverser Themenfelder zeugt. Der Beitrag von Sebastian Schönemann über das Gruppenexperiment des Instituts für Sozialforschung und über die weitere Entwicklung des Gruppendiskussionsverfahrens wird zum Anlass genommen, die Rubrik Erkenntnistheorie um Methodik zu ergänzen. Dabei geht es nicht darum, den vorherrschenden positivistischen Methodenfetischismus zu forcieren. Es gilt eher, der problematischen Entfremdung von Empirie und Theorie entgegenzuwirken und an ihrem Spannungsverhältnis festzuhalten, um den problemträchtigen Alternativen erfahrungsleerer Theorie auf der einen oder geistloser Empirie auf der anderen Seite zu entsagen. Die

⁸ Frantz Fanon: *Black Skin White Masks*, London 2008 [1958].

⁹ Zu den wenigen Ausnahmen gehören die kritischen sozialpsychologischen Beiträge von Isabelle Hannemann. Siehe beispielsweise: Isabelle Hannemann: Täterinnenschaft und weibliche Grausamkeitsmotivation – Raum, Körper und Wahrnehmung. In: *Volksgemeinschaft, Täterschaft und Antisemitismus – Beiträge zu einer psychoanalytischen Sozialpsychologie des Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen*, Gießen 2011. Isabelle Hannemann: »Der Teufel hat sich schick gemacht« – Überlegungen zum TäterinnenBILD in der Berichterstattung zum NSU-Prozess. In: *Psychosozial, Perfektionierung und Destruktivität*, Jg. 38, Nr. 141, 2015.

aktuellen politischen Entwicklungen zeigen die Relevanz kritischer, theoriegeleiteter, empirischer Sozialforschung¹⁰ auf.

Selbstkritische Wissenschaft und das Politische

Gerade in politisch heißen Zeiten tut Selbstaufklärung Not. Auch wer eine progressive Haltung unter dem Label »links« einnimmt, ist nicht gefeit vor den gefährlichen Dynamiken projektiver Feindbildungen und identitätspolitischen Fallstricken, die zurzeit verstärkt die politischen Auseinandersetzungen markieren. Beim Richten des Zeigefingers auf »die Anderen« – »die Rechten«, »die Rassisten«, »die Kapitalisten«, »die unpolitischen Hipster« –, lässt sich mal schnell vergessen, dass dabei drei Finger auf das eigene Antlitz zeigen. Denn auch kritisch-politische Wissenschaftler_innen schweben nicht jenseits der Verhältnisse, durch die sie sozialisiert worden sind. Wer ist frei von unbewussten Prägungen und regressiven Antrieben?

»Wie werden die ›versunkenen Erfahrungen‹ bewusst? Indem wir lernen, die Rätsel unserer Lebensgeschichte im Kontext der Geschichte unserer Gesellschaft zu lösen, und zwar im Detail, und indem wir der Reflexion vertrauen, solange sie Erfahrung und Objektivität fühlbar vermittelt. Das, vor allem, ist kritische Theorie.«¹¹

Der Beitrag von Anna Lucia Jocham in diesem Band befasst sich anhand der Analyse qualitativer Interviews mit biografischen Kontexten (nicht) vorhandener Solidarität mit Erwerbslosen und zeigt das Erfordernis von subjekttheoretischen Perspektiven auf lebensgeschichtliche Be-

¹⁰ »Die kritische Sozialforschung möchte die Empirie durch ihre theoretische Entschlüsselung erst ganz produktiv machen [...]. Uns lockt es, die Erfahrung gegen den Empirismus zu verteidigen, einen minder eingeschränkten, minder engen und verdinglichten Begriff von Erfahrung der Wissenschaft zuzubringen. Ziel der Kontroverse ist nicht ein Ja oder Nein zur Empirie, sondern die Interpretation von Empirie selber, zumal der so genannten empirischen Methoden. Solche Interpretation ist philosophisch bei uns nicht weniger als bei den Empiristen. Der Empirismus ebenso wie die Dialektik ist einmal Philosophie gewesen. Gesteht man das jedoch zu, so verliert das Wort Philosophie, das man uns entgegenhält, als wäre es eine Schande, seinen Schrecken und enthüllt sich als Bedingung ebenso wie als Ziel einer Wissenschaft, die mehr sein will denn bloß Technik und die technokratischer Herrschaft nicht sich beugt.« Theodor W. Adorno: Gesellschaftstheorie und empirische Forschung [1969]. In: GS Band 8, Frankfurt a.M. 2003, S. 545f.

¹¹ Peter Brückner: Das Abseits als sicherer Ort. Kindheit und Jugend zwischen 1933 und 1945 [1980], Berlin 1994, S. 88.

dingungen der Genese von spezifischen Einstellungen auf. Wie sehr diese auf gesellschaftliche Vorzeichen und bestimmte Formen der psychosozialen Verarbeitung von Leitbildern verweisen, bringen aktuelle sozialpsychologische Ansätze zum Vorschein. So analysiert Marco Roock, dass es sich bei der Leitnorm der Selbstoptimierung unter dem Banner der Individualisierung um eine Realfiktion handelt, deren narzisstische Implikationen eng mit dem neoliberalen Leistungsprinzip verbunden sind und deren Strategien sich als Formen von Angstabwehr deuten lassen.¹² Dass diese Konstellation für kritische Solidarisierungsprozesse tendenziell abträglich ist, liegt auf der Hand. Ein geschichtlicher Blick zeigt, dass es unter anderen Bedingungen auch anders laufen kann. Anhand historischer Beispiele widmet sich im vorliegenden Buch der Aufsatz von Nelli Tügel den Entstehungskontexten und Dynamiken von Streiksolidarität.

Die Frage nach Bedingungen von Kritik und Emanzipation, nach (Selbst)Aufklärung und (Selbst)Befreiung, brennt solange, wie es Menschen gibt, die sich nicht damit abfinden können oder wollen, als Humankapital ihr Dasein im Konkurrenzkampf zu fristen. Eine Balance zwischen engagierter Nähe und analytischer Distanz zu finden, ist dabei eine enorme Herausforderung für kritische Wissenschaftler_innen. Was hieß Politisierung der Wissenschaft und was könnte sie heute heißen?¹³ Welche Fehler wurden begangen, was lässt sich aus ihnen lernen? Inwiefern haben sich die Bedingungen verändert, worin existiert Kontinuität? Angesichts der aktuellen multiplen Krisengeflechte und autoritären politischen sowie psychosozialen Dynamiken sind dies existenzielle Fragen, wenn mensch bedenkt, dass gesellschaftliche Entwicklungen und Wissenschaft/Technik interdependent sind. Auch der enge Zusammenhang von kapitalistischer Produktionsweise und Naturzerstörung¹⁴ zeugt davon, ebenso wie die informationstechnologischen Grundlagen von Massenüberwachung und Big Data. Die strukturellen politischen Impli-

¹² Vgl. Marco Roock: Die (Un)Lust an der Selbstoptimierung. Subjektivität im neoliberalen Kapitalismus. In: *Psychologie und Gesellschaftskritik*, Jg. 39, Nr. 154/155, 2015, S. 7-26.

¹³ Zur Auseinandersetzung mit historischen Problematiken und unabgeholten emanzipativen Gehalten der Politisierungsthesen der Studierendenbewegung und der politischen Psychologie Peter Brückners in diesem Kontext vgl. Maria Tsenekidou: Lagebewusstsein und kritische Intervention – Gegenwärtige Herausforderungen politischer Psychologie. In: *Psychologie und Gesellschaftskritik*, Jg. 36, Nr. 142-143, 2012, S. 7-30.

¹⁴ Vgl. Athanasios Karathanassis: *Kapitalistische Naturverhältnisse. Ursachen von Naturzerstörungen – Begründungen einer Postwachstumsökonomie*, Hamburg 2015.

kationen wissenschaftlicher Entwicklung betreffen nicht nur die Sozialwissenschaften. Sie sind auch und gerade in den (informations-)technischen Wissenschaften sowie Naturwissenschaften relevant. Leider sind Beiträge aus den Naturwissenschaften bisher in allen Jahrbüchern unterrepräsentiert. In diesem Band befindet sich kein einziger Aufsatz aus diesem Bereich. Dabei sind die Jahrbücher seit ihrem Bestehen konzeptionell interdisziplinär angelegt. Naturwissenschaftler_innen, Informatiker_innen und Ingenieur_innen werden hier nach wie vor ausdrücklich dazu ermutigt, mit eigenen Beiträgen in die Debatten zu intervenieren. Immer noch gibt es viel zu wenig fächer- und diskursübergreifende Kooperationen hinsichtlich aktueller gesellschaftlicher Problemfelder.

Wissenschaft und Technik sind Mittel zur Naturbeherrschung, zentrale gesellschaftliche Produktivkräfte, als solche in ökonomische Strukturen und politische Dynamiken eingebunden – ob bewusst oder unbewusst. Insofern spiegelt es auch eine bedenkliche Tendenz wider, wenn beispielsweise ein Institut für Politische Wissenschaften sich als politisch neutral verklärt.¹⁵ Eine solche Haltung ist nicht nur angesichts des aktuellen Rechtsrucks in der Gesellschaft problematisch. In Anbetracht der Rolle der Universitäten im Nationalsozialismus und des Verbleibens hochrangiger Naziprofessoren in den Wissenschaftsbetrieben, die im Nachkriegsdeutschland ihr Wirken im NS als unpolitisch ausgaben, ist sie auch geschichtsvergessen. In den 1960er Jahren waren diese Hintergründe einer der zentralen Ausgangspunkte der studentischen Postulierung einer sogenannten *Politisierung der Wissenschaften*:

»An den Universitäten konnte man Nobelpreisträger sein und Antisemit, Philosoph und Mitglied der SA. Es war die Reflexion über die Bedingungen wissenschaftlicher Vernunft 1933, die hier nun einige belehrt hatte (meist, nicht nur, Studierende): die Enthaltensamkeit von jeder übergreifenden Besinnung und von Politik war – in der Folge, in der sozialen Funktion – antidemokratisch.«¹⁶

In seinem Beitrag *Über die Idee einer kritischen und antiautoritären Universität* aus dem Jahre 1968 schreibt Oskar Negt im Kontext der Studierendenbewegung zum Thema »Wertneutralität«:

¹⁵ Dies ist 2013 an der Leibniz-Universität Hannover geschehen. Zu den Hintergründen siehe: Gregor Kritidis: Unpolitische Politische Wissenschaften? URL: www.sopos.org/aufsaetze/5294bcf55154f/1.phtml (10.10.2016).

¹⁶ Peter Brückner/Axel-R. Oestmann: »Über die Pflicht des Gelehrten auch als Bürger tätig zu sein.« Zum Disziplinarverfahren des Niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst gegen Peter Brückner, Hannover 1982, S. 16.

»In einer an sich politischen Gesellschaft verwandelt sich das methodologische Postulat Max Webers, das gegenüber den schwadronierenden Weltanschauungen seiner Zeit die Wissenschaft zur Autonomie zurückführen und von politischen Entscheidungen freisetzen sollte, leicht in ein politisches Instrument zur Privatisierung des öffentlichen Wissenschaftsprozesses, der dadurch demokratisch nicht kontrollierten Herrschaftsinteressen verfügbar wird. In der Bereitschaft zur politischen Instrumentalisierung von Theorien und methodologischen Postulaten, durch welche die Verwendungszwecke wissenschaftlicher Informationen aus dem Zusammenhang einer diskutierenden und kontrollierenden Öffentlichkeit gelöst werden, drückt sich geschichtsloses Denken aus, das prinzipiell unfähig ist, Wissenschaft und Hochschulen in der Konkretion gesellschaftlicher Entwicklungstendenzen zu begreifen. [...] Die historische Reflexion auf die Bedingungen der Selbsterstörung der deutschen Universitäten führte die Studentenbewegung dagegen zu der folgenschweren praktischen Einsicht, daß eine im emanzipativen Selbstverständnis der Wissenschaften begründete Autonomie der Universität nicht mehr in der abstrakten Alternative zwischen einer apolitischen und einer politisierten Hochschule gedacht werden kann; daß heißt: in einer Gesellschaft, in der politisch neutralisierte Institutionen und ›naturwüchsige‹ Interessenbereiche selber Produkte politischer Interventionen sind, jede gesellschaftsverändernde Praxis unter dem objektiven Entscheidungszwang steht: entweder die Gesellschaftsverhältnisse konsequent zu demokratisieren oder einer autoritären, im Extremfall faschistischen Politisierung Vorschub zu leisten.«¹⁷

In den Politisierungsthesen von Peter Brückner und Thomas Leithäuser aus dem gleichen Zeitraum heißt es:

»An den Universitäten dominiert dank des politikneutralen Begriffs von Wissenschaft, bei kompletter Rollentrennung von Wissenschaftler und Staatsbürger, zugleich ein politikneutraler Begriff von Politik. Politisierung der Wissenschaft wird daher typisch missverstanden als ›partei-politische Magdschaft‹ wissenschaftlichen Denkens [...]. Insbesondere das Denken der Wissenschaften selbst bleibt daher ›politikneutral‹ in *dem* Sinne, dass politischer Dezisionismus sich unbehindert von der

¹⁷ Oskar Negt: Über die Idee einer kritischen und antiautoritären Universität. In: Detlev Claussen/Regine Dermittel (Hrsg.): Universität und Widerstand. Versuch einer politischen Universität in Frankfurt, Frankfurt a.M. 1968, S. 182f. Die Angst vor einer erneuten Faschisierung ist vor dem Hintergrund der Notstandsgesetze, welche 1968 verabschiedet worden sind, zu verstehen.

analytischen Macht ihres Denkens entfalten und Herrschaft gleichfalls unbehindert im Trüben fischen kann.«¹⁸

Politisierung der Wissenschaft zielt(e) nicht nur auf die Reflexion der gesellschaftlichen Bedingungen, Funktionen und Aufgaben von Wissenschaft sowie der Stellung der eigenen Subjektivität darin. Im emanzipativ-praktischen Sinne war einst der Anspruch, dass sich Wissenschaftler_innen der ineinander vermittelten gesellschaftlichen und subjektiven Bedingungen ihrer Tätigkeit in einem kollektiven Selbstaufklärungsprozess bewusst werden, um sich die zur technischen Gewalt verselbständigte Wissensproduktion wieder anzueignen.¹⁹

Sie impliziert(e) vom Ideal her einen demokratischen Öffnungs- und Verständigungsprozess sowie ebensolche Kontrolle darüber, wozu Wissenschaft dienen soll (zum Beispiel der Leidvermeidung).²⁰ Eine nachhaltig emanzipative Praxis ist offensichtlich nicht geglückt. Dennoch – oder vielmehr gerade deshalb – sind auch gegenwärtig Einsichten in herrschaftsförmige strukturelle Verwicklungen von Wissenschaft, Politik, Ökonomie und Subjektivität sowie die Entwicklung emanzipativer Umgangsweisen erforderlich. Krise und Kritik sind verwandt. Krisen sind seit jeher Movens kritischer Theoriebildung.²¹ Das Krisengeflecht spitzt sich aktuell auf vielfältigen Ebenen zu und stellt auch gegenwärtig unter veränderten Bedingungen Wissenschaftler_innen vor die Herausforderung, als politische Subjekte Verantwortung zu übernehmen. Im Rahmen der fortschreitenden Ausrichtung von Lehre, Forschung und Studium auf ökonomische Verwertbarkeit ist diese Art von Praxis im »normalen« akademischen Betrieb allerdings nicht gerade üblich.

Wie die Jahrbücher zuvor verfolgt auch dieses Jahrbuch unter dem Motto *work in progress, work on progress* das Ziel, dieser vorherrschenden Tendenz etwas entgegenzusetzen.

Das Herausgeber_innenkollektiv

¹⁸ Peter Brückner/Thomas Leithäuser: Thesen zur Politisierung der Wissenschaften [1968]. In: Peter Brückner (Hrsg. Axel R. Oestmann): Zerstörung des Gehorsams. Aufsätze zur Politischen Psychologie, Berlin 1983, S. 125.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 126.

²⁰ Vgl. ebd., S. 127-130.

²¹ Vgl. Marcus Hawel/Moritz Blanke (Hrsg): Kritische Theorie der Krise, Berlin 2012.

ZUSAMMENFASSUNGEN

ERKENNTNISTHEORIE UND METHODIK

Sebastian Schönemann

**Vom Gruppensexperiment zur dokumentarischen Methode
Geschichte und Bedeutungswandel des
Gruppendiskussionsverfahrens**

Der Beitrag stellt das Gruppendiskussionsverfahren aus methodengeschichtlicher Perspektive vor. Die deutschsprachige Rezeption der Methode wurde dabei wesentlich durch das vom Institut für Sozialforschung durchgeführte *Gruppenexperiment* beeinflusst. Neben der Darstellung der Frankfurter Studie und der daran anschließenden Kritik geht der Beitrag auf die Fortentwicklung des Verfahrens hin zur dokumentarischen Methode und seine heutige Anwendung ein.

Svenja Bromberg

Theorising Politics and Ideology »After« Marx

This paper discusses the challenge of theorising politics and ideology »after Marx« – after understood in the double sense of »with(in)« Marx and his framework of a historical-materialist epistemology and temporally speaking »after« Marx and a long history of critical Marxist inquiries into this problem. In this context, I propose a new reading of the young Marx's critique of bourgeois politics in »On the Jewish Question« that focuses on the many-layered relationship between the economic and the political in this text.

ARBEIT

Nelli Tügel

**Vom wilden Streik zur »Menschenwürde«
Die Debatte um »Arbeit« und »Würde« im Zusammenhang mit dem
Stora Gruvstrejken in Schweden 1969/70**

Der Aufsatz besteht aus drei Teilen. Zunächst wird ein Problem dargestellt, das die Autorin während der Arbeit an ihrer Dissertation beständig begleitet. Es handelt sich um die Frage, inwiefern es überhaupt möglich ist, eine Geschichte »von unten« zu schreiben. Im zweiten Teil werden Gegenstand und Fragestellung der Dissertation, die sich mit Streik-Solidaritätsbewegungen in West- und Nordeuropa (1969-1989) befasst, umrissen. Schließlich wird ein Streik von Erzgrubenarbeitern in Nordschweden (1969/70) in den Fokus gerückt.

Anna Lucia Jocham

**Klassenbewusste Solidarität mit Arbeitslosen?
Die biografische Kontextualisierung sozialer Einstellungen
gegenüber arbeitslosen Menschen**

Mit der Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitswelt ist in den letzten Jahrzehnten das Risiko der Arbeitslosigkeit wieder präsenter geworden. Zugleich lässt sich eine Verschärfung der Diskurse über Arbeitslose beobachten. Der Beitrag fragt nach der Solidarität von abhängig Beschäftigten mit Arbeitslosen und nach einem gemeinsamen Klasseninteresse hinsichtlich des Verkaufs der eigenen Arbeitskraft. Dazu wird die Notwendigkeit einer biografischen Kontextualisierung solidarischer oder abwertender Einstellungen aufgezeigt.

POLITISCHE ÖKONOMIE

Timm Benjamin Schützhofer

**Keine Petrodollars, kein Wachstum, kein Handlungsspielraum?
Herausforderungen für Ecuadors Fiskalpolitik
am Beispiel der Erbschaftssteuer**

In meinem Beitrag betrachte ich die Fiskalpolitik des Erdölexportlandes Ecuador und damit ein wichtiges Feld verteilungspolitischer Auseinandersetzungen. Trotz einiger Fortschritte im Zuge der *Revolución Ciudadana* seit 2007 ist Ecuador weiterhin stark von sozialer Ungleichheit geprägt. Seitdem wurde die Steuerhinterziehung bekämpft und die Steuereinnahmen erhöht. Die Eigentumsstruktur wurde hierdurch jedoch kaum berührt. Im Mai 2015 kündigte Präsident Rafael eine radikale Reform der Erbschaftssteuer an. Es folgten massive Kritik in den Medien, oppositionelle Proteste, Rücktrittsforderungen gegen die Regierung, sinkende Umfragewerte und ein temporärer Rückzug des Reformvorschlags. Inzwischen konnten Maßnahmen gegen die Umgehung der Steuer durchgesetzt werden. Dennoch widmet sich der Beitrag den Hindernissen für ein progressiveres Steuersystem aus den Perspektiven struktureller und instrumenteller Macht.

Stephanie Bremerich

**Berufsjugend in der Krise
Armut und Abweichung in Joachim Lottmanns
Roman *Der Geldkomplex***

Der Text fasst ein Kapitel aus meiner Dissertation zusammen, in der ich literarische Selbstdarstellungen armer Autor_innen aus dem Kreis der Bohème untersuche. Am Beispiel eines zeitgenössischen Romans wird die zunehmende Diffusion von literarischem und ökonomischem Feld herausgearbeitet. Dabei rücken sowohl die Bohemisierung der Arbeitswelt als auch die Neoliberalisierung des Literaturbetriebs in den Fokus.

TRANSFORMATION VON STAATLICHKEIT

Martin Schröder

**»Colonicemos con el Indio«
Die Anfänge staatlicher Indigenen-Politik in Venezuela
und die Comisión Indigenista Nacional**

Seit den 1940er Jahren wuchs die bestehende Ignoranz des venezolanischen Staates gegenüber »seinen« Indigenen einem allmählich, aber nachhaltig zunehmenden Interesse. Bezeichnend für das Wesen dieses Interesses und programmatisch grundlegend für die sich entwickelnde institutionalisierte Indigenen-Politik Venezuelas waren dabei Konzepte, die den Indigenen ein nützliches Potenzial für die Modernisierung des lateinamerikanischen Landes zusprachen.

Anika Baunack

**Die moralische Nation
Zur Aktualisierung des deutschen Nationaldiskurses im
europäischen Kontext**

Aktuell erlebt Europa eine Zeit, in der nicht nur die Zukunft der EU auf politischer und institutioneller Ebene fortwährend verhandelt wird, sondern sich auch die Selbst- und Fremdwahrnehmung der deutschen Nation im europäischen Kontext aktualisiert. Der Artikel nimmt diese Entwicklung in den Blick. Dazu werden auf theoretischer Ebene Überlegungen zum diskursiven Wandel nationaler Deutungsmuster in der Krise angestellt. Im Anschluss daran wird die deutsche Selbstpositionierung im öffentlichen Diskurs als »moralische Führungsnation« der EU einer kritischen Betrachtung unterzogen.

Anna Kern

Konjunktoren von (Un-)Sicherheit

Materialistische Begriffsarbeit zur Sicherheitspolitik

In ihrer Dissertation entwickelt Anna Kern die Begriffe *Sicherheitsfetisch* und *Sicherheitsregime* im Kontext einer historisch-materialistisch informierten Perspektive. So eröffnet sie eine kritische Perspektive auf Sicherheitspolitik, die diese in ihrer Funktion innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft versteht und sich deshalb nicht in kulturpessimistischen Betrachtungsweisen erschöpfen muss.

KÖRPER – MACHT – IDENTITÄT – GENDER

Sandra Beyer

Von Heldenmüttern zu Staatsbürgerinnen

Die erste japanische Frauenbewegung (1919-1941)

und ihre Wege in den Faschismus

Sandra Beyer schreibt zur ersten Frauenbewegung Japans. Sie argumentiert, dass diese Bewegung zwischen 1919 und 1941 für die politische Teilhabe in einem sich modernisierenden Staat kämpfte. Feministinnen diskutierten über »Staatsbürgerinnenschaft«. Durch die »Verstaatlichung von Geschlecht« luden sie selbst die Rolle der »guten Ehefrau, weisen Mutter« mit nationaler Bedeutung auf und machten sich für den Staat in seiner Militarisierung nutzbar. Die feministische Forschung sieht ihre Teilnahme an imperialistischen Diskursen deswegen als Erneuerung ihres Aktivismus, nicht als fehlgeleiteten Irrweg auf dem Weg zum Wahlrecht.

Kai Linke

Glossing over the Racist Bits

Alison Bechdel's *Dykes To Watch Out For* as a

Post-Racial Vision of Lesbian Community

This article argues that Alison Bechdel's comic strip *Dykes To Watch Out For*, while often lauded for its perceived historical accuracy, actually creates a white fantasy of a multi-racial lesbian community untouched by racism. *Dykes* thus allows its (white, lesbian) readers to feel innocent without having to grapple with the ways in which white lesbians benefit from and perpetuate racism.

Lea-Sophie Schiel

Das Theater des Obszönen

Oder: das Lustwissen von Live-Sex-Shows

Sex-Performances stellen sexuelle Handlungen explizit dar. Sie zeigen etwas, das sonst nicht dargestellt wird, was abseits der Szene, also obszön, ist. Anhand der Analyse zweier Live-Sex-Shows wird der Frage nachgegangen, welches Lustwissen von Sex-Performances auf der einen Seite (re-)produziert und auf der anderen Seite abgespalten und verworfen wird. Was wird hier im Theater des Obszönen in den Bereich des Obszönen gedrängt? Welche Wissens- und Machtverhältnisse werden durch diese Abspaltung als und in der Sex-Performance hervorgebracht?

ERKENNTNISTHEORIE UND METHODIK

Sebastian Schönemann

Vom Gruppenexperiment zur dokumentarischen Methode

Geschichte und Bedeutungswandel des Gruppendiskussionsverfahrens

Entstehung und Weiterentwicklung des Verfahrens

In seinen Anfängen geht das Gruppendiskussionsverfahren auf das *Gruppenexperiment* des *Frankfurter Instituts für Sozialforschung* aus dem Jahr 1955 zurück.¹ Die Studie hatte zum Ziel, die Einstellungen zu den Themen Nationalsozialismus, Schuld, Antisemitismus und demokratische Partizipation in der BRD zu erheben. In Auseinandersetzung mit der – in den damaligen Jahren erfolgreich gewordenen – standardisierten Sozialforschung von Meinungsumfragen und Demoskopie entwickelte die Frankfurter Forscher_innengruppe einen umfassenderen Begriff der politischen Einstellung, die Franz Böhm in seinen einführenden Worten zur Studie als »nicht-öffentliche Meinung« bezeichnete.² Im Gegensatz zur statistisch orientierten Erhebung manifester Aussagen und Ansichten vertrat das Institut einen Begriff von Meinung, der latente, oft auch unbewusste Inhalte einschließt, die einen bestimmten Grad an Kollektivität, im Verständnis des Frankfurter Instituts: an Gesellschaftlichkeit aufweisen. Der Grundreiz der Gruppendiskussion, der sogenannte Colburn Brief, stammt von einem fiktiven alliierten Sergeanten, der, so die intervieweinleitende Rahmenerzählung, nach mehrjährigem Aufenthalt in Deutschland seine Meinung über Deutschland und die Deutschen in Form eines Leserbriefs in einer englischsprachigen Tageszeitung veröffentlichte. Er sollte sich, hier nannten die Autor_innen der Studie ihr kon-

¹ Vgl. Friedrich Pollock (Hrsg.): Gruppenexperiment. Ein Studienbericht, Frankfurter Beiträge zur Soziologie Bd. 2, Frankfurt a.M. 1955. Für ausführliche Darstellungen der Entwicklung des Gruppendiskussionsverfahrens vgl. unter anderem Ralf Bohnsack: Gruppendiskussion, in: Uwe Flick/Ernst von Kardoff/Ines Steinke (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Reinbeck 2000, S. 369-384, darin: S. 370-374; sowie Peter Loos/Burkhard Schäffer: Das Gruppendiskussionsverfahren. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungen, Opladen 2001, S. 15-28.

² Franz Böhm: Geleitwort, in: Pollock 1955, S. IX-XVII, hier: S. XIff.

kretes Forschungsinteresse, »eindeutig auf den Gegenstand der Untersuchung beziehen, d.h. auf Fragen der politischen Ideologie«. ³

Mit dem Konzept der »nicht-öffentlichen Meinung« führte die Forscher_innengruppe um Pollock zum einem die psychoanalytische Ausrichtung des Instituts fort, die durch die *Studie über die autoritäre Persönlichkeit* einige Jahre zuvor schon eingeschlagen wurde. ⁴ Zum anderen wollte man damit der Situation im öffentlichen Raum der frühen Bundesrepublik begegnen, in der, wie die Ergebnisse der Studie letztlich zeigen, nationalsozialistische Einstellungen oftmals unerkannt weiterexistierten oder an deren Stelle ein Unwille zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit getreten ist. Hannah Arendt beschreibt diesen in ihren Deutschland-Reisenotizen aus dem Jahr 1950 trefflich als »Abwehr der Wirklichkeit«. ⁵ Themen, die an den Nationalsozialismus erinnerten, wurden in der Öffentlichkeit entweder gemieden oder mit mehr oder weniger stark verinnerlichten demokratischen Codes beantwortet – die Vergangenheit wurde in die Latenz abgedrängt. ⁶ Im *Gruppenexperiment* sollten deshalb nicht nur feststehende Meinungen erhoben, sondern »bereits an früherer Stelle, bei der Ermittlung von Meinungen in statu nascendi«, begonnen werden. ⁷ Die Gruppe war der Ort, in dem das kollektiv Latente aufgehoben war und das durch die Diskussion freigelegt werden sollte. Die Gruppendiskussion sollte es ermöglichen, die für den Einzelnen wirkenden Abwehrmechanismen und Rationalisierungen zu überwinden:

»Dem Einzelnen werden seine Meinungen häufig erst während der Auseinandersetzung mit anderen Menschen deutlich. Sie mögen zwar latent vorhanden sein, gewinnen aber erst Kontur, wenn das Individuum – etwa im Gespräch – sich gezwungen sieht, seinen Standpunkt zu bezeichnen und zu behaupten.« ⁸

Das Kernergebnis der Studie ist die von Theodor W. Adorno geschriebene, qualitative Interpretation des Verhältnisses von *Schuld und Abwehr*. Im Mittelpunkt steht die Analyse der mehrheitlich negativen Verhaltensweisen gegenüber der Schuld: ihre schlichte Negation, ihre Projektion

³ Pollock 1955, S. 42 (s. Anm. 1).

⁴ Vgl. Theodor W. Adorno/Else Frenkel-Brunswik/Daniel J. Levinson/R. Nevitt Sanford: *The Authoritarian Personality*, New York 1950.

⁵ Hannah Arendt: *Besuch in Deutschland*, Berlin 1993, S. 35.

⁶ Vgl. hierzu auch die aktuelle und global angesetzte Studie von Hans Ulrich Gumbrecht: *Nach 1945. Latenz als Ursprung der Gegenwart*, Berlin 2012.

⁷ Pollock 1955, S. 32 (s. Anm. 1).

⁸ Ebd., S. 32.

auf das Ausland oder die apologetische Verklärung des Nationalsozialismus, die sich im empirischen Material zeigte.⁹ Die Spezifik des Verfahrens erklärt sich aus diesem Umstand des Untersuchungsgegenstandes. Das Abdrängen und Abwehren von Schuld und der mit ihr verbundenen Vergangenheit ins Latente sollte mit dem Verfahren durchbrochen und das »in der Luft Liegend[e] [...], dem jeder damals in Deutschland Lebende ausgesetzt war«,¹⁰ greifbar gemacht werden. Diesen methodischen Ansatz verfolgte das *Institut für Sozialforschung* in einer zweiten, groß angelegten Studie. Die »Heimkehrerstudie«, an der zwischen 1956 und 1960 gearbeitet wurde, untersucht mithilfe des Gruppendiskussionsverfahrens in ähnlicher Ausrichtung wie das *Gruppenexperiment* die antidemokratischen Einstellungen unter den aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Soldaten.¹¹ Die Ergebnisse bestätigen das Fortwirken nationalsozialistischer Überzeugungen unter den Veteranen. Sie veranlassten die Auftraggeber der Studie, die *Bundeszentrale für Heimatdienst* und der *Verband der Heimkehrer*, zu einer Intervention, die zur Nicht-Veröffentlichung der Studie führte.

Die Methodik der Gruppendiskussion wurde von Werner Mangold 1960 fortentwickelt.¹² Das Verfahren, so Mangold, wird im *Gruppenexperiment* als eine Versuchsanordnung konzipiert, mit deren Hilfe die tatsächlichen Meinungen des Einzelnen auch gegen mögliche psychologische Widerstände zugänglich gemacht werden sollten.¹³ Stattdessen führen Gruppendiskussionen aber nicht zur Auflockerung der Abwehrmechanismen, sondern zu etwas gänzlich anderem, nämlich der kollektiven Meinung. Das Gespräch einer Gruppe ist das Ergebnis einer sozialen Interaktion und sollte nicht allein als eine Kontrastfolie betrachtet werden, vor deren Hintergrund die individuellen Meinungen der Gesprächsteilnehmer_innen besonders hervortreten. Das Gespräch ist kollektiv, weil es gemeinschaftlich erbracht wird: »Die Sprecher bestätigen, ergänzen, berichtigen einander, ihre Äußerungen bauen aufeinander auf; man kann manchmal meinen, es spreche einer, so sehr passt ein Diskussionsbeitrag zum anderen.«¹⁴ Das, was die Gruppe in der Diskussion anspricht,

⁹ Theodor W. Adorno: Schuld und Abwehr, in: Pollock 1955, S. 275-426.

¹⁰ Ebd. S. 277.

¹¹ Vgl. Johannes Platz: Die Praxis der kritischen Theorie. Angewandte Sozialwissenschaft und Demokratie in der frühen Bundesrepublik 1950-1960, Trier 2012.

¹² Werner Mangold: Gegenstand und Methode des Gruppendiskussionsverfahrens, Frankfurt a.M. 1960.

¹³ Ebd., S. 109.

¹⁴ Ebd., S. 49.

verweist auf bereits existierende und kollektiv geteilte Überzeugungen und Ansichten. Es gibt also nicht nur eine besondere Art und Weise, wie man in der Gruppe miteinander spricht, sondern auch eine Vorstellung darüber, was für ein Thema welche Bedeutung für die Gruppe hat; ihr normativ verbindlicher Bezugsrahmen.¹⁵ Weil die informellen Gruppenmeinungen bereits bestehen, ermöglicht das Verfahren der Gruppendiskussion daher, die Einstellungen, Meinungen und Verhaltensweisen einer bestimmten Gruppe in ihrer Interaktion offenzulegen.

Mangold formuliert das Gruppendiskussionsverfahren neu, indem er die Gemeinsamkeiten innerhalb von Gruppen stärker betont. Damit verschiebt sich die Ausrichtung des Verfahrens. Während die Gruppen im *Gruppenexperiment* zwar homogene, mehr oder weniger aber zufällig gebildete Gruppen waren,¹⁶ zielt das aktualisierte Gruppendiskussionsverfahren auf Realgruppen. Dabei handelt es sich also um Personen, die miteinander in einer sozialen Beziehung stehen und über einen gemeinsamen Handlungszusammenhang verfügen, um die der Gruppe zugrundeliegende Kollektivität stärker hervortreten zu lassen. Wenn sich die Gesprächsteilnehmer_innen kannten, ließen sich Erkenntnisse »in größerer ›Reinheit‹« über ihr Verhalten und ihre Einstellungen in Erfahrung bringen.¹⁷ In diesem Sinne drückt sich das Kollektive der Gruppe in ihrem geteilten Erfahrungshorizont und in der für die Gruppe typischen Kommunikation aus.¹⁸ Solange sich das Verfahren auf bereits bestehende Gruppen richtet, entsteht in der Diskussion, wie Ralf Bohnsack hervorhebt, eine gemeinsame Meinung insbesondere »durch die wechselseitige Steigerung und Ergänzung der beteiligten Individuen hindurch«.¹⁹ Die gegenseitige Zurede, Verbesserung und Erinnerung an Geschehenes oder mitunter gemeinsam Erlebtes ist eine »kommunikative Vergemeinschaftung« aller Beteiligten.²⁰ Dabei können sich die Einzelnen derart emphatisch am Gespräch beteiligen, dass sie ihre subjektiven Überzeu-

¹⁵ Ebd., S. 61-65.

¹⁶ Pollock 1955, S. 38 (s. Anm. 1).

¹⁷ Mangold 1960, S. 29 (s. Anm. 12).

¹⁸ Vgl. Ralf Bohnsack: *Generation, Milieu und Geschlecht. Ergebnisse aus Gruppendiskussionen mit Jugendlichen*, Opladen 1989, S. 21-25.

¹⁹ Ralf Bohnsack: *Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden*, 9. Aufl., Opladen 2014, S. 109 (im Original kursiv).

²⁰ Für das Konzept der kommunikativen Gattung ist dieser Aushandlungsprozess zentral. Anders als im Gruppendiskussionsverfahren ist die spezifische soziale Situation und ihre Form, ihr äußerer Rahmen und die darin verlaufende Darstellung, so zum Beispiel bei familiären Tischgesprächen, das Objekt des rekonstruktiven Vorgehens. Vgl. hierzu exemplarisch: Angela Keppler: *Tischgespräche. Über For-*

gungen fast restlos in der Gruppe fallen lassen. Im Gespräch erscheint die Vervollkommnung eines gemeinschaftlichen Sinns dann so, als ob die Gruppe mit einer Stimme spricht. Mangold erkannte die Bedeutung des Kollektiven, aber eine geeignete theoretische Erklärung für das Phänomen, das er am empirischen Material nachwies, formulierte er nicht.²¹ Mit der in den 1980er Jahren beginnenden sozialwissenschaftlichen Rezeption bis dahin noch unbekannter Schriften von Karl Mannheim²² fand sich in dessen Konzept des »konjunktiven Erfahrungsraums« eine Begründung für die innere Bindung einer Gruppe an gemeinsam Erlebtes, die Bohnsack, zuerst in Zusammenarbeit mit Mangold,²³ auf das Gruppendiskussionsverfahren methodologisch anwendete.²⁴ Die Konjunktion der Gruppe ist das aus einer gemeinsamen sozialen Lage heraus erworbene und in der gemeinsamen Erfahrung entstandene Wissen, das im Gruppengespräch verbalisiert, aktualisiert und bestätigt wird. Der in der Gruppe hervorgebrachte Diskurs über ein Thema ist Ausdruck und Bestandteil dieses gemeinsamen Wissens, an dem sich der Erfahrungsraum der Gruppe, gleichsam ihre Erfahrungsräume rekonstruieren lassen. Denn die Orientierungen einer Gruppe entstehen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Erfahrungsräume, oder wie Mannheim sagte: »Wir sind zugleich Bürger mehrerer Welten.«²⁵ Demnach überschneiden sich die Erfahrungsräume (Herkunft, Milieu, Geschlecht), die eine Gruppe prägen, mitunter an verschiedenen Stellen und müssen in ihrer Konstellation zueinander untersucht werden.

Dokumentarische Methode

In der von Bohnsack herausgearbeiteten und von anderen Forscher_innen weiterentwickelten *dokumentarischen Methode* wird die Gruppendiskussion als ein Gespräch verstanden, bei dem sich in besonde-

men kommunikativer Vergemeinschaftung am Beispiel der Konversation in Familien, Frankfurt a.M. 1995.

²¹ Vgl. Bohnsack 1989, S. 110 (s. Anm. 18).

²² Karl Mannheim: Strukturen des Denkens, Frankfurt a.M. 1980.

²³ Vgl. Werner Mangold/Ralf Bohnsack: Kollektive Orientierungen in Gruppen Jugendlicher. Bericht für die Deutsche Forschungsgemeinschaft, Erlangen 1988.

²⁴ Vgl. Aglaja Przyborski/Monika Wohlrab-Sahr: Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch, 4. Aufl., München 2014, S. 277.

²⁵ Karl Mannheim: Beiträge zur Theorie der Weltanschauungs-Interpretation, In: Ders.: Wissenssoziologie, Berlin 1964, S. 91-155, hier S. 99.

rer Weise die Gruppe und ihre Ansichten verwirklichen. Das Gespräch ist ein Abdruck, eine Resonanz des konjunktiven Erfahrungsraumes der Gruppe. Im Gegensatz zum *narrativen Interview*, in dem die autobiografische Erzählung des Einzelnen und die von ihm unterschiedlich erfahrenen Gruppenzugehörigkeiten und Lebenswirklichkeiten rekonstruiert werden, versucht die dokumentarische Methode einen bestimmten gruppengebundenen Bedeutungs- und Sinnzusammenhang freizulegen.²⁶ Damit dieser sich entfaltet, sollte das Gespräch möglichst selbstläufig und eigeninitiiert verlaufen.²⁷ Das Gespräch erfährt dadurch eine eigene Strukturierung, weil die Freiheiten, die mit dieser Art der losen Gruppendiskussion verbunden sind, es den Gesprächsteilnehmer_innen erlauben, Beschreibungen und Erzählungen selbst zu wählen und auszuführen. Indem das Gespräch weitgehend der Gruppe überlassen wird, entstehen Bedingungen, aus denen heraus man sich dem Gespräch »als einem selbstreferentiellen, d.h. von den Intentionen der einzelnen Akteure relativ unabhängigen System auf der Ebene tiefer liegender Sinngehalte« nähern kann.²⁸ Auf diesem Weg eröffnet sich der Zugang zum gemeinsamen Erfahrungsschatz der Teilnehmenden, eben weil der Diskurs aus dem Inneren der Gruppe heraus eine Gestalt erhält, ohne rahmende und leitende äußere Eingriffe. Die Teilnehmer_innen äußern ihre Relevanzen, die gruppenstrukturiert und dadurch an das gemeinsam Verbindende rückgebunden sind.²⁹ Das Gespräch ist also ein Prozess, in dem ein gemeinsamer Sinn entsteht.³⁰ Weil das Gespräch ein Prozess ist, lässt sich an ihm nicht nur das Gesagte und dessen kollektive Erzeugung beobachten, sondern auch *warum* ein Thema überhaupt wie hervorgebracht wurde. Eine nur über den Vergleich mehrerer Gruppen erreichbare soziale Verortung der einzelnen Gruppe wird ermöglicht. Über den Erfahrungsraum der Gruppe erschließt sich eine grundsätzliche Einstellung einer Gruppe, ihr »Denkstil«, wie es Mannheim formuliert.³¹

²⁶ Bohnsack 2014, S. 117 (s. Anm. 19).

²⁷ Ebd., S. 225f.

²⁸ Ebd., S. 128.

²⁹ Frank Kleemann/Uwe Krähnke/Ingo Matuschek: Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung in die Praxis des Interpretierens, 2. Aufl., Wiesbaden 2013, S. 168.

³⁰ In der Gruppendiskussion entstehen Aussagen, die eine eigene Struktur haben. Sie werden als »repräsentante Prozessstrukturen«, d.h. als prozesshafte Abläufe von Kommunikationen begriffen, in denen sich Muster dokumentieren, die keinesfalls als zufällig oder emergent anzusehen sind«. Loos/Schäffer 2001, S. 27.

³¹ Karl Mannheim: Das Problem einer Soziologie des Wissens, in: Ders. 1964, S. 308-387, hier: S. 385.

Gestaltung und Durchführung der Gruppendiskussion

In seiner Durchführung ist die Gruppendiskussion zunächst eine für alle Beteiligten widersprüchliche Situation.³² Es soll ein möglichst alltagsnahes Gespräch begonnen werden, das aber unter Beobachtung und unter distanzierter Kontrolle des Forschers stattfindet. Die Aufgabe, die es zu bewältigen gilt, ist es, einen »Diskurs zu initiieren [...], ohne diesen nachhaltig zu strukturieren«.³³ Das Verfahren der Gruppendiskussion erhebt daher den hohen Anspruch an die Gesprächsleitung, die Interaktionen der Befragten untereinander und zwischen den Befragten und Forscher_innen zueinander methodisch zu verbinden, aber auch zu trennen.³⁴ Das, was die Trennung dieser beiden Diskursphären erbringt, ist ein von äußeren Interventionen möglichst »reiner« Diskurs der Befragten, auf dem das Augenmerk der dokumentarischen Methode liegt. Dabei ist es das Ziel, einen Rahmen zu erschaffen, der einen selbstläufigen Diskurs der Gruppe ermöglicht.³⁵ Dadurch ergeben sich gesprächsimmanente Strukturmerkmale, die für die spätere Analyse entscheidend sind. In der Selbstläufigkeit der sich im Gespräch aufbauenden Abfolge der Beiträge lässt sich die sprachliche Interaktion der Beteiligten erkennen, so wie sich im Rhythmus die Dramaturgie und vor allem die Schlüsselstellen des Gesprächs abzeichnen. Diese weisen auf besonders affekthaltige Themen und grundlegende Orientierungen der Gruppe hin. Es sollen also Gesprächsbedingungen geschaffen werden, in denen die Beteiligten die auf ihren Erfahrungen geprägten Ansichten und Einstellungen frei äußern und vor allem »unverfälscht« hervorbringen können. Die Forscher_innen ziehen sich aus dem Gespräch zurück, damit der Gruppe »ein diskursives Einpendeln auf [ihre] Erlebniszentren« möglich wird.³⁶

Damit diese entscheidende Gesprächssituation ihren nötigen Raum erhält, verfolgt das Gruppendiskussionsverfahren einen fein orchestrierten Ablauf. Die Gruppendiskussion wird dabei in drei grundlegende Phasen gegliedert.³⁷ Die Diskussion findet ihren Anfang mit einer offen ge-

³² Ich folge hierbei der Ausarbeitung und Verfeinerung des Verfahrens, wie sie für die dokumentarische Methode entwickelt wurde. Vgl. einführend Bohnsack 2000.

³³ Bohnsack 2014, S. 226 (s. Anm. 19).

³⁴ Ebd., S. 225.

³⁵ Loos/Schäffer 2001, S. 51 (s. Anm. 1).

³⁶ Bohnsack 2000, S. 378 (s. Anm. 1).

³⁷ Vgl. Kleemann/Krähnke/Matuschek 2013, S. 168-170 (s. Anm. 29).

haltenen Frage, die »demonstrativ« vage« gestellt ist.³⁸ Damit wird versucht, genaue und ausführliche Beschreibungen, Darstellungen und Stellungnahmen der Gesprächsteilnehmer_innen zu befördern. Selbstverständlich richtet sich dabei die Frage – so wie alle im Gespräch gestellten Fragen – an die Gesamtheit der Gruppe und nicht an die einzelnen Personen. Die damit angesprochenen Themenfelder werden, im Einklang mit der offenen Fragenstrukturierung, nur angedeutet, aber nicht ausgeführt oder vorgegeben. Indem die Forscher_innen es der Gruppe überlassen, die angedeuteten Themen auszuführen, gehen sie auf Distanz und geben der Gruppe zu verstehen, sich auf unbekanntem Terrain zu bewegen. Die Teilnehmenden geben dem Gespräch damit ihre eigene Färbung, denn bei einer »unscharf formulierten Frage« ist es an ihnen, zu entscheiden, was sie an einem Thema interessiert oder wie sie es inhaltlich ausfüllen wollen.³⁹ Der Gesprächsverlauf liegt also in den Händen der Gesprächsteilnehmer_innen. Wer wann spricht, wird ohne das Zutun der Forscher_innen durch die Gruppe selbst geregelt. Damit erhält die Gruppe auch die Gelegenheit, verhandelte Thematiken selbstbestimmt zu Ende zu führen. Gelangt das Gespräch zu einem vorläufigen Ende, wird diese immanente Phase durch Nachfragen abgeschlossen. Es handelt sich dabei um Fragen, die sich ausschließlich auf bereits angesprochene Themen beziehen und zu deren besserem Verständnis beitragen sollen. Hierbei können wiederum entweder bewusst offene Fragen gestellt oder die Teilnehmer_innen zu Erzählungen ermutigt werden. Nachdem auch diese Fragen keine neueren Erzählungen und Beschreibungen mehr befördern, beginnt die zweite Phase der Gruppendiskussion, in denen die Forscher_innen inhaltlich stärker in Erscheinung treten als zuvor. Es besteht die Möglichkeit, emanente Fragen an die Gruppe zu richten, also Themen einzuführen, die bislang nicht angesprochen wurden, die aber innerhalb des Erkenntnisinteresses liegen. Entscheidend ist wiederum, es zunächst der Gruppe zu überlassen, bestimmte Themen anzusprechen. Abgeschlossen wird die Diskussion mit der »direktiven Phase«. Sollte es im Gruppengespräch Zweideutigkeiten, Unklarheiten oder offenkundige Differenzen zwischen den Teilnehmenden gegeben haben, können sie in dieser Phase angesprochen

³⁸ Wenn nicht anders angegeben, basieren die folgenden Richtlinien der Gesprächsführung auf den »reflexiven Prinzipien«, die Ralf Bohnsack zur Durchführung von Gruppendiskussionen empfiehlt. Vgl. ders. 2014, S. 226-228 (s. Anm. 19).

³⁹ Loos/Schäffer 2001, S. 53 (s. Anm. 1).

und thematisiert werden. In dieser letzten Phase bestimmen die Forscher_innen weitgehend das Gespräch und leiten einen durchaus auch »konfrontative[n] Diskurs« ein.⁴⁰

Abschließende Bemerkung

In seiner Geschichte hat das Gruppendiskussionsverfahren einen bemerkenswerten Wandel erfahren. Während es in seinen Anfängen als ein gesellschaftskritisches Instrument angelegt war, mit dessen Hilfe vage und diffuse, grundsätzlich aber ideologische Überzeugungen erschließbar gemacht werden sollten, entwickelte es sich zu einem Standardverfahren der qualitativ rekonstruktiven, vor allem wissenssoziologisch orientierten Sozialforschung. In Verbindung mit der dokumentarischen Methode dient es nunmehr hauptsächlich der Analyse kollektiver Erfahrungsräume und Erlebnisschichten. Zugleich können die habituellen Praxen der Akteure und die präreflexive Generierung von Wissen zugänglich gemacht werden. Mit diesem Wandel des wissenschaftlichen Objekts der Methode – von der politischen Ideologie zum kollektiven Habitus – veränderte sich die Perspektive auf dessen empirischen Träger: von den in den Gruppengesprächen sich akkumulierenden Einzelmeinungen hin zur kollektiven Orientierung stabiler Realgruppen. Doch trotz dieses Wandels und der Fortentwicklung des Verfahrens existieren zwei Grundkonstanten in seiner Anwendung, beziehungsweise im Versprechen seiner analytischen Reichweite. In besonderer Weise verspricht das Gruppendiskussionsverfahren die Analyse (erstens) kollektiver Phänomene, die in ihrem (zweitens) Gehalt stärker latent strukturiert und daher empirisch schwer greifbar sind.

In dieser Ausrichtung des Verfahrens liegen auch seine Grenzen. Die vor allem in der *Dokumentarischen Methode* entwickelte methodologische Ausformulierung des Gruppendiskussionsverfahrens basiert maßgeblich auf der grundlagentheoretischen Position der »Primordialität des Kollektiven«.⁴¹ Die Methode der Gruppendiskussion richtet sich auf den kollektiven Bedeutungs- und den dahinterliegenden sozialen Erfahrungsraum, aus denen Gruppen heraus ihren gemeinschaftlichen Sinn beziehen und den das Verfahren in *statu nascendi* rekonstruieren soll. Seine Konzeption nimmt vornehmlich die Analyse und Rekonstruktion

⁴⁰ Kleemann/Krähnke/Matuschek 2013, S. 170 (s. Anm. 29).

⁴¹ Loos/Schäffer 2001, S. 101 (s. Anm. 1).

von Sinnaktualisierungen in den Blick. Situative Sinnbildungen, die unter anderem durch Irritationen ausgelöst werden können oder sich im Gesprächsverlauf ergeben, genauso wie neu erbrachte Interpretationsleistungen und ihre subjektive Bedeutsamkeit, erfasst sie nur bedingt. Gleichwohl es nicht das Hauptanliegen der Methode ist, sollte dennoch darauf hingewiesen werden, dass sie weniger dafür geeignet ist, die vor allem auch subjektive, mitunter kollektiv abweichende Erfahrungs- und Erkenntnisbildung während des Gruppenprozesses zu untersuchen.

Svenja Bromberg

Theorising Politics and Ideology »After« Marx

The Marxian Challenge

Marx is undoubtedly one of the most influential thinkers of politics throughout modernity, although to label him »a thinker« of politics is at the same time extremely wrong. Not only because he was so much more than that – an activist, journalist, economist et cetera –, but because from very early on in his career he challenged the very idea that thinking or philosophising about politics on a public stage suffices.¹ *Thinking* politics misses the point of consciousness and knowledge arising from material relations and from the practical acting on and within the world.

Another way in which Marx pointedly expresses this view can be found in his famous 1859 »Preface« where he writes: »The first work which I undertook to dispel the doubts assailing me [referring to his previous view on politics] was a critical re-examination of the Hegelian philosophy of law; the introduction to this work being published in the *Deutsch-Französische Jahrbücher* issued in Paris in 1844. My inquiry led me to the conclusion that neither legal relations nor forms of state could be comprehended whether by themselves or on the basis of a so-called general development of the human mind, but that on the contrary they originate in the material conditions of life, the totality of which Hegel, following the example of English and French thinkers of the eighteenth century, embraces within the term »civil society«; that the anatomy of this civil society, however, has to be sought in political economy.«² A bit further on in the »Preface« Marx goes on to lay out a positive account of how we might instead conceive of »legal relations« and »forms of state«, or what he also refers to more generically as political forms or simply politics. »In the social production of their life, men enter into definite relations that are indispensable and independent of their will, relations of production which correspond to a definite stage of deve-

¹ Marx thereby critically reflects on his own political engagement prior to 1843, i.e. especially during his time at the *Rheinische Zeitung*.

² Karl Marx: Preface. In: David McLellan (ed): *Selected Writings*, Oxford/New York 2000, p. 424-427, here: p. 425.

lopment of their material productive forces. The sum total of these relations of production constitutes the *economic structure of society, the real foundation*, on which rises a *legal and political superstructure* and to which correspond definite forms of social consciousness.«³

By devising a general approach with which to think the social production of men's life in which the question of politics figures besides other elements of an overall structure, it is worth noting that Marx implies the possibility and even necessity to indeed »theorise« politics. That he delineates a relationship between a specific »economic structure of society«, which is more commonly referred to as mode of production made up of relations of production and productive forces, and a »legal and political superstructure« means that Marx posits the question of politics as a theoretical as well as a practical problem. More specifically, the theoretical problem of politics consists in theorising it within a particular methodological and epistemological framework,⁴ namely that of historical materialism. Because, and this is the second important dimension of the quoted passages from the »Preface«, Marx argues that it is impossible to theorise politics (the legal and political superstructure) by itself, in the sense that it needs to be understood within a specific relationship between the economic, and the legal and political structures: the former is »the real foundation« on which the legal and political superstructure »rises«.

The bold and probably in some ways provocative hypothesis that guides the investigation in this paper is that we still today do not know what it means to conceive of politics understood in the broad sense (the legal and political superstructure) as »originating in the material conditions of life«, or of »civil society«, to repeat Marx's utilisation of the Hegelian term. Moreover, the attention within the critical strands of political theory has been substantially diverted from this problem, despite the momentum that thinkers like Alain Badiou gathered around returning to the »idea of communism« as a political-philosophical project. I will thus first go on to outline what I understand to be a promising and yet interrupted attempt of conceptualising politics and ideology within a materialist framework. I am here referring to Louis Althusser's con-

³ Ibid.

⁴ For projects that focus on Marxist epistemology see also James Martin McIvor: *Karl Marx's Political Epistemology. Subjectivity, abstraction and the state in the writings of the early 1840s*, London 2004, unpublished PhD Thesis, <http://etheses.lse.ac.uk/2304/> (1.9.2016) and Dominique Lecourt: *Marxism and Epistemology: Bachelard, Canguilhem and Foucault*, London 1975.

cept of ideology. After sketching the promising elements of his theory as well as some inner-theoretical as well as conjunctural reasons for its quick abandonment within critical political theory starting from the late 1970s, I will turn, in the second and main part of the paper, to Marx's own development of a critique of bourgeois politics in his early work. The argument I develop centres around the contention that this Marxian critique of the state and the rights of man from 1844 contains significant elements for theorising the role of ideology and politics as well as their limits within a capitalist society.

The Fateful and Unfinished Business of the Althusserian Caesura

The most influential attempt made in this direction was in my view Louis Althusser's and Balibar's adoption and re-articulation of the base-superstructure topology in *Reading Capital* as part of their seminal recasting of a materialist theory of social formations as complex structural totalities that are to be thought through the two concepts of mode of production and reproduction.⁵ I am here particularly concerned with Althusser's understanding of the superstructure within this framework, concerning the politico-legal (law and the state) and ideology, which he developed subsequently to the *Reading Capital* seminars and published, in part, in

⁵ Louis Althusser/Étienne Balibar: *Reading Capital*, London 2009, p. 289. Althusser distinguishes between the revolutionary Marxian and the »ideological« Hegelian totality. He calls the latter an expressive totality and defines it as »a totality all of whose parts are so many ›total parts‹, each expressing the others, and each expressing the social totality that contains them, because each in itself contains in the immediate form of its expression the essence of the totality itself«. He opposes it to a »Marxist structured whole« which is a unity made up from »distinct and ›relatively autonomous‹ instances such as the economic base and the ideological superstructure, and whose instances have a structurally and temporally complex instead of an immediately determined and thus expressive relationship to the whole. Whilst I would argue that Althusser's characterisation of Hegel's concept of totality does not do justice to it, nor to Marx's very complicated relationship to it, Althusser's alternative should be considered as a breakthrough towards a historical-materialist theory of especially the capitalist social formation, whose full theoretical potential remains yet to be tapped. See Althusser/Balibar 2009, pp. 94, 97 and Stefano Pippa: The necessity of contingency. Rereading Althusser on structural causality. In: *Radical Philosophy*, no. 199, 2016, pp. 15-25 for a path-breaking contemporary development.

1969 in form of the well-known essay »Ideology and Ideological State Apparatuses (Notes towards an Investigation)«⁶ (hereafter ISA).

Althusser revisits Marx's and Marxist definitions of the state as a repressive state apparatus understood as a class state – in the hands of the dominant class and serving their interests. He acknowledges these definitions as true yet descriptive rather than theoretical, and introduces the need to separate out, on the one hand, the state as apparatus or, in fact, a conglomerate of repressive and ideological apparatuses that transgress the distinction between public and private (something the young Marx had misunderstood in Althusser's eyes, as we will see in a moment). On the other hand, the state for Althusser is state power – in the hand of the dominant and to be seized by the dominated class.⁷ He further asserts that ideology is not merely an illusion or a false or inverted idea of reality that is the necessary by-product of the alienating, concrete labouring experience: a position that he ascribes to the young Marx and the Young Hegelians more generally. Instead Althusser defines ideology as simultaneously more real and less historically determined than the account he attributes to the young Marx. Althusser thus defines ideology in ISA as the »imaginary ›representation‹ of individuals' imaginary relation to their real conditions of existence«.⁸ Significant here is the positing of a double imaginary relation to the real conditions of existence. It implies that a) the »real conditions of existence« or, in Marx's terms above, the »material conditions of life/civil society« are the foundation of ideology, they give rise to it. But the material conditions are not determining of what ideology contains and how it works, precisely because the double imaginary removal of the individual implies a suspension of any simple, unidirectional necessity and causality. And b) ideology and ideological representations (we might also say abstractions) within this conception need be granted lasting effects of their own, that is, their own materiality that exists in relation to but not determined by the material conditions of existence.

Whilst these interventions into the problem of theorising Marxist politics and ideology contain extremely powerful theoretical advances, my

⁶ See Louis Althusser: *Ideology and Ideological State Apparatuses (Notes towards an Investigation)*. In: *Ibid: Lenin and Philosophy and other essays*, New York/London 1971. See also the volume *Louis Althusser: On the Reproduction of Capitalism*, London/New York 2014, which contains a much longer manuscript on the same topics that Althusser himself left however unpublished.

⁷ Althusser 2014, p. 241-242.

⁸ Althusser 2014, p. 256.

contention here is that their potential for a project of theorising politics after Marx has been largely ignored or diluted within a radical democratic consensus. Firstly, Althusser's provocation of Marxism with his theory of the state and of ideology was criticised and dismissed in the 1970s and 80s as simultaneously too orthodox and too structuralist or indeed functionalist. One might attribute this accusation to the acute problem that a lot of Althusser's key concepts such as the structural whole or indeed his definition of ideology lacked a coherent development within his work. Secondly, his anti-humanism manifested in an outright refusal to discuss supposedly »humanist« notions such as human rights, universalism, emancipation, democracy, equality and liberty et cetera, that is, the notions Marx had used in order to develop his critique of bourgeois politics in his early writings. Because Althusser labelled them »ideological« in the bad sense in *For Marx*⁹ and thus refused to both seriously engage with the young Marx's critique and to include them in his theorisation of politics and ideology, his theory remained unable to think the relationship between capitalism and democracy. This leaves his theoretical account somewhat limited and empty as a project of re-thinking the base-superstructure relationship in the Marxian vein.

Both dimensions give us important reasons why Althusser's theory played only a very small role in the so-called »state debate« in Britain and Germany. The debate has been documented by Simon Clarke and had as its participants some of the leading figures of materialist state theory such as Joachim Hirsch, Bob Jessop and, I would argue, Simon Clarke himself.¹⁰ It is indeed only in the latter's own contributions that Althusser's theory of the state and of the base-superstructure topology are discussed and criticised in a significant way and on their own terms rather than through his colleague Nicos Poulantzas. In his criticism, which is also directed at Poulantzas, Clarke focuses on Althusser's limited, economic notion of the mode of production that remains tied to the bourgeois separation between the economic and the political/ideological. He thereby develops a critique that looks for the divergences between Althusser and Marx in a very productive manner.¹¹

⁹ Louis Althusser: *For Marx*, London 2005, p. 230.

¹⁰ Simon Clarke: *The State Debate*, UK 1991, <http://homepages.warwick.ac.uk/~syrbe/pubs/statebk.pdf> (1.9.2016).

¹¹ Clarke 1991, p. 7.

The turn away from Althusser's theorisation of politics and ideology after Marx coincided furthermore with a general decline of the Left in France after the so-called »red years« that resulted of the revelations about the Soviet Gulags and – more generally – about Stalinist policies which overdetermined the reading of Marx and Marxism at the time.¹² During the 1980s and in anticipation of the 200th anniversary of the French Revolution the critical political-theoretical discourse turned strongly against Marx and his attempt to think the heteronomy of politics. Instead it emphasised the importance of taking seriously the »autonomy« and »primacy« of politics.¹³ It is in this context that thinkers like Claude Lefort, Étienne Balibar and Jacques Rancière as well as François Furet and Pierre Rosanvallon returned – from different angles and driven by different political concerns of course – to interrogating the »humanist« notions of politics and indeed to the writings of the young Marx.¹⁴ But they did so after having largely disposed of or circumvented the Althusserian intervention into developing a Marxist theory of politics and ideology rather than explicating or rectifying it.¹⁵

Looking at the developments within Marx-inspired political-philosophical thought since the 1980s, which marks the turn towards »Theories of Radical Democracy« or »Post-Marxism« broadly understood, it can seem as if the Althusserian caesura has resulted in two things. Whilst it managed to push the challenge Marx had formulated to powerful theoretical conceptions, it unfortunately also resulted in a significant dwindling of any commitment to confront the Althusserian conceptions with their limits in order to develop them further in dialogue with the Marxian project. Thus my suggestion is to return to the Marxian challenge of thinking emancipatory or revolutionary politics within a historical-ma-

¹² See Michael Scott Christofferson: *French Intellectuals Against the Left: The Antitotalitarian Moment of the 1970s*, New York/Oxford 2004 and Andrew Jainchill/Samuel Moyn: *French Democracy between Totalitarianism and Solidarity: Pierre Rosanvallon and Revisionist Historiography*. In: *The Journal of Modern History*, Vol. 76, no. 1, 2004, pp. 107-154.

¹³ See Philippe Lacoue-Labarthe/Jean-Luc Nancy: *Retreating the Politics*, London/New York 2005.

¹⁴ See Nina Power: *Das kollektive politische Subjekt: Aufsätze zur kritischen Philosophie*, Hamburg 2015.

¹⁵ Of course this is not true in a simplistic way for Balibar and Rancière, who established their debts and criticisms with great rigour. But we have to leave this line of inquiry undeveloped within the confines of this paper. On Balibar's relation to Marx see my forthcoming review essay of his book *Equaliberty in Historical Materialism*.

terialist framework – or rather, to take the first step towards it, which is all this paper can hope to achieve.

Marx's Critique of Bourgeois Politics in 1844: Re-reading »On the Jewish Question«

There are, of course, many ways in which to proceed with this investigation. The one I have chosen is to return to Marx and examine his own critique of the state and of bourgeois politics that he developed in his early writings, primarily in »On the Jewish Question«. The motivation for this return is that Marx's conception has been the target of Althusser's critique of humanism and of the radical democratic thinkers of the following generation with the result that both camps dismissed it suspiciously univocally. My return to the young Marx is thus premised on suspending the Althusserian distinction between the early, the transitional and the later Marx for the moment (following the impetus that there might not be a strictly linear progression of his thought) when reading Marx's text from 1844. Because it is there that he himself offers us an explicit conception of the distinction between bourgeois politics and a different, emancipatory politics: the terminology Marx uses is (merely) political emancipation versus human emancipation. For the purposes of this paper I will focus solely on Marx's critique of bourgeois politics or political emancipation with the aim of clarifying how he defines it and what he conceived as its *limits*.

Political emancipation for Marx is, first of all, a concept that he uses synonymously with »political revolution«¹⁶ and bourgeois revolution, or the revolution of bourgeois society. The concept is, in this regard, based on his historical analysis of the changes that were brought about by the French and the American Revolution; changes of which he regards Hegel the prime theoretician. The revolutions had led, according to Marx's

¹⁶ Karl Marx: On the Jewish Question. In: *Ibid.*: Early Writings, London 1975a, pp. 212-241, here: p. 166 [367]. In the »Critical Notes« written only slightly later than »On the Jewish Question«, Marx explicitly equates political emancipation with the emancipation of the bourgeoisie. See Karl Marx: Critical Notes on the Article »The King of Prussia and Social Reform. By a Prussian«. In: *Ibid.*: Early Writings, London 1975b, pp. 401-420, here: p. 415 [405]. All page numbers in brackets refer to the German text, cited from the Marx-Engels-Werke, Band 1, Berlin 1956.

analysis,¹⁷ to the abolition of the political character of civil society under feudalism with the aim of finally constituting a united, universal political spirit.¹⁸ The state »assert[s] itself as a state«¹⁹ by renouncing its particular attributes, such as a state religion, which are subsequently transferred to the private sphere. That implies the *political* annulment, but not the annulment *tout court*, of the previously directly political elements of civil society (property qualification, birth, social rank, occupation, education and so forth). Of these, Marx especially emphasises religion, private property, and the freedom to engage in business.²⁰

The Declarations as the documents of the two revolutions, which Marx does not discuss as distinct from each other,²¹ attest to »the dissolution of the old society«. ²² This dissolution refers, on the one hand, to the overthrow of the French absolute monarchy and the birth of the modern political state that exists separate from religion and is given over to the people. On the other hand, it is the dissolution of feudalism (estates, corporations, guilds, privileges) as a social formation and the beginning of the new social order that Marx terms »civil-bourgeois society« at the time (Marxists will later refer to it as capitalism or the capitalist mode of production). It is in North America (as opposed to Germany or France) where, for Marx, the dissolution has fully taken place and a properly realised atheist and democratic state has been established; a state which, for Marx, is the space in which man as »species-being« (that is, despite or devoid of particularities) exists as political man, as citizen. However, the state is only one side of this new social formation: on the other side, it has created the private sphere of civil society which is divided from political concerns and thus the realm of

¹⁷ Marx's analysis is based on reading accounts of the revolutions by Hamilton, Tocqueville and Beaumont as far as we can deduce from his explicit references.

¹⁸ See Marx 1975a, p. 232 [368] (s. Anm. 16).

¹⁹ *Ibid.*, p. 218 [353].

²⁰ See *ibid.*, pp. 219, 233 [354, 369].

²¹ Marx treats the American Bill of Rights and the French Declarations without fundamentally differentiating between the two or viewing one as the predecessor of the other. Other theorists have insisted on this distinction to be necessary for their proper understanding. For different approaches see Georg Jellinek: *Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte*, München 1927; Hannah Arendt: *On Revolution*, London 1965; Jürgen Habermas: *Natural Law and Revolution*. In: *Ibid.*: *Theory and Practice*, Boston 1988; and for a brief overview Andrea Maihofer: *Das Recht bei Marx: zur dialektischen Struktur von Gerechtigkeit, Menschenrechten und Recht*, Baden-Baden 1992, pp. 93, 257 fn. 6.

²² Marx 1975a, p. 232 [367] (s. Anm. 16).

the social within the bourgeois order. Before we move on, it should be noted that this theoretical taking stock of the revolutionary developments in the West during the eighteenth and beginning of the nineteenth century is not a tale of the genesis of the capitalist social formation. It tries to develop a critical understanding of the new political-social order, against the Hegelian one, which Marx perceives as dominant – but Marx is not interested in the precise historical emergence of the different levels of this order.

Critique of the Rights of Man and the Citizen

Marx further contends that the newly established separation between the public and the private, and the state and civil society, relies on another, deeper separation, a separation within humanity itself. The starting point for Marx's analyses is, as mentioned above, the documents that were drafted by the revolutionaries themselves: the different versions of the *Declaration* and the *Bill of Rights* that, he argues, defined the universal rights of man »in their authentic form«. ²³ Partly, he proposes, the Declarations contain explicitly political rights – the *droits du citoyen* – whose content concerns life within the political community (the right to vote, run for office and so on), which he equates with the state. But regardless of how these civil rights define political freedom, for Marx, their effectivity is limited because they stand separated from and in opposition to civil society and to the *droits de l'homme*, the rights of man or human rights.

Marx argues that the reference to the rights of man *and* citizen, already in the title of the 1789 French *Declaration*, implies not an equation but a division *within* the individual, between man and citizen, as, on the one hand, a private and, on the other hand, a public individual. This is because the Declarations contain a very precise anthropological definition of one side of this split, namely of modern »man«, the member of civil society, within its definition of human *rights*. Marx finds this anthropological definition once he looks closer at the revolutionary statement from the Jacobin Declaration from 1793 that reads: »These rights, etc., (the natural and imprescriptible rights) are: *equality, liberty, security, property*.« ²⁴ Looking at what is hidden behind the assertion of the

²³ Marx 1975a, p. 227 [362] (s. Anm. 16).

²⁴ *Ibid.*, p. 229 [364].

imprescriptible right to liberty, Marx finds that its content focuses on liberty as the right »to do everything that does not harm the rights of others«. ²⁵ He concludes that this »right«, rather than giving a positive definition of freedom as emanating from a human community, only succeeds in defining man's freedom in isolation from another man's freedom: freedom as non-interference. The right of liberty is therefore, in his eyes, »the right of [...] separation, [...] of the restricted individual«. ²⁶ In this sense, the right of private property, which, Marx implies, one might imagine to oppose the right to liberty because it is about enclosing and thus separating the common into privately owned sections, is merely its practical application. Where the separation of man from man is defined as essential to his liberty, »the right to enjoy one's property ... *à son gré*«, ²⁷ that is, based on one's self-interest rather than on the interest of other men, is its logical realisation. ²⁸ The right to equality – »the law being the same for all« ²⁹ – then merely means that everyone is from now on self-sufficient to an equal degree. And finally the right to security – »the protection afforded by society to each of its members for the preservation of his person, his rights, and his property«, is, in Marx's eyes, nothing else than the concept of police: it is »the insurance« of civil society's egoism, of the existence of all of its members as self-sufficient and self-interested monads. ³⁰

Thus, Marx reaches the conclusion that the rights of man and the citizen as a whole are the rights of separation of man from man. Their general constraint is the intended inability of the natural rights formulated in the Declarations to give content to man as free and equal *in association* with other men. ³¹ The rights of man and the citizen that Marx understands to be the basis of bourgeois politics create the modern, egoistic and atomistic man as a political act (they are not, in fact, given qua

²⁵ Ibid.; see the 1793 Declaration.

²⁶ Ibid.

²⁷ Ibid., p. 230 [364].

²⁸ Maihofer is right to emphasise in her account of Marx's critique of human rights that many commentators have turned the causality of Marx's argumentation around at this point and ended up reducing bourgeois freedom and human rights to the freedom and protection of private property, which is an economic reduction of his reasoning. See Maihofer 1992, p. 94 (s. Anm. 21).

²⁹ Marx 1975a, p. 230 [365] (s. Anm. 16).

³⁰ Ibid.

³¹ Marx 1975a, pp. 229 [364] (s. Anm. 16).

nature); they ground the de-politicised and individualised, liberal modern human condition.

Critique of the State

For Marx, »man«, the individual of civil society, the *bourgeois* (*Bürger*), constitutes the substance of political life. But that's not all there is to it. He further implies his or her domination over the political sphere which allows us to see that Marx's reading of the Declarations also contains a critique of the republican state form.

Marx's critique of the modern state starts from its existence in a sphere different from that of civil society, external to man as bourgeois. Now that the »man« of civil society has been stripped of his feudal political attributes and privileges, the state constitutes a new political sphere, a universal sphere, or a sphere of the community, outside of man. Whilst man, as we have seen, forms the precondition of this state, he will need to seek recognition in or from it in order to be recognised as »political man« or *citoyen*. On one level, Marx recognises that the sphere of the state is precisely that sphere where man is no longer confined to his liberal existence, but where his freedom is defined as positive freedom and in conjunction with other men, the community of »species-beings«. But the fact that Marx defines this sphere as »outside« of man's bourgeois existence has invoked much criticism³² which means that we need to try and examine very carefully how this externality is defined and what it implies.³³

First of all, the state, which has freed itself from religion by displacing the latter into the private sphere of civil society, emancipates man *politically* from religion. But that means that man is only emancipated *through* the medium of the state which acts as an emancipatory intermediary (*Mittler*).³⁴ The state is the intermediary that stands »between man and man's freedom«. ³⁵ This function of the state within the emancipatory process provokes Marx to draw a parallel between the state and Christ as the mediator between man and his divinity. Just as

³² The main objection to the externality of the state to civil society comes from Poulantzas, who prominently insisted on the state as relational and traversed by class struggle.

³³ See *ibid.*, pp. 219-220 [355-356].

³⁴ See *ibid.*, p. 218 [353].

³⁵ *Ibid.*

Christ bears the promise of man's freedom in heaven, the state bears the promise of man's freedom in the political sphere. Both these intermediaries impose a detour on man in order to reach his freedom rather than founding man's freedom directly in the application of his own powers, by himself.

Marx goes on to develop the second level of his critique by reading two articles from two different versions of the French Declaration: »The aim of all political association is the preservation of the natural and imprescriptible rights of man« (Article 2, 1791) and »Government is instituted in order to guarantee man the enjoyment of his natural and imprescriptible rights« (Article 1, 1793).³⁶ Marx's strong interpretation of these two articles leads him to conclude that the state and its government, thus the whole political sphere, is reduced qua natural right to the henchman of civil society, and thus of a liberal figure of man. Citizenship and the struggle for recognition within its confines cannot have a truly political, that is, *revolutionary* value precisely because they are dominated by the logics of civil society and its egoistic, property-owning man.³⁷ As such, they would themselves need to be the target of revolutionary politics. Even though the political sphere, as with heaven in Christianity, contains a promise of freedom, this promise is not only out of man's immediate reach but is itself an abstraction, an »unreal universality«.³⁸ The state creates the illusion of the sovereignty of the people in which everyone takes part regardless of their profane, everyday existence. This participation in turn makes everyday existence appear unimportant or »fictitious« to political man. Marx shows how every citizen recognises the law of the state which forces him to exist with disregard to the real laws of life, the laws of civil society. Life in the state and its political implications as they are imagined by the citizens, their unconditional participation in the political affairs (*Volkssouveränität*) of their nation through universal suffrage and representative state institutions, are an outright illusion for Marx. Nonetheless, they are an illusion that exists counter to, or in tandem with, life in civil society as a reality that the illusion misrepresents.

On this level, we could summarise Marx's critique as an exposure of a republican-democratic illusion that gives the citizen a wrong idea about his own political powers. These are, in fact, determined very dif-

³⁶ Both articles cited in Marx 1975a, p. 231 [366-367] (s. Anm. 16).

³⁷ See *ibid.*, pp. 230-231 [366].

³⁸ Marx 1975a, p. 220 [355] (s. Anm. 16).

ferently in a different sphere of his life. The state itself perpetuates the existence of the citizen *in contradiction* to the bourgeois by only politically annulling the categories of feudal distinction. But the political annulment is not the only active achievement of the instantiation of the modern state. The other part of the state's work is the creation of »political man« as an abstraction, which it does precisely via the creation of its representative institutions. For Marx, the creation of »political man« affirms rather than overcomes the contradiction between man and citizen, which is an essential and deeply problematic element of the revolutionary incarnation of Enlightenment reason. Political man in turn undermines the modern representative state's »authentic rationality and universality«, its dedication to the *res publica* via its constitutive principle. In other words, it undermines its true sovereignty,³⁹ because vis-à-vis the material reality of civil society it is a merely abstract universality. This also means though that the state as the God-like mediator between man and his freedom is not the only force that separates »man« from a concretely free life.

This is because there is a third dimension to Marx's critique of the state as illusion and as being dominated by civil society. The state and its republican ideology is also *the condition* of a flourishing liberalism on the part of civil society. More precisely, the liberal principles of civil society dominate the state. They make the state's universality (*Allgemeinheit*) not only into an illusion that deceives its citizens, but they disprove the entire idea of the rational state, as central to Hegel's political philosophy, for example. From Marx's perspective, Hegel is correct in defining the modern state's existence »above the particular elements«⁴⁰ of civil society, in the sense of fulfilling its ideological role without the ability to really influence what takes place in the reality of civil society. Wendy Brown rephrases this problematic very pointedly: »If civil society is striated by forms of social power that the state declares politically insignificant, and the state's universality or ›perfected secularism‹ is premised upon its transcendence of the particularism of civil society, then the state is premised upon that which it pretends to transcend.«⁴¹ In Marx's

³⁹ See *ibid.*, p. 219 [354]; Jeffrey C. Isaac: *The Lion's Skin of Politics: Marx on Republicanism*. In: *Polity*, Vol. 22, no. 3, 1990, pp. 461-488, here: p. 474.

⁴⁰ Marx 1975a, p. 220 [354] (s. Anm. 16). Marx directly refers here to §270, Addition of Hegel's *Philosophy of Right*, In: *Werke* Vol. 7, Frankfurt a.M. 1970.

⁴¹ Wendy Brown: *Rights and Identity in Late Modernity: Revisiting the »Jewish Question«*. In: *Ibid.*: *Identities, Politics and Rights*, Ann Arbor 1997, pp. 85-130,

words, this means that the state has »always to acknowledge it [civil society], to restore it, and allow itself to be dominated by it«. ⁴²

Marx's identification of civil society with the political ideology of liberalism might, at first, appear dissonant with his affirmation in »On the Jewish Question« that »the completion of the idealism of the state was at the same time the completion of the materialism of civil society«. ⁴³ This suggests that civil society is pure, concrete, material life and all illusions reside in the state. Against this impression, Marx however specifies that civil society itself consists of spiritual and material elements. ⁴⁴ Whilst liberalism, which we discussed in terms of the rights of man that foster the development of individualised self-interest, does therefore not exhaust Marx's definition of civil society, it is an indispensable part of it, namely as its »spiritual element«. The material elements are specified throughout the text as private property, engaging in business, and, in the second part, the power of money. ⁴⁵

Conclusion

At this point in his life Marx undoubtedly failed to acknowledge that civil society is itself riven by an antagonism (use value/social relations of production; labour/capital) that penetrates the category of individual man based on his or her class position within political economy ⁴⁶ as he himself theorises later on. ⁴⁷ Nevertheless – against Althusser's earlier discussed critique of the young Marx and his own demand for a theory of ideology that does not place it on either side of the private/public divide – we have shown that already in 1844, civil society has, for Marx, a material *and* spiritual existence. As such, namely with its material and spiritual elements, it forms the substance of civil-bourgeois society, which dominates the state in the sense that it overdetermines

here: pp. 100-101.

⁴² Marx 1975a, p. 220 [355] (s. Anm. 16).

⁴³ Ibid., p. 233 [369].

⁴⁴ See *ibid.*, p. 232 [368].

⁴⁵ Ibid., pp. 236-238 [372-373].

⁴⁶ See Luca Basso: *Marx and Singularity – From the Early Writings to the Grundrisse*, Leiden 2012, p. 63.

⁴⁷ See *ibid.*, pp. 179-180.

the state's purpose, giving rise to its »religiosity« in the shape of republican ideology.

I want to thus conclude by suggesting that we need to regard the state's republicanism as discussed by the young Marx as something closer to Althusser's definition of »ideology« rather than brushing it off as a mere »illusion«. In the sense that republicanism, just as liberalism, is constitutive of the reality of civil-bourgeois society, much can be gained by using the young Marxian insights towards a theory of ideology as Althusser sketched it. For Marx, both republicanism and liberalism depend on man's double existence as citizen and bourgeois as a practico-social reality which is fundamentally linked to man's existence as a labourer whilst not reducible to it by any means. Consequently, a politics of citizenship or radical democracy will remain limited as long as it disregards the double split and the determining role of the relations of production (or civil society) within the capitalist social form instead of consciously fighting against it.

ARBEIT

Nelli Tügel

Vom wilden Streik zur »Menschenwürde«

Die Debatte um »Arbeit« und »Würde« im Zusammenhang mit dem *Stora Gruvstrejken* in Schweden 1969/70

Dieser Aufsatz besteht aus drei Teilen. Zunächst werde ich ein Problem darstellen, das mich während der Arbeit an meiner Dissertation beständig begleitet. Es handelt sich um die Frage, inwiefern es überhaupt möglich ist, eine Geschichte »von unten« zu schreiben. Der Referenztext, auf den ich bei der Darstellung dieses Problems eingehe, ist *Can the Subaltern speak?* von Gayatri Chakravorty Spivak. Im zweiten Teil des Textes werde ich Thema, Gegenstand und Fragestellung meiner Dissertation¹ umreißen, um im dritten Teil einen wilden Streik von Erzgrubenarbeitern in Nordschweden aus den Jahren 1969/70 in den Fokus zu rücken. In diesem Zusammenhang wird ein Quellenbestand präsentiert.

Kann eine Geschichte »von unten« geschrieben werden?

Seit Michel Foucault auch die deutschsprachigen Geisteswissenschaften auf den Kopf stellte, hat der Archivbegriff ein faszinierendes Eigenleben entwickelt. Die philosophische Diskussion, die von Foucault angestoßen, seitdem beständig weitergeführt und in den letzten Jahren durch die technische Revolutionierung der Datenströme befeuert wurde, hat diesem einst eher funktionalen Begriff den Glanz eines postmodernen Modeworts verliehen. Doch ist der Archivbegriff von Foucault ein gänzlich anderer als der umgangssprachliche, der ja meist den Ort, die Institution Archiv meint. Foucault beschrieb mit dem Archiv den Rahmen des zu einer bestimmten Zeit Sagbaren. Das Foucaultsche Archiv ist also die Summe aller – auf ein Thema bezogenen, zu einem Zeitpunkt getätigten – diskursiven Praktiken. Wer wissen möchte, was zum Beispiel 1780 am Französischen Hof zum Thema Sexualität sagbar war (und was nicht), muss sich die Mühe machen, das Archiv – ein dicht gewebtes Netz an Äußerungen – zu rekonstruieren, so wie Foucault es in seiner *Archäolo-*

¹ Titel: Aushandlungsprozesse und Strukturen im Umfeld europäischer Streikbewegungen 1969 bis 1989.

gie des Wissens als Programm definiert hat.² Aber wie ist das möglich? Dafür wiederum suchen Historiker_innen in der Regel die Einrichtung Archiv auf. Einen Ort also, dem die herrschenden Institutionen, aber auch Verbände, Organisationen und (selten) Einzelpersonen Dokumente zur Aufbewahrung überlassen haben. Archive sind keine Sammlungen, sie stellen nicht aus wie das Museum. Sie sind Aufbewahrungsorte, die zudem das Aufbewahrte mithilfe eines Systems zugänglich und damit bewältigbar machen für die Nachwelt.

Wer etwas über das Foucaultsche Archiv erfahren möchte, der muss an den Ort Archiv gehen. Darüber hinaus gibt es auch einen gemeinsamen Wesenskern zwischen dem Ort Archiv und dem kulturwissenschaftlichen, postmodernen Archivbegriff. Denn so wie auch das Foucaultsche Archiv von Macht bestimmt und Macht bestimmend ist, stellt die Institution Archiv einen Hort der Macht dar. Der Prozess der Archivierung ist von gewaltigen Asymmetrien durchzogen. Was im Archiv lagert, ist ein Spiegelbild früherer und gegenwärtiger Herrschaftsverhältnisse. Wer nichts zu sagen hat in einer Gesellschaft, dessen Stimmen sind nicht nur im Foucaultschen Archiv kaum wahrnehmbar. Sie finden in der Regel auch keinen Eingang in die Institution Archiv und verstummen damit für die Nachwelt. Viele kritische Historiker_innen (mich selbst eingeschlossen) sind jedoch von dem Ehrgeiz getrieben, eine Geschichte »von unten« zu schreiben. Sie möchten den Unterdrückten, den »kleinen Leuten«, eine Stimme geben. Doch ist das überhaupt möglich?

Ende der 1980er Jahre sorgte ein Text der heutigen Columbia-Professorin Gayatri Spivak für Furore. In *Can the Subaltern Speak?*³ kritisierte Spivak die französischen Akademiker Foucault und Gilles Deleuze für ihre – nur an der Oberfläche bescheiden erscheinende – These, die Unterdrückten bräuchten keine Repräsentation mehr, da sie in der Lage seien, für sich selbst zu sprechen. Was Spivak so ärgerte, war, dass diese beiden (sozial bereits durchaus angesehenen) Akademiker damit ihre eigene Machtposition völlig verschleierten und übersahen, dass selbst dann, wenn Subalterne sich artikulierten, diese oft nicht gehört werden. Gerade die Akademiker_innen selbst übernahmen dabei aus Spivaks Sicht nicht selten die Rolle derjenigen, die die Stimmen der Subal-

² Vgl. Michel Foucault: *Archäologie des Wissens*, Frankfurt a.M. 1981.

³ Gayatri Chakravorty Spivak: *Can the Subaltern Speak?*, Wien 2008. Dieser deutschen Erstausgabe liegt die Textfassung des Essays von 1988 zugrunde, die erschienen ist in: Cary Nelson/Lawrence Grossberg: *Marxism and the Interpretation of Culture*, Urbana 1988, S. 271-313.

ternen nachträglich verzerrten sowie verstümmelten und damit doppelt zum Schweigen brachten. Dann nämlich, wenn sie vorgaben, Subalterne einfach für sich selbst sprechen zu lassen. Eine Stimme habe nur, wer auch gehört wird. Daran jedoch scheitere – so hat Spivak nach *Can the subaltern speak?* immer wieder klargestellt – das so generös von Foucault und Deleuze proklamierte »für sich selbst sprechen lassen« in der Regel.⁴

Wenn nun in den Archiven nach den »Stimmen von unten« fieberhaft gesucht wird, ist die Gefahr dieses von Spivak beschriebenen Verzerrungs- und Verstummungsprozesses besonders groß. Denn wenn überhaupt Spuren unterdrückter Stimmen es trotz aller Machtasymmetrien in die Archive geschafft haben – was selten genug der Fall ist –, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass diese entweder schon im Prozess der Aufzeichnung und Archivierung verfälscht wurden, oder aber durch das »Sprechen lassen« der Historiker_innen nachträglich missverstanden und damit ebenso verzerrt werden. Gleichzeitig erhalten sie aber durch die vermeintliche Authentizität umso mehr Gewicht.

Arbeiter_innenklasse – Subalterne

In meiner Arbeit geht es um Menschen, die der Arbeiter_innenklasse Westeuropas angehörten. Kann in diesem Zusammenhang von Subalternen überhaupt die Rede sein?

Spivak selbst hat in den vielen Jahren, die seit der Erstfassung von *Can the Subaltern speak?* vergangen sind, mehrfach darauf hingewiesen, dass ihr Begriff von Subalternen, den sie dem italienischen Kommunisten Antonio Gramsci entlehnt hatte, ein sehr spezieller sei. Sie verwende Subalterne, um kolonisierte Frauen zu beschreiben, die in mehrfacher Hinsicht von den sogenannten Mobilitätsrouten der Gesellschaft abgeschnitten und von jeglicher gesellschaftlicher Repräsentation ausgeschlossen seien. Immer wieder äußerte Spivak ihr Missfallen darüber, dass Subalterne zu einem ubiquitären Begriff verkommen sei, der beliebig für jedes irgendwie unterdrückte Subjekt verwendet werde und damit an analytischer Schärfe einbüße.⁵ Die Filmemacherin

⁴ Vgl. Maria Do Mar Varela; Nikita Dhawan: Postkoloniale Theorie – eine kritische Einführung, Bielefeld 2005, S. 76.

⁵ Vgl. Donna Landry/Gerald Maclean (Hrsg.): *The Spivak Reader*, New York 1996, S. 290; Gayatri Spivak: *Outside in the Teaching Machine*, New York 1993, S. 137.

Hito Steyerl fragte dazu passend in der Einleitung der deutschen Erstausgabe von *Can the subaltern speak?*, die erst 2008 erschienen ist: »Ist die Arbeiterklasse subaltern?«⁶ Ihre Antwort lautet: »Welche Arbeiterklasse? Eine globale Arbeiterklasse existiert [...] nicht. Sie ist [...] zersplittert und in sich heterogen, sie spricht keine gemeinsame Sprache und kann sich kaum übersetzen.«⁷

Auch die Arbeiter_innenklasse, der ich während meiner Forschungen begegnet bin, stellt sich dar, wie Steyerl es hier beschreibt. Die Belegschaft von *Ford* in Köln-Niehl beispielsweise, wo 1973 wild gestreikt wurde, war gespalten in »Gastarbeiter_innen« aus verschiedenen Herkunftsländern und die Stammebelegschaft. Nicht über eine gemeinsame Sprache zu verfügen (sowohl wörtlich als auch im übertragenen Sinn), ging dort so weit, dass in den 1970er und noch in den 1980er Jahren ethnisch-sprachlich getrennte Betriebsversammlungen stattfanden.⁸ Es ist ernüchternd festzustellen, dass der von Spivak in *Can the Subaltern Speak?* beklagte Vorgang der Auslöschung von subalternen Frauen aus den Akten und Archiven durch Kolonialbeamt_innen, die nicht einmal willens waren, die Namen dieser Frauen korrekt aufzuschreiben,⁹ sich bei »Gastarbeiter_innen« in der Bundesrepublik wiederholte. Auch ihre Namen – wenn sie denn überhaupt einmal als Subjekte in den Dokumenten auftauchen – sind oft »erbärmlich falsch«¹⁰ geschrieben.

Am Beispiel des 1829/30 durch die britische Kolonialmacht verbotenen Witwenopfers verdeutlicht Spivak ihr Argument: Die Sätze »wir mussten die Frauen retten« (die weißen Kolonialbeamt_innen) und »die Frauen wollten sterben« (das indische nativistische Narrativ) legitimieren sich gegenseitig. Die Positionen der involvierten Frauen verschwinden dazwischen.¹¹ Analog dazu bedingen sich in der Historiographie des Ford-Streiks die Narrative: »Die türkischen Arbeiter wurden von Kommunisten instrumentalisiert, sie wussten nicht, was sie tun« und die gerade unter Linken beliebte Lesart (»Die türkischen Arbeiter bilden wegen ihrer schlechten Arbeitsbedingungen den bewusstesten Teil der Arbei-

⁶ Hito Steyerl: Die Gegenwart der Subalternen. In: Gayatri Spivak: *Can the Subaltern Speak?*, Wien 2008, S. 5-16, hier: S. 7.

⁷ Ebd., S. 15.

⁸ Vgl. Protokolle von Betriebsversammlungen für türkischen Mitarbeiter aus den Jahren 1970-1984, Archiv der sozialen Demokratie, Bestand: Betriebsrat Ford-Werke GmbH Köln, Ordner BV türkischen und italienische Unterlagen.

⁹ Vgl. Spivak 2008, S. 100 (s. Anm. 3).

¹⁰ Ebd., S. 100.

¹¹ Vgl. ebd., S. 81.

terklasse«) gegenseitig. Die Positionen von involvierten Arbeiter_innen selbst sind so im Grunde nicht repräsentiert. Doch auch der Versuch, sie »einfach selbst zu Wort kommen zu lassen«, geht – das ist in diesem Fall auch einige Male demonstriert worden – oft schief. Denn meist werden dann die »authentischen Stimmen« einfach in die schon bestehenden Narrative eingeeht – und damit doppelt mundtot gemacht.

Ich spreche in meiner Dissertation nicht von der Subalternen. Mir geht es auch nicht um die Frage, wer dies nun sei. Im Anschluss an Spivak problematisiere ich die Tatsache, dass die gesellschaftlichen Ungleichheiten im Archiv fortgeführt werden. Dass zudem die Versuche, aus den Archiven heraus die Stimmen der an den Rand Gedrängten zum Sprechen zu bringen, diesen Vorgang noch verstärken können, sollte deutlich geworden sein. Eine Lösung dieses Problems gibt es nicht. Spivak selbst bemerkte in einem Interview von 1994 zur Frage, ob die Positionen von Subalternen von einer »aufmerksamen, Komplizenhaft involvierten Kritikerin« gelesen und repräsentiert werden könnten:

»Was wäre die Alternative? [...] Die Alternative, nämlich der subalternen Vergangenheit mit all ihren Schwierigkeiten keine Aufmerksamkeit zu schenken, [würde] letztlich darauf hinauslaufen, dass ihr überhaupt keine Aufmerksamkeit geschenkt wird. In einem bestimmten Maße ist es also notwendig, zu lernen, wie man sich der Sache annehmen kann. Und man macht Fehler. Eine Menge davon.«¹²

Streik-Solidarität in Schweden, Großbritannien und Westdeutschland – 1969 bis 1989

In meiner Dissertation untersuche ich Streiks, Streik-Solidaritätsbewegungen und ihren Einfluss auf Aushandlungsprozesse um »Arbeit« und »Demokratie«. »Streiks erfordern Mut und Konfliktbereitschaft. Das persönliche Engagement der Streikenden ist dabei umso größer, je weniger Arbeitsniederlegungen lediglich als Ritual im Rahmen von Verhandlungsroutinen wahrgenommen werden.«¹³ Diese Beobachtung des Gewerkschaftsforschers Heiner Dribbusch lässt sich – so eine meiner

¹² Gayatri Chakravorty Spivak: Ein Gespräch über Subalternität. In: Spivak 2008, S. 119-148, hier: S. 144f. (s. Anm. 3).

¹³ Heiner Dribbusch: 60 Jahre Arbeitskampf in der Bundesrepublik. In: Reinhard Bispinck/Thorsten Schulten (Hrsg.): Zukunft der Tarifautonomie, 60 Jahre Tarifvertragsgesetz: Bilanz und Ausblick, Hamburg 2010, S. 145-168, hier: S. 165.

Hypothesen – auch auf Streik-Solidaritätsbewegungen übertragen. Unter bestimmten Umständen können gerade nicht-normierte Sozialkonflikte wie »wilde«, aber beispielsweise auch sehr lang und konfrontativ geführte Streiks, ein hohes Maß an praktischer und symbolischer Solidarität erzeugen. Einher gehen solche Konflikte häufig mit einer öffentlichen Polarisierung um die Frage der Rechtmäßigkeit der Forderungen und Aktionsformen der Streikenden. Dabei werden »Demokratie« und »Arbeit« zur diskursiven Verhandlungsmasse. Es geht dann schnell um mehr, als den eigentlichen Streik-Anlass.

Ziel meines Dissertationsvorhabens ist es, solche Prozesse zu beschreiben und zu vergleichen. Ich tue dies anhand von vier Streikbewegungen aus drei Ländern: der Bundesrepublik Deutschland (*Ford Köln* 1973, *Krupp Duisburg-Rheinhausen* 1987/88), Großbritannien (*Miners' Strike* 1984/85) und Schweden (*Stora Gruvstrejken* 1969/70). Diese vier Streiks weisen folgende Gemeinsamkeiten auf: Sie waren »wild« geführt, also illegale Streiks, oder sehr konfrontativ und lang geführte Streiks. Sie haben in der Öffentlichkeit polarisiert und waren von einer sozialen Bewegung begleitet, die sich auf diese Streiks bezogen hat und deren ursprünglicher Sinn es gewesen ist, die Arbeitskämpfe materiell und symbolisch zu unterstützen. »Arbeit« und »Demokratie« sind tragende Konzepte vieler Gesellschaften nach 1945. Sie unterliegen aber einem gewissen Bedeutungswandel, sind also nie fest und dauerhaft definiert, auch wenn sie von vielen Menschen für selbstverständlich gehalten werden. Sie sind »Gummibegriffe«, die einerseits umfassend und wenig offen erscheinen, aber gleichzeitig historisch relativ sind. Was Arbeit ist und wie sie auszusehen hat, ist genauso umkämpft, wie die Frage, was zu einer Demokratie gehört und zum Beispiel wer an ihr teilhaben darf. Gerade Streiken stellt sich in einer konfrontativen Form als Akt der Infragestellung von grundlegenden Vereinbarungen der Gesellschaft dar, zumindest viel stärker als andere Protestformen wie Demonstrationen oder Petitionen. Dies wiederum scheint unter bestimmten Umständen Menschen zu motivieren, über den Weg der Streik-Solidarisierung selbst mit ihren Deutungen in gesellschaftliche Debatten einzugreifen. Auch die Streiks, mit denen ich mich beschäftige, fungierten als Ventil für eigenständiges politisches Begehren jener Menschen, die sich mit den Streiks solidarisierten. Ein bekanntes Beispiel dafür ist das Unterstützerinnennetzwerk *Women Against Pit Closures* (WAPC),¹⁴ in dem sich

¹⁴ Vgl. Triona Holden: *Queen Coal – Women of the Miners' Strike*, London 2005.

vor allem die Partnerinnen der streikenden britischen Bergleute Mitte der 1980er Jahre organisierten. Das diente eben nicht nur der Streiksolidarität, sondern setzte schnell auch Themen wie Hausarbeit, Kinderbetreuung und Geschlechtergerechtigkeit auf die Tagesordnung. Ein anderes, ebenfalls aus dem Umfeld des britischen Bergarbeiter_innenstreik stammendes Beispiel, ist die Gruppe *Lesbians and Gays Support the Miners* (LGSM).¹⁵ Dieser Gruppe wurde 2014 mit der Filmkomödie *Pride*, die unter anderem mit dem *Queer Palm Award* in Cannes ausgezeichnet wurde, ein Denkmal gesetzt. Interessant ist auch hier, dass neben der Unterstützung für den Bergarbeiterstreik aus der LGBT-Szene, die Solidarität einen doppelten Effekt zeigte: Denn die Delegierten der Bergarbeiter-Gewerkschaft *National Union of Mineworkers* (NUM) revanchierten sich, indem sie auf dem Labour Parteitag 1985 einen Antrag durchsetzten, der die Partei erstmals verpflichtete, sich für die Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen stark zu machen.

Ziel meiner Forschung ist es, einen Beitrag zur Geschichtsschreibung der westeuropäischen Arbeiter_innenbewegung nach 1945 zu leisten und hier bisher vernachlässigte Akteur_innen in den Fokus zu rücken. In der Arbeiter_innenbewegungsgeschichte ist die Streikgeschichte ein Segment, das seit einigen Jahren auch im deutschsprachigen Raum wieder etwas mehr Interesse erhält.¹⁶ Dennoch wurden die von mir als Fallbeispiele ausgewählten Streikbewegungen zum Teil gar nicht, zum Teil nicht erschöpfend erforscht. Darüber hinaus halte ich Streik-Solidarität in der Historischen Protestforschung für unterschätzt. Die Solidari-

¹⁵ Zu LGSM: Diarmaid Kelliher: *The 1984-5 miners' strike and the spirit of solidarity*. In: *Soundings*, Summer 2015, S. 118-129; Ders.: *Solidarity and Sexuality: Lesbians and Gays Support the Miners 1984-5'*. In: *History-Workshop Journal*, Spring 2014, S. 240-262; Nelli Tügel: *Stolz und Vorurteil*. In: *neues deutschland*, 5.2.2014.

¹⁶ Als Beispiele seien genannt Peter Birke: *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark*, Frankfurt a.M. 2007 und Christian Koller: *Streikkultur. Performanzen und Diskurse des Arbeitskampfes im schweizerisch-österreichischen Vergleich (1860-1950)*, Münster 2009. Laufende Dissertationsprojekte sind unter anderem das von Arne Hordt zu »Aufruhr in der Montanregion? – Nordostengland und das Ruhrgebiet in den 1980er Jahren« an der Universität Tübingen und von Jens Beckmann über »Selbstverwaltung im Industriebetrieb: das Uhrenunternehmen LIP in Besançon in den 1970er und 1980er Jahren« am Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF). Zu nennen sind auch die Beiträge aus dem Umfeld der Jenaer Schule des Soziologieprofessors Klaus Dörre, hier zum Beispiel die Arbeiten von PD Dr. Stefan Schmalz.

tätsbewegung mit dem Streik des Stahlwerkes in Duisburg-Rheinhausen 1987/88 beispielsweise war eine der größten sozialen Bewegungen der 1980er Jahre in Westdeutschland. Während aber Anti-Atombewegung, Frauenbewegung und andere Gegenstände historischer Protestforschung sind, gibt es zu dem Rheinhausen-Konflikt fast keinerlei geschichtswissenschaftliche Literatur.

In der Arbeit werden nicht alle vier Beispiele miteinander verglichen. Vielmehr unterscheide ich zwei Zeitphasen: Die Krise des *Fordismus* Anfang der 1970er Jahre und der Strukturwandel der 1980er Jahre. Zwei verschiedene *Akkumulationsregime* bilden also den Vergleichsrahmen. Das Ende des *Fordismus* hatte auf Gewerkschaften und Streiks eine enorme Wirkung. Während Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre Streiks in der Regel offensiv geführte Kämpfe mit hohen Lohnforderungen darstellten, waren sie in 1980er Jahren vor allem Abwehrkämpfe, die sich gegen Betriebsschließungen und Arbeitsplatzabbau richteten. Selbst der von der IG-Metall 1984 geführte Kampf um die 35-Stunde-Woche war ein Versuch der Gewerkschaft, den steigenden Arbeitslosenzahlen etwas entgegenzusetzen. Während im Fordismus die Integration der Arbeitnehmer_innenorganisationen – also die Sozialpartnerschaft – integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik war, ging der Neoliberalismus der 1980er Jahre auch mit einer rigiden Anti-Gewerkschaftspolitik einher. Maßgebend dafür waren die Regierungen von Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Jeweils einer der beiden Streiks, die ich untersuche, genoss umfangreiche Sympathien, während der andere sehr stark umstritten war. Auch wenn alle vier Streiks von einem solidarischen Umfeld umgeben waren, unterscheidet sich die Breite dieser Solidarität doch sehr. Es geht also nicht darum, eine einseitige Erfolgsgeschichte der Streik-Solidarität zu schreiben. Ich möchte stattdessen eine Facette sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Eingriffe in den technischen und ökonomischen Wandel und die damit verbundenen Debatten nachvollziehen. Und auch untersuchen, was Bedingungen für Solidarität sind und wie sie sich äußern kann.

Der *Stora Gruvstrejken* in Schweden 1969/70

Am 12.12.1969 hatten Arbeiter_innen der Frühschicht der staatlichen Grubengesellschaft L.K.A.B. (*Luossavaara-Kiirunavaara Aktiebolag*) im nordschwedischen Svappavaara beschlossen, die Arbeit zu verweigern. Schnell folgten die Belegschaften der Erz-Gruben in den Städten Kiruna, Luleå und Malmberget. Der Streik zog sich über zwei Monate hin und entfachte eine breite gesellschaftliche Debatte um Mitbestimmung im Betrieb, aber auch um Arbeitsbedingungen bei fortschreitender Technisierung und das Verhältnis von Mensch und Maschine. Unmittelbarer Auslöser der Auseinandersetzung war die Einführung eines neuen Akkordsystems in den Gruben gewesen. Der staatliche Grubenkonzern, der unter sozialdemokratischer Kontrolle stand, hatte sich von einem Arbeitsdirektor die Arbeitsabläufe berechnen lassen und wollte sie auf dieser Grundlage standardisieren.

Mit 5.000 Streikenden war der Streik zwar eher klein. Eine Welle gesellschaftlicher Aufmerksamkeit, Solidarität und Sympathie¹⁷ jedoch machten ihn zu einem Großereignis mit nachhaltiger Wirkung. Dass er diesen Widerhall erfuhr, ist sicherlich der Tatsache geschuldet, dass sich der schwedische Wohlfahrtsstaat 1969 bereits in einer Krise befand. Nicht der Streik hatte den wohlfahrtsstaatlichen Konsens aufgekündigt. Er war vielmehr der erste sichtbare Ausdruck einer Erosion des fordistischen Klassenkompromisses in Schweden. So wurde auch ein über die Jahre entstandener Riss zwischen der Sozialdemokratie und ihrer Basis deutlich sichtbar. Gleichzeitig ruhten aber auch viele Hoffnungen in mehr Wirtschaftsdemokratie und bessere Arbeitsbedingungen auf dem gerade erst (im Oktober 1969) ins Amt des Ministerpräsidenten gekommenen Olof Palme. Ende der 1960er Jahre regierte die SAP (*Sveriges socialdemokratiska arbetareparti*) zwar bereits seit über dreißig Jahren. Die Ernennung Olof Palmes zum Ministerpräsidenten hatte ihrem Programm eines sozialen Kapitalismus jedoch vorübergehend neues Leben eingehaucht. Auch wenn er erklärtermaßen die Politik seines Vorgängers Tage Erlander weiterführte, repräsentierte Palme als junger und charismatischer Politiker – wie auch Willy Brandt in der Bundesrepublik – eine gewisse sozialdemokratische Erneuerung.

¹⁷ Vgl. Ingela Johansson: An Introduction to the Great Miners' Strike in Kiruna, Malmberget and Svappavaara – an Artistic Inquiry into The Great Miners' Strike and Solidarity Actions. In: ArtLeaks Gazette, August 2015, S. 23.

Wilde Streiks waren in Schweden zu diesem Zeitpunkt eher eine Seltenheit, dennoch fanden sie regelmäßig statt. Es gab in Schweden eine gut organisierte, sozialdemokratisch dominierte Arbeiter_innenbewegung, aber auch eine starke syndikalistische Tradition, die sich bereits im 19. Jahrhundert herausgebildet hatte.¹⁸ Die syndikalistische und auch kommunistische Strömung der schwedischen Arbeiter_innenbewegung war auf den Eisenerzfeldern stark verankert und die institutionelle Einbindung in die sozialdemokratischen Arbeitnehmer_innenstrukturen im Betrieb eher gering. Sicherlich übertrieben ist die Behauptung des Palme-Biografen Henrik Berggren, dass in den Wohnungen vieler Grubenarbeiter im Norden »Stalins Porträts neben dem des nordschwedischen Erweckungspredigers Laestadius«¹⁹ hingen. Richtig jedoch ist sein Hinweis, dass die Tradition eines gewissen Arbeiter_innenradikalismus auch in der nordschwedischen Sozialstruktur begründet lag. Denn im »Gegensatz zu südlicheren Landesteile[n] war die bürgerliche Mittelschicht in diesen Siedlerortschaften schwach entwickelt. Arbeiter und Unternehmensleitung standen einander ohne Puffer gegenüber.«²⁰

Dies ist eine Beobachtung, die im Zusammenhang mit sozialen Unruhen und wilden Streiks von Arbeitssoziolog_innen und Historiker_innen immer wieder gemacht wurde und sich meines Erachtens nach verallgemeinern lässt: Je schwächer die institutionelle Einbindung der Arbeiter_innenorganisationen ausgeprägt ist, desto ungehinderter können sich wilde Streiks entwickeln und soziale Bewegungen entfachen. Die zeitgeschichtliche Blaupause für einen solchen Prozess ist Frankreich 1968. Gerade Frankreich – so führt der Soziologe Duncan Gallie aus –, das anders als Großbritannien (mit den *shop stewards*) oder Deutschland (mit den Betriebsräten) zwar über zentrale Gewerkschaften, aber nicht über eine geregelte Einbindung der Arbeiter_inneninteressen in den Betrieben verfügte, wurde immer wieder von Streikwellen, aus denen sich soziale Unruhen entwickelten (neben 1968 auch 1936 und 1947), heimgesucht.

»So wird das Unternehmen [...] zu einem Modell für die Interpretation der Gesellschaft insgesamt. Gleichermaßen sehen die Arbeiter die Lösung ihrer unmittelbaren Arbeitskonflikte als von den umfassenderen gesellschaftlichen Konflikten abhängig. Konkret drückt sich dies in einer

¹⁸ Vgl. Klaus Neumann: Freiheit am Arbeitsplatz – Betriebsdemokratie und Betriebsräte in Deutschland und Schweden (1880-1950), Frankfurt a.M. 2015.

¹⁹ Henrik Berggren: Vor uns liegen wunderbare Tage, München 2011, S. 438.

²⁰ Ebd., S. 438.

größeren Bereitschaft zur Beteiligung an verallgemeinerten Formen industrieller Konflikte aus.«²¹

Und:

»Diese Streiks wurden [...] nicht von den Gewerkschaften geplant, sie waren nicht Teil eines normalen Verhandlungszyklus und fingen als allgemeine Bewegungen wirtschaftlichen Protests an, anstatt eine Bewegung mit klar formulierten Verhandlungszielen zu sein. Sie entsprachen genau dem Typ spontaner Verallgemeinerung eines Konflikts, vor dem Hintergrund aufgetauter Unzufriedenheiten, der bei einer nur sehr schwachen Institutionalisierung der industriellen Beziehungen auf der Ebene des Arbeitsplatzes zu erwarten wäre.«²²

Der *Stora Gruvstrejken* endete nach 57 Tagen mit einem Erfolg für die Arbeiter_innen und ihre Unterstützer_innen. Von dem Akkordsystem war keine Rede mehr, zudem wurden eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 15 Prozent und ein fester Monatsmindestlohn erkämpft. Dies ermutigte auch die Sympathisant_innen sowie Unterstützer_innen des Streiks und erhöhte den Druck auf die Regierung, weitere Maßnahmen zu ergreifen. Es folgten recht weitreichende Gesetze zur Regulierung des Arbeitsmarktes im Verlauf der 1970er Jahre.²³ Staatliche Eingriffe in diesem Bereich waren zwar bereits in den 1960er Jahren immer wieder gefordert worden. Der Streik jedoch hatte den Debatten einen Schub verpasst und die Seite der Befürworter_innen staatlicher Regulierung gestärkt.

»Tack för Er rättvisa Kampen« – Nachrichten an die streikenden Bergleute

Zwei Tage nach Streikausbruch, am 14. Dezember 1969, wählte eine in Kiruna stattfindende Versammlung von Arbeitern aus den Gruben ein elfköpfiges Streikkomitee. Vereinbart wurde ein Forderungskatalog, der neben der Abschaffung des Akkordsystems einen Mindestlohn vorsah, aber auch 15 weitere Punkte enthielt, die Rente, Urlaubs-

²¹ Duncan Gallie: *Social Inequality and Class Radicalism in France and Britain*, Cambridge 1983, S. 157.

²² Ebd.

²³ Mehr Rechte für ältere Arbeitnehmer_innen auf dem Arbeitsmarkt (1971), Arbeitnehmer_innenvertreter im Vorstand (1972), verbesserter Arbeitsschutz (1973), verbesserter Kündigungsschutz (1974) und mehr Mitbestimmung für die Arbeitnehmer_innen (1976), vgl. Berggren 2011 (s. Anm. 19).

zeiten, Mieten, Gesundheitsschutz und so weiter betrafen.²⁴ Zudem wurde auf dieser Versammlung die Einrichtung eines Kontos beschlossen. Auf dieses Konto zahlten im Verlauf der nächsten Wochen Hunderttausende Menschen Spenden ein, viele mithilfe von Postanweisungsscheinen. Postanweisungsscheine waren in den 1960er Jahren ein in West- und Nordeuropa weit verbreitetes Mittel, um Geldtransfers anzuweisen. Absender_innen gingen in ihrer Heimatstadt zu einer Postfiliale und füllten den Anweisungsschein aus. Ein linker, circa fünf Zentimeter breiter Abriss-Streifen wurde an die Zahlungsempfänger_innen geschickt. Auf diesem Abriss-Streifen befand sich – neben Name und Stadt der Absender_innen – auch eine Betreffzeile, die bei Bedarf auf die Rückseite ausgeweitet werden konnte. Viele Tausend Menschen machten von der Möglichkeit Gebrauch, ihren Spenden auf diesem Weg kleine Briefe an die streikenden Bergarbeiter_innen beizufügen, ihnen Nachrichten und Wünsche mitzuteilen. Über den Nachlass des Streikkomitees wiederum sind diese Abriss-Streifen ins Archiv gelangt, in diesem Fall ins Regionalarchiv bei Luleå (Folkrörelsernas Arkiv i Norrbotten). Diese Nachrichten an die Minenarbeiter_innen in Norrbotten geben einen umfassenden Einblick in die Motive derjenigen, die sich in großer Zahl im Verlauf dieser Auseinandersetzung auf die Seite der Streikenden stellten. Dies ist auch insofern bemerkenswert, als dass es sich um einen »wilden«, also formal illegalen Streik handelte. Gerade für diesen Streik aber, der nicht auf die gewerkschaftlichen Streikkassen zurückgreifen konnte und daher auf Spenden angewiesen war, waren viele Menschen bereit, etwas zu geben und an ihrem Arbeitsplatz oder in der Nachbarschaft Sammlungen durchzuführen, wie ebenfalls dokumentiert ist. Die beachtliche Ressourcenmobilisierung aus der Bevölkerung entging auch (west)deutschen Medien nicht. So staunte man im Januar 1970 im *Spiegel*, dass auf einem »Streikkonto des Komitees Spenden aus Schweden und den nordischen Nachbarländern, die auf ein paar Millionen Mark geschätzt werden«, eingegangen seien und »viele schwedische Kirchengemeinden [...] die Kollekte des 4. Adventssonntags nach Kiruna«²⁵ schickten.

Damit existieren aussagekräftige Quellen für Gründe und Formen von Streiksolidarität im Zusammenhang mit dem *Stora Gruvstrejken*. Die

²⁴ Protokoll der Sitzung des Streikkomitees, »Lönefrågor«, 14. Dezember 1969, Arkivcentrum Norrbotten, 2035 LKAB-strejken, Box O. Hultin, kein Ordner, nicht paginiert, Übersetzung durch die Autorin.

²⁵ Konzern verfemt (ohne Autor_innenangabe). In: Der Spiegel 1/5/1970, S. 66.

Spenden kamen von Einzelpersonen, Belegschaften und Organisationen. Besonders viele aus der Region (Luleå, Umeå, Kiruna), aber auch aus allen anderen schwedischen Großstädten (Stockholm, Göteborg, Malmö), ebenso aus Norwegen, Dänemark und Finnland. In diesen Kurznachrichten zeigt sich auf ungewöhnliche Weise, dass der Streik tatsächlich eine enorme Sympathie erzeugen konnte. Er wurde von vielen als Stellvertreterkampf für die Sache aller Arbeiter_innen, Arbeitslosen und Pensionär_innen betrachtet. Tausende bedankten sich in ihren Mitteilungen bei den Streikenden für ihren Einsatz. Die Nachrichten bezeugen auch, dass sich der Streik schnell zur Projektionsfläche für angestauten Frust mit dem schwedischen Wohlfahrtskorporatismus entwickelte.

Anhand dieses Bestandes lässt sich zudem ein Einblick gewinnen in die diskursive Repräsentanz bestimmter Denkfiguren und Argumente. Auffällig ist hier die immer wiederkehrende Bezugnahme auf Gerechtigkeit (zum Beispiel mit der immer wiederkehrenden Formulierung: »Danke für euren gerechten Kampf«), »Menschwürde« (*mänsklig värdighet*) und die »Würde der Arbeit«.

Um einige wenige Beispiele zu nennen: Schüler_innen und Lehrer_innen der Volkshochschule Kiruna spendeten im Januar 990 Kronen und bedankten sich in ihrer Nachricht für den »Einsatz für die Menschenwürde«.²⁶ Ende Januar 1970 spendete eine Gruppe von Postmitarbeiter_innen aus Kiruna 640 Kronen, am 2. Januar 1970 kamen 100 Kronen von einer Konditorei aus Kiruna bei dem Streikkomitee an, ebenso wie 300 Kronen des *Televerks*-Personals aus Kiruna, 160 Kronen von Mitarbeiter_innen der *Svenska Handelsbanken* und 450 Kronen von Taxifahrer_innen aus Kiruna.²⁷ Die »Arbeit« als umkämpfter Begriff, die Frage also, was Arbeit ist und wie sie auszusehen habe und in welchem Verhältnis Demokratie und Arbeit zueinander stehen, spielte eine große Rolle in dieser Kommunikation. Viele der Schreibenden bezogen sich positiv auf die Forderung nach mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz, die von den Streikenden aufgestellt worden war.

Das Theaterpersonal vom Theater Göteborg schrieb Folgendes auf den Abriss-Streifen des Postanweisungsscheins: »Wir wünschen euch Erfolg bei dem gerechten Kampf, den ihr führt.« (»Vir önskar Er framgång i den rättvisa kamp Ni för.«) Und weiter: »Danke dafür, dass ihr gewagt habt, was viele wollen, aber sich nie getraut haben.« (»Tack för

²⁶ »Inrikes Postanvisning«, Folkrörelsernas arkiv i Norbotten, 1799 Kiruna Svappavaara strejkkommitté.

²⁷ Ebd.

att Ni gjort vad många velat men aldrig vågat.«)²⁸ Auch dies ist ein häufig wiederkehrender Gedanke in den Briefen: Ihr kämpft für viele, nicht nur für euch.

Zusammenfassung

Im *Stora Gruvstrejken* kamen mehrere Entwicklungen zusammen: eine allgemeine linke Welle nach »68«, große Erwartungen, die das Versprechen eines sozialdemokratischen Aufbruchs mit der Ernennung von Olof Palme zum Premierminister geweckt hatte und eine sozial angespannte Situation im Norden des Landes sowie technische Weiterentwicklungen im Bergbau. Die beiden letzteren Faktoren waren Grund für den Ausbruch des Streiks, aber ohne die anderen Faktoren hätte sich der Konflikt kaum zu einer grundlegenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung ausweiten können. Die Welle der Solidarität mit dem Streik und die in den Wochen des Konfliktes entstandenen örtlichen und betrieblichen Zusammenschlüsse – vor allem mit dem Ziel, für den Streik Geld zu sammeln – sorgten neben der medialen Aufmerksamkeit mit dafür, dass er ein nachhaltiges politisches Ereignis für Gesamt-Schweden wurde – und darüber hinaus. So wurde 1982 im vom *norwegischen Sprachrat* (språkråd) herausgegeben Wörterbuch über neue Worte (*nyord i Norsk*) 1945-1975 unter »Kirunasiert« folgende Definition geliefert: »Kiruna ist zu einem Sammelbegriff geworden für menschliche Revolte gegen unmenschliche, industrielle Arbeitsverhältnisse.« (*Kiruna er blitt et samlebegrep for menneskelig revolt mot umenneskliggjorte industrielle arbeidsforhold.*)²⁹

Offensichtlich wurde im Verlauf des Streiks eine grundlegende Revision des Arbeitsbegriffes von den Beteiligten eingefordert und mit der Verweigerung der Arbeit, der Aufstellung eigener Forderungen und der diskursiven Verbindung von »Arbeit« und »Würde« in die Debatte interveniert. Der untrennbar mit dem Streik verbundene Slogan »Wir sind Menschen, keine Maschinen« brachte unter anderem diese Intervention pointiert zum Ausdruck. Zum einen manifestierte sich in der Aktion der Arbeitsverweigerung *an sich* auch das Hinterfragen des hegemonialen Demokratieverständnisses. Dieses sah zwar die Beteiligung und Inte-

²⁸ Ebd.

²⁹ *Nyord i norsk 1945-1975*. Utgaven av Norsk språkråd, Bergen-Oslo-Tromsø 1982, zitiert nach: Eriksson, S. 293.

gration aller im schwedischen »Volksheim« vor, doch nicht in der Form, wie es die Grubenarbeiter taten. Demokratie wurde im Verlauf des Konfliktes aber auch insofern neu konzeptualisiert, als die Forderung nach Mitbestimmung im Betrieb den Streik begleitete.

Anna Lucia Jochem

Klassenbewusste Solidarität mit Arbeitslosen?

Die biografische Kontextualisierung sozialer Einstellungen
gegenüber arbeitslosen Menschen

Arbeitslosigkeit im Kapitalismus

Das Phänomen der Arbeitslosigkeit ist eng mit der Entstehung der bürgerlichen Erwerbsgesellschaft verbunden.¹ Die präkapitalistische Erwerbslosigkeit war in erster Linie durch Landbesitzlosigkeit und fehlende Zugehörigkeit zu einem Haushalt verursacht. Waren in den vorindustriellen Gesellschaften nur wenige Menschen ausschließlich vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängig, änderte sich dies mit der Durchsetzung des Kapitalismus.² Mit der Expropriation von Grund und Boden ging eine Trennung der Produzent_innen von den Produktionsmitteln einher und immer mehr Menschen wurden in die Lohnarbeit getrieben.³ Dass fortan manche Menschen nur noch ihre Arbeitskraft zu verkaufen hatten, brachte ein neues soziales Problem mit sich – die Arbeitslosigkeit.⁴ Diese war dadurch bedingt, dass »der Arbeiter arbeiten will, von sich aus auch arbeiten kann, trotzdem aber keine Arbeit findet, weil keine Nachfrage nach seiner Arbeitskraft vorhanden ist«.⁵

Seit seiner Entstehung hat der Kapitalismus viele Wirtschaftskrisen überlebt und sich beständig verändert und angepasst. So gab es Phasen der Massenarbeitslosigkeit, wie infolge der Weltwirtschaftskrise von 1929/1930, aber auch Phasen der annähernden Vollbeschäftigung, wie in den 1960er Jahren in der BRD.⁶ Infolge der fordistischen Krise und

¹ Vgl. Wolfgang Bonß/Rolf G. Heinze: Arbeit, Lohnarbeit, ohne Arbeit. Zur Soziologie der Arbeitslosigkeit. In: Dies. (Hrsg.): Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft. Frankfurt a.M. 1984, S. 7-49, hier: S. 11.

² Vgl. Markus Promberger: Eine kurze Geschichte der Arbeitslosigkeit. In: Arbeit und Beruf, Jg. 56, Nr. 1/2/3, 2005, S. 1-2, 33-34, 65-67, hier: S. 65.

³ Vgl. MEW 23, S. 741-744.

⁴ Der Begriff der Arbeitslosigkeit bezieht sich hier auf das Lohnarbeitsverhältnis und den Zwang, die Arbeitskraft verkaufen zu müssen. Dies bedeutet freilich nicht, dass Personen ohne Lohnarbeit zwangsläufig frei von Arbeit sind: man berücksichtige nur beispielsweise unbezahlte Care-Arbeit oder ehrenamtliche Arbeit.

⁵ Werner Sombart: Die gewerbliche Arbeiterfrage, Leipzig 1904, S. 112.

⁶ Vgl. Promberger 2005, S. 34-65.

der damit einhergehenden Rückkehr der Massenarbeitslosigkeit vollzog sich die Transformation des Kapitalismus vom Fordismus zu einem »flexiblen Kapitalismus«⁷ beziehungsweise »Finanzmarkt-Kapitalismus«.⁸ In dieser neuen Kapitalismusformation lässt sich eine »Vermarktlichung der Gesellschaft«⁹ und die »Wiederkehr der sozialen Unsicherheit«¹⁰ beobachten. Dies hat Folgen für die Arbeitswelt und die Bewertung von Arbeitslosigkeit.

Die seit den 1970er Jahren einsetzende Prekarisierung von Erwerbsarbeit und die Präsenz erneuter Massenarbeitslosigkeit verstärkt für lohnabhängig Beschäftigte das Risiko, prinzipiell auch von Arbeitslosigkeit betroffen sein zu können.¹¹ Für viele bedeutet dies – aufgrund fehlender Alternativen zum Verkauf ihrer Arbeitskraft – nicht mehr eigenständig für die Existenzsicherung sorgen zu können. Zu diesem objektiven und teils subjektiv präsenten Risiko der Arbeitslosigkeit kommt die sich seit einigen Jahrzehnten vollziehende Privatisierung sozialer Risiken infolge der »aktivierenden Wende wohlfahrtsstaatlicher Politik«¹² hinzu. Diese hat zudem Auswirkungen auf die gesellschaftlich konstruierten sowie diskursiv erzeugten Bilder von Arbeitslosen und Arbeitslosigkeit. Wie Frank Oschmiansky, Silke Kull und Günther Schmid nachzeichnen, gibt es seit Mitte der 1970er Jahre immer wieder Debatten über Arbeitslosigkeit, die sich als »Faulheitsdebatten« charakterisieren lassen.¹³ Diese

⁷ Richard Sennett: *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin 2006.

⁸ Paul Windolf: *Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus?* In: Ders. (Hrsg.): *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*, Wiesbaden 2005, S. 20-57.

⁹ Sighard Neckel: *Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft*, Frankfurt a.M. 2008, S. 90.

¹⁰ Robert Castel: *Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit*. In: Robert Castel/Klaus Dörre (Hrsg.): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M. 2009, S. 21-34.

¹¹ Vgl. Arne L. Kalleberg: *Precarious Work, Insecure Workers: Employment Relations in Transition*. In: *American Sociological Review*, Jg. 74, Nr. 1, 2009, S. 1-22; Klaus Kraemer/Frederic Speidel: *Prekarisierung von Erwerbsarbeit. Zur Transformation des arbeitsweltlichen Integrationsmodus*. In: Wilhelm Heitmeyer/Peter Imbusch (Hrsg.): *Integrationspotentiale einer modernen Gesellschaft*, Wiesbaden 2005, S. 367-390.

¹² Stephan Lessenich: *Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft*. In: Klaus Dörre/Stephan Lessenich/Hartmut Rosa (Hrsg.): *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*, Frankfurt a.M. 2009, S. 126-177, hier: S. 163.

¹³ Vgl. Frank Oschmiansky/Silke Kull/Günther Schmid: *Faule Arbeitslose? Politische Konjunkturen einer Debatte*, <http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2001/i01-206>.

Verschärfung der Diskurse über Arbeitslose und die Konstruktion negativ konnotierter Arbeitslosenbilder erzeugen »Deutungsmuster von oben«,¹⁴ die eine Spaltung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen implizieren.¹⁵ Dabei ist die Gemeinsamkeit der Arbeitenden und der Arbeitslosen, dass sie ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Nur ein Teil kann die Arbeitskraft unter teils besseren, teils schlechteren Bedingungen verkaufen. Ein Teil der Arbeitskräfte wird jedoch nicht nachgefragt.

Schon Karl Marx verweist auf diese Zusammenhänge von Arbeitenden sowie industrieller Reservearmee und darauf, wie sie gegeneinander ausgespielt werden können: »Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt.«¹⁶ Bis heute wirkt die Logik fort, dass niedrige Löhne und Flexibilisierung der Arbeit tendenziell eher möglich sind, »wenn die Konkurrenzbedingungen für die Arbeitnehmer ungünstig ausfallen, wenn genügend Arbeitslose den »Arbeitsplatzbesitzern« als soziales Druckpotential gegenüberstehen«.¹⁷ In solchen Zeiten stellt sich natürlich die Frage, wie es um die Solidarität und den Zusammenhalt derer bestellt ist, die nur ihre Arbeitskraft – ob nun »erfolgreich« oder nicht – verkaufen können. Bei Betrachtung qualitativer und quantitativer Studien muss man feststellen, dass die Abwertung von Arbeitslosen nicht nur auf diskursiver Ebene, sondern auch auf der Ebene der individuellen Einstellungen bedeutsam ist. Die Bielefelder Langzeitstudie *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* (2002-2011) gibt beispielsweise einen Überblick zur Verbreitung der Abwertung von Langzeitarbeitslosen. So stimmt 2011 zum Beispiel knapp über die Hälfte der deutschen Bevölkerung der Aussage zu: »Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirk-

pdf (12.5.2016).

¹⁴ Klaus Dörre/Klaus Kraemer/Frederic Speidel: Prekäre Beschäftigungsverhältnisse – Ursache von sozialer Desintegration und Rechtsextremismus?, www.uni-bielefeld.de/ikg/wissensaustausch/pdf/Abschlussberichte/Projekt02_Endbericht_Doerre.pdf (12.5.2016), S. 88.

¹⁵ Vgl. Herbert Schui: Rechtsextremismus und totaler Markt: Auf der Suche nach gesellschaftlicher Klebmasse für den entfesselten Kapitalismus. In: Peter Bathke/Susanne Spindler (Hrsg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien, Berlin 2006, S. 48-59, hier S. 56.

¹⁶ MEW 23, S. 665.

¹⁷ Hans Uske: Das Fest der Faulenzer. Die öffentliche Entsorgung der Arbeitslosigkeit, Duisburg 1995, S. 21.

lich daran interessiert, einen Job zu finden« und 61% empört es, »wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen«. ¹⁸ Die Erklärung für diese Reaktionen gegenüber Arbeitslosen finden sich bislang vor allem in anderen Einstellungen, wie beispielsweise der Ökonomisierung des Sozialen, ¹⁹ Gerechtigkeitsorientierungen an dem Leistungsprinzip statt dem Bedarfsprinzip ²⁰ sowie einer starken Arbeitsmoral. ²¹

In Zeiten der Individualisierung und propagierter Eigenverantwortlichkeit mag dies vielleicht gar nicht so sehr überraschen. Allerdings stellt sich die Frage, wieso manche Individuen eine Gerechtigkeitsorientierung und eine Arbeitsmoral entwickeln, die eine Abwertung von Arbeitslosen, oder – im Gegensatz dazu – eine Solidarität mit diesen wahrscheinlicher beziehungsweise unwahrscheinlicher macht. Wer also solidarisiert sich mit Arbeitslosen und erkennt ein gemeinsames Klasseninteresse in Bezug auf die Gemeinsamkeit, die eigene Arbeitskraft verkaufen zu müssen? Wer verfolgt hingegen nur partikulare Arbeitsinteressen, welche auf eine »exklusive Solidarität« ²² – beispielsweise innerhalb des Betriebs oder innerhalb der Stammebelegschaft – beschränkt bleibt? Wie lässt sich also das Auftreten oder Ausbleiben einer klassenbewussten Solidarität mit Arbeitslosen erklären?

¹⁸ Wilhelm Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem unsicheren Jahrzehnt. In: Ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10, Berlin 2012, S. 15-41, hier: S. 39.

¹⁹ Vgl. Anna Klein/Wilhelm Heitmeyer: Demokratieentleerung und Ökonomisierung des Sozialen. Ungleichwertigkeit als Folge verschobener Kontrollbilanzen. In: Leviathan, Jg. 39, Nr. 3, 2011, S. 361-383.

²⁰ Vgl. Anna Klein/Eva Groß: Gerechte Abwertung? Gerechtigkeitsorientierungen und ihre Implikationen für schwache Gruppen. In: Bernd Dollinger/Henning Schmidt-Semisch (Hrsg.): Gerechte Ausgrenzung? Wohlfahrtsproduktion und die neue Lust am Strafen, Wiesbaden 2011, S. 145-165.

²¹ Vgl. Andrew Dunn: The »Dole or Drudgery« Dilemma: Education, the Work Ethic and Unemployment. In: Social Policy & Administration, Jg. 44, Nr. 1, 2010, S. 1-19; hier: S. 11-12.

²² Klaus Dörre: Übriggebliebene und Verwundbare. Das Gesellschaftsbild des Prekariats in Fremdzuschreibungen und Selbstzeugnissen. In: Klaus Dörre/Anja Happ/Ingo Matuschek (Hrsg.): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben, Hamburg 2013, S. 132-180, hier: S. 144.

Soziale Einstellungen und Solidarität

Dazu muss zuerst einmal die Entstehung und die Funktion sozialer Einstellungen näher betrachtet werden. Soziale Einstellungen sind als eine vom Individuum durch Erfahrung erworbene, relativ stabile Tendenz zu verstehen, mit bestimmten Gefühlen, Vorstellungen und Verhaltensweisen auf soziale Objekte wie Personen, Gruppen oder soziale Situationen zu reagieren.²³ Aus sozialpsychologischer und psychoanalytischer Sicht können die Übernahme und die Darstellung sozialer Einstellungen dem Aufbau und Ausdruck sozialer Identität dienen.²⁴ Die dabei erfolgende Zuordnung zur Eigengruppe ermöglicht solidarische Einstellungen,²⁵ während die Abgrenzung von anderen Gruppen hingegen die Abwertung dieser Fremdgruppen zur eigenen Aufwertung begünstigt.²⁶ Hierbei dienen soziale Einstellungen auch der Lösung persönlicher Probleme und Konflikte.²⁷ Abwehrmechanismen wie Sündenbock-Konstruktionen können Frustration kanalisieren, Aggressionen verlagern, Ängste abwehren oder Probleme projizieren.²⁸ Solidarische Einstellungen erfolgen hingegen zum einen aufgrund der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen. Diese Form der Solidarität beruht meist darauf, dass eine angestrebte Verbesserung der eigenen Lage effektiver gemeinsam als Gruppeninteresse eingefordert oder durchgesetzt werden kann.²⁹ Die Solidarität mit der Eigengruppe gründet somit auf einer starken Basis von gemeinsamen Interessen. Allerdings ist Solidarität zum anderen nicht auf die Eigengruppe beschränkt. Bei der gruppenübergreifenden Solidari-

²³ Vgl. Rüdiger Peuckert: Soziale Einstellungen. In: Bernhard Schäfers/Johannes Kopp (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*, Wiesbaden 2006, S. 57-59.

²⁴ Vgl. Peter O. Güttler: *Sozialpsychologie. Soziale Einstellungen, Vorurteile, Einstellungsänderungen*. München 2003, S. 105-106; Hans Dieter Schmidt/Ewald Johannes Brunner/Amélie Schmidt-Mummendey: *Soziale Einstellungen*, München 1975, S. 23-25.

²⁵ Vgl. Hans-Werner Bierhoff/Beate Küpper: *Sozialpsychologie der Solidarität*. In: Kurt Bayertz (Hrsg.): *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt a.M. 1998, S. 263-296.

²⁶ Vgl. Güttler 2003, S. 105-106 (s. Anm. 24)..

²⁷ Vgl. Schmidt et. al. 1975, S. 24-25.

²⁸ Vgl. Güttler 2003, S. 105 (s. Anm. 24); Jörg Flecker: *Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und ihre politische Verarbeitung*. In: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.): *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen 2008, S. 79-100, hier: S. 94-95.

²⁹ Vgl. Bierhoff/Küpper 1998, S. 264 (s. Anm. 25).

tät werden persönliche Interessen zugunsten der Erfüllung moralischer Verpflichtung zurückgestellt. Wichtige Grundlagen für solidarische Einstellungen gegenüber Fremdgruppenmitgliedern sind Empathie, Schuldgefühle oder wahrgenommene Ungerechtigkeit.³⁰

Aus quantitativen Studien weiß man, dass die Ressentiments gegenüber Langzeitarbeitslosen beispielsweise mit sinkender Soziallage zunehmen.³¹ Ebenso treten Vorurteile gegenüber Arbeitslosen bei den 16- bis 34-Jährigen und Personen im Rentenalter häufiger auf. Zudem haben Frauen (im Gegensatz zu Männern) stärkere Vorurteile gegenüber Arbeitslosen.³² Doch hinsichtlich der Frage nach Erklärungen für Solidarisierung geben solche Deskriptionen wenig Auskunft. Und auch wenn diese Abwertung der Arbeitslosen mit Gerechtigkeits- und Werteorientierungen oder ökonomischen Einstellungen erklärt werden, bleibt die Frage offen, warum diese Personen die jeweiligen Einstellungen, Werte oder Gerechtigkeitsvorstellungen aufweisen.

Die Entstehung sozialer Einstellungen ist wesentlich bedingt durch den Sozialisationsprozess, durch Informationen von anderen Personen, durch vorherrschende Anschauungen oder durch den Kontakt mit dem sozialen Objekt, auf das sich die Einstellung bezieht.³³ Daher erweist sich im Hinblick auf die Frage nach der Genese und den Ursachen von sozialen Einstellungen eine *biografische Perspektive* als unerlässlich.

Biografische Kontextualisierung der Einstellungen gegenüber Arbeitslosen

Eine Einbettung der Einstellungen gegenüber Arbeitslosen in den biografischen Kontext von Individuen bietet einen tieferen Einblick in die Erklärungsansätze für das Herausbilden sozialer Einstellungen – ob nun

³⁰ Vgl. Hans-Werner Bierhoff: Solidarität gegenüber Fremdgruppenmitgliedern. In: Lars-Eric Petersen/Bernd Six (Hrsg.): Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung. Theorien Befunde und Interventionen, Weinheim 2008, S. 341-349, hier: S. 341-344.

³¹ Vgl. Jürgen Mansel; Kirsten Endrikat: Die Abwertung von »Überflüssigen« und »Nutzlosen« als Folge der Ökonomisierung der Lebenswelt. Langzeitarbeitslose, Behinderte und Obdachlose als Störfaktor. In: Soziale Probleme, Jg. 18, Nr. 2, 2007, S. 163-185, hier: S. 177.

³² Vgl. Andreas Zick: Arbeitslos, nutzlos, abgewertet. Vorurteile gegenüber Arbeitslosen sind in Deutschland weit verbreitet, 2010, www.uni-bielefeld.de/ikg/zick/Report%20Zick%20Arbeitslose%203_2010.pdf (13.5.2016).

³³ Vgl. Peuckert 2006 (s. Anm. 23).

in solidarischer oder abwertender Ausprägung. Grundlage für die weiteren Überlegungen sind problemzentrierte-biografische Interviews³⁴ mit abhängig Beschäftigten.³⁵ Es wurden Interviews mit Personen aus der Stammbelagschaft und in Leiharbeitsverhältnissen sowie mit Individuen ohne und mit Arbeitslosigkeitserfahrung geführt. Dabei handelt es sich um Personen aus unterschiedlichen Unternehmensbereichen und in unterschiedlichen Positionen. Mit diesen Daten lassen sich einerseits verschiedenste erwerbsbiografische Verläufe, arbeitsweltliche Erfahrungen und Wahrnehmungen der Arbeitsbedingungen und der Arbeitswelt im Allgemeinen erfassen. Andererseits können in diesem Kontext die verschiedenen Einstellungen zu arbeitslosen Menschen beleuchtet werden.³⁶ Die folgende exemplarische Darstellung anhand von Fallbeispielen kann freilich keinen Anspruch auf Vollständigkeit von Einflussvariablen erheben, sondern soll anhand zweier Aspekte die Relevanz der biografischen Kontextualisierung sozialer Einstellungen gegenüber Arbeitslosen verdeutlichen.

Im Kontext eigener erlebter oder potenzieller Arbeitslosigkeit

Eine naheliegende Annahme ist, dass eigene Arbeitslosigkeit oder die Angst vor Arbeitslosigkeit einen Einfluss auf die Einstellungen zu arbeitslosen Menschen haben könnten. Die quantitative Studie *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* betont jedoch, dass auch Befragte, die von

³⁴ Vgl. Andreas Witzel: Das problemzentrierte Interview. In: Gerd Jüttemann (Hrsg.): *Qualitative Forschung in der Psychologie: Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder*, Weinheim 1985, S. 227-255.

³⁵ Die interviewten Personen sind alle in einem großen Wirtschaftsunternehmen der Metall- und Elektroindustrie beschäftigt, welches ein durchschnittliches Beispiel der deutschen Großunternehmen in Zeiten von Wirtschaftskrise, Globalisierung und Rationalisierung darstellt. Das ausgewählte Unternehmen bietet insofern ein spannendes Forschungsumfeld, als einerseits die Stammbelagschaft noch über relativ gute Arbeitsbedingungen (beispielsweise Löhne und Beschäftigungsgarantien) verfügt, andererseits Renditesteigerung durch Outsourcing, Arbeitsintensivierung und Leiharbeitseinsatz zu erzielen versucht wird. Innerhalb dieses Unternehmens wurde nun gezielt nach bestimmten Sampling-Kriterien eine maximale Kontrastierung der Fälle anvisiert.

³⁶ Die Interviews wurden vollständig transkribiert, anonymisiert und mithilfe der Analysesoftware MAXqda nach der Kodiermethode der *Grounded Theory* analysiert. Zur *Grounded Theory* vgl. Anselm Strauss/Juliet Corbin: *Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung*, Weinheim 2010.

Arbeitslosigkeit betroffen sind, Vorurteile gegenüber Arbeitslosen äußern und sich kein Zusammenhang zwischen der eigenen Bedrohung von Arbeitslosigkeit und der Abwertung von Arbeitslosen nachweisen lasse.³⁷ Betrachtet man allerdings in qualitativen Daten die Bewertung oder Verarbeitung von erlebter Arbeitslosigkeit, so lassen sich durchaus Parallelen zu den Bildern über arbeitslose Menschen eruieren.

Am Beispiel von Michael Hansen – seit 30 Jahren im selben Unternehmen und davor eine Zeit lang arbeitslos – wird gut deutlich, dass die Bewertung der eigenen Arbeitslosigkeit als »schön« in einem logischen Zusammenhang mit seiner solidarischen Haltung gegenüber Arbeitslosen steht.

»Kann ich eigentlich noch erinnern, war eigentlich nicht schlecht, die Arbeitslosigkeit. Also ich hatte keine Familie, Junggeselle und eh das Geld ging auch irgendwie und da hat man gelebt, ne. Abends irgendwohin in Diskotheken und das war eigentlich keine schlechte Zeit. [...] War eigentlich gut. [...] Man hätte damals, wenn ich gewollt hätte, dann hätte man sofort Arbeit bekommen, damals ne. Man wollte sich auch nicht unter Preis verkaufen, ne also das war klar. Dann hat man eben so lange gewartet, solange wies ging.«³⁸

Die retrospektive Bewertung der Arbeitslosigkeit deutet bei Michael Hansen darauf hin, dass Arbeitslosigkeit als ein vorübergehendes Sich-Entziehen der arbeitsweltlichen Anforderungen und der Unterordnung im kapitalistischen Arbeitsverhältnis verarbeitet wird. Dies lässt ihn gegenüber Arbeitslosen nicht nur sehr viel Mitgefühl und Verständnis haben. Er fordert von ihnen auch nicht ein, sich dem kapitalistischen Verhältnis der Lohnarbeit unterzuordnen. Arbeitslosigkeit sei nicht gottgegeben und durch Umverteilung der Arbeit und des Geldes wäre das Problem auch lösbar: »Aber das ist gar nicht gewollt, ne. Weil das Heer der Arbeitslosigkeit, heißt es immer, ist erpressbar, sind die Leute die Arbeit haben, ne.«³⁹

Dass der Arbeitslosigkeit die Funktion als Druckmittel gegen die Arbeitenden zugeschrieben wird, impliziert auf der Grundlage des Gegensatzes von Kapital und Arbeit, dass Arbeitslose und abhängig Beschäftigte gemeinsame Interessen haben müssten. Solidarität mit den Arbeitslosen und ein gemeinsamer Kampf sind für Michael Hansen daraus die logische Folgerung:

³⁷ Vgl. Zick 2010, S. 4 (s. Anm. 32).

³⁸ Interview 1, Michael Hansen, 00:21:00-00:22:10.

³⁹ Ebd., 01:55:00.

»Und vor allen Dingen wir als die Arbeit haben, [...] wir müssten eigentlich voran gehen, wir müssten eigentlich sagen, hört zu Leute, wir haben noch Arbeit, wir tun was für euch. Nicht umgekehrt. Weil viele Kollegen auch sagen, die können ja auf die Straße gehen, die haben ja Zeit, die sind ja arbeitslos, aber nein, umgekehrt, wir müssen den Kollegen oder den Menschen doch sagen, wir haben noch Arbeit, wir helfen euch, wir kämpfen mit euch.«⁴⁰

Eine solche klassenbewusste Solidarität tritt bei anderen Interviewpersonen mit Arbeitslosigkeitserfahrung nicht unbedingt auf. Georg Gelsen beispielweise, der eine ähnlich lange Betriebszugehörigkeit hat und auch am Anfang seines Berufslebens kurze Zeit arbeitslos war, bringt bestenfalls eine partikuläre Empathie gegenüber Arbeitslosen auf. Seine eigene Arbeitslosigkeit beschreibt er als schwierige Zeit:

»Also zu der Zeit wie ich arbeitslos war, das war auch ne ganz schwere Phase, weil wir da, wie gesagt wir waren schon verheiratet und wir hatten schon ein Kind, und eh da hab ich gedacht, du kommst nie aus dem Sumpf raus sozusagen. Und ich hatte mich auch viel beworben [...] und von daher war das schon ne ganz schöne Katastrophe da Arbeit zu finden zu der Zeit. [...] Ich war dann auch beim Arbeitsamt und hab gesagt, das ist scheißegal ich muss jetzt irgendwas machen, ich muss jetzt Geld verdienen. [...] da hat man alles versucht um an einen Job ranzukommen.«⁴¹

Im Gegensatz zu Michael Hansen hat Georg Gelsen retrospektiv alles dafür getan, um wieder in Arbeit zu kommen. Hier hat Arbeit einen ganz anderen Stellenwert. Sie ist eine existenzsichernde Notwendigkeit, die unhinterfragt bleibt. Ob man Arbeit hat, ist für Georg Gelsen teils dem Glück oder Pech geschuldet (unverschuldet), teils aber auch selbstverschuldet. Zudem unterscheidet er mit seiner Empathie für Arbeitslose zwischen unterschiedlichen Gruppen – für ältere Arbeitslose bringt er viel, für jüngere wenig Verständnis auf. Dies zeigt deutliche Parallelen zu seiner eigenen Biografie. Er identifiziert sich mit den älteren Arbeitslosen, weil er für sich heute – im Falle erneuter Arbeitslosigkeit – auf dem Arbeitsmarkt auch keine Chance mehr sieht. Möglicherweise sieht Georg die älteren Arbeitslosen sogar als Teil seiner Eigengruppe – welche, die »ganz viel Pech«⁴² hatten, wohingegen er selbst Glück hatte, im Alter nicht mehr arbeitslos geworden zu sein.

⁴⁰ Ebd., 02:02:00.

⁴¹ Interview 3, Georg Gelsen, 01:24:30-01:27:00.

⁴² Ebd., 01:30:40.

Die jüngeren Arbeitslosen scheint der Interviewte hingegen als Fremdgruppe wahrzunehmen. Georg Gelsen beschreibt, dass er während seiner eigenen Arbeitslosigkeit in jungen Jahren selbst alles dafür getan habe, wieder einen Job zu finden und selbständig Geld zu verdienen, daher habe er auch wieder eine gute Anstellung gefunden. In dieser Logik schreibt er jenen zu, die keine Arbeit finden, dass sie sich nicht genug anstrengen oder zu wenig anpassen würden. So dient Georg Gelsen sich selbst als Beispiel, dass man es als junger Mensch schon schaffen kann, wieder Arbeit zu finden, wenn man nur will. Die verinnerlichte Eigenverantwortlichkeit wird somit als Erwartung auch an andere formuliert. Ein Erkennen gemeinsamer Interessen mit den jungen Arbeitslosen oder solidarisches Verhalten bleiben aus: »Gerade bei jungen Leuten, wo sich rauskristallisiert, dass die nicht arbeiten wollen, finde ich das gut, dass die nicht viel Geld kriegen.«⁴³

Ob nun eigene Arbeitslosigkeitserfahrung als Vergleichsfolie dient, an der sich die anderen Arbeitslosen messen lassen müssen, oder ob die eigene Arbeitslosigkeit als Entzug aus dem kapitalistischen Lohnarbeitsverhältnis gedeutet wird und dies auch allen Arbeitenden sowie Nicht-Arbeitenden zugestanden wird: Die beiden Fälle zeigen exemplarisch, dass der Blick auf die Erfahrung und Verarbeitung von Arbeitslosigkeit durchaus ein Erklärungspotenzial für unterschiedliche Einstellungen gegenüber Arbeitslosen hat. Dies dürfte auch bei der Betrachtung des Umgangs mit potenzieller Arbeitslosigkeit feststellbar sein.

Im Kontext von berufsbiografischen Entscheidungen

Eine weitere Parallele findet sich, wenn man die sozialen Einstellungen gegenüber Arbeitslosen im Kontext der eigenen berufsbiografischen Entscheidungen beleuchtet. Besonders interessant ist es, die ausschlaggebenden Entscheidungskriterien für die Berufsauswahl, beziehungsweise die erste Berufsausbildung, zu betrachten. So scheint es die meisten interviewten Personen in ihren weiteren berufsbiografischen Entscheidungen zu beeinflussen, ob ihre erste Berufsausbildung fremd- oder selbstbestimmt ausgewählt wurde. Diejenigen, deren Berufsausbildung durch die Eltern oder durch finanzielle Umstände fremdbestimmt war, weisen eine hohe Kompromiss- und Opferbereitschaft für die eigene Karriere, den Beruf und die Arbeit auf, wie beispielsweise beim bereits

⁴³ Ebd., 01:36:00.

erwähnten Georg Gelsen. Auch bei einem weiteren Interviewpartner – Richard Reichelt – lässt sich dies beobachten. Wie es sein Vater will, macht er zuerst eine Ausbildung, die ihm allerdings nur mäßig Spaß macht. Erst später kann er das gewünschte Studium absolvieren, das er sich durch Nebenjobs selbst finanzieren muss. Seine heutige Arbeit macht ihm nun Spaß. Allerdings gehört eine 60-Stunden-Woche in seiner Führungsposition zum Alltag und seiner Karriere fällt durch einen mehrjährigen Auslandsaufenthalt auch seine Ehe zum Opfer. Auch Elvira Elser, die in der Sowjetunion aus finanziellen Gründen nicht ihr Wunschfach studieren konnte und erst später in Deutschland nochmal ein Zweitstudium absolvierte, weist mit ihren zwei Universitätsabschlüssen eine erhöhte Kompromissbereitschaft auf. Um eine mehrmonatige Phase der Arbeitslosigkeit zu beenden, begibt sie sich in Werkvertrags- und Leiharbeitsverhältnisse und arbeitet auch wieder in ihrem ersten Beruf, obwohl sie eigentlich gerne in der Logistik tätig wäre. Bei allen drei Fällen wird sehr deutlich erkennbar, dass die eigene Kompromiss- und Opferbereitschaft auch als Maßstab auf andere Personen übertragen wird. Folglich werden Arbeitslose, die nicht wieder eine Beschäftigung finden, als zu wenig kompromissbereit und zu anspruchsvoll beschrieben. Exemplarisch wird dies an den Antworten auf die Frage deutlich, ob sie nachvollziehen können, dass jemand für sieben Euro pro Stunde nicht bereit ist zu arbeiten:

»Wenn ich ehrlich bin, nein. Weil wenn der Arbeitslosengeld I kriegt oder Hartz IV dann kriegt er ja auch etwas in der Größenordnung, wenn er dann abwägt, »Wie viel Geld krieg ich vom Staat versus wie viel Geld kann ich selber verdienen, da lieg ich nur ein Euro drüber, dann geh ich nicht arbeiten«, ich persönlich empfinde es als ne Frechheit. Weil ich derjenige bin, der ja letzten Endes ja ihn finanziert. [...] Es darf nicht sein, dass er nichts machen muss.«⁴⁴

Dass sich alle drei Personen hier nicht von Löhnen distanzieren, die eine menschenwürdige Reproduktion der Arbeitskraft unmöglich machen, deutet schon ihre sehr partikularen Arbeitsinteressen an. Das Einfordern von Arbeit um jeden Preis verhindert freilich eine Solidarisierung mit denjenigen, die nicht bereit sind, unter allen Umständen Arbeit anzunehmen. Bei denjenigen, die ihre Ausbildungswahl selbst treffen – teilweise auch gegen die Vorstellungen der Eltern – lässt sich überwiegend eine gegensätzliche Tendenz beobachten. Auch diese Personen gehen bei ihren berufsbiografischen Entscheidungen natürlich Kompro-

⁴⁴ Interview 10, Richard Reichelt, 00:56:00.

missen ein, in Bezug auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft scheinen sie jedoch der Kompromissbereitschaft deutlich Grenzen zu setzen. Eine Interviewpartnerin beispielsweise, die ihren Beruf nach ihren persönlichen Interessen auswählt und zur Überwindung ihrer eigenen Arbeitslosigkeit auch Kompromisse – in diesem Fall ein Leiharbeitsverhältnis – eingeht, hält ein Ausschlagen eines Jobs mit sieben Euro pro Stunde für durchaus nachvollziehbar: »Ja! Voll und ganz, weil ich habs auch nicht gemacht. Verstehe ich! Du kannst von diesen sieben Euro, du kannst zwar leben, aber du kannst dir nichts leisten.«⁴⁵ Ein solches Verständnis bringt auch ein Interviewpartner in einer Führungsposition auf, der in seiner Position vermutlich nie selbst zu so einem Kompromiss bereit sein muss:

»Der worst case ist ja, ich mach nen Job unter meinem Niveau und krieg dafür gerade auch noch mal knapp über Sozialhilfe, wo ich dann wirklich auch sagen kann, jo da muss man auch mal rational überlegen, ist es das wert? Also an diesen Grenzregionen kann ich das schon verstehen.«⁴⁶

Fast alle interviewten Personen, die seit Beginn ihrer Berufsbiografie zu weniger Kompromissen bereit waren oder sein mussten, sehen Arbeitslosigkeit zum Großteil bedingt durch fehlende oder zu schlechte Jobangebote. Arbeitslosigkeit wird hier weniger individualisiert, sondern als gesellschaftliches Problem thematisiert. Durch das eigene Setzen von Grenzen bei der Kompromissbereitschaft wird auch gegenüber anderen Personen mehr Verständnis aufgebracht, die nicht jeden Kompromiss zur Überwindung ihrer Arbeitslosigkeit eingehen. Hierin liegt durchaus ein Potenzial zur klassenbewussten Positionierung für das gemeinsame Interesse an »guter Arbeit« – was auch immer individuell darunter verstanden wird. Bei manchen, wie beispielsweise Michael Hansen (siehe oben), mündet dies auch in eine deutlich klassenbewusste Solidarität mit Arbeitslosen.

Ausblick

Die Bewertung eigener Arbeitslosigkeit und der Grad der Kompromissbereitschaft bei berufsbiografischen Entscheidungen sind nur zwei Aspekte, welche die Relevanz der berufsbiografischen und arbeitsweltlichen Erfahrungen und deren Verarbeitung verdeutlichen. Als weitere

⁴⁵ Interview 14, Anja Aman, 01:40:30.

⁴⁶ Interview 5, Martin Xander, 01:24:00.

Erklärungsfaktoren sollten auf jeden Fall die Sozialisation durch das Elternhaus, prägende Erlebnisse, die Zufriedenheit mit dem Berufsverlauf *et cetera* genauer betrachtet werden. Dies ist erforderlich, um nicht nur den Kontext der Entstehung von ökonomischen Einstellungen und Werteorientierungen besser nachvollziehen zu können, sondern vor allem, um die Ursachen unterschiedlicher sozialer Einstellungen gegenüber Arbeitslosen zu beleuchten.

Eine Gesellschaft, die geprägt ist durch Flexibilisierung, Prekarisierung, fortschreitende Individualisierung, gesellschaftliche Ökonomisierung und einen zunehmenden Um- und Abbau des Sozialstaats, hätte es nötig, dass sich Arbeitende und Arbeitslose nicht gegeneinander auspielen lassen. Um zu verstehen, warum es häufig an Solidarität mangelt, müssen diese Veränderungen auch auf individueller Ebene und ergänzend durch eine biografische Kontextualisierung untersucht werden.

POLITISCHE ÖKONOMIE

Stephanie Bremerich

Berufsjugend in der Krise

Armut und Abweichung in Joachim Lottmanns

Roman *Der Geldkomplex*

»Abwärtsbewegungen sind niemals monokausal, sondern bestehen aus einer Kette von Niederlagen; man steht wieder auf, fällt wieder hin, steht wieder auf – fast jeder Tag verläuft so. Zwischen vielen Niederlagen gibt es auch kleine Siege. Und wie beim Roulette ist man erst ganz am Ende wirklich bankrott.«¹

Es gehört fast schon zum Allgemeinwissen: Schreiben macht nicht reich. Zwar wird Literatur als sogenanntes Kulturgut durchaus wertgeschätzt. Für die Autor_innen selbst macht sie sich jedoch selten finanziell bezahlt. Die sprichwörtliche Brotlosigkeit der Kunst ist hierfür ebenso bezeichnend wie die Kitschfigur des »armen Poeten« in der Dachstube, die durch das gleichnamige Gemälde von Carl Spitzweg von 1839 ikonisch geworden ist.

Dennoch wird die ökonomische Situation von Autor_innen in der aktuellen Literaturwissenschaft wenig berücksichtigt. Hier setzt meine Dissertation an, aus der ich im Folgenden einige Ergebnisse vorstellen möchte.² Der Fokus liegt auf den literarischen Selbstdarstellungen der Autor_innen: Wie gehen diese mit Armut und Abweichung um, und wie reflektieren sie die eigene randständige Existenz im literarischen Text? Wie werden Selbstbilder mangelhafter Existenzen literarisch entworfen, und welche Motivtraditionen und Diskurse werden aufgerufen, produktiv verwandelt oder konterkariert?

In meiner Dissertation nehme ich autofiktionale Texte in den Fokus, die sich bei der Untersuchung dieser Fragen als besonders aufschlussreich erweisen, da in ihnen »eine Figur, die eindeutig als der Autor erkennbar ist [...], in einer offensichtlich [...] als fiktional gekennzeichneten Erzählung auftritt«.³ An der Schnittstelle von Fakt und Fiktion, von autobiografischer Referenz und Inszenierung, bietet die Autofiktion Spiel-

¹ Joachim Lottmann: *Der Geldkomplex*, Köln 2009, S. 241.

² Vgl. Stephanie Bremerich: *Erzähltes Elend – Autofiktionen von Armut und Abweichung*, Leipzig 2016.

³ Frank Zipfel: *Autofiktion*. In: Dieter Lamping (Hrsg.): *Handbuch der literarischen Gattungen*, Stuttgart 2009, S. 31-36, hier: S. 31.

raum für literarische Selbstentwürfe, die sowohl über die komplexe Lebensbeschreibung (Autobiografie) als auch über die reine Selbstverständigung (Tagebuch) hinausgehen und in fiktionaler Form (etwa im Roman oder in einer Kurzgeschichte) auch und vor allem an die lesende Öffentlichkeit adressiert sind.

Ich untersuche autofiktionale Texte aus drei Jahrhundertwenden (der Zeit um 1800, 1900 und 2000), wobei der Schwerpunkt auf Autofiktionen von Armut und Abweichung aus dem Kreis der deutschsprachigen Bohème – insbesondere in Schwabingen und Berlin – liegt. Als programmatisch antibürgerliche und antinormative Subkultur setzt sich die Bohème auf reflektierte Weise mit der eigenen randständigen Position auseinander. Die literarische Verhandlung von Armut und Abweichung muss dabei zum einen als Teil der symbolischen Kapitalakkumulation⁴ gesehen werden, insofern sie der Selbstinszenierung und Imagebildung der *poètes maudits* (verfemten Dichter) dient. Zum anderen geht sie mit der Reflexion, Ironisierung und Subversion bürgerlicher Leistungs- und Arbeitsbegriffe sowie wirtschaftlicher Leitbilder einher. Ein Ergebnis meiner Arbeit ist, dass Autofiktionen, die sich mit Armut und Abweichung befassen, dabei in besonderem Maß die Wechselwirkungen und Spannungen zwischen Kunst und Wirtschaft, zwischen literarischem und ökonomischem Feld, reflektieren. Das betrifft die Etablierung des literarischen Feldes um 1800, dessen Autonomisierung um 1900 und des-

⁴ Mit Pierre Bourdieu lassen sich vier Kapitalsorten unterscheiden: ökonomisches (finanzielles) Kapital, kulturelles Kapital (Bildung und Bildungsgüter), soziales Kapital (gesellschaftliche Netzwerke) und symbolisches Kapital (Reputation). Bourdieu entwickelt diesen ausdifferenzierten Kapitalienbegriff nicht systematisch, sondern entfaltet ihn in verschiedenen Schriften (etwa der *Reflexiven Anthropologie*, frz. 1992), vor allem aber in zahlreichen Aufsätzen, vgl. hierzu Werner Fuchs-Henritz/Alexandra König: Pierre Bourdieu, München 2011, S. 159-172 sowie Boike Rehbein; Gernot Saalman: Kapital. In: Gerhard Fröhlich/Boike Rehbein (Hrsg.): Bourdieu-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart/Weimar 2014, S. 134-140. Ein guter Überblick findet sich in Pierre Bourdieu: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Reinhard Kreckel (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, S. 183-198. Dem symbolischen Kapital, mit dem Bourdieu sich verstärkt in seinen späteren Schriften auseinandersetzt, kommt eine besondere Funktion zu. Denn Anerkennung und Reputation hängen zum einen eng mit den anderen Kapitalien – materiellem Reichtum, Bildung und Kulturgütern, sozialen Verbindungen – zusammen. Zum anderen geht das symbolische Kapital über das ökonomische, kulturelle und soziale Kapital hinaus, da es in besonderem Maße auf öffentlicher Resonanz basiert. In dieser Hinsicht kann das symbolische Kapital einen verstärkenden Effekt auf die anderen Kapitalien ausüben, zu deren Kraft und Legitimation es beiträgt.

sen zunehmend ökonomische Organisation im Zuge der Liberalisierung und Digitalisierung um 2000.

Auf Letztgenanntes möchte ich im Folgenden etwas genauer eingehen. Um 2000 entstehen an der Schnittstelle von literarischem und ökonomischem Feld Friktionen, von denen die Bohème als Gegenkultur besonders betroffen ist. Nach ein paar einleitenden kultursoziologischen Überlegungen möchte ich diese skizzenartig anhand einer zeitgenössischen Autofiktion von Armut und Abweichung aufzeigen: Joachim Lottmanns Roman *Der Geldkomplex* (2009).

»Bohemisierung der Arbeitswelt« und »role model artist«

Im Jahr 2010 können in Deutschland von circa 3.200 bei der Künstlersozialkasse gemeldeten Autor_innen circa 100 bis 200 allein vom Schreiben leben.⁵ Das entspricht einem Anteil zwischen drei und sechs Prozent. Auch geht auf dem literarischen Feld die Schere zwischen Reich und Arm weit auseinander. Eine »Mittelschicht« ist faktisch nicht vorhanden. Vielmehr gibt es »wenige Spitzenverdiener«, denen »viele Wenigverdiener«⁶ gegenüberstehen. Ob das literarische Feld tatsächlich als »genuin anti-ökonomische[s] ökonomische[s] Universum«⁷ gelten kann, ist heute fraglicher denn je; dies nicht zuletzt deshalb, weil ein deutliches – wie Jörg Sundermeier vom Verbrecher Verlag gegenüber der *taz* beklagt – »Effizienzdenken«⁸ den gegenwärtigen Betrieb bestimme und wenig Raum für Experimente zulasse: »Heute sollte ein Autor gut aussehen, nicht zu sperrig schreiben und sich gut verkaufen – ansonsten ist er ganz schnell weg vom Fenster.«⁹

Der Kommerzialisierung von Kunst und Literatur auf der einen Seite steht eine »Bohemisierung der Arbeitswelt«¹⁰ auf der anderen Seite ge-

⁵ Vgl. Alem Grabovac: Hungernde Poeten. Bestseller-Autor mit 845 Euro netto. In: *taz* vom 12.3.2011, online abrufbar unter www.taz.de/!67265/ (30.5.2016).

⁶ Ebd.

⁷ Pierre Bourdieu: Die Regeln der Kunst. Genese und Struktur des literarischen Feldes [1992], Frankfurt a.M. 2001, S. 185.

⁸ Grabovac 2011 (s. Anm. 5).

⁹ Ebd.

¹⁰ Harald Düren/Michael Wiedemeyer: Zwischen Burnout und Dropout – Das Leben, ein Kunstwerk? In: Jan Engelmann/Michael Wiedemeyer (Hrsg.): Kursbuch Arbeit. Ausstieg aus der Jobholder Gesellschaft – Start in eine neue Tätigkeitskultur?, Stuttgart/München 2000, S. 167-179, hier: S. 173.

genüber. Damit ist ein Geltungswandel angezeigt, der für die Untersuchung von Autofiktionen von Armut und Abweichung im 21. Jahrhundert von besonderem Interesse ist. Denn für den Status der Bohème bedeutet dies zweierlei: Erstens ist die Bohème von einer antinormativen Lebensweise zu einem vermarktbareren Lifestyle geworden, der sich nicht mehr gegen das Bürgertum, sondern vielmehr im Bürgertum entfaltet, wobei mitunter auch die Rede von einer »neuen Bürgerlichkeit«¹¹ ist. Die Kommodifizierung eines von der Norm abweichenden subkulturellen Lebensstils, für den die Bohème bis heute einsteht, zeigt sich beispielsweise an der Ausprägung neuer Sozialcharaktere. Zu erwähnen sind hier der »Bobo« (also der bourgeoise Bohemien) oder der »Hipster« (also der urbane Kreative), die im publizistischen Diskurs vor allem im Zusammenhang mit Prozessen der Gentrifizierung in Anschlag gebracht werden.¹²

Zweitens klingt in der Metapher von der »Bohemisierung der Arbeitswelt« ein gewandelter Begriff von »Arbeit« und, eng damit verbunden, des wirtschaftlichen Menschenbilds an. Die Bohème eignet sich diesbezüglich als Bildspender, weil mit ihr Faktoren wie die Flexibilisierung und Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen sowie der Trend zur Subjektivierung beziehungsweise Selbstorganisation von Arbeit zum Ausdruck gebracht werden können, die vor dem Hintergrund einer neoliberalen und zunehmend deregulierten Wirtschaftspolitik bedeutsam geworden sind. Das damit einhergehende »Leitbild« hat Ulrich Bröckling als »unternehmerisches Selbst«¹³ bezeichnet. Bemerkenswert an dessen diskursiver Konstruktion ist, dass sie an der Schnittstelle zwischen ökonomischem und künstlerischem Feld erfolgt. Denn es kommen Eigenschaften zum Tragen, die auf genuin künstlerische Rollenmuster zurückgehen. So stellt die Künstlerin und Kuratorin Marion von Osten fest, dass »in der postmodernen ›Kulturgesellschaft‹ auch die klassischen Aus-

¹¹ Mit diesem Schlagwort wird seit Beginn der 2000er Jahre vor allem in der Presse eine Gruppe junger, besserverdienender, urbaner und politisch den Grünen nahestehender Erwachsener bezeichnet, die sich durch wertkonservative Einstellungen auszeichnen.

¹² Vgl. Nicole Pöppel: Bobos und Hipster. Zur Popularisierung urbaner Kreativmilieus. In: Walburga Hülk u.a. (Hrsg.): Bohème nach '68, Berlin 2015, S. 173-186. Geprägt wurde der Begriff des »Bobo« von David Brooks: Die Bobos. Der Lebensstil der neuen Elite. Aus d. Amerik. v. Martin Baltes, München 2001.

¹³ Ulrich Bröckling: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. 5. Aufl., Frankfurt a.M. 2013, S. 7.

nahmesubjekte der Moderne – Künstler, Musiker, Nonkonformisten und Bohemiens – zu *role models*¹⁴ avancieren:

»Sie verkörpern jene erfolgreiche Verkettung von unbegrenzter Ideenvielfalt, abrufbarer Kreativität und smarter Selbstvermarktung, die heute als Anforderung an alle gerichtet wird. [...] Das Ausnahmesubjekt ›artist‹, einschließlich seiner prekären Beschäftigungsverhältnisse, wird so zu einem Modell des wirtschaftlichen Handelns schlechthin.«¹⁵

Lässt sich eine subkulturelle künstlerische Gegenbewegung noch behaupten, wenn eine im weitesten Sinne bohemistische Existenz nicht nur als Lifestyle verkauft, sondern darüber hinaus zur Maßgabe wirtschaftlichen Handelns wird? Auf buchstäblich desillusionierende Weise wird diese Frage in Joachim Lottmanns *Geldkomplex* verhandelt.

Joachim Lottmanns *Geldkomplex*

Der Roman handelt vom Ruin und wundersamem Aufstieg des Ich-Erzählers und Protagonisten Johannes Lehmer, der im Roman meist »Jolo« genannt wird. Nicht nur durch den Kurznamen, sondern auch durch zahlreiche biographische Referenzen sowie intertextuelle Verweise auf andere Texte Lottmanns ist Jolo deutlich als autofiktive Figur erkennbar. Jolo ist ein alternder Schriftsteller, dessen »spätpubertäres Berlin-Mitte-Leben [...] in den letzten Zügen«¹⁶ liegt. Sein letzter Bucherfolg liegt schon einige Jahre zurück, »die Rechnungen stapel[n] sich ungeöffnet auf dem Garderobenschränkchen«,¹⁷ das Türschild hat er entfernt, »damit die Gerichtsvollzieher es schwerer«¹⁸ haben, und gemeldet ist er »ganz woanders, aus demselben Grund«¹⁹ – kurzum: Seine finanzielle Situation ist desaströs. Es folgt die Abwärtsspirale. Jolo resümiert: »Die Bücher floppten, die Frau war weg, die Konten waren gesperrt, der Marktwert meiner Texte tendierte gegen null.«²⁰

¹⁴ Marion von Osten: Einleitung. In: dies. (Hrsg.): Norm der Abweichung, Zürich u.a. 2003, S. 7-18, hier: S. 9.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Joachim Lottmann: Der Geldkomplex, Köln 2009, S. 24.

¹⁷ Ebd., S. 9.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Ebd., S. 240.

Während Jolo anfangs noch von seinem symbolischen und sozialen Kapital als Semi-Prominenter und Teil der künstlerischen Szene zehrt, fällt er bald in eben dieser Szene in Ungnade. Dazu trägt vor allem seine immer offensichtlichere Verelendung bei, die ihn zunehmend von der jugendlichen »kreativen Gegenwelt«²¹ isoliert. Bald gilt Jolo »als Mann von gestern«,²² und es geht das »Gerücht um, meine letzten beiden Romanbände würden sich miserabel verkaufen, der Verlag denke über eine Verramschung meiner sämtlichen Werke nach.«²³ Erst mit dem Finanzcrash 2008 wendet sich das Blatt: Während die Krise grassiert und finanzielle (und psychische) Depressionen auch vor dem Verlagswesen, der Internetbranche und der Berliner Kulturszene nicht Halt machen, kehren bei ihm Geld (ein irrtümlich überwiesener hoher Vorschuss für einen neuen Roman), Anerkennung und sogar die Exfrau zurück.

Wenn der Klappentext Lottmanns Roman als »Psychogramm der Neuen Armut« sowie »DAS Buch zur Krise« bewirbt,²⁴ so ist das nicht ganz falsch: Lottmanns *Geldkomplex* ist die Geschichte eines sozialen Abstiegs und zugleich eine demonstrativ zynische Abrechnung mit der Kulturszene der 2000er Jahre, hinter deren berufsjugendlich-bohemisierter Fassade knallhartes Kalkül und Konkurrenz, Eitelkeit und der Druck permanenter Selbstoptimierung, Egoismus und Profitdenken herrschen. Besonders deutlich wird dies an der Figur des »karrieresüchtige[n]«²⁵ Jens Tuborg, der vor allem durch seine »hundertprozentig angelesen[e]«, mit »Soziologismen« und »Binsenweisheiten gesättigte Rede«²⁶ auffällt.

»In früheren Jahren hätte einer wie dieser ernste, langweilige Jens bestimmt längst sein Glück gemacht, an einer Universität [...]. Schon nach 18 Semestern und im Alter von 28 Jahren hätte er seine Magisterarbeit in Literatursoziologie abgeschlossen und eine Stelle als Tutor und Hilfsdozent angetreten. Ein Doktorandenstipendium hätte seinen Wohlstand begründet. Die Professorientochter (besser: ihre ältere Schwester) hätte er zu dem Zeitpunkt, spätestens mit 30, schon heiraten können. Heute hätte er zwei Kinder, ein Haus in der Eifel, den Doktorhut, kleine und mittlere Aufträge, literatursoziologische Kommentare für dröge Fachbücher und eine studentische Geliebte. Er müsste keine

²¹ Ebd., S. 93.

²² Ebd., S. 132.

²³ Ebd.

²⁴ Ebd., Klappentext.

²⁵ Ebd., S. 15.

²⁶ Ebd.

karrieresüchtigen Fragen stellen, sondern könnte über Ballack, Podolski und Hitzlsperger schwadronieren. All das ist vorbei. Das war die alte Bundesrepublik.«²⁷

Die moderne Leistungsgesellschaft und ihr kreativer Imperativ haben, so wird hier insinuiert, aus dieser im Grunde anachronistischen Bildungsbürger-Figur einen Emporkömmling und Opportunisten des Kulturlebens gemacht. So untalentierte Tuborg als Autor ist, so manisch ist er als Netzwerker. »Er [...] sprach mich [...] stets in meiner Funktion als öffentliche Person an, was ich haßte. Ich war bei ihm immer in der Interviewposition, nie in einer menschlichen [...]. Der Mann war die Pest.«²⁸ Mit Jolo umgibt sich Tuborg nur, weil er vom sozialen und symbolischen Kapital des bekannten Schriftstellers profitieren möchte (»Übrigens, du hast doch Kontakte zu Ulf Poschardt, oder? Kannst du da nicht mal was für mich tun?«²⁹) und sich durch ihn Zutritt zur Verlags- und Medienbranche erhofft – und zwar ohne Rücksicht auf Verluste. So hat er dank Jolo nicht nur bald einen Agenten gefunden (nämlich Jolos eigenen), sondern auch einen Buchvertrag in der Tasche.

Was Tuborg zur persönlichen Gewinnmaximierung ausnutzt, ist vor allem das symbolische und soziale Kapital seines bekannten Kollegen, das er in eigenes ökonomisches Kapital konvertiert. Die vorgebliche »kreative Gegenwelt«³⁰ der Bohème entpuppt sich bei genauerem Hinsehen gerade nicht als alternatives Modell. Vielmehr repräsentieren ihre Mitglieder das neoliberale, auf Jugendlichkeit und Dynamik ausgerichtete Leistungsethos und dessen entsprechende Anforderungen eines flexibilisierten, prekarierten und individualisierten Arbeitsmarktes. Dem kann Jolo in vielerlei Hinsicht nicht gerecht werden. Der offensichtlichste Grund liegt in seinem Alter, das nicht nur dem Jugendkult der modernen kapitalistischen Leistungsgesellschaft widerspricht, sondern ihn auch von seinen berufsjugendlichen Bohème-Freunden aus Berlin-Mitte unterscheidet. Diese seien »zwar meistens schon 20, 25 oder 30 Jahre alt, aber geistig noch erkennbare Jugendliche. Sie würden es wohl auch immer bleiben, denn ein Erwachsenenleben wurde ihnen von der Welt nicht angeboten.«³¹ Bereits Helmut Kreuzer bezeichnet den al-

²⁷ Ebd., S. 16.

²⁸ Ebd., S. 14.

²⁹ Ebd., S. 49.

³⁰ Ebd., S. 93.

³¹ Ebd., S. 34.

ternden Bohemien »als tragische oder tragikomische Figur«. ³² Als eine solche tritt auch Jolo auf, der ein Faible für nostalgische Filme aus den 1950er Jahren hat, seine Kenntnis der Verlags- und Zeitungsbranche als »bereits dekadent« und »Wissen der dritten Generation« ³³ bezeichnet und insgesamt als eine Figur charakterisiert wird, die aus der Zeit gefallen ist: »Ich sah alt und bürgerlich aus, immer schon, und wollte es so. Das rächte sich nun. Man mußte ›Jugend‹ sein, um in Berlin einen Kredit zu bekommen.« ³⁴

Was die historische Entwicklung der Bohème betrifft, lässt sich hier ein bemerkenswerter Wandel feststellen. So unterschiedlich die proto-bohemistischen Lebensgemeinschaften der Frühromantiker um 1800, die Bohème-Zirkel Ende des 19. Jahrhunderts im Pariser Quartier Latin, die Bohemiens im bayrischen Schwabingen, am Berliner Schlachtensee und auf dem Monté Verità in Ascona zu Beginn des 20. Jahrhunderts oder die Künstlerszene des Greenwich Village der 1950er und 60er Jahre auch waren, so sind sie doch alle vor allem deshalb als genuin jugendliche Gegenkultur zu verstehen, weil sie auf einem »Bruch mit den ›Vätern‹« ³⁵ basieren: »Der Weg in die Bohème wird von den Bohemiens als ›Ausbruch‹ aus der Gesellschaft, als bewußte Abkehr vom Milieu der autoritären Schule, der elterlichen Familie, des bürgerlichen Berufs oder der Akademie erlebt oder nachträglich interpretiert.« ³⁶ Demgegenüber ist Jugend in der Bohème um 2000 zum Verkaufsfaktor geworden und ist ein Symptom von Anpassung und Marktkonformität.

Mit einiger Polemik beschreibt Jolo dies am Beispiel von Sascha Lobo, der nicht nur dank diverser Publikationen zur virtuellen Kultur, sondern vor allem aufgrund seiner exzentrischen Frisur als »Deutschlands Vorzeige-Medienkopf« ³⁷ und Paradebeispiel des digitalen Bohemiens der 2000er Jahre gelten kann.

»Das war ein Mann, der, obwohl nicht mehr jung an Jahren, plötzlich richtig berühmt geworden war, in den Medien, und reich, und zwar mit Hilfe eines seltsamen Haarschnitts. Er hatte ermittelt, was die auf-

³² Helmut Kreuzer: Die Boheme, Stuttgart 1968, S. 48.

³³ Lottmann 2009, S. 54 (s. Anm. 16).

³⁴ Ebd., S. 150.

³⁵ Kreuzer 1968, S. 49 (s. Anm. 32).

³⁶ Ebd.

³⁷ So bezeichnet ihn das *Handelsblatt* im Teaser zur Ankündigung eines Video-Interviews, vgl. www.handelsblatt.com/video/drateln-zum-diktat/sascha-lobo-mit-cybersex-habe-ich-mich-hingegen-nicht-beschaefigt/9710952.html (30.5.2016).

fälligste Frisur im deutschen Fernsehen wäre, und kam auf den ›Irokesenschnitt‹, eine keineswegs originelle Punkfrisur aus den 70er Jahren, die aber inzwischen niemand mehr trug. Genauso gut hätte er sich die päpstliche Tiara aufsetzen können, die allerdings kein Zeichen für ›Jugend‹ gewesen wäre. Darum ging es ihm aber. Mit dem Irokesenschnitt hatte er Zutritt zu jeder Talk-Show, war eben der Vertreter für ›Jugend‹, ohne das erklären oder beweisen zu müssen. [...] Nur wenige wußten, daß er noch in den Schröder-Jahren ein ganz normaler Angestellter der ›Kampa‹ gewesen war, ein typischer Medienmann, Ende 30, seriös-dynamisch, Seitenscheitel, Krawatte, feste Freundin, erstes Kind in Planung, damals.«³⁸

Am Beispiel Lobos, dessen jugendliche Extravaganz sich als reine Äußerlichkeit erweist und auf ein optisches Alleinstellungsmerkmal – den auffälligen roten Haarkamm – reduzieren lässt, wird außerdem die Bedeutung des medialen Wandels und der mit ihr einhergehenden Aufmerksamkeitsökonomie deutlich, die auch vor der Literatur nicht Halt macht. Dabei ist Lobo nur einer von vielen »so genannten Freunden«,³⁹ die sich von Jolo abwenden, als dieser durch zerschlissene Kleidung und sichtbare Auszehrung immer offensichtlicher in seiner Verelendung auffällt – und somit auch potenziell rufschädigend für alle wird, die sich mit ihm abgeben. Indem sich der Verlust ökonomischen und symbolischen Kapitals gegenseitig verstärken, die beiden Kapitalien also kurzgeschlossen werden, zeigt Lottmanns *Geldkomplex* auf, dass die »illusio« eines autonomen literarischen Feldes, in dem symbolisches Kapital mehr zählt als finanzielles,⁴⁰ tatsächlich genau das ist: eine Illusion und ein idealistisches Regelwerk, das sich nicht mit der Lebenswirklichkeit deckt. »Nur kristallklarer finanzieller Erfolg würde Sascha Lobo die Schamröte in den Hendlkopf treiben. Ich MUSSTE wieder eine große Reportage schreiben, die von allen mit Bewunderung gelesen wurde.«⁴¹

Hier zeigt sich ein deutlicher Unterschied zur Bohème um 1900, in der Armut – bei aller Problematisierung und Ambivalenz – auch wesentliches Element der auktorialen Selbstinszenierung, des abweichenden Lebensstils und des ironischen Affronts gegen den bürgerlichen Erwerbsernst war. Diese integrative Funktion der Bohème als mehr oder weniger fest geschlossener Gruppe fehlt in Lottmanns *Geldkomplex*. Ar-

³⁸ Lottmann 2009, S. 119f. (s. Anm. 16).

³⁹ Ebd., S. 158.

⁴⁰ Vgl. hierzu Bourdieu 2001, S. 340-365 (s. Anm. 7).

⁴¹ Lottmann 2009, S. 122 (s. Anm. 16).

mut und Abweichung des Autors isolieren diesen nicht in erster Linie vom Bürgertum; »vergessen und verkannt«⁴² wird er vor allem von der Künstlerszene selbst. Als unverbindlicher Zusammenschluss vereinzelter Opportunisten entspricht sie nicht nur den neoliberalen Wirtschaftsleitbildern, sondern reproduziert auch die Exklusionsmechanismen einer schwindenden bürgerlichen Mittelschicht: »In Deutschland passt man ja sehr auf, mit wem man Umgang hat. Der ganze Kulturbetrieb ist [...] wie eine wirklich sehr gut eingespielte Fußballmannschaft, deren international anerkannter Trainer den Spielern perfekt beigebracht hat, wie man auf Abseits spielt.«⁴³ Die Metapher des Fußballs verdeutlicht, dass es auch auf dem literarischen Feld ums Gewinnen und Verlieren geht und dass dabei kollektive Abwehrtaktiken eingesetzt werden, die den Gegner gezielt ausstechen, buchstäblich ins Abseits stellen sollen. Die Verlogenheit, die permanenter Konkurrenzdruck und eigene Abstiegsängste auf dem literarischen Feld hervorbringt, beschreibt Jolo eindrücklich am Beispiel seines »lebenslange[n] Schriftstellerfeind[es]«⁴⁴ Rainald Goetz. Als Jolo endgültig finanziell und sozial »am Ende« ist und »um die Suppenküchen für Obdachlose herum[streicht]«,⁴⁵ publiziert Goetz eine Erklärung, »daß mein ganzes Schreiben objektiv erbärmlich geworden sei. [...] Es war der ideale Zeitpunkt, um nachzutreten, also nach dem legendären Nietzsche-Wort das zu treten, was schon am Boden liegt.«⁴⁶ Paradoxerweise sucht Goetz aber bald wieder Jolos Nähe. Der Grund ist die Wirtschaftskrise, aus der Jolo wie durch ein Wunder als Gewinner hervorgeht. Nun wendet sich »wider alle Erwartung«⁴⁷ das Blatt:

»Jetzt mußte Goetz zittern, denn sein Verleger war voll in die Buchkrise gerutscht. Es gab nämlich parallel zur Finanz- und Wirtschaftskrise nun auch noch eine Buchkrise. Man rechnete mit einer Halbierung aller Umsätze binnen zweier Jahre. Und sein Verlag spuckte in nächster Zeit bestimmt keinen Vorschuß mehr aus, vielleicht *nie* mehr. Ich dagegen hatte meinen schon. [...] Wie auch immer, ich *hatte* das Geld und mein Schriftstellerfeind nur ein Manuskript. Also nichts, nach der Lage der Dinge.«⁴⁸

⁴² Ebd., S. 123.

⁴³ Ebd., S. 69.

⁴⁴ Ebd., S. 274.

⁴⁵ Ebd., S. 275.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Ebd., S. 275f.

Die ostentativ zur Schau gestellte Schadenfreude, der Spott, Hohn und mitunter beißende Zynismus, die in Lottmanns Geldkomplex vorherrschen, weisen Jolo allerdings als keinen Deut besser als sein Schriftstellerfeind aus. Tatsächlich ist Jolo keine durchweg sympathische Figur. Seiner bohemistischen Lebensweise zum Trotz, ist er im Grunde ein »Bildungsphilister« und typischer »Spießbürger«, dessen »mentale Veranlagung« von »Kleingeisterei und Borniertheit« sowie »Karriere- und Konkurrenzdenken [...] geprägt« ist.⁴⁹ Bei genauer Betrachtung unterscheidet er sich kaum vom verhassten Kollegen Jens Tuborg: Auch Jolo klassifiziert Menschen nach ihrem Marktwert, den er an ihrem Prestige sowie sozialem und kulturellem Kapital bemisst. Im Unterschied zu bohemistischen Figuren um 1900 vertritt er dabei nicht nur eine deutlich wertkonservative Position, sondern erscheint mitunter sogar regelrecht reaktionär. Das zeigt sich zum einen in zahlreichen sexistischen Kommentaren.⁵⁰ Zum anderen wird es in einem mitunter provokanten Klassismus evident. Denn auch der verarmte Jolo hat Abgrenzungsbedürfnisse und legt Wert auf die »feinen Unterschiede« (Bourdieu), die ihn für »Klassengeschmack und Lebensstil«⁵¹ privilegieren. So, wie sein Schriftstellerfeind Goetz gegen den verwarlosten Jolo hetzt, tritt auch dieser selbst nach auf das, »was schon am Boden liegt«,⁵² in diesem Fall auf die »Hartzies«,⁵³ von denen sich Jolo unterschieden wissen will:

»Vielleicht differenzierten die Leute auch sehr genau zwischen Armen, die zu Recht arm waren, und solchen Armen wie mir, von denen es womöglich bereits Millionen gab. Leute, die hart arbeiteten, sich ständig bemühten und trotzdem nicht das Geld hatten, um sich auch nur einmal so zu besaufen, wie die Hartzies es jeden Tag taten. [...] Warum beschwerten sich die Armen immer so völlig selbstgerecht, warum waren sie sich ihrer Haltung so sicher? Wieso konnte sich ein gesunder, kräftiger, gutaussehender Mensch, der die Miete, das Essen für sich und

⁴⁹ Gerd Stein: Vorwort. In: Ders. (Hrsg.): Philister, Kleinbürger, Spießler. Normalität und Selbstbehauptung. Kultfiguren und Sozialcharaktere des 19. und 20. Jahrhunderts. Band 4, Frankfurt a.M. 1985, S. 9-20, hier: S. 15, S. 16f.

⁵⁰ So etwa, wenn Jolo seine Freundin Elena als »Porn-Star-Ikone [...] aus der Kölner Unterschicht« bezeichnet und sie mit seiner anderen Geliebten Victoria, der »aggressiven lackschwarzen Schönheit aus Johannesburg« vergleicht (ebd., S. 274).

⁵¹ Vgl. hierzu Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede. Zur Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft [1979], Frankfurt a.M. 1982, S. 405-442.

⁵² Ebd.

⁵³ Ebd., S. 116.

die Kinder [...] und so weiter geschenkt bekam und ein Taschengeld von mehreren Hundert Euro monatlich dazu, für vom Leben mißhandelt und benachteiligt halten [...]? Wieso kamen diese ostdeutschen Hartzies zu ihrer unumstößlichen Gewißheit, das Leben in Gestalt des Staates behandle sie unfair?«⁵⁴

Deutlich treten hier ein elitärer Impetus und ein mit ihm verbundener Anspruch auf Exklusivität zu Tage. Mit seiner Stereotypisierung der trinkenden und faulen »Hartzies« aktualisiert Jolo zum einen die christlich tradierte Unterscheidung zwischen würdiger und unwürdiger Armut,⁵⁵ die im neuen Jahrtausend vor allem in einer neokonservativen Diffamierung der sogenannten »neuen Unterschicht« eine problematische Renaissance erfahren hat.⁵⁶ Zum anderen bedient seine Selbstcharakterisierung als hart arbeitender, sich ständig bemügender Mensch ein protestantisch geprägtes, genuin bürgerliches Arbeitsethos, das ihn der historischen Bohème diametral gegenüberstellt.

Nicht zuletzt der Affront gegen die ostdeutschen Arbeitslosen weist Jolo als Relikt der ehemaligen Bundesrepublik, Teil der Nachkriegsgeneration und Nostalgiker des Wirtschaftswunders aus. Dazu trägt auch die selbstironische Figurencharakterisierung als »verklemmte[r] Bürgersohn«⁵⁷ und »Liebhaber der 50er-Jahre-Seligkeit«⁵⁸ bei, die bereits angesprochen wurde. Ferner sind sein Geiz und manischer Sparzwang zu erwähnen. So bestellt Jolo in Cafés stets das günstigste Getränk (Milch mit Honig) und ist insgesamt darauf bedacht, »kein Verschwender«⁵⁹ zu sein. Nachgerade zur Karikatur kleinbürgerlichen Hamsterns gerät eine Passage, in der sich Jolo an die Erträge aus seinem ersten Bucherfolg erinnert und seine persönliche Art der Haushaltsführung erklärt:

»Aber ich war clever. Die letzten tausend Euro hatte ich damals in 20 einzelne Briefumschläge zu 50 Euro aufgeteilt, so daß mir das Geld nicht gänzlich ausgehen konnte. Als ich bei den letzten 200 Euro angekommen war, teilte ich diese wiederum in 20 Umschläge auf, nun zu zehn Euro.

⁵⁴ Ebd., S. 116-118.

⁵⁵ Vgl. hierzu Robert Jütte: *Arme, Bettler, Beutelschneider: eine Sozialgeschichte der Armut in der Frühen Neuzeit*, Weimar 2000, S. 15, S. 131-189.

⁵⁶ Vgl. hierzu vgl. Fabian Kessel: *Das wahre Elend? Zur Rede von der neuen Unterschicht*. In: *Widersprüche* 25 (2005), Heft 98, S. 29-44 sowie ders. u.a. (Hrsg.): *Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die »neue Unterschicht«*, Wiesbaden 2007, S. 7-16.

⁵⁷ Lottmann 2009, S. 65 (s. Anm. 16).

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Ebd., S. 118.

Irgendwann hatte ich nur noch 1,25 Euro in jedem Umschlag. Und dann eines Tages keinen einzigen Euro mehr. Von da an ging ich dazu über, mit beträchtlichen Beständen kleiner Münzen, vor allem Ein-, Zwei- und Fünfcentmünzen, zu bezahlen. [...] Wenn ich dann endlich doch wieder Honorar erhielt, ging ich klug vor. [...] Ich kaufte bis zu 20 Rollen prägefrische kleine Centmünzen, bis hin zu 20 Cent. So hatte ich niemals GAR KEIN Geld im Haus. Das war jedenfalls mein Kalkül.«⁶⁰

Jolos obsessive Pfennigfuchserie steht wiederum im Kontrast zum zeitgenössischen Finanzkapitalismus, der 2008 zum Crash führt:

»Die deutsche Wirtschaft befand sich inzwischen im freien Fall. Täglich wurden die Zahlen des Abschwungs korrigiert und dramatisiert. Die Zahlen selbst schienen sich aufzulösen. Was früher einmal eine Million war, hieß nun Milliarde, und aus Milliarden waren auf einmal Billionen geworden, ein Wort, das man bis dahin gar nicht gekannt hatte [...]. Ohne Zweifel hatte sich die Realität aufgelöst, aus der Wirtschaft war ein infantiles Monopolspiel geworden.«⁶¹

Der »aufgelösten Realität« und dem Irrationalismus, die den monetären Auf- und Entwertungsdynamiken unterliegen, entspricht, dass sein persönlicher Aufschwung nicht logisch begründbar ist: Dass er selbst von der großen Krise profitiert, diese gleichsam seine persönliche Krise auflöst, ist schlicht Glück, insofern bei der Überweisung seines Vorschusses »tatsächlich ein Fehler passiert war. Man hatte eine Null zuviel eingetragen«.⁶² Dass gerade Jolo als Kleingeldsammler und ausgemachter Münzfetischist⁶³ von der Fehleranfälligkeit des modernen, bargeldlosen Zahlensystems profitiert, ist die besondere Pointe seines plötzlichen »Reichtums«, der ebenso die Willkür des modernen Finanzhandels wie die Auf- und Abwertungslogiken auf dem literarischen Feld reflektiert. Dort nämlich steht Jolo plötzlich wieder hoch im Kurs: »Die Leute scharten sich um mich. Jeder schien wenigstens einmal mit mir sprechen zu wollen. [...] Keiner konnte mehr sagen, daß ich nicht geliebt wurde.«⁶⁴

Literaturkritisch betrachtet ist Lottmanns *Geldkomplex* nicht besonders komplex. Rein formal haben wir es mit einem langen Ego-Bericht zu tun, der eher an einen Großessay oder die Langversion einer gediegenen Glosse fürs Feuilleton als an einen Roman erinnert. Dennoch

⁶⁰ Ebd., S. 119.

⁶¹ Ebd., S. 306f.

⁶² Ebd., S. 277.

⁶³ Vgl. ebd., S. 121.

⁶⁴ Ebd., S. 307.

stellt der *Geldkomplex* die Ökonomie des zeitgenössischen literarischen Feldes und die mit ihr einhergehenden In- und Exklusionsmechanismen zur Disposition. Er zeigt die Literatur um 2000 als einen Betrieb, der ebenso narzisstisch wie profitorientiert ist und unter seiner individualistischen, jugendlich-bohemistischen Fassade wenig Platz für Innovationen oder Abweichungen lässt. Die damit einhergehenden Widersprüche werden in der Konzeption des Ich-Erzählers und Protagonisten evident. Seiner Selbstgerechtigkeit und seinem Selbstverständnis als »Erfinder der schnörkellosen, transitiven Popschreibe«⁶⁵ stehen seine konservativen bürgerlichen Wertvorstellungen und die zunehmende Entfremdung von der Kulturszene gegenüber. Als verklemmter Bürgersohn, 50er-Jahre-Nostalgiker und alternder Bohemien ist Jolo im Grunde eine anachronistische Figur, die von der forcierten Jugendlichkeit des Geschäfts so lange überholt wird, bis der schnelllebige Betrieb selbst in die Krise schlittert und dem »neuen Fin-de-Siècle-Zauber, der in den Nullerjahren ausgebrochen war«,⁶⁶ mit dem Finanzcrash 2008 ein Ende gesetzt wird. Damit fungiert Jolo außerdem als Repräsentant einer bröckelnden Mittelschicht samt ihrer sozialen Abstiegsängste und Abgrenzungsbedürfnisse. Vor diesem Hintergrund sind auch die drastischen Äußerungen der autofiktiven Erzählinstanz zur »neuen Unterschicht« zu lesen, die zwar Lottmanns Autor-Image als Provokateur und notorischer Verächter der »political correctness« bedienen, sich aber nicht zwangsläufig mit den politischen Ansichten des empirischen Autors decken müssen. Dass Selbstironisierung und Selbstinszenierung sich durchaus ambivalent auf die *Wahrnehmung* des »Autors« auswirken können, wird auch im *Geldkomplex* selbst thematisiert. Dort nämlich hat Jolo ein gravierendes Glaubwürdigkeitsproblem. Sein Hang zur Selbstdarstellung und zum ironischen Bonmot führt direkt in den Teufelskreis der uneigentlichen Kommunikation – was wiederum nicht ohne eine gehörige Portion Ironie und Egozentrik geschildert wird:

»Noch nie hatte jemand Mitleid mit mir gehabt. [...] Leute, die aus dem Durchschnitt herausragten, bekamen a priori kein Mitleid. Und schon gar keine Schriftsteller. [...] Komödianten bekamen am wenigsten Mitleid von allen, und ich war nah dran an dem Status. Auch die besten Freunde, als ich sie noch hatte, bekannten immer wieder, daß sie niemals mit mir fühlen könnten, da sie mich nicht ernst nehmen könnten. Ich sei ihnen ein Fremder, da immer verrückt und ironisch. Ich sagte

⁶⁵ Ebd., S. 258f.

⁶⁶ Ebd., S. 264.

dann verstört, ich sei doch gar nicht ironisch, und da mußten sie schon wieder lachen. Es war furchtbar.«⁶⁷

Indem alles, was Jolo sagt, pauschal als »uneigentlich« verstanden wird, seine Äußerungen also unabhängig von der Äußerungsabsicht nicht mehr ernst genommen werden, kommen in Lottmanns *Geldkomplex* auch genuin postmoderne Denkfiguren und Problemkonstellationen zum Tragen (*anything goes, ironic hell*). Dieser Geltungsverlust von Eigentlichkeit beziehungsweise Sinn und Substanz klingt auch in den instabilen und unverbindlichen sozialen Beziehungen oder der unentschiedenen Identität Jolos an, der zwischen bröckelnder Mittelschicht und dem »rise of the creative class«⁶⁸ gesellschaftlich nicht mehr klar verortet werden kann. Vor allem aber äußert er sich in der Darstellung eines kontingenten Finanzsystems, das auf intransparente Weise ebenso Krisen wie Glückswechsel auslöst und insgesamt das handlungsbestimmende Element des Romans ist.

Was bleibt?

Ein Gegenmodell bietet Lottmanns *Geldkomplex* nicht an. Jolo ist ebenso Opfer wie Profiteur der Krise, verbleibt aber innerhalb des Systems und reproduziert dessen Mechanismen. Die Diffusion von ökonomischem und literarischem Feld wird in Lottmanns Roman in Form literarischer Widersprüche gestaltet. Diese werden vor allem in der autofiktiven Hauptfigur virulent, die auf eine bohemistische Charakterisierung zurückgreift. Zwischen Kunst und Kommerz, Autonomie und Abhängigkeit stehend, personifiziert der Bohemien eine Ambivalenz und Widersprüchlichkeit, die für die Kunst der Moderne insgesamt konstitutiv ist und kann derart als kritische Reflexionsfigur fungieren: Als inkonsistente Figur, die spätpubertär-bohemistische Züge mit klischerter (Spieß-)Bürgerlichkeit vereint, führt Jolo in Lottmanns *Geldkomplex* die Überlagerung vormals getrennter sozialer Sphären und die Friktionen zwischen den Feldern als künstlerische wie auch als gesellschaftliche Auflösungsprozesse vor. Jolo verkörpert ebenso den Niedergang einer bohemistischen Gegenkultur, die in der alternden und veralteten Figur gleichsam historisiert wird, wie er auch für eine Verabschiedung der bürgerlichen Mittelschicht steht.

⁶⁷ Lottmann 2009, S. 242f.

⁶⁸ Vgl. hierzu Richard Florida: *The Rise of the Creative Class*, New York 2002.

Damit führt Lottmanns Roman nicht zuletzt auf repräsentative Weise eine neue Generation unternehmerischer Individualisten vor Augen, die in der Tat hinsichtlich ihrer Lebensführung, sozialen Kontakte, Verhaltensweisen und ihres Arbeitsethos einem »Geldkomplex« verhaftet sind. Auch (und gerade!) unter den prekär lebenden Kreativen wird die Akkumulation finanziellen Kapitals zum Fluchtpunkt aller Bestrebungen, wird Geld zur Maßgabe und zum Garant von Erfolg. Die Bohème entpuppt sich derart gerade nicht als künstlerische Gegenwelt. Vielmehr fungiert sie als Zerrspiegel einer flexibilisierten und krisengeschüttelten Leistungsgesellschaft im neoliberalen Kapitalismus, die uniformierte Abweichung fordert und strategische Einzelkämpfer hervorbringt.

Timm Benjamin Schützhofer

Keine Petrodollars, kein Wachstum, kein Handlungsspielraum?

Herausforderungen für Ecuadors Fiskalpolitik
am Beispiel der Erbschaftssteuer

Am 24. Mai 2015 räumte Ecuadors Präsident Rafael Correa bei seinem jährlichen Rechenschaftsbericht ein, dass Ecuador trotz der bisherigen Fortschritte der *Revolución Ciudadana*¹ weiterhin von extremer sozialer Ungleichheit gezeichnet sei. Als eine Konsequenz daraus kündigte er eine Reform der Steuer auf Erbschaften, Vermächtnisse und Schenkungen an.² Er sei bereit, die politischen Kosten dieser Initiativen zu tragen.³

Wenig später legte die Exekutive das *Gesetz zur Umverteilung des Reichtums*⁴ vor. Darin enthalten war eine grundlegende Reform der Erbschaftssteuer, durch die bisher übliche Steuervermeidungsstrategien unterbunden werden sollten. Außerdem sollten deutlich höhere Steuern auf große Erbschaften gezahlt werden, wobei gleichzeitig der Steuerfreibetrag gesenkt werden sollte. Auf Einkünfte aus Erbschaften oberhalb einer Freibetragsgrenze von 35.400 USD – orientiert an 100 monatlichen Mindestlöhnen – sollten der Initiative nach 2,5 Prozent Steuern gezahlt werden. Der Prozentsatz sollte von da an progressiv steigen, bei direkten Familienangehörigen bis zu einem Spitzensatz von 47,5 Prozent, bei sonstigen Erb_innen bis zu 77,5 Prozent auf Erbschaften, Vermächtnisse oder Schenkungen von über 849.600 USD.⁵ Ausnahmen sollten für hinterbliebene Ehepartner_innen und Partner_innen aus eingetragenen Lebenspartner_innenschaften gelten, denen die Hälfte des Erbes zusteht. Am 12. Juni 2015 entschied die zuständige Parlamentskommis-

¹ Der Begriff *Revolución Ciudadana*, auf Deutsch »Bürgerrevolution«, bezeichnet den politischen Veränderungsprozess in Ecuador seit 2006, der nicht auf die Regierung Rafael Correas beschränkt ist.

² Im Folgenden nutze ich die Bezeichnung *Erbschaftssteuerreform*.

³ Rafael Correa: Debemos entender de dónde venimos para saber hacia dónde vamos. Discurso del Presidente de la República Eco. Rafael Correa en el Informe a la Nación 2015, <http://tinyurl.com/h8gyyzm> (5.8.2016), www.presidencia.gob.ec.

⁴ *Ley para la Redistribución de la Riqueza*.

⁵ ANDES (Agencia Pública de Noticias del Ecuador y Suramérica): Presidente Correa anticipa que impuesto por herencias se podrá pagar »con acciones a los trabajadores«, 4.6.2015, <http://tinyurl.com/zuykrzy> (10.4.2016), www.andes.info.ec.

sion den Spitzensatz für alle Erb_innen auf 47,5 Prozent zu vereinheitlichen; eine höhere Besteuerung nicht direkter Erb_innen entspreche nicht dem Ziel, der Vermögenskonzentration entgegenzuwirken. Angesichts des öffentlichen Widerstands gegen die Reformpläne der Regierung musste diese Entscheidung jedoch als erstes größeres Zugeständnis an Gegner_innen der Reform wahrgenommen werden, um den Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Doch bereits am Abend des 15. Juni 2015 sah sich Correa dazu gezwungen, das Reformvorhaben auf unbestimmte Zeit zurückzunehmen.⁶

Im Folgenden werde ich die Ursachen dieses vorläufigen Scheiterns herausarbeiten. Hierzu gehe ich auf das Spannungsverhältnis von Staat, Privatsektor und anderen gesellschaftlichen Gruppen im Kapitalismus ein und betrachte die Steuerpolitik aus der Perspektive struktureller und instrumenteller Macht. Danach analysiere ich die Erbschaftssteuerreform und stelle die mit ihr verbundenen gesellschaftlichen Konflikte dar. Schließlich suche ich nach den Ursachen für den teils heftigen Widerstand gegen den Reformvorschlag. Dabei arbeite ich Fehleinschätzungen der Regierung Correa in *Policy Design* und *Framing* der Reformvorschläge heraus und betrachte die Bedeutung der Straßenproteste ab Ende Mai 2015 und der instrumentellen Macht ökonomischer Eliten. Abschließend diskutiere ich die Bedeutung drohender wirtschaftlicher Instabilität für die Rücknahme der Reforminitiative aus der Perspektive struktureller Macht. Die zentralen Erkenntnisse meiner Analyse fasse ich in einem Fazit zusammen.

Macht- und entwicklungstheoretische Perspektiven auf die Steuerpolitik

Steuerpolitik ist besonders gut zur Analyse gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse geeignet, da ökonomische Eliten meist das Ziel verfolgen, ihre Steuerlast zu senken beziehungsweise auf andere Sektoren zu verlagern.⁷ Wirtschaftsverbände und -kammern können dabei als wichtigste organisierte Form ihrer Interessenvertretung gelten. Steuerpolitische

⁶ Rafael Correa: Mensaje del Presidente constitucional de la republica economista Rafael Correa Delgado a la Nacion, <http://tinyurl.com/zrecqyh>, (4.1.2016), www.presidencia.gob.ec.

⁷ Dennis P. Quinn/Robert Y. Shapiro: Business Political Power: The Case of Taxation. In: *American Political Science Review*, Jg. 85, Nr. 3, 1991, S. 851-874, hier: S. 851-852.

Maßnahmen führen zu voraussehbaren und von Wirtschaftseliten meist klar identifizierbaren Kosten.⁸ Die Wirtschaftseliten sind auch in der Fiskalpolitik nicht der einzige durch die Politik zu beachtende Machtfaktor, nehmen aufgrund ihrer ökonomischen Bedeutung in kapitalistischen Systemen aber eine besondere Rolle ein. Sie verfügen daher über strukturelle (wirtschaftliche) Macht, die Tasha Fairfield in ihrer Analyse zur Besteuerung wirtschaftlicher Eliten in Lateinamerika von instrumenteller (politischer) Macht unterscheidet.⁹

Zum Verständnis dieser Konzepte gilt es zunächst, grundlegende Mechanismen des Zusammenwirkens zwischen Staatssektor und unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen aufzuzeigen. Joachim Becker et al. weisen darauf hin, dass der Staat in gesellschaftliche Kräfteverhältnisse eingelassen ist, andererseits aber ein historisch wechselndes Maß an Autonomie gegenüber gesellschaftlichen Gruppen genießt.¹⁰ Nur dies ermöglicht ein kohärentes staatliches Handeln, welches angesichts der Verwobenheit des Staates mit gesellschaftlichen Konflikten allerdings nicht zwangsläufig gegeben ist. Der Staat ist selbst kein monolithischer Akteur, sondern umkämpftes Terrain. Im Anschluss an Nicos Poulantzas' Staatstheorie kann der Staat und seine verschiedenen Institutionen, Rechtsnormen und ideologischen Apparate vielmehr selbst als Feld sozialer Auseinandersetzungen betrachtet werden.¹¹ Eine solche, neo-marxistisch inspirierte Sichtweise vermeidet eine reduktionistische Vorstellung vom Staat als Instrument der herrschenden Klasse. Dennoch sind die Handlungsmöglichkeiten von politischen Akteur_innen nicht nur von der originär politischen Ebene, sondern ebenso von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig und damit strukturell ungleich verteilt.

Instrumentelle Macht basiert auf der Fähigkeit, gezielte Maßnahmen zu ergreifen und Aktionen durchzuführen: »Diese Aktionen können Lobbyismus, direkte Beteiligung am politischen Prozess, die Finan-

⁸ Tasha Fairfield: *Private wealth and public revenue in Latin America: Business power and tax politics*, New York 2015, S. 27.

⁹ Fairfield 2015.

¹⁰ Joachim Becker/Karin Fischer/Karen Imhof/Johannes Jäger/Cornelia Staritz: Einleitung: Variationen kapitalistischer Entwicklung. In: Joachim Becker/Karen Imhof/Johannes Jäger/Cornelia Staritz (Hrsg.): *Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat*, Bd. 9: Gesellschaft, Entwicklung, Politik, Wien 2007, S. 7-62.

¹¹ Andreas Fisahn: *Herrschaft im Wandel: Überlegungen zu einer kritischen Theorie des Staates*, Köln 2008, S. 212.

zierung von Wahlkampagnen, die Herausgabe von Zeitungen oder das Eingreifen in verschiedenen Formen kollektiver Aktion sein«. ¹² Es kann zwischen Beziehungen zu politischen Entscheidungsträger_innen und eigenen Ressourcen unterschieden werden. Zur ersten Kategorie zählen die Präsenz in und Kontakte zu politischen Parteien, institutionalisierte Konsultationen, Rekrutierung in die Regierung, die Wahl in politische Ämter und informelle Verbindungen. Zur zweiten Kategorie zählen Kohäsion, Expertise, Medienzugang und Geld. ¹³ Instrumentelle Macht wird von Eliten meist innerhalb des formalen politischen Systems ausgeübt. Eine besondere Sichtbarkeit ist dafür nicht unbedingt notwendig, da instrumentelle Macht auch hinter den Kulissen wirkt. Nur selten nehmen ökonomische Eliten an kollektiven Aktionen wie Demonstrationen und Protesten teil. ¹⁴ Kontakte zu Medien und politischen Parteien können eine wichtige Rolle beim Agenda-Setting und der Mobilisierung zu Protesten sowie für klassenübergreifende Allianzen spielen. Klare Anhaltspunkte für das Maß instrumenteller Macht sind oft widersprüchlich und schwer fassbar.

Fairfield sieht einen quasi linearen Zusammenhang zwischen der Formalisierung von Konsultationsmechanismen sowie Elitenkohäsion mit dem Niveau instrumenteller Macht. Damit lässt sich der historisch »erfolgreiche« Widerstand ecuadorianischer Wirtschaftseliten gegen ihre Besteuerung gleichwohl nicht erklären, schließlich kann hier weder ein besonders hohes Niveau an Elitenkohäsion, noch eine besonders ausgeprägte Formalisierung der politischen Partizipation von Wirtschaftseliten festgestellt werden. Naheliegender ist, dass gerade die sich auch in den wirtschaftlichen Eliten widerspiegelnde gesellschaftliche Fragmentierung und mangelnde Binnenintegration der Volkswirtschaft ursächlich für die Schwäche des Steuerstaates ist. ¹⁵

Die Perspektive struktureller Macht zeigt, dass Unternehmen und Kapitaleigner_innen eine Schlüsselrolle in bürgerlich kapitalistischen

¹² Fairfield 2015, S. 28 (s. Anm. 8).

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Hans-Jürgen Burchardt: Von der vernünftigen Suche nach Leidenschaft: Ein Vorschlag Gesellschaftsanalyse und Sozialpolitik-Forschung zu dezentrieren. In: Hans-Jürgen Burchardt/Anne Tittor/Nico Weinmann (Hrsg.): Sozialpolitik in globaler Perspektive. Asien, Afrika und Lateinamerika, Frankfurt a.M./New York 2012, S. 69-92, hier: S. 85; Evans S. Lieberman: National Political Community and the Politics of Income Taxation in Brazil and South Africa in the Twentieth Century. In: Politics & Society Jg. 29, Nr. 4, 2001, S. 515-555.

Gesellschaften zukommt. Die Abhängigkeit des Staates von seiner Finanzierung aus Steuern und damit vom Privatsektor wird als wichtige Voraussetzung prosperierender wirtschaftlicher Entwicklung und als Garant für die Etablierung liberaler Institutionen angesehen.¹⁶ Vonseiten der Steuerzahler_innen werden Partizipations- und Kontrollrechte eingefordert, von denen eine Erhöhung der Bereitschaft, Steuern zu zahlen, erwartet wird. Dieser Weg wird aufgrund der Grenzen der Kontrolle beziehungsweise der hohen Kosten einer primär auf Zwang basierenden Besteuerung präferiert. Der Steuerstaat ist in seiner Finanzierung vom Erfolg des privatwirtschaftlichen Sektors abhängig und vermeidet es daher erstens den kapitalistischen Akkumulationsprozess durch eine überhöhte Besteuerung zu untergraben und richtet zweitens auch sein Ausgabenverhalten so aus, dass die Quellen der staatlichen Einnahmen nicht versiegen.¹⁷

Im Rahmen kapitalistischer Systeme wirkt die strukturelle Macht der Kapitaleigner_innen ohne die politische Organisation und bewusste politische Intervention des Unternehmenssektors beziehungsweise der Kapitaleigner_innen, um ihre strukturelle Macht zur Entfaltung zu bringen.¹⁸ Die strukturelle Macht jener, die Verfügungsgewalt über Kapital haben, erfolgt aus ihrer Bedeutung für die Wirtschaftsordnung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Ihre Rechtfertigung ergibt sich nicht zuletzt aus den positiven Auswirkungen, die von der gegenseitigen Abhängigkeit von Staat und Privatsektor für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung erwartet wird. Zu den charakteristischen Attributen dieser Gesellschaftsordnung gehört eine – wenn auch in der Praxis nie absolute – Trennung zwischen Staat und Wirtschaft, zwischen politischer und wirtschaftlicher Macht. Daraus ergibt sich ein gegenseitiges Spannungs- und Abhängigkeitsverhältnis zwischen Staat und Markt.

Dabei wird vom grundsätzlichen Funktionieren des kapitalistischen Akkumulationsprozesses entsprechend dem Idealtypus funktionierender Märkte ausgegangen.¹⁹ Aus dieser Perspektive wird nicht die

¹⁶ Mick Moore: Between coercion and contract: competing narratives on taxation and governance. In: Deborah Brautigam/Odd-Helge Fjeldstad/Mick Moore (Hrsg.): Taxation and state-building in developing countries. Capacity and consent, Cambridge/New York 2008, S. 34-63, hier: S. 48.

¹⁷ Rudolf Hickel: Einleitung: Krisenprobleme des »verschuldeten Steuerstaates«. In: Ders. (Hrsg.): Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen, Frankfurt a.M. 1976, S. 7-39.

¹⁸ Quinn/Shapiro 1999, S. 852-853 (s. Anm. 7).

¹⁹ Moore 2008, S. 58 (s. Anm. 16).

Macht der Kapitalist_innen problematisiert, sondern ein System porträtiert, das letztlich einer Maximierung des allgemeinen Wohlstands dienlich ist. Aus einer kritischen Perspektive sind durch diese strukturelle Macht der Kapitaleigner_innen aber demokratische Entscheidungsprozesse infrage gestellt. Dennoch bleibt ein wichtiger, von der bürgerlichen Finanzsoziologie hervorgehobener Aspekt auch aus kritischer Perspektive zu berücksichtigen: Die Machtverhältnisse zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Klassen, Klassenfraktionen und ihren Interessenorganisationen sowie deren Beziehungen zum Staat sind kein Nullsummenspiel. Die Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Akteur_innen sind nicht nur von Konfrontation, sondern auch von Kooperation und Interdependenzen geprägt. Hier besteht ein enger Bezug zur Bedeutung eingebetteter Autonomie des Staates: Eine Elitenkohäsion, die sich wie in Ecuador lediglich auf die Ablehnung von Steuern und staatlichen Regulierungen beschränkt, kann kaum als Grundlage für eine entwicklungsorientierte Beziehung zwischen Privat- und Staatssektor dienen. Mehr noch, der übermäßige Einfluss bestimmter Interessengruppen auf bestimmte staatliche Institutionen verhindert eine eingebettete Autonomie des Staates.

Besonders im Kontext der Globalisierung verfügen Kapitaleigner_innen über weitreichende Möglichkeiten, auch ohne explizite Koordination ihrer Aktivitäten auf »übereifrige« Steuerbehörden zu reagieren.²⁰ Stichworte sind hier Investitionszurückhaltung und Kapitalflucht, die in den meisten Abhandlungen zu struktureller Macht als Folge unpolitischer Marktmechanismen betrachtet werden. Allerdings wird der politische Einsatz struktureller Macht – nicht zuletzt in Lateinamerika – immer wieder praktiziert.²¹

Eine auf Umverteilung ausgerichtete Besteuerung von Vermögen und Erbschaften hat nicht zwangsläufig negative wirtschaftliche Auswirkungen. Daron Acemoglu argumentiert, dass stark ungleiche oligarchische Gesellschaften langfristig die Entstehung neuer Unternehmen und neuer Innovationen verhindern.²² Die während des Kolonialismus auch in der Andenregion entstandenen Extraktionsinstitutionen sind

²⁰ Moore 2008, S. 58 (s. Anm. 16).

²¹ Pepper D. Culpepper/Raphael Reinke: Structural Power and Bank Bailouts in the United Kingdom and the United States. In: *Politics & Society*, Jg. 42, Nr. 4, 2014, S. 427-454.

²² Daron Acemoglu: *Oligarchic Versus Democratic Societies*, 2007, <http://tinyurl.com/gvw6t2v>, (20.6.2015), <http://down.cenet.org.cn>.

demnach die Ursache fehlender wirtschaftlicher Prosperität.²³ Im Anschluss daran weist Nicolás Oliva Pérez darauf hin, dass es sich bei der ecuadorianischen Ausprägung des Kapitalismus um einen »schlechten Kapitalismus« handelt, der sich durch die Suche nach Rentengewinnen, durch Oligopole, schwache Kapazitäten im Bereich des verarbeitenden Gewerbes und den Verkauf von Rohstoffen oder wenig weiterverarbeiteten Produkten und den Import von fertigen Waren auszeichnet.²⁴ Diese Tendenz wird durch die Dollarisierung verstärkt, die in Ecuador derzeit zu einer massiven Aufwertung des dort genutzten Dollars im Vergleich zu den Nachbarländern führt, während dem Absturz des Ölpreises eigentlich mit einer Abwertung der Währung zu begegnen wäre. Bereits in der Phase des Aufschwungs erschwerten höhere Rendite im Bereich Handel und Dienstleistungen die Stärkung des industriellen Sektors, der in Ecuador häufig wenig konkurrenzfähig und kaum in heimische Wertschöpfungsketten integriert ist.²⁵

Rückblicke auf Ecuadors Steuerpolitik in der neueren Geschichte

In den zehn Jahren vor Beginn der *Revolución Ciudadana* gelang es keinem der gewählten Präsidenten – Abdalá Bucaram, Jamil Mahuad und Lucio Gutiérrez – seine Amtszeit regulär zu beenden. Ecuador galt als unregierbares Land. Ab 1998 verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage rapide und 1999 schlitterte Ecuador in eine tiefe Krise. Die Armut stieg rapide an, ebenso die soziale Ungleichheit.²⁶ Im September 1999 erklärte Präsident Mahuad die Zahlungsunfähigkeit, im Januar 2000 führte Ecuador den Dollar als Währung ein.²⁷ Mahuad wurde kurz danach gestürzt, ohne dass dies zu einem Politikwechsel führte. Die wirt-

²³ Daron Acemoglu: Root Causes. A historical approach to assessing the role of institutions in economic development. In: Finance & Development, June 2003, S. 27-30.

²⁴ Nicolás Oliva Pérez: ¿Por qué necesitamos que la riqueza tribute?: un debate de eficiencia económica para economías rentistas. In: THE, Taller de la Historia Económica, 2016, <http://tinyurl.com/jmul9we> (26.7.2016), <http://the.pazymino.com>.

²⁵ Ebd.

²⁶ Alberto Acosta: Erdöl in Ecuador. PROKLA, Jg. 34, Nr. 2, 2004, S. 199-222, hier: S. 212-2013.

²⁷ BBC News. World: Americas: Ecuador defaults on foreign debt repayments. BBC News, 27.9.1999, <http://tinyurl.com/gtqw732> (26.7.2016), www.bbc.com.

schaftliche Erholung führte in den Folgejahren nicht zu politischer Stabilität, auch Lucio Gutiérrez wurde schließlich 2005 gestürzt.

Der Instabilität zum Trotz wurde von 1997 bis 1999 das *Servicio de Rentas Internas* (SRI) als neue semi-autonome Steuerbehörde aufgebaut. Die SRI-Direktorin Elsa Romoleroux de Mena blieb unter drei unterschiedlichen Präsidenten im Amt.²⁸ Das SRI gewann anders als die bisher zuständige *Dirección General de Rentas* (DGR) ein Mindestmaß an Vertrauen unter den Steuerzahler_innen. Die Trennung der Steuerbehörde von tagespolitischen Auseinandersetzungen hatte keinen langfristigen Bestand. Romoleroux de Mena wurde 2004 von Gutiérrez entlassen, der versuchte, eine parlamentarische Allianz mit dem Wirtschaftsmagnaten und Politiker Alvaro Noboa zu etablieren, dessen Firmen im Fadenkreuz der Steuerbehörde standen.²⁹

Der Anstieg der Steuerquote konzentrierte sich auf den Zeitraum von 1998 bis 2001. Die Steuerhinterziehungsraten blieben dabei mit 63,8 Prozent im Jahr 2005 alarmierend hoch,³⁰ und die Steuerquote lag im Jahr 2006 nicht höher als 2001. Weiteren Einnahmeerhöhungen standen eine Reihe von Faktoren entgegen: parteipolitische Interessen, wenig Vertrauen in den Steuervollzug³¹ und in die sinnvolle Verwendung der Steuergelder, eine Präferenz für niedrige Steuern gegenüber Ver-

²⁸ Andrés Mejía Acosta/María Caridad Araujo/Aníbal Pérez-Liñán/Sebastián Saiegh: Veto Players, Fickle Institutions, and Low-Quality Policies: The Policymaking Process in Ecuador. In: Ernesto Stein/Mariano Tommasi/Carlos G. Scartascini/Pablo T. Spiller (Hrsg.): Policymaking in Latin America. How politics shapes policies, Washington D.C 2008, S. 243-286.

²⁹ Alvaro Noboa wird gemeinhin als reichste Person Ecuadors bezeichnet. Er war bereits fünfmal Präsidentschaftskandidat und kam 1998, 2002 und 2006 in die Stichwahl. Im Jahr 2013 wurde seine größte Plantage durch die Steuerbehörde SRI wegen Steuerschulden beschlagnahmt.

³⁰ Juan Carlos Gómez Sabaini/Juan Pablo Jiménez: Tax structure and tax evasion in Latin America. In: CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) (Hrsg): Macroeconomía del Desarrollo, Nr. 118, 2012, <http://tinyurl.com/j2a6ssm> (2.7.2016), www.cepal.org.

³¹ Die Präferenz für niedrige Steuern rührt wohl auch daher, dass lediglich 6,7 Prozent im Jahr 2003 und 11,5 Prozent der Befragten im Jahr 2005 Vertrauen darin zum Ausdruck brachten, dass der Staat die Steuergelder gut verwenden würde. Gleichzeitig war eine breite Mehrheit der Meinung, dass die Steuern hoch oder sehr hoch seien. (Corporación Latinobarómetro: ¿Confía en que dinero de los impuestos serán bien gastados por el Estado? In: Análisis Online 1995-2015 (9.8.2016), www.latinobarometro.org).

besserungen in der Sozialpolitik,³² institutionelle Blockaden zwischen Exekutive und Legislative und geringe Zustimmungswerte für die jeweilige Regierung.

Erste Schritte auf einem langen Weg: Die Fiskalpolitik der *Revolución Ciudadana*

Der Schwerpunkt, der von Anbeginn der Regierungszeit Correa auf die Stärkung des Steuersystems gelegt wurde, ist angesichts relativ hoher Rohstoffeinnahmen bemerkenswert und widerspricht rentenstaatstheoretischen Erwartungen. Die Veränderungen im Rohstoffsektor spielen eine wichtige Rolle. Ursächlich waren nicht allein Preissteigerungen, sondern auch dezidiert politische Maßnahmen: Die Verfügungsgewalt wurde erstens über die Erdöleinnahmen zurückgewonnen, sodass diese nicht länger international in Fonds angelegt, sondern in Ecuador selbst investiert werden konnten³³ – und zweitens durch die Neuverhandlung der Erdölförderverträge.³⁴

Anders als in vorhergehenden Phasen relativ hoher Erdöleinnahmen wurden diese ab 2007 nicht dazu genutzt, die Fiskal- und Steuerquote zu senken. Die Regierung Correa stärkte die Steuerbehörde SRI, machte die Bekämpfung von Steuerhinterziehung zu einer politischen Priorität, leitete eine Reihe von Steuerreformen ein und verschärfte die Bestimmungen zum Steuereinzug.³⁵ Die Steuerquote stieg von 11,6 Prozent am

³² 61% der Befragten stimmten in einer *Latinobarómetro*-Umfrage von 2002 darin überein, dass Steuern so niedrig wie möglich sein sollten, auch wenn dies zu niedrigeren Sozialausgaben führt. (Corporación Latinobarómetro: Los impuestos deberían ser lo más bajo posible, aun si disminuyen los gastos en bienestar. In: Análisis Online 1995-2015, www.latinobarometro.org).

³³ Simón Cueva/Maria Ortiz: Ingresos Fiscales por Explotación de Hidrocarburos en Ecuador. Departamento de Países del Grupo Andino del BID. In: Banco Interamericano de Desarrollo (Hrsg.): Resúmen de Políticas, IDB-PB-198, 2013, <http://tinyurl.com/zdb2q85> (22.10.2015), <https://publications.iadb.org>.

³⁴ MRNNR (Ministerio de Recursos Naturales No Renovables): El MRNNR presenta su informe de gestión 2012, 2013, <http://tinyurl.com/jajvxdn> (27.7.2016), www.hidrocarburos.gob.ec.

³⁵ Eine Abteilung für große Steuerzahler_innen und zur Kontrolle der Unternehmenskonglomerate des Landes wurde eingerichtet und Steuerschlupflöcher wurden geschlossen. Außerdem wurde durch die Gründung des Zentrums für Fiskalstudien (CEF, *Centro de Estudios Fiscales*) ein wissenschaftliches Institut der Steuerbehörde gegründet.

Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2006 auf 15 Prozent im Jahr 2013, während die Fiskalquote, in die auch Sozialversicherungsbeiträge miteinfließen, von 15,5 auf 20,8 Prozent anstieg.³⁶ Der Anteil direkter Steuern stieg von 33 Prozent im Jahr 2006 auf 46 Prozent im Jahr 2014.³⁷

Ein Hochsteuerland ist Ecuador dadurch nicht geworden, eher kann von einer Anpassung an das Durchschnittsniveau in Lateinamerika gesprochen werden. Die Erbschaftssteuerinitiative kann als ein erster Versuch gewertet werden, langfristig auch der Vermögenskonzentration entgegenzuwirken. Die Bedeutung der Auseinandersetzung um diese Steuer ist daher nicht auf die Höhe der zu erwartenden Einnahmen beschränkt.

Das Schicksal eines radikalen Reformvorschlags: Zu den Ursachen der eingeschränkten Reformfähigkeit Ecuadors

Die Erbschaftssteuer in Ecuador besteht bereits seit 1912 und wurde mehrfach reformiert,³⁸ in der Praxis aber kaum gezahlt. Mit Beginn der *Revolución Ciudadana* kam auch die Erbschaftssteuer wieder auf die politische Agenda. Zwar kehrte man zu den 2001 abgeschafften progressiven Tarifen zurück, Forderungen nach einer radikalen Reform setzten sich allerdings nicht durch.³⁹ Eine radikalere Reform, so Correa am 24. Mai 2015, sei zu Beginn seiner Regierungszeit aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse nicht möglich gewesen. Jetzt – 2015 – sei man hingegen in der Lage, der generationenübergreifenden Vermögenskonzentration Einhalt zu gebieten. Schließlich war es bei den Wahlen 2013 gelungen, eine klare Zweidrittelmehrheit der Parlamentssitze zu gewinnen. Correas Interpretation der Kräfteverhältnisse war auf die Parlaments-

³⁶ Ximena Amoroso; Nicolás Oliva: Nueva política tributaria para el cambio de época posneoliberal. In: SRI, Servicio de Rentas Internas & CEF, Centro de Estudios Fiscales (Hrsg.): La Nueva Economía. En la nueva Constitución del Ecuador. Quito 2015, S. 99-114, hier: S. 109.

³⁷ SRI, Servicio de Rentas Internas: Cumplimiento de la Recaudación de Impuestos: Período Enero-Diciembre del 2006. Quito, 2007; SRI, Servicio de Rentas Internas: Informe Mensual de Recaudación, Quito 2007.

³⁸ Juan Paz y Miño Cepeda: Historia de los impuestos en Ecuador. Visión sobre el régimen impositivo en la historia económica nacional, Quito 2015.

³⁹ Pablo Ospina Peralta: Protesta social, crisis económica y escenario político, Ecuador, junio y julio de 2015, Quito, 2015, <http://tinyurl.com/zv5c368> (10.5.2016), www.cepecuador.org.

mehrheit fokussiert; die Gesetzesinitiative sollte aber außerparlamentarisch gestoppt werden.⁴⁰

Im Kontext fallender Erdöleinnahmen und drohender Rezession suchte die Regierung verstärkt die Kooperation mit den Wirtschaftseliten. Am 2. März 2015 trafen Rafael Correa, Vize-Präsident Jorge Glas und die Minister_innen in den Bereichen Wirtschaftspolitik und Produktion mit Spitzenvertreter_innen der Wirtschaftsverbände und von Großunternehmen zusammen.⁴¹ Auch in der Steuerpolitik wurde versucht, auf Unternehmen und Steuerzahler_innen zuzugehen und die Einnahmen durch eine Amnestie – und nicht etwa durch schärfere Sanktionen – zu erhöhen.⁴²

Der Vorschlag, den Spitzensatz der Erbschaftssteuer zu erhöhen, den Freibetrag zu senken und Steuerschlupflöcher zu schließen, fiel daher gewissermaßen aus der Zeit. Besonders hervorzuheben ist das Ziel einer gerechteren Verteilung des Betriebsvermögens: Statt die Steuer an den Staat zu zahlen, sollte Unternehmen die Möglichkeit gegeben werden, Unternehmensanteile im Wert des entsprechenden Steuersatzes an ihre Mitarbeiter_innen zu übertragen. Ein Vorschlag, der in der öffentlichen Debatte über die Reformvorschläge kaum Beachtung fand.

Fehleinschätzungen in Design und Framing der Reformvorschläge

Die Regierung brachte die Initiative als »Gesetz mit ökonomischer Dringlichkeit«⁴³ – und ohne eine breite Debatte mit zivilgesellschaftlichen Gruppen geführt zu haben – ins Parlament ein. Die Reformvorschläge schreckten allerdings eher potenzielle Gegner_innen auf, als Anhänger_innen für die Reform zu mobilisieren. Erstere verstanden schnell, dass es nun tatsächlich zu nennenswerten Zahlungen kommen könnte. Außerdem gelang es der rechten Opposition, die Debatte auf drei Fra-

⁴⁰ Ospina Peralta 2015, S. 5 (s. Anm. 39).

⁴¹ Revista Líderes: Representantes del sector empresarial entablan diálogos con Rafael Correa, 3.8.2015, <http://tinyurl.com/jmh3yrq> (5.8.2015), www.revistalideres.ec.

⁴² Ecuadorinmediato: SRI recauda US\$ 904 millones de dólares a Remisión de Intereses, 29.7.2015, <http://tinyurl.com/zpxt9oa> (30.7.2015), www.ecuadorinmediato.com.

⁴³ Dies bedeutet, dass innerhalb von 30 Tagen über das Gesetzesvorhaben entschieden werden muss.

mings zu konzentrieren: Erstens wurden die Reformvorschläge als Maßnahmen zur Einnahmesteigerung dargestellt, die einen »fettsüchtigen« Staatssektor finanzieren sollten. Zweitens stünden die Reformpläne gegen das »Recht auf Prosperität«, und drittens wurde die Reform als Angriff auf die Familie bezeichnet.⁴⁴

Angesichts des relativ niedrig erscheinenden Freibetrags von 35.400 USD stellten Oppositionsparteien und -medien die Initiative als gegen die Mittelschicht und Familienunternehmen gerichtet dar.⁴⁵

Straßenproteste und die instrumentelle Macht ökonomischer Eliten

Den Gegner_innen der Reform gelang es, schnell zu Protesten gegen die Reformvorschläge zu mobilisieren. Auch deuteten Umfragen zu den Reformen darauf hin, dass sich Correa mit seiner Einschätzung der politischen Kräfteverhältnisse vertan hatte. Nicht eine Abstimmung im Parlament, sondern Mechanismen außerhalb der formalen politischen Prozesse trugen maßgeblich zum vorläufigen Scheitern der Reformpläne bei.⁴⁶ Offen wurde der Sturz der Regierung gefordert und die Demonstrationen wurden teils gewalttätig.⁴⁷ In Guayaquil mobilisierte der christsoziale Bürgermeister Jaime Nebot am 25. Juni 2015 eine Großdemonstration mit Zehntausenden Teilnehmer_innen gegen die Regierungspläne.⁴⁸ Am gleichen Tag beteiligte sich Quitos Bürgermeister Mauricio Rodas an einer Großdemonstration vor der Parteizentrale von *Alianza PAIS*.⁴⁹

⁴⁴ Oliva Pérez 2016, S. 8-9; La República: Impuesto a la herencia »es un ataque a la familia«, dice Lasso, 5.6.2015, www.larepublica.ec.

⁴⁵ El Universo 25.5.2015; Ospina Peralta 2015 (s. Anm. 39).

⁴⁶ Ospina Peralta 2015 (s. Anm. 39).

⁴⁷ El Mercurio: Correa admite que la situación en Ecuador, por protesta opositora, es »grave«, 13.6.2015, <http://tinyurl.com/zwvcodh> (17.7.2016), www.elmercurio.com.ec.

⁴⁸ Die Stadtverwaltung von Guayaquil und Privatmedien sprechen zwar von 375.000 Demonstrant_innen – dies erscheint aber angesichts der geringen Fläche, auf der die Kundgebung stattfand, rein physisch unmöglich. Der gewählte Zeitpunkt der Demonstration an einem Wochentag und während der Arbeitszeiten deutet darauf hin, dass sich Nebot hier der Unterstützung von Guayaquils Unternehmer_innenschaft sicher sein konnte, die ihre Mitarbeiter_innen zur Demonstration schickten.

⁴⁹ El Universo: Mauricio Rodas se unió a masiva concentración en la Tribuna de los Shyris, 25.6.2015, <http://tinyurl.com/p98a4y5> (26.6.2015), www.eluniverso.com.

Auch in anderen Städten wurde protestiert. Als Correa die Reformvorschläge am 15. Juni 2015 zeitweilig zurücknahm, hatten die Konflikte eine Intensität erreicht, die sogar den reibungslosen Ablauf des am 5. Juli beginnenden Papstbesuches infrage stellte. Nach dem Besuch des Papstes war dann nicht zu erwarten, dass die Reformen noch einmal vorgelegt werden.⁵⁰ Von nun an ging es den oppositionellen Kräften darum, die Regierung weiter zu schwächen und zum endgültigen Verzicht auf die Reformen zu zwingen.⁵¹ Die konservative Tageszeitung *El Comercio* schrieb von 34 Tagen, die das politische Panorama veränderten.⁵² Bereits am 27. Mai war in der gleichen Zeitung von einem Schlag gegen die Mittelschicht die Rede gewesen. Andere private Medien in den Bereichen Print, Radio und Fernsehen nahmen eine ähnliche Haltung ein und wurden zu einer wichtigen Mobilisierungsressource der Opposition.

Der Mobilisierung zu Straßenprotesten vorgelagert war die Fähigkeit der ökonomischen Eliten, die Agenda der wirtschaftspolitischen Debatte zunehmend zu bestimmen. Bereits im Wahlkampf 2013 hatten Oppositionsparteien damit begonnen, einen Diskurs von einem übergroßen Staatssektor, Verschwendung und angeblich zu hohen Steuern zu etablieren. Die Regierung versuchte, sich gegen die oft und aus verschiedenen Perspektiven wiederholten, gleichwohl aber völlig aus der Luft gegriffenen Anschuldigungen zu verteidigen. Faktisch richtig wurde von Regierungsseite betont, dass die laufenden Ausgaben des ecuadorianischen Staates nicht hoch seien.⁵³ Damit wurde jedoch implizit die falsche Prämisse akzeptiert, dass möglichst niedrig laufende Ausgaben ein Erfolgskriterium von Politik seien.

com.

⁵⁰ Ospina Peralta 2015, S. 5-6 (s. Anm. 39).

⁵¹ El Universo: Empresarios abiertos a diálogo con Gobierno pero piden archivar Leyes, 18.6.2015, <http://tinyurl.com/p4xrmgx> (19.6.2015), www.eluniverso.com; Juan Carlos Mestanza: Nebot: »Retiro de leyes es una razón más para salir a protestar a las calles«. In: El Comercio, 17.6.2015, <http://tinyurl.com/zaxs5f7> (24.06.2016), www.elcomercio.com; Estefania Celi R.: Alcalde Rodas pide archivo definitivo de leyes de herencia y plusvalía. In: El Comercio, 17.6.2015, <http://tinyurl.com/z6gqhg> (24.6.2016), www.elcomercio.com.

⁵² El Universo: Rafael Correa negó que 375 mil personas asistieron a marcha de Guayaquil, 27.6.2015, <http://tinyurl.com/nblycl5> (30.6.2015), www.eluniverso.com.

⁵³ El Ciudadano: Patricio Rivera: Ecuador no gasta mucho, invierte mucho. Medio Oficial de la Revolución Ciudadana, 24.5.2015, <http://tinyurl.com/zpd54ms> (12.8.2015), www.elciudadano.gob.ec.

An der Debatte um die Erbschaftssteuerreform zeigt sich die Konstruktion eines öffentlichen Diskurses, der die Interessen breiter Bevölkerungsmehrheiten ausklammert und Maßnahmen, die lediglich kleine, wohlhabende Minderheiten belasten, skandalisiert: Aus diesen ökonomisch bessergestellten Minderheiten rekrutieren sich aber die Kommentator_innen der Zeitungen, die Moderator_innen der Fernsehsender, die führenden Akademiker_innen des Landes und das Führungspersonal der organisierten Zivilgesellschaft. Hieraus formt sich ein implizites Bündnis von ökonomischen Eliten und gehobener Mittelklasse, welche zwar nicht über die ökonomische Bedeutung ersterer verfügt, sich aber ebenfalls von den unteren gesellschaftlichen Schichten abgrenzt und eine wichtige Rolle in der politischen Auseinandersetzung spielt.

Auf Regierungsseite zeigten sich Schwächen in der Mobilisierung der eigenen Anhänger_innen, nicht zuletzt weil die Reform zunächst nicht mit populären sozialen Maßnahmen verknüpft wurde. Zahlreiche Konflikte mit gewerkschaftlichen, indigenen und anderen sozialen Bewegungen führten dazu, dass sich diese Sektoren teils offen gegen die Erbschaftssteuerreform aussprachen. Erst infolge der massiven Reaktion auf die Reforminitiative wurde damit begonnen, über die Ziele der Reformen zu informieren und zu zeigen, dass nur eine kleine Minderheit von der Steuerreform betroffen sein würde;⁵⁴ erst jetzt wurde das Gespräch mit nahestehenden sozialen Bewegungen gesucht.

Wirtschaftsschwäche, Dollarisierung und die strukturelle Macht des Kapitals

Aus der Perspektive struktureller Macht ist zu berücksichtigen, dass der Reformversuch in einem wirtschaftlich schwierigen Jahr erfolgte. Dies schränkte die Handlungsfähigkeit der Regierung Correa stark ein. Bereits in der zweiten Jahreshälfte 2014 hatte der Ölpreis begonnen, stark zu sinken. Ecuador sah sich einem Rückgang der Staatseinnahmen und niedrigeren Exporterlösen gegenüber: Eine Reaktion war die Suche nach einer engeren Zusammenarbeit mit dem Privatsektor des Landes, was eine durch die strukturelle Macht bedingte Steigerung instrumenteller Macht der ökonomischen Eliten bedeutete. Zudem konnten die wirtschaftlichen Eliten einen medialen Diskurs etablieren, der besagt,

⁵⁴ Hierzu wurde beispielsweise von der Steuerbehörde ein entsprechender Online-Taschenrechner entwickelt und über Regierungswebseiten verbreitet.

dass hohe Steuern und der Staatssektor für die Krisentendenzen verantwortlich seien.

Ohne geldpolitische Souveränität und mit Währungsabwertungen der Nachbarländer konfrontiert, sah sich Ecuadors Regierung Anfang 2015 gezwungen, Schutzzölle einzuführen,⁵⁵ was zu Konflikten mit den einflussreichsten Unternehmensverbänden führte. Unterstützung für die Maßnahme erklärte hingegen der Kleinunternehmensverband *Cámara de la Pequeña y Mediana Empresa de Pichincha* (CAPEPI). Regierungskritische soziale Bewegungen und Gewerkschaften stellten sich gegen die Maßnahme.⁵⁶ Auf der Ausgabenseite wurde ebenfalls eine Anpassung an den Einnahmerückgang vorgenommen. Im Januar 2015 wurde der Staatshaushalt um gut 1,4 Milliarden USD gekürzt, im August folgte eine Kürzung von weiteren 800 Millionen USD. Lag das Budget 2015 vor den benannten Kürzungen noch bei über 36 Milliarden, sind für 2016 Ausgaben von knapp unter 30 Milliarden USD geplant.⁵⁷

Ecuador hatte den Staatshaushalt im Jahr 2015 bereits zweimal angepasst, da die Erdöleinnahmen deutlich niedriger ausfielen als erwartet. Dies wirkte sich in erster Linie negativ auf die öffentliche Investitionsquote aus. Gleichzeitig fehlen wegen der Dollarisierung die wichtigsten Instrumente für eine antizyklische Politik. Der US-Dollar wertete im Vergleich zu den südamerikanischen Währungen – nicht zuletzt gegenüber den Währungen Perus und Kolumbiens – stark auf. Dieser doppelte externe Schock verursachte nun ein erhöhtes Risiko fehlender Liquidität, schließlich kann das Land nicht selbst Geld emittieren. In der ersten Jahreshälfte 2015 fielen die Geldeinlagen auf ecuadorianischen Bankkonten signifikant, das Niveau der Kreditvergabe sank.⁵⁸ Führende

⁵⁵ Redaccion Economía: Las salvaguardias reducirían en \$2.200 millones las importaciones. In: El Telégrafo 13.3.2015, <http://tinyurl.com/o5aana4> (14.3.2015), www.eltelegrafo.com.

⁵⁶ Tatsächlich waren lediglich 32% der Importprodukte von den Sonderzöllen zwischen 32 und 45% betroffen, häufig Produkte, die auch in Ecuador selbst produziert werden oder die als Luxusgüter kategorisiert werden können.

⁵⁷ El Telégrafo: Asamblea aprobó presupuesto de \$ 36.317 millones para 2015, 20.11.2014, <http://tinyurl.com/q899t9b> (24.6.2016), www.eltelegrafo.com; MIN-FIN (Ministerio de Finanzas). Proforma presupuestaria 2016 es de 29.835 millones de Dólares. Boletín de prensa No. 22. Quito, 4.11.2015, <http://tinyurl.com/gw32wo6> (5.11.2015), www.finanzas.gob.ec.

⁵⁸ El Universo: Superintendente de Bancos dice que baja del petróleo influyó en caída de depósitos 17.12.2015, <http://tinyurl.com/gt5nzrt> (27.12.2015), www.eluniverso.com; La Hora: Volumen del crédito bajó 24,4% de junio a julio en Ecuador, 23.9.2015, <http://tinyurl.com/joaa2ms> (24.9.2015), <http://lahora.com.ec>.

Unternehmervertreter_innen gehen davon aus, dass die Befürchtung, der Konflikt um die Erbschaftssteuer könne zu zusätzlicher Kapitalflucht und damit zu einer Gefährdung der Dollarisierung führen, ein Hauptgrund für die Zurücknahme des Reformvorschlags war. Mitte Juni erklärte Correa, dass die Regierung wegen der Erbschaftssteuerreform von Teilen des Unternehmer_innenlagers erpresst werde.⁵⁹ Die Investitionszurückhaltung der Wirtschaftseliten wiegt in einer Phase drohender Rezession besonders schwer.⁶⁰

Allerdings legte die Exekutive im Oktober 2015 erneut einen abgeschwächten Reformvorschlag vor. Demnach sollen die Steuersätze beibehalten, wohl aber die häufig genutzten Strategien zur Umgehung dieser Steuer unterbunden werden. Am 16. Juni 2016 wurde diese Reform durch das Parlament verabschiedet. Bereits am 24. Mai hatte Correa seinen Rechenschaftsbericht vorgelegt und – für die meisten Beobachter_innen überraschend – erneut eine Reform der Erbschaftssteuer angekündigt, nun allerdings mit einem Freibetrag von 400 monatlichen Mindestlöhnen und Ausnahmeregelungen für Betriebsvermögen. Ob die Reform diesmal durchgesetzt werden kann, bleibt abzuwarten.

Schlussfolgerungen

Unabhängig davon, ob es der Regierung Correa noch gelingt, eine radikalere Reform der Erbschaftssteuer durchzusetzen, zeigt die Analyse der Auseinandersetzungen um die Erbschaftssteuerreform ab Mai 2015 einen stark eingeschränkten Spielraum für eine progressive Reformpolitik. Die Vermögenseliten verfügen gerade in einer Phase drohender wirtschaftlicher Rezession über erhöhte strukturelle Macht. Die Dollarisierung und die fehlende geldpolitische Souveränität Ecuadors machen eine expansive Fiskalpolitik praktisch unmöglich. Die wirtschaftlichen Krisentendenzen und Etat Kürzungen vermindern außerdem die Unterstützung für die Regierung und ihre Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den ökonomischen Eliten des Landes.

Ihr Einfluss auf die Privatmedien erlaubte es den ökonomischen Eliten, die Regierungsinitiative als der Einnahmesteigerung dienend, gegen die Familie gerichtet und die Mittelschicht belastend darzustellen.

⁵⁹ El Universo: Rafael Correa. Los empresarios nos están chantajeando, 14.6.2015, <http://tinyurl.com/oconj4k> (15.6.2015), www.eluniverso.com.

⁶⁰ Vgl. Quinn/Shapiro 1991 (s. Anm. 7).

Dies ermöglichte ihnen politische Bündnisse mit Mittelschichtsektoren. Ohne Zweifel haben hierbei Fehlinformationen eine Rolle gespielt. Es zeigt sich jedoch darüber hinaus ein konservatives Familienbild, die Perception von Chancengleichheit und Meritokratie als Gefahr für angestammte Privilegien und eine hohe Akzeptanz sowie die Naturalisierung sozialer Ungleichheit.

TRANSFORMATION VON STAATLICHKEIT

Martin Schröder

»Colonicemos con el Indio«

Die Anfänge staatlicher Indigenen-Politik in Venezuela
und die Comisión Indigenista Nacional

Wird über die Errungenschaften der linken¹ Bewegungen und Regierungen im Lateinamerika der letzten etwa 20 Jahre debattiert, fällt häufig der Verweis auf die Inklusion der Indigenen in die jeweiligen Gesellschaften und Staatsapparate. In einigen Fällen (zum Beispiel Ecuador oder Bolivien) schlossen diese Erfolge gar eine Regierungsübernahme durch sich explizit auf ihre Indigenität berufende Politiker_innen und Parteien mit ein oder wurden durch eben solche erkämpft. Auch Hugo Chávez Frías, 1998 erstmals zum venezolanischen Präsidenten gewählt und einer der »posterboys« der lateinamerikanischen Linken, bekannte sich stolz zu seinen indigenen Wurzeln.² Viel beachtet wurde die unter ihm 1999 verabschiedete Verfassung, die den Indigenen ein ganzes Kapitel widmet und dort ausführlich ihre weitreichenden kollektiven Rechte verankert.³ Über die historischen Entwicklungen jedoch, welche die venezolanische indigenen-bezogene Politik vor dem Entstehen der chavistischen Bewegung prägten, ist im Detail wenig bekannt. Ein Grund hier-

¹ Eine Diskussion darüber, was genau als »links« gelten kann, wird an dieser Stelle ausgespart. Es ist sicher unbestritten, dass die hier angesprochenen politischen Akteur_innen sich selbst als in irgendeiner Form »links« bezeichnen und von der Mehrheit der Betrachtenden auch ebenso wahrgenommen werden.

² Vgl. Christoph Twickel: Hugo Chávez. Eine Biografie, Hamburg 2006, S. 38.

³ Anerkannt werden unter anderem ihre kollektiven Rechte auf eine eigene Kultur und Sprache, ihr traditionelles Territorium und einen eigenen Entwicklungsweg. Vgl. Horacio Biord Castillo: Indianismo, Indigenismo y Indiocracia. Noventa años de Políticas Públicas para Pueblos Indígenas en Venezuela (1915-2005). In: Revista Arbitrada del Departamento Hombre y Ambiente. Vol. 1, N° 2, Juli-Dezember 2008, S. 70. <http://tinyurl.com/gnjvswe> (3.7.2016), <http://fondoeditorial.uneg.edu.ve>. Dem gegenüber bezeichnet die überarbeitete Verfassung von 2003 die indigenen Gruppen allerdings auch als untrennbaren Bestandteil »der einzigen, hoheitlichen und unteilbaren Nation, des Staates und des venezolanischen Volks«. Zur auch praktischen Kollision beider Aussagen im venezolanischen Verfassungsalltag vgl. Comisión para los Derechos Humanos del Estado Zulia: Zulia bajo excepción, Maracaibo 2015. <http://tinyurl.com/jgk274f> (3.7.2016), <https://codhez.wordpress.com/>. Eine grundsätzliche Kritik an dieser Vereinnahmung aus postkolonialer Perspektive findet sich bei Filadelfo Morales u.a.: El Estado-nación es intrínsecamente etnogenocida. In: Tierra Firme, N° 71, 18. Jahrgang, Vol. XVIII, Juli-September 2000, S. 373-386.

für ist sicher der vergleichsweise geringe Anteil der indigenen Gruppen an der Gesamtbevölkerung.⁴ Um die Genese staatlicher Indigenen-Politik in Venezuela zu verstehen, ist eine historische Betrachtung jedoch zwingend notwendig.

Ignoranz und Delegation

Generell kann bis in die 1940er Jahre hinein nicht von einer eigenständigen staatlichen Indigenen-Politik in Venezuela gesprochen werden. Dies bedeutet allerdings keinesfalls, dass politische Entwicklungen und Entscheidungen keine Auswirkungen auf Indigene gehabt hätten. Als vielfach Ausgebeutete innerhalb der herrschenden Produktionsregime vor und nach der Unabhängigkeit von Spanien sowie generell als Bewohner_innen des vom venezolanischen Staat als eigenes Territorium reklamierten Raums waren sie sehr wohl von den Entscheidungen des Staates und seiner Akteur_innen betroffen⁵ – allerdings ohne als Objekte (und noch weniger als Subjekte) staatlichen Agierens explizit adressiert zu werden. Das liberal-säkulare Staatsverständnis Simón Bolívars hallte diesbezüglich noch lange nach und bewirkte im Verein mit anderen Faktoren wie der bereits erwähnten relativ geringen Anzahl der Indigenen in Venezuela, dass der staatliche Umgang mit Indigenen bis in das 20. Jahrhundert hinein ungeklärt und kaum thematisiert blieb.⁶

Simón Bolívar hatte die katholischen Missionen, die im spanischen Vize-Königreich Nueva Granada formal für die geistliche und – mit erheblichen Einschränkungen durch die real existierenden Ausbeutungsverhältnisse innerhalb der kolonialen Produktionsweisen – weltliche Führung der Indigenen zuständig waren, 1811 aufgelöst; später wurden die Kleriker der Missionsorden gar außer Landes verwiesen.⁷ Zwar gab

⁴ In Venezuela wird heutzutage von einem indigenen Bevölkerungsanteil von etwa drei Prozent ausgegangen. In Bolivien, Ecuador oder auch Guatemala bezeichnet sich die Bevölkerungsmehrheit als indigen. Vgl. Bjord Castillo 2008, S. 66 (s. Anm. 3).

⁵ Zu den Auswirkungen der Landvergabe im nordwestlichen Venezuela durch den Staat vgl. Johnny Alarcón Puentes u.a.: Pueblos Indígenas: Tierras, Hábitat y Legislación. In: Carmen Laura Paz Reveról u.a. (Hrsg.): Pueblos Indígenas. Territorios y Demarcación, Maracaibo 2007, S. 17-36.

⁶ Die Ausnahmen von dieser Regel hat der Mönch Cesáreo de Armellada in Form von Gesetzen und Dekreten zusammengetragen. Vgl. Fray Cesáreo de Armellada: Fuero Indígena Venezolano, Caracas 1977.

⁷ Vgl. Bjord Castillo 2008, S. 70 (s. Anm. 3).

es im 19. Jahrhundert immer wieder politische Versuche, eine erneute Missionsarbeit in Gang zu setzen,⁸ um die Indigenen zu »zivilisieren«,⁹ doch erst 1915 wurde ein neues Missionsgesetz installiert. Gegen erhebliche säkulare Widerstände innerhalb des Herrschaftsapparats des Diktators Juan Vicente Gómez begründete dies eine erneute rechtliche Sonderbehandlung der indigenen Bevölkerung.¹⁰ Auf Grundlage dieses Gesetzes wurden ab 1922 einige Missionsgebiete re-aktiviert, in denen wiederum katholische Orden die alleinige Ordnungsmacht über die Bildung der Indigenen besaßen.¹¹ Formal verzichtete der venezolanische Staat somit auf die räumliche und soziale Kontrolle über einen wesentlichen Anteil seines Staatsgebietes. Da der Staat sich jedoch eine Supervisionsfunktion über die missionarischen Tätigkeiten vorbehielt und den Orden ihre Arbeitszonen einzeln und bindend zuwies, spricht Horacio Biord Castillo für die Zeit ab 1922 in nachvollziehbarer Weise von einem »delegierten Indianismus«¹², ohne dass eigene staatliche Strukturen und Kompetenzen in Bezug auf die Indigenen ausgebildet wurden. Der Zweck der erneuten Legalisierung der Missionsarbeit indes hatte sich seit dem 19. Jahrhundert nicht verändert: die kulturelle Angleichung der Indigenen an die Sitten und Bräuche der Dominanzgesellschaft. Sie sollten sich dauerhaft in festen Siedlungen niederlassen, ihren Kleidungsstil ändern, Spanisch sprechen und zum christlichen Glauben konvertieren.¹³ Die Gründe für das Delegieren der »Erziehung« der Indigenen waren vermutlich vielfältiger Natur. Erstens sorgte die nur ru-

⁸ Vgl. De Armellada 1977, S. 56f. (s. Anm. 6).

⁹ Unter »Zivilisierung« wurde meist eine sowohl religiöse Missionierung hin zum Katholizismus als auch eine sprachlich-soziale Um-Erziehung verstanden, die die Indigenen dem Vorbild der weißen oder kreolischen Herrschaft angleichen sollte. Vgl. Biord Castillo 2008, S. 70 (s. Anm. 3).

¹⁰ Vgl. ebd., S. 71.

¹¹ 1922 wird die Kapuziner-Mission »Caroní« eingerichtet, 1937 die Mission »Alto Orinoco« des Salesianer-Ordens und 1944 die Mission »Guajira-Perijá«, wiederum der Kapuziner. Insgesamt umfassen die Missionen etwa die Hälfte des venezolanischen Staatsgebietes. Vgl. Ministerio de Justicia de la República de Venezuela, Dirección de Gabinete: Nuestro Indio, Caracas 1960, S. 16.

¹² Biord Castillo 2008, S. 72 (s. Anm. 3). Unter »Indianismus« versteht er dabei eine besondere Betrachtungsweise der indigenen Gruppen, welche durch eine pejorativ-paternalistische Position gekennzeichnet sei, welche er so im späteren Indigenismus nicht erkennen möchte. Dem ist – wie später gezeigt wird – nicht vollumfänglich zuzustimmen; im Sinne einer korrekten Zitation wird an dieser Stelle jedoch der im Original verwendete Terminus benutzt.

¹³ Vgl. ebd., S. 73. Dass diese staatlichen Wünsche in den Einrichtungen der Missionen mit teils drastisch gewaltvollen Methoden durchgesetzt wurden, wurde mir

dimentäre Existenz eines ausdifferenzierten Staatsapparats dafür, dass innerhalb der Administration weder strukturelle noch finanzielle Mittel zur Verfügung standen, um eine flächendeckende biopolitische Kontrolle herzustellen.¹⁴ Zweitens kann in der Entscheidung zugunsten der Einrichtung von Missionsgebieten ein Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen mit dem Vatikan gesehen werden. Seit der Zeit der Unabhängigkeitskriege zu Beginn des 19. Jahrhunderts wechselte das Verhältnis zwischen dem Papst-Staat und dem katholisch geprägten Land zwischen angespannt und offen feindselig. Ab den 1920er Jahren änderte sich dies langsam, aber grundlegend – was auch auf die erneute Zulassung der Missionsarbeit zurückgeführt werden kann.¹⁵ Drittens und letztens dürfte es jedoch eine wesentliche Rolle gespielt haben, dass für den venezolanischen Staat schlicht ein Grund fehlte, die Indigenen zu diesem Zeitpunkt mittels eigener Strukturen und finanzieller Ressourcen in die nicht-indigene Gesellschaft zu integrieren. Innerhalb des fortbestehenden agrarökonomischen Latifundien-Systems¹⁶ hat-

in Interviews bestätigt, die ich im Februar und März 2016 mit ehemaligen Schüler_innen der Kapuzinerschule in Guarero, La Guajira, führte. E04, 1.3.2016.

¹⁴ Auf den Zusammenhang zwischen der Ausweitung staatlicher Herrschaft und der erstmaligen Sicherung nennenswerter staatlicher Einnahmen durch den Beginn der Ölförderung im Laufe der 1920er Jahre verweist Silvia Mijares: *Organizaciones Políticas de 1936. Su importancia en la socialización política del venezolano*, Caracas 1980, S. 44.

¹⁵ Zu den Spannungen im 19. Jahrhundert vgl. Nicolás Eugenio Navarro: *Anales eclesiásticos venezolanos*, Caracas 1951, S. 347-440. Der Prozess der Annäherung findet erst 1964 seinen formal-politischen Höhepunkt in der Unterzeichnung eines Staatsvertrages zwischen Venezuela und dem Vatikan. Zu den Streitfragen und Komplikationen vgl. Ramón Oliva Sala: *El Patronato, el Concordato, el Convenio con la Santa Sede. Relaciones entre la Iglesia y el Estado en Venezuela*, Caracas 1989, S. 75ff. Dass sich bedeutende Teile der venezolanischen Oberschicht, darunter auch Teile des Militärs sowie die einflussreiche *Unión Nacional de Estudiantes*, der weitgehend pro-faschistischen vatikanischen Politik der 1930er Jahre annähern, thematisiert Jesús Eloy Gutiérrez: *Apuntes sobre el fascismo en el diario La Religión 1923-1938*. In: *Tierra Firma*, N° 70, 18. Jg., Caracas 2000, S. 285-298.

¹⁶ Unter Latifundien werden hier zugleich eine auf Großgrundbesitz ausgerichtete Eigentumsstruktur an Agrarland sowie die daraus folgende Siedlungsstruktur bezeichnet, die durch eine paternalistische soziale Organisation, prekäre Arbeitsverhältnisse und damit mindestens indirekte ökonomische Abhängigkeiten vom Gutsbesitzer gekennzeichnet sind. Obwohl – im Gegensatz zu den Sklaven der *Haciendas* – rechtlich frei, hatte die formale Postulierung der Freiheit für die Arbeiter_innen der Latifundien kaum praktische Konsequenzen. Vgl. José León Quijada: *Panaquire, pueblo de latifundio*. In: *Boletín Histórico*. N° 16, Januar 1968, Caracas, S. 35.

ten zahlreiche Indigene *de facto* den Status von Leibeigenen und waren dem direkten staatlichen Zugriff ohnehin entzogen. Die weiteren indigenen Gruppen wurden als ökonomisch kaum verwertbar betrachtet und waren bis mindestens in die 1920er Jahre als Arbeitskraftreserve von geringerer Bedeutung. Zudem war das intellektuelle Milieu Venezuelas wie in vielen anderen lateinamerikanischen Staaten auch von der grundsätzlichen, rassistischen Überzeugung geprägt, dass eine Modernisierung nur mithilfe europäischer Einwanderung und keinesfalls mittels der Verwertung der autochthonen indigenen und schwarzen Bevölkerung zu bewerkstelligen sei.¹⁷ Diese Attribuierung als Nutzlose schlug sich auch im Sprechen über Indigene nieder.

Während das staatliche Handeln zumindest offiziell und gemäß der liberalen Lehren des »Befreiers« Simón Bolívar von der formal-rechtlichen Gleichheit aller Bürger_innen ausging,¹⁸ fanden die Indigenen in der gesellschaftlichen Debatte ausschließlich als »Andere« Erwähnung. Neben den erwähnten rassistischen Diskursen über die Nutzlosigkeit der Indigenen in Bezug auf die angestrebte ökonomische Modernisierung des Landes, lassen sich für die 1940er und 50er Jahre zwei weitere Modi des Sprechens über Indigene identifizieren: erstens als Bestandteil der Konstruktion einer Nationalgeschichte, in die die *indios* der Kolonialzeit als Vorfahren des heutigen Venezuelas integriert wurden;¹⁹ zweitens als rückständige, aber meist *gute Wilde* am Rande des sozialen und territorialen Raums.²⁰ Als Akteure aktueller Auseinandersetzungen wur-

¹⁷ Für Venezuela vgl. stellvertretend Arturo Uslar Pietri: Venezuela Necesita Inmigración. Boletín de la Cámara de Comercio de Caracas, Februar 1937, Caracas 1937. Hinweise zu ähnlichen Diskursen in anderen lateinamerikanischen Staaten finden sich bei Jesús Chuchó García: Comunidades afrodescendientes y prácticas raciales en Venezuela y América Latina. In: ders./Nirva Rosa Camacho (Hrsg.): Comunidades afrodescendientes en Venezuela y América Latina, Caracas 2002, S. 13f.

¹⁸ Besonderes Augenmerk verdient in diesem Zusammenhang der Begriff des »Bürgers«. Eine nähere Betrachtung der zugrunde liegenden Regelungen über den Bürgerstatus steht allerdings aus. Dass erst 1946 ein allgemeines Wahlrecht eingeführt wurde, kann als deutliches Zeichen der sozialen und rechtlichen Ungleichheit unterhalb der liberalen Rhetorik gewertet werden. Vgl. Hernán Ibarra: Den Staat neu gründen. Verfassungsprozesse in Lateinamerika, Berlin 2010, S. 24.

¹⁹ Vgl. u.a. Ramón González Paredes: Capacho, pueblo de leyenda. In: Revista Shell. 5. Jg., N° 18, März 1956, S. 14-19.

²⁰ Vgl. u.a. Werner Schad: Los Indios Guarao. In: Revista Shell. 4. Jg., N° 16, September 1955, S. 68-73. Als besonders frühe Beispiele für eine derartige Darstellung können die Texte des Deutsch-Venezolaners Alfredo Jahn gelten. Vgl. u.a. Alfredo Jahn: La población precolombiana del Lago de Maracaibo, Caracas 1923.

den sie dagegen nicht wahrgenommen. Die Ignoranz gegenüber der Existenz von Indigenen im zeitgenössischen Venezuela (vor allem auch in den mehrheitlich nicht-indigen bevölkerten Städten) prägte bis mindestens Ende der 1960er Jahre große Teile insbesondere der liberal-konservativen Gesellschaftsfraktion. So schaffte es der Thinktank der konservativen Partei COPEI 1968 in seinen *Ideen für die Ausarbeitung eines Regierungsprogramms* auf 503 Seiten, Indigene kein einziges Mal zu erwähnen. Unausgesprochen (und ungefragt) werden sie Teil des venezolanischen Volkes bzw. der Bürgerschaft und somit unsichtbar.²¹

Der entscheidende Anstoß, die venezolanischen Indigenen diskursiv und in der staatlichen Praxis sichtbar zu machen, kam von außen. Im mexikanischen Pátzcuaro fand 1940 der *Erste Interamerikanische Indigenisten-Kongress* statt, in dessen Folge eine Resolution zum Schutz und zur gesellschaftlichen Integration der Indigenen in den Amerikas verabschiedet wurde. Zwar bestritt der offizielle Delegierte Venezuelas die Existenz jedweden Problems mit den »eigenen« Indigenen vehement,²² doch mit diesem deutlichen Zeichen der international veränderten Sichtweise auf die Indigenen änderten sich Inhalt und Richtung der Diskurse über Indigene auch in Venezuela – insbesondere in den betroffenen akademischen Disziplinen. Eng verbunden war dieser langsame, aber einschneidende Betrachtungswandel mit den beiden Anthropologen und Folkloristen Tulio López Ramírez und Walter Dupouy Lührs.

Das Ende der Nutzlosigkeit: »Colonicemos con el Indio«

Beide waren als Mitglieder der venezolanischen Sektion der *Interamerikanischen Gesellschaft für Anthropologie und Geografie* bestens vernetzt und über die wissenschaftlichen und politischen Trends in den anderen Staaten der Amerikas informiert.²³ Darüber hinaus galten sie als Experten für die venezolanischen Indigenen.²⁴ Nachdem sich Venezuela

²¹ Vgl. Programa Extraordinario: Venezuela 68. La realidad nacional. Segunda Edición. Ideas para la Elaboración de un Programa de Gobierno, Caracas 1968.

²² Vgl. Tulio López Ramírez: Consideraciones Acerca del Problema Indígena en Venezuela. In: Publicaciones del Grupo Local de Caracas, de la Sociedad Interamericana de Antropología y Geografía. Band 1, N° 3, Caracas, Mai 1945, S. 9.

²³ Dupouy Lührs war der Direktor der Lokalgruppe in Caracas, López Ramírez der Sekretär. Vgl. ebd., S. 1.

²⁴ Zum Werk von Dupouy Lührs vgl. Adolfo Salazar Quijadas: Walter Dupouy Lührs (1906-1978). Su vida y sus obras. 1996, S. 58-69.

mit der Ratifizierung der Resolution von Pátzcuaro im Jahr 1946 zur Einrichtung eines nationalen Indigenen-Instituts verpflichtet hatte, war es insbesondere Dupouy Lührs, der die tatsächliche Gründung einer solchen Einrichtung forcierte:²⁵ Ende des Jahres 1947 wurde die *Comisión Indigenista Nacional* (CIN) als offizielles und unabhängiges Beratungsgremium innerhalb des Innenministeriums etabliert. Da die folgenden zwei Jahre von zahlreichen Regierungswechseln gekennzeichnet waren, nahm die CIN allerdings erst 1949, nach ihrem Wechsel in das Ressort des Justizministeriums, ihre Arbeit auf.²⁶ Mit der Gründung der CIN und »[m]it den Arbeiten von Dupouy begann im Land die offizielle organisierte indigenistische Aktivität«.²⁷ Die grundsätzliche Programmatik, die das Wirken der neu geschaffenen Struktur bestimmen sollte, hatte jedoch López Ramírez bereits 1945 in seinen »Überlegungen zum Indigenen-Problem in Venezuela« aufgestellt.²⁸ Er knüpfte mit seiner Argumentation an aktuelle Themen der venezolanischen Nationalökonomie an und versuchte so, der »unbekannten indigenistischen Frage« zu mehr Wahrnehmung zu verhelfen.²⁹

Der Bedarf an Arbeitskraft war durch den stetigen Ausbau der Erdölförderung und -verarbeitung seit den 1920er Jahren rapide gestiegen. Da die erhoffte Einwanderung aus Europa auch während und nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend ausblieb, intensivierte sich die innervenezolanische Migration von Arbeiter_innen in Richtung der neuen ökonomischen Zentren immens. Während der Abzug von Arbeitskraft und Kapital aus der Landwirtschaft die Produktion in diesem Sektor reduzierte,³⁰ wurde bereits zu diesem Zeitpunkt, etwa 20 Jahre nach dem euphorischen Beginn des ersten Ölbooms, vor der zu großen Abhängigkeit von der Exportware Erdöl gewarnt.³¹ Aus dieser wirtschaftlichen Problemlage aus Arbeitskräftemangel und als notwendig erachteter Steigerung

²⁵ Vgl. ebd., S. 29.

²⁶ Vgl. Biord Castillo 2008, S. 76 (s. Anm. 3)

²⁷ Pablo Anduze, zitiert nach Salazar Quijadas 1996, S. 20 (s. Anm. 24).

²⁸ Vgl. López Ramírez 1945 (s. Anm. 22)

²⁹ Vgl. Brief von Dupouy Lührs an López Ramírez vom 12.2.1945. Vgl. ebd., S. 7.

³⁰ Vgl. Ricardo Torrealba: El proceso de proletarianización campesina y su impacto sobre las migraciones laborales en la frontera de Colombia y Venezuela. In: Revista Universitaria de Historia, N° 3, September-Dezember 1982, S. 20-23.

³¹ Vgl. Ocarina Castillo: Militarismo e Industrialización en Venezuela 1948-1958. In: Tierra Firme. Revista de historia y ciencias sociales, 4. Jg., N° 15, Oktober-Dezember 1986, S. 379.

der Agrarproduktion bot López Ramírez eine Lösung an: »Wir kolonisieren mit dem Indio.«³²

In zwei Punkten unterscheidet sich dieser Vorschlag wesentlich von den bis zu diesem Zeitpunkt maßgeblichen Überzeugungen und Praktiken der venezolanischen Politik. Erstens vollzieht López Ramírez den Schritt von der rassistisch begründeten Nutzlosigkeit hin zu einer ebenso im rassistischen Denken verhafteten Nützlichkeit der Indigenen. Er sieht die Indigenen durchaus in der Lage, einen bedeutenden Beitrag zum Wohl der venezolanischen Nation zu leisten. Denn »trotz der biologischen Mängel, die die Mehrheit dieser bescheidenen Mitbürger aufweist, zeigen sie keine Anzeichen von Ungeschicklichkeit oder Faulheit bei den harten Arbeiten, die sie auf den zahlreichen Farmen verrichten, auf denen sie dienen.«³³ Nicht alle Indigenen seien »faul«, »lasterhaft« und »roh«, vielmehr mit dem Land verwurzelt und sozusagen von Natur aus Bauern.³⁴ Somit seien sie prädestiniert, um abgelegene und unwirtliche Regionen landwirtschaftlich nutzbar zu machen, die Agrarproduktion zu steigern, um dadurch sowohl die soziale (also sich selbst) als auch die territoriale Peripherie in die nationale Gesellschaft zu integrieren.³⁵

Diese Integration könne jedoch nur erfolgreich sein, wenn sich der Staat vom »delegierten Indianismus«³⁶ löse und sich vermehrt um die Indigenen »kümmere«. Somit spricht sich López Ramírez, zweitens, entgegen der herrschenden Praxis für eine aktive Rolle des Staates in der Lösung der »Indigenen-Problematik« aus. Keineswegs beabsichtigt er damit ein Ende der christlichen Missionsarbeit – obschon er auf mögliche Gefahren für die labilen indigenen Psychen durch den Katechismus hinweist.³⁷ Vielmehr sollten die Kirche, der Staat und die Wissenschaft an einem Strang ziehen, um die Assimilierung der Indigenen in die Mehrheitsgesellschaft zu erreichen. Während der Kirche weiterhin die Aufgabe obliegen könne, die Indigenen in basalen kulturellen Fertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Sprechen auf Spanisch, Rechnen, ein wenig Geschichte und Naturwissenschaften zu unterrichten,³⁸ müsse sich der Staat darüber hinaus in der Erziehung der Indigenen engagieren: »Die

³² »Colonicemos con el Indio.« López Ramírez 1945, S. 15 (s. Anm. 22).

³³ Vgl. ebd., S. 16.

³⁴ Ebd., S. 15f.

³⁵ Vgl. ebd., S. 16.

³⁶ Siehe Fußnote 12.

³⁷ Vgl. ebd., S. 22.

³⁸ Vgl. ebd., S. 19.

Bildung hat den primären Zweck, dem Indio neue Gewohnheiten einzuflößen, damit er eine andere Einstellung zum Leben, andere kulturelle Züge erwirbt. Sie zielt darauf ab, seine Qualitäten zu loben oder zu stärken oder seine Mängel, die sich vor allem in seinem Geist befinden, zu beheben oder zu mindern, und die Grundlagen der modernen Kultur zu vermitteln. Kurz, den Indio vorzubereiten, damit er den Auswirkungen der negativen Einflüssen seiner Kultur widersteht.«³⁹

Von einem Ende der pejorativen, paternalistischen Betrachtung von Indigenität kann auch unter diesen neuen Vorzeichen der Nützlichkeit der Indigenen keine Rede sein. Vielmehr wird der Staat auserkoren, das nützliche Potenzial der bisher weitgehend Unsichtbaren freizulegen, damit sie dem postulierten Gemeinwohl dienlich sein können. Staatliche Hilfe soll den neu entdeckten Objekten staatlicher Politik jedoch nicht nur dabei helfen, ihre debilen Bräuche und Köpfe zu modernisieren. Programme zur Verteilung und angeleiteten Produktion von Nahrungsmitteln⁴⁰ sowie eine partielle Umverteilung von Land an die Indigenen⁴¹ sollen diese auch fit machen für ein modernes Leben in der Nation Venezuela. Der staatlich alimentierten Wissenschaft – der López Ramírez selbst angehört, womit seine Vorschläge auch eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für sich und seine Kolleg_innen darstellen – obliegt es dagegen, die Indigenen möglichst genau zu studieren und für jede Gruppe die passenden Bildungs- und Assimilationsstrategien zu entwickeln sowie geeignete Aufgaben für ihre neue Rolle als nützliche Staatsbürger_innen zu finden.⁴² All dies fasst López Ramírez selbst mit dem vom *Caudillo* Cipriano Castro entlehnten Motto »Neue Menschen, neue Ideale, neue Verfahren«⁴³ zusammen. Damit legt er nicht nur den programmatischen Grundstein für die Arbeit der CIN sowie der indigenistischen Politik in Venezuela allgemein, sondern nimmt zugleich Wesentliches jener ökonomischen Doktrin vorweg, die unter der Phrase *Nuevo Ideal Nacional* die Herrschaft der Modernisierungsdiktatur von Marcos Pérez Jiménez 1952 bis 1958 prägen sollten.⁴⁴

³⁹ Ebd. S. 20.

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 17f.

⁴¹ Vgl. ebd., S. 14.

⁴² Vgl. ebd., S. 20.

⁴³ »Nuevos hombres, nuevos ideales, nuevos procedimientos.« Ebd., S. 20.

⁴⁴ Vgl. Humberto Ruiz Calderón: El »Nuevo Ideal Nacional« y la Ciencia. El Caso de la Física y la Energía Nuclear. In: Tierra Firme. Revista de historia y ciencias sociales, 4. Jg., N° 15, Oktober-Dezember 1986, S. 385-400.

Nützliche Struktur: Die Comisión Indigenista Nacional (CIN)

In den 1950er Jahren erlebt die CIN ihre einflussreichste Zeit. Sowohl vor als auch während der Diktatur Pérez Jiménez' ist man als beratendes und sachverständiges Gremium innerhalb des Justizministeriums etabliert, nicht nur strukturell gut in die indigenistische Politik eingebunden, sondern das maßgebliche Organ dieses Politikfeldes im venezolanischen Staat. So ist die CIN in die Ausarbeitung des Dekretes N° 250, mit dem die von Indigenen bewohnten Gebiete vor übermäßigem Kontakt mit der nicht-indigenen Welt bewahrt werden sollen,⁴⁵ ebenso involviert wie in die Organisation von ministeriellen Veranstaltungsreihen⁴⁶ und die beginnende Ausdifferenzierung der staatlichen indigenistischen Strukturen. Letzteres erwies sich als überaus langwieriger Prozess.⁴⁷ Die schon 1953 von Dupouy Lührs in einem Strategiepapier eingeforderten Zweigstellen der CIN in den Bundesstaaten wurden ihm nie zugestanden.⁴⁸ Ferner ist anzunehmen, dass die Kommission in die Ausarbeitung der neuen Verfassung von 1961 eingebunden war. Obgleich für eine persönliche Beteiligung Einzelner bislang der Beweis fehlt, spricht zumindest der von López Ramírez bekannte, paternalistisch-utilitaristische Duktus aus dem Verfassungstext. So verpflichtet Artikel 77 den Staat zwar dazu, das Leben der gesamten Landbevölkerung zu verbessern, doch »[d]as Gesetz bestimmt die Ausnahmevorschriften, die für den Schutz der indigenen Gemeinschaften und ihre fortschreitende Integration in das Leben der Nation erforderlich sind.«⁴⁹

Vor allem aber bietet die *Comisión Indigenista* den Mitgliedern einen dankbaren Rahmen, um den eigenen Paternalismus und Folklorismus regierungsnah und öffentlichkeitswirksam auszuleben. Der Inhalt der Arbeit im Grenzbereich zwischen akademischer Forschung und Politikberatung fällt dabei auf fruchtbaren politischen Boden. Der von López Ramírez angestoßene und von Dupouy Lührs konsequent weiter

⁴⁵ Vgl. Decreto N° 250, 27.7.1951. In: Gaceta Oficial N° 23.594, 2.8.1951.

⁴⁶ So findet zum Beispiel eine Veranstaltungsreihe unter dem vielsagenden Titel »¿Que debe Venezuela a sus indios?«, »Was schuldet Venezuela seinen Indios?« statt. Vgl. Walter Dupouy Lührs: *Actividades de la Comisión Indigenista Nacional de Venezuela*. In: *Boletín Bibliográfico de Antropología Americana*. Tomo XIV, Teil 1, México D.F. 1952, S. 153-156.

⁴⁷ Siehe auch die Ausführungen im folgenden Abschnitt.

⁴⁸ Vgl. *La política indigenista en Venezuela 1953*, S. 9f.

⁴⁹ Biord Castillo 2008, S. 79 (s. Anm. 3). Übersetzung übernommen aus Ibarra 2010, S. 38 (s. Anm. 18).

verfolgte Paradigmenwechsel hin zur potenziellen Nützlichkeit der Indigenen für das Wohl der Gesamtgesellschaft bietet einen erfolgversprechenden Ansatz, den vor allem Dupouy Lührs konsequent weiterentwickelt und an die praktisch-ideologischen Erfordernisse der Zeit anpasst. Besonderes Augenmerk fällt dabei im Verlauf der 1950er Jahre auf die Rolle der Indigenen in der ausführlich diskutierten und 1960 umgesetzten Agrarreform.⁵⁰ Die Kommission vertritt dabei seit 1953 die Auffassung, dass den Indigenen tunlichst keine individuellen Landbesitztitel übertragen werden sollten, da das Resultat absehbar sei: »Der Indigene verkauft seine Parzelle und zieht weg, verschwendet das Geld aus dem Verkauf und endet in der Regel als Tagelöhner mit niedrigem Einkommen, wodurch sein Lebensstandard sinkt.«⁵¹ Anstatt die zugrunde liegenden ökonomischen Verhältnisse zu analysieren, wird diese vermeintliche Zwangsläufigkeit der Konstitution der Indigenen angelastet. Vielmehr sollen die traditionellen, kollektiven Landrechte der indigenen Gruppen geschützt und zusätzliches agrarökonomisches Potenzial unter der Führung des Staates aktiviert werden.⁵² Letzteres umfasse zum einen die staatlicherseits forcierte Beendigung des ökonomisch schädlichen, da unproduktiven Nomadismus zugunsten einer Sesshaftigkeit auf zugewiesenen, landwirtschaftlich nutzbaren Räumen, zum anderen das generelle Festhalten am von López Ramírez formulierten Aktionsplan der inneren Kolonisierung mithilfe der Indigenen: »Es gibt auch die Möglichkeit, wichtige Grenzgebiete zu »kolonisieren«, mit genau solchen Ureinwohnern, die bereits angepasst sind an diese fernen und heute unproduktiven Regionen, die morgen immensen Wert haben können für die Nation.«⁵³ Obgleich sich auch Ansätze einer moralischen Argumentation als Begründung für die vorgeschlagenen politischen »Schutzmaßnahmen«⁵⁴ finden lassen, bleibt dieser Teil der Betrachtung vage: Wovor genau die Objekte staatlichen Handelns beschützt werden müssten, ist einer Erörterung ebenso wenig wert wie die Frage nach der subjektiven

⁵⁰ Vgl. Dorothea Melcher: Estado y movimiento obrero en Venezuela. Represión e integración hasta 1948, Caracas 1992, S. 38f.

⁵¹ La política indigenista en Venezuela. Separata de la Revista de Justicia. N° 2, Juli-September 1952, Caracas 1953, S. 7. Das Dokument ist ein Nachdruck des Aktionsplans der *Comisión Indigenista* vom 8. Mai 1951. Ein Autor ist nicht angegeben. Zumindest von einer Mitarbeit des technischen Beraters Dupouy Lührs kann ausgegangen werden.

⁵² Vgl. ebd., S. 6-7.

⁵³ Ebd., S. 7.

⁵⁴ Ebd., S. 6.

Position der Betroffenen bezüglich der »Modernisierungen«. Fest steht: Die *Anderen* benötigen Hilfe, damit sie den Interessen des tatsächlich und allein Werthaltigen, des *Eigenen*, dienlich sein können. Aus einem Gefühl der mindestens technischen⁵⁵ (wenn nicht sogar kulturellen, intellektuellen oder biologischen) Überlegenheit heraus, nimmt man die »Erlösung der autochthonen Völker des Landes«⁵⁶ in Angriff – aber nur dort, »wo es möglich und zweckmäßig erscheint«.⁵⁷ Selbst das Anrecht auf Erlösung ist nicht universell, sondern an die Bedingung der Nützlichkeit geknüpft.

Öffentlich wirksam werden die Ansichten und Anliegen der *Comisión Indigenista* hauptsächlich über die publizistische Tätigkeit von Dupouy Lührs⁵⁸ und durch die einschlägige Fachliteratur, die in den 1950er Jahren maßgeblich von der CIN beeinflusst oder kontrolliert wird. Schon seit 1945 existierte mit *Acta Venezolana* eine kurzlebige, aber recht breit rezipierte Zeitschrift der Caracensischen Sektion der *Sociedad Interamericana de Antropología y Geografía*, in der indigenistische Themen ausführlich debattiert wurden.⁵⁹ Eine neue Stufe der Wahrnehmung wurde dagegen mit dem 1953 erstmals erscheinenden *Boletín Indigenista Venezolano*⁶⁰ erreicht. Die Zeitschrift bildete seither und bis 1984 das zentrale Öffentlichkeitsorgan der *Comisión Indigenista* und ihrer Nachfolgeorganisationen innerhalb der staatlichen Administration. Das Impressum der verschiedenen Ausgaben bietet zudem einen interessanten Einblick in die Zusammensetzung der CIN. Fanden sich 1953 in den Reihen des Gremiums fast ausschließlich Wissenschaftler, ergänzt durch einen Mönch und einen Angehörigen der venezolanischen Streitkräfte,⁶¹ hat sich die Zusammensetzung bis 1964 radikal verändert. Weiterhin befindet sich ein Kleriker in der Kommission, die neun anderen Mitglieder – darunter auch eine Frau – dagegen sind ausnahmslos Angehörige verschiedener Ministerien und staatlicher Institute.⁶² Mit den

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 8.

⁵⁶ Ebd., S. 5.

⁵⁷ Vgl. ebd., S. 8.

⁵⁸ Siehe Fußnote 27.

⁵⁹ Die Herausgeber waren Dupouy Lührs, López Ramírez und Antonio Requema, der spätere Präsident der CIN. Das Erscheinen ist nachgewiesen bis Ende 1948. Vgl. *Acta Venezolana*. *Boletín del Grupo de Caracas de la Sociedad Interamericana de Antropología y Geografía*, Band 1-3, 1945-1948.

⁶⁰ Vgl. *Boletín Indigenista Venezolano*. Órgano de la Comisión Indigenista, N° 1, Januar-März 1953 bis N° 19, 1982/1984.

⁶¹ Vgl. *Boletín Indigenista Venezolano*, N° 1, Januar-März 1953, S. 1.

⁶² Vgl. *Boletín Indigenista Venezolano*, N° 10, 1964, S. 1.

Gründern der CIN um Dupouy Lührs und López Ramírez sind auch alle weiteren Wissenschaftler_innen verschwunden. Wann genau die Genannten die CIN verließen und inwiefern der Mitgliederwechsel mit einem möglichen Austausch von Personal innerhalb der Administration nach dem Ende der Herrschaft von Pérez Jiménez 1958 in Zusammenhang steht, kann nach derzeitiger Quellenlage nicht beantwortet werden. Offenbar verfügt der Staat Mitte der 1960er Jahre jedoch über so viel Expertise innerhalb der eigenen Administration, dass Externe in der *Comisión Indigenista* nicht mehr gebraucht werden. Dieser strukturelle Wandel der Gremienbesetzung geht auch einher mit einer modifizierten Rolle der CIN innerhalb der ebenfalls sich verändernden indigenistischen Politik Venezuelas.

Nutzlose Struktur: Überflüssig durch Erfolg

Nachdem die CIN in den 1950er Jahren relativ unangefochten ihre Meinungsführerschaft bezüglich indigener Fragen innerhalb der staatlich-administrativen Strukturen behaupten konnte, setzte mit Beginn des folgenden Jahrzehnts ein Prozess der stetigen Abnahme ihrer Bedeutung ein. Maßgeblich war hierbei, dass die Anforderungen nun weniger in der generellen Problematisierung der »Indigenen-Frage« oder der Formulierung kultursoziologischer Problemaufrisse sowie gefolgerter *policy*-Programme bestanden, sondern in der praktischen Umsetzung indigenenbezogener *politics*.⁶³ Hierfür waren die ursprünglich im CIN versammelten Wissenschaftler_innen schlicht nicht zuständig und kaum qualifiziert. Wie beschrieben wurden sie bis spätestens 1964 durch Angehörige der staatlichen Verwaltung ersetzt, ohne dass dem Bedeutungsverlust des Organs dadurch entgegengewirkt worden wäre. Exemplarisch kann dieser Umstand anhand des »Projekts zur Integration der indigenen Bevölkerungen«⁶⁴ verdeutlicht werden.

⁶³ Während der Prozess der Etablierung der CIN und einer indigenen-spezifischen Politik innerhalb der bestehenden institutionellen Ordnung aus politikwissenschaftlicher Sicht als *polity*-Phänomen betrachtet werden kann, wird hier unter *policy* die inhaltliche Dimension von Politik verstanden. *Politics* wiederum bezeichnet in diesem Zusammenhang die praxis- bzw. prozessorientierte Dimension von Politik. Vgl. Carl Böhret u.a.: Innenpolitik und politische Theorie, Opladen 1988, S. 7.

⁶⁴ Im Original: Proyecto para la Integración de las Poblaciones Indígenas.

In Kooperation mit dem kolumbianischen Nachbarstaat hatte sich Venezuela 1963 erfolgreich für finanzielle und technische Unterstützung bei der *International Labour Organization* (ILO), einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen, beworben. Ziel des Programms war die infrastrukturelle und insbesondere ökonomische Erschließung der Halbinsel La Guajira, ein im Projektzeitraum (und bis heute) fast ausschließlich von der indigenen Gruppe der Wayúu bewohntes Gebiet im venezolanisch-kolumbianischen Grenzraum.⁶⁵ Die ergriffenen Maßnahmen erwiesen sich hinsichtlich ihres Zwecks als wenig erfolgreich, wie der von der ILO mit der Überwachung des Programms betraute Manuel Drucker 1970 in einem Bericht an die venezolanische Regierung freimütig einräumt. Die Versuche, die auf kleinbäuerlicher Lebensweise beruhende Mikroökonomie der Indigenen in eine produktiv-extensive Agrarwirtschaft zu verwandeln, scheiterten – auch wenn im Kommuniqué viel Wert auf die kleinen Erfolge gelegt wird.⁶⁶ Die Gründe für den ausbleibenden Erfolg sucht und findet der ILO-Fachmann Drucker jedoch nicht in den – im Bericht immerhin erwähnten – natürlichen Grenzen, welche die von Wüste und Halbwüste dominierte Halbinsel La Guajira einer landwirtschaftlichen Entwicklung setzt: So war vielerorts schlicht zu wenig Süßwasser vorhanden für eine Intensivierung der Vieh- und Weidewirtschaft, die vorgenommenen Probebohrungen stießen in aller Regel auf ungenießbares Salzwasser.⁶⁷ Vielmehr sieht Drucker die in seinen Augen mangelhafte Koordinierungsarbeit der CIN auf nationaler Ebene sowie deren generelle Unfähigkeit zur Akquise finanzieller Mittel als Hauptgründe für das Scheitern des Programms an.⁶⁸

Organisatorisch war die CIN in den 1960er Jahren und besonders im Rahmen eines solch ambitionierten Projektes wie dem soeben beschriebenen in ein vor allem vertikal diversifiziertes Netz aus verschiedenen Akteuren und Institutionen eingebettet. So hatte das venezolanische Justizministerium, dem auch die *Comisión Indigenista* noch immer angehörte, im Jahr 1959 die *Centros de Coordinación Indigenista* (CCI)⁶⁹ ge-

⁶⁵ Vgl. Informe al Gobierno de Venezuela sobre el Proyecto para la Integración de las Poblaciones Indígenas. Oficina Internacional del Trabajo, Genf 1970, S. 2.

⁶⁶ Das Anlegen einiger künstlicher Teiche sowie die Einrichtung einer kleinen Autowerkstatt und einer Musterfarm für Geflügelzucht, mit deren Hilfe die Indigenen an Hühnchen und Truthahn gewöhnt werden sollten, werden als solche positiven Resultate des ILO-Programms angeführt. Vgl. ebd., S. 6-9.

⁶⁷ Vgl. ebd., S. 7f.

⁶⁸ Vgl. ebd., S. 4.

⁶⁹ Zentren der indigenistischen Koordination.

gründet, die sich auf lokaler Ebene für die praktische Implementierung und Koordinierung nationaler Programme verantwortlich zeichneten.⁷⁰ Im gleichen Jahr entstand das ebenfalls im Justizministerium angesiedelte *Oficina Central de Asuntos Indígenas* (OCAI),⁷¹ welches der Generaldirektion des Ministers unterstellt war und demnach organisatorisch näher an die Entscheidungsebene des Justizministeriums angegliedert wurde als die weiterhin beratende CIN. Der Leiter des OCAI nahm zudem seit 1959 als technischer Berater an den Sitzungen der neunköpfigen CIN teil.⁷² Die übrigen Mitglieder der CIN wurden weiterhin *ad honorem* vom Justizminister ernannt.⁷³ Damit kann, erstens, von einer generellen politischen Übereinstimmung zwischen den Mitgliedern der CIN und dem Justizministerium ausgegangen werden. Zweitens jedoch bedeutet dies auch, dass der technische Berater gegenüber seinen Kolleg_innen in der *Comisión Indigenista* zumindest bezüglich aktueller Entwicklungen stets im Vorsprung gewesen sein dürfte. Die CIN hat ihren Status als *die* regierungsnahen Instanz für Indigenenpolitik demnach Ende der 1950er Jahre bereits »im eigenen Haus« eingebüßt. Noch augenfälliger wird der veränderte institutionelle Rahmen mit Blick auf das oben beschriebene Programm in La Guajira.

Neben der ILO als internationaler Überwachungs- und Finanzierungsinstanz, der CIN und dem OCAI in Vertretung der nationalstaatlichen Ebene sind zahlreiche weitere institutionelle Akteure mit der Planung und Umsetzung betraut oder werden gar erst im Laufe des Projektes gegründet. So beschließt der nationale Ministerrat im Juli 1964, also noch zu Beginn des ILO-Projekts, dass Planung und praktische Umsetzung der Vorhaben in La Guajira innerhalb der neu gegründeten Struktur *Consejo Zuliano de Planificación y Promoción* (CONZUPLAN)⁷⁴ stattfinden sollen. Im Grunde handelt es sich dabei um eine für den Bundesstaat Zulia zuständige staatliche Agentur zur Raumplanung und Wirtschaftsförderung, wie sie seit Beginn der 1960er Jahren in ähnlicher Form für zahlreiche der venezolanischen Regionen gegründet werden.⁷⁵ Zusätzlich treten neue, lokale Komitees als institutionelle Akteure in Erscheinung.

⁷⁰ Vgl. Informe al Gobierno de Venezuela 1970, S. 5.

⁷¹ Zentralbüro für indigene Angelegenheiten.

⁷² Vgl. Biord Castillo 2008, S. 78 (s. Anm. 3).

⁷³ Vgl. Informe al Gobierno de Venezuela 1970, S. 3.

⁷⁴ Zulia-Rat für Planung und Förderung. Vgl. ebd., S. 3.

⁷⁵ Vgl. Diego Mendoza: Planificación regional y sistemas de información económica. In: Alexis Guerra: Planificación y Desarrollo Regional y Local en Venezuela, Barquisimeto 2006, S. 177.

Diese sind thematisch spezialisiert⁷⁶ und auf ihre örtlich gebundene Rolle als Mediationsinstanzen zwischen Bevölkerung und Staat beschränkt. Zwar bleibt die *Comisión Indigenista* aufgrund des Umstandes, dass es sich bei den lokalen »Partner_innen« um Indigene handelte, offenbar in die Beratungsstrukturen eingebunden. Spätestens jedoch, als 1968 dem OCAI neben dem bisher einzigen Mitarbeiter (ein Anthropologe) noch ein Soziologe, ein Ökonom und ein Agraringenieur zugewiesen werden – womit eine enorme personelle Aufwertung konstatiert werden kann –, bleibt der CIN nur eine zunehmend passive Rolle in der Ausgestaltung ihrer seit 20 Jahren propagierten politischen Ziele. Auch in das etwa zeitgleich installierte *Comité Coordinador del Proyecto La Guajira para el Abastecimiento de Agua*⁷⁷, in dem verschiedene Ministerien (Justiz, Landwirtschaft, Gesundheit, Bauwesen) sowie die Regionalregierung und die Universität von Zulia vertreten sind, findet die CIN keine Aufnahme mehr. Während dem Komitee von der ILO bescheinigt wird, »mit Enthusiasmus und Leistungskraft«⁷⁸ zu arbeiten, erscheint der CIN überflüssig geworden zu sein.

In den späten 1960er und frühen 70er Jahren wird das OCAI stetig erweitert, etabliert dauerhafte Niederlassungen in zahlreichen venezolanischen Bundesstaaten und kann seine exekutive Verfügungsgewalt zunehmend ausbauen. Der CIN dagegen behält, auch unabhängig vom beschriebenen ILO-Projekt, eine beratende Funktion innerhalb der mit »Indigenen-Fragen« befassten Netzwerke.⁷⁹ Sein endgültiges Ende erreicht die Struktur *Comisión Indigenista Nacional* 1976. Im Zuge einer Reform der administrativen Zuständigkeiten wechselt das OCAI unter dem neuen Namen *Oficina Ministerial de Educación Fronteriza y para Indígenas*⁸⁰ vom Justiz- zum Bildungsministerium. Die CIN überdauert diese Änderung nicht und wird vollständig eingespart.⁸¹

Ganz im Gegensatz dazu sind die Ansichten und Ideen der *Comisión Indigenista* auch nach deren Wegfall verbreitet und bestimmend für die Formulierung offizieller venezolanischer Indigenen-Politik. Walter Dupouy, Tulio López Ramírez und ihre Mitstreiter_innen hatten mit-

⁷⁶ Drucker führt Komitees für Wasserfragen, Landwirtschaft, Gesundheit sowie für kommunale Entwicklung als Beispiele an. Vgl. Informe al Gobierno de Venezuela 1970, S. 3.

⁷⁷ Koordinationskomitee des La Guajira-Projekts für die Wasserversorgung.

⁷⁸ Informe al Gobierno de Venezuela 1970, S. 6.

⁷⁹ Vgl. Biord Castillo 2008, S. 78 (s. Anm. 3).

⁸⁰ Ministerialbüro für Bildung in den Grenzgebieten und für Indigene.

⁸¹ Vgl. Biord Castillo 2008, S. 79 (s. Anm. 3).

hilfe ihrer vor allem vom Standpunkt der ökonomischen Nützlichkeit aus argumentierenden Kampagnen erreicht, dass sich der venezolanische Staat mit »seinen« Indigenen befasst. Der im Zuge dessen salonfähig gemachte, fordernde Paternalismus gegenüber den Indigenen blieb über das Ende der CIN hinaus prägend⁸² und – dies sollte mehr als einen flüchtigen Blick Wert sein – beeinflusst möglicherweise auch die aktuelle venezolanische Indigenen-Politik.⁸³

⁸² Zu den langfristig wirksamen Überzeugungen siehe unter anderem das Regierungsprogramm des 1979 gerade gewählten Präsidenten Luis Herrera Campíns, der den Indigenen (und anderen Marginalisierten) zwar Hilfe verspricht bei der Eingliederung in die Gesellschaft, diese aber gleichzeitig zum Zwang erhebt: »Niemand bleibt ausgeschlossen und niemand kann sich entziehen.« / »Nadie queda excluido ni nadie puede eximirse.« Luis Herrera Campíns: *Mi compromiso con Venezuela. Programa de Gobierno para el período 1979-1984*, Caracas 1979, S. 20.

⁸³ Zwei ausgesprochen unterschiedliche Bewertungen der Indigenen-Politik seit 1999 finden sich bei Alexander Mansutti Rodríguez: *Pueblos indígenas y cambios constitucionales: el caso de Venezuela*. In: *Boletín Antropológico*, Vol. 3, N° 50, September-Dezember 2000, S. 79-98; und Frank Bracho: *Lo »socialista« como enemigo de lo indígena: el caso venezolano*. In: *Polis. Revista Latinoamericana*, 19/2008. <http://tinyurl.com/hm2ye29> (3.7.2016), www.polis.revues.org.

Anika Baunack

Die moralische Nation

Zur Aktualisierung des deutschen Nationaldiskurses
im europäischen Kontext

Jedes Jahr wird der *Four Freedoms Award* an eine Person oder Gruppe verliehen, die sich um die »Vier Freiheiten« verdient gemacht hat, wie sie der damalige Präsident der USA, Franklin D. Roosevelt, in seiner Rede vor dem amerikanischen Kongress am 6. Januar 1941 formulierte: Die Freiheit der Rede und des Ausdrucks, die Religionsfreiheit, die Freiheit von Not und die Freiheit von Furcht. Der renommierte Preis wird abwechselnd durch das *Franklin and Eleanor Roosevelt Institute* an US-Amerikaner_innen und durch die *Roosevelt Stichting* in Middelburg in den Niederlanden an Nicht-US-Amerikaner_innen vergeben.

Die Preisträgerin des Jahres 2016 ist die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. In der Laudatio heißt es, sie habe den Four Freedoms Award aufgrund ihrer Bemühungen, in der Eurokrise diplomatische Lösungen zu finden, sowie für ihren Einsatz für Frieden und Sicherheit in Europa vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise erhalten. Darüber hinaus würdigte die Jury ihre »moralische Führung« in Deutschland im Angesicht des Erstarkens der PEGIDA-Bewegung und ihr Entstehen für einen europäischen Humanismus in der sogenannten Flüchtlingskrise.¹

Die symbolische Anerkennung für die deutsche Regierungschefin durch den prestigeträchtigen Preis, der in der Vergangenheit auch Persönlichkeiten wie John F. Kennedy oder Nelson Mandela verliehen wurde, fällt in eine Zeit, in der nicht nur die Zukunft der EU auf politischer und institutioneller Ebene verhandelt wird, sondern sich auch die Selbst- und Fremdwahrnehmung der deutschen Nation im europäischen Kontext aktualisiert.

Die Finanzkrise des Jahres 2008, die darauffolgende Wirtschaftskrise sowie immense Migrationsbewegungen ab 2015 stellen nur einige der bedeutenden Ereignisse dar, die bis heute zu massiven politischen Umbrüchen in Europa geführt haben. Gesellschaftliche Transformationsprozesse wurden durch die damit verbundenen Krisen gesellschaftlicher

¹ Vgl. The Roosevelt Foundation: Angela Merkel. Laureate International Four Freedoms Award 2016, <http://tinyurl.com/hfjyjnd> (14.6.2016), www.fourfreedom.nl.

Macht- und Denkstrukturen katalysiert. Ein Beispiel hierfür sind die vielfältigen Debatten um die Vereinbarkeit von Europäischer Gemeinschaft und nationalen bzw. regionalen Partikularinteressen sowie nationaler und europäischer Identität, die bis heute einen konstanten Schwerpunkt im medialen Diskurs ausmachen. Bisher vorherrschende Annahmen über Europa und die Nation werden dabei hinterfragt.

Für die deutsche Nation bedeutete die Krise in Europa vor allem eine Festigung ihrer ökonomischen und politischen Vormachtstellung in der EU. Diese exponierte Position wird seitens der deutschen Regierung wiederholt auch dafür genutzt, andere Mitgliedstaaten an die Vorgaben der europäischen Politik – etwa vor dem Hintergrund der aktuellen Migrationsdebatte – zu erinnern.

Der vorliegende Artikel nimmt diese Entwicklung in den Blick. Dazu werden zunächst auf theoretischer Ebene einige Überlegungen zum diskursiven Wandel nationaler Deutungsmuster in der Krise angestellt. Im Anschluss daran wird beispielhaft die deutsche Selbstpositionierung im öffentlichen Diskurs als ›moralische Führungsnation‹ der EU einer kritischen Betrachtung unterzogen.

Nationale Deutungsmuster im Wandel

Um bewerten zu können, inwiefern im Zuge der sogenannten Eurokrise eine Transformation nationaler Deutungsmuster im deutschen öffentlichen Diskurs stattgefunden hat, ist es notwendig, zuvor kurz den theoretischen Rahmen zu bestimmen, in dem dieser Prozess verortet wird.

Der Grundannahme folgend, dass unser Weltwissen auf gesellschaftlich produzierte, symbolische Systeme oder Ordnungen zurückzuführen ist, die in und durch Diskurse gebildet werden, wird davon ausgegangen, dass auch gesellschaftlich anerkannte Deutungen von Nationen oder nationaler Identität diskursiv konstruiert und strategisch vermittelt werden.² Unter dem Begriff Diskurs sind hier in Anlehnung an Michel Foucault Praktiken zu verstehen, »die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen«.³ Sie stellen Versuche dar, »Bedeutungszuschreibungen und Sinn-Ordnungen zumindest auf Zeit zu stabilisieren

² Vgl. Reiner Keller: Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Wiesbaden 2007, S. 57.

³ Michel Foucault: Archäologie des Wissens, Frankfurt a.M. 1981, S. 74.

und dadurch eine kollektiv verbindliche Wissensordnung in einem sozialen Ensemble zu institutionalisieren«.⁴

Nationen sind ein relativ junges Phänomen. Sie entwickelten sich historisch in ihrer modernen Form erst mit der Etablierung des Kapitalismus und lösten nach dem Ende des Feudalismus bzw. mit der Französischen Revolution und damit dem Umbruch in die bürgerliche Gesellschaft traditionelle Formen der gemeinschaftlichen Identifikation wie dem Stamm, der Religion oder der Gemeinschaft ab. Ernest Gellner betrachtet entsprechend den Zeitraum des Übergangs von der agrarischen zur industriellen Gesellschaft als das »Zeitalter des Nationalismus«.⁵ Dementsprechend wurde die Nation seit ihrer Entstehung als »spezifisch bürgerliche Organisationsform«⁶ von Gesellschaft auch an die grundlegenden Modi kapitalistischer Vergesellschaftung gebunden.⁷

Elemente wie ethnische Zugehörigkeit, gemeinsame Sprache oder ein geteiltes Territorium stellen weitere bedeutende Bestandteile der Definition von Nation dar und rekurrieren auf die Prinzipien ihrer Legitimation. Als neue Bezugsgröße für Politik und Gesellschaft ist sie auf »die Konstruktion neuer Loyalitätsmuster angewiesen, da ständische oder auch religiöse Integrationsmuster im Zuge der modernen Staatenbildung an politischer Bedeutung verloren haben«.⁸ Die Frage, was die Individuen dazu bewegt, sich mit dem Kollektivsubjekt der Nation zu identifizieren, verweist auf patriotische oder nationalistische Bindungen: »Die Bezugsgröße der Nation [...] gibt dem partizipierenden Volk ein verbindliches Werte- und Normengerüst und damit zugleich einen Orientierungsmaßstab für die eigene Verortung innerhalb des Staates. Unterschiedliche soziale, ökonomische oder politische Interessen können dadurch überwölbt und homogenisiert werden«.⁹ Unter dem Nationalstaat als gesellschaftliche Organisationsform werden alle Mitglieder der nationalen Gemeinschaft als »Staatsbürger_innen«

⁴ Foucault 1981, S. 7.

⁵ Ernest Gellner: Nationalismus und Moderne, Hamburg 1995, S. 64.

⁶ Theodor W. Adorno: Zur Lehre von der Geschichte und der Freiheit, Frankfurt a.M. 2001, S. 153.

⁷ Vgl. Daniel Keil: Die »zarte Wiederentdeckung der Deutschen« – Thesen zur Kritik der deutschen Nation und ihrer gegenwärtigen Entwicklung, Münster 2009, S. 20-41, hier: S. 21f.

⁸ Verena Scheuble/Michael Wehner: Fußball und nationale Identität. Fußballspiele sind von nationalem Überschwang nicht zu trennen, <http://tinyurl.com/zhee9zh> (16.6.2016), www.buergerimstaat.de.

⁹ Ebd.

zusammengefasst und durch die aktive Teilhabe an dieser Ordnung untrennbar mit ihr verbunden.

In ihrer Charakterisierung als »vorgestellte Gemeinschaften«¹⁰ beschreibt Benedict Anderson die dem Nationenbegriff inhärente soziale Konstruktion, sowie die Notwendigkeit der territorialen Begrenztheit und politischen Souveränität der Nation. Dementsprechend spielt die Abgrenzung gegenüber Gruppen oder Gemeinschaften, die außerhalb des nationalen Kollektivs verortet werden, eine bedeutende Rolle für die Inklusion bzw. die Erzeugung gemeinschaftlicher Solidarität nach innen. Anderson schreibt dazu: »Die Nation wird als begrenzt vorgestellt, weil selbst die größte von ihnen [...] in genau bestimmten, wenn auch variablen Grenzen lebt, jenseits derer andere Nationen liegen.«¹¹ Ohne einen Ausschluss des *Anderen*, eine Differenz in Form von anderen Nationen, wird die Idee der Nation inhaltslos und als Kategorie obsolet.¹²

Wesentliche Elemente der gesellschaftlichen Konstruktion von Nation sind die Betonung eines Gründungsmythos und einer langen kollektiven Vergangenheit, bei dem der nationale Ursprung in die Tiefen der Geschichte verlegt wird, um den fiktiven Charakter der Nation zu verschleiern, die »Erfindung von Traditionen«,¹³ die zum Beispiel in Form von Symbolen und Ritualen zelebriert werden sowie die Vorstellung ethnischer Zugehörigkeit oder einer nationalen Abstammungsgemeinschaft.¹⁴ Weitere Merkmale der Nation, die vor allem in der jüngeren Vergangenheit an Bedeutung gewonnen haben, sind die Kultur und die Sprache. Erstere basiert auf der Vorstellung einer homogenen Nationalkultur, die als historisch gewachsen und einer als Volk definierten Gruppe zugehörig imaginiert wird.¹⁵

Kommunikation oder eine gemeinsam geteilte Sprache wiederum stellen nicht nur das zentrale Bindemittel zwischen den Individuen einer Gemeinschaft dar, mit ihrer Hilfe werden auch gemeinsame Bedeutungen und Erinnerungen transportiert, auf denen Nationalkulturen ba-

¹⁰ Benedict Anderson: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, 2., um ein Nachwort von Thomas Mergel erweiterte Auflage der Neuausgabe 1996, Frankfurt a.M. 2005, S. 16.

¹¹ Ebd.

¹² Vgl. Thorsten Mense: Kritik des Nationalismus, Stuttgart 2016, S. 44.

¹³ Eric Hobsbawm/Terence Ranger: The Invention of Tradition, Cambridge 2013, S. 1.

¹⁴ Vgl. Stuart Hall: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2, Hamburg 2002, S. 201ff.

¹⁵ Vgl. Mense 2016, S. 50 (s. Anm. 12).

sieren.¹⁶ Die Frage, wie genau bestimmte Vorstellungen von Nationen entstehen und wie sie verbreitet werden, beantwortet Stuart Hall damit, dass es eine »Erzählung der Nation«¹⁷ gibt – allgemein anerkannte Geschichten über die Nation, die wir uns selbst erzählen und auf denen sich unsere Vorstellungen von ihr gründen.¹⁸ Diese Geschichten werden unter anderem auf medialer Ebene und durch die Literatur erzählt, sie werden durch die Alltagskultur verbreitet und in nationalen Symbolen und Ritualen geformt und zelebriert.¹⁹ Durch das »kulturelle Gedächtnis«²⁰ einer Gesellschaft bzw. Nation wird erkennbar, wie sie ihre Vergangenheit und damit auch Gegenwart imaginiert; auch wird Aufschluss über ihre Perspektive auf die nationale Zukunft gegeben.

Sprache und andere semiotische Systeme spielen eine entsprechend große Rolle bei der Produktion, Reproduktion oder Transformation nationaler Identifikation. Hall verweist in diesem Zusammenhang der sozialen Konstruktion von Nation auf die gesellschaftlichen Machteffekte, die sich aus diesem Umstand ergeben: »Eine nationale Kultur ist ein *Diskurs* – eine Weise, Bedeutungen zu konstruieren, die sowohl unsere Handlungen als auch unsere Auffassungen von uns selbst beeinflusst und organisiert.«²¹

Auf der anderen Seite werden Bedeutungen der nationalen Identifikationsobjekte durch entsprechende Diskurse erst geschaffen. In gesellschaftlichen Diskursen prozessiert eine Vielzahl von Elementen des gesellschaftlichen Wissensvorrats, darunter soziokulturelle Deutungsmuster, womit »allgemeine Deutungsfiguren« gemeint sind, »die in konkreten Deutungsakten und Handlungsweisen zum Einsatz kommen und dabei in unterschiedlicher sprachlich-materialer Gestalt manifest wer-

¹⁶ Vgl. Bernadette Kneidinger: Geopolitische Identitätskonstruktion in der Netzwerkgesellschaft. Mediale Konstruktion und Wirkung regionaler, nationaler und transnationaler Identitätskonzepte, Wiesbaden 2013, S. 58f.

¹⁷ Hall 2002, S. 202 (s. Anm. 14).

¹⁸ Um das zu verdeutlichen führt Hall aus: »Was es heißt, »englisch« zu sein, wissen wir nur dadurch, dass das Englischsein als eine Bedeutungskette durch die englische nationale Kultur repräsentiert wird.« (Hall 2002, S. 200 (s. Anm. 14)). Folgerichtig betrachtet er Nationen als ein »System kultureller Repräsentationen« (ebd.).

¹⁹ Vgl. Hall 2002, S. 202 (s. Anm. 14).

²⁰ Jan Assmann: Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In: Jan Assmann/Tonio Hölscher (Hrsg.): Kultur und Gedächtnis, Frankfurt a.M. 1988, S. 9-19, hier: S. 9.

²¹ Hall 2002, S. 201 (s. Anm. 14).

den«. ²² Sie sind zugleich Ergebnis der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit als auch Voraussetzung für diese Wirklichkeit. Es handelt sich bei Deutungsmustern entsprechend um »ein historisch-interaktiv entstandenes, mehr oder weniger komplexes Interpretationsmuster für weltliche Phänomene, indem Interpretamente mit Handlungsorientierungen, Regeln u.a. verbunden werden«. ²³ Deutungsmuster für »weltliche Referenzphänomene« ²⁴ werden entsprechend auch für die Nation in spezifischer Weise verknüpft. Davon ausgehend, dass es sich beim nationalen Diskurs um einen Prozess handelt, einen »Fluss des Wissens durch Zeit und Raum«, ²⁵ wird weiter postuliert, dass bestimmte Ereignisse als »diskursive Ereignisse« ²⁶ jeweilige Diskursstränge in ihrem Verlauf und ihrer Qualität beeinflussen, und dass es sich bei der sogenannten Eurokrise um ein solches diskursives Ereignis für den nationalen Diskurs in Deutschland handelt. Vor dem Hintergrund der Konstruiertheit der Nation sowie der mit Verlauf der Krise fortschreitenden Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Position Deutschlands in der EU wird angenommen, dass es unter diesen Umständen zu einer Transformation nationaler Deutungsmuster in Deutschland gekommen ist.

Eine Möglichkeit zu untersuchen, welche Form von gesellschaftlich anerkanntem Wissen über die Nation seit der Krise vorherrscht bzw. was über die (deutsche) Nation »sagbar ist« und welche gesellschaftlichen Wirkungen dies provoziert, ist, den Prozess der »Konstruktion, Objektivierung, Kommunikation und Legitimation von Sinn-, d.h. Deutungs- und Handlungsstrukturen« ²⁷ aus den nationalen Diskursen auf öffentlicher Ebene zu rekonstruieren. Mithilfe des Analyseinstrumentariums der wissenssoziologischen Diskursanalyse nach Reiner Keller können die in den Diskursen vorliegenden Wissensordnungen rekonstruiert und die inhaltlich-symbolische Strukturierung eines Diskurses sukzessive analysiert werden. Dieser Artikel widmet sich durch seine Auseinanderset-

²² Reiner Keller: Wissenssoziologische Diskursanalyse als interpretative Analytik. In: Reiner Keller u.a. (Hrsg.): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit, Konstanz 2005, S. 49-77, hier: S. 68f.

²³ Reiner Keller: Diskurse und Dispositive analysieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissensanalytischen Profilierung der Diskursforschung, <http://tinyurl.com/jgt6yt7> (15.6.2016) www.qualitative-research.net.

²⁴ Ebd.

²⁵ Siegfried Jäger: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster 2012, S. 29.

²⁶ Jäger 2012, S. 82.

²⁷ Keller 2007, S. 57 (s. Anm. 2).

zung mit der Deutung Deutschlands als ›moralische Nation‹ lediglich *einem* Muster bzw. Aspekt von mehreren unterschiedlichen, teilweise auch konträr zueinanderstehenden, die im öffentlichen Diskurs zurzeit evident sind. Notwendig für die Auseinandersetzung mit diesem Phänomen ist zunächst die Einbettung des Untersuchungsgegenstands in den diskursiven Kontext – die Entwicklung der deutschen Position in der EU zur Zeit der Krise.

Deutschlands Rolle in der Krise

Die sogenannte Eurokrise trug wesentlich zu einer Festigung der herausragenden Position der Bundesrepublik in der europäischen Machthierarchie bei. Im Gegensatz zu seinen europäischen Nachbarländern war es Deutschland möglich, sein ökonomisches und damit auch politisches Gewicht in der Krise zu vergrößern. Nach einem wirtschaftlichen Einbruch in der Rezession vom Herbst des Jahres 2008 bis Anfang 2009 konnte sich die deutsche Wirtschaft relativ schnell wieder erholen.²⁸ Die Auswirkungen der Krise wurden in Deutschland durch das Auflegen von umfangreichen Konjunkturprogrammen sowie Maßnahmen wie Kurzarbeit oder die massiven Entlassungen von Leiharbeiter_innen weitestgehend abgefedert. Als die Auslandsnachfrage in der zweiten Jahreshälfte 2009 wieder anzog, standen die qualifizierten Stammebelegschaften weiterhin zur Verfügung, die Arbeitszeitkonten konnten wieder aufgefüllt und die entlassenen Leiharbeiter_innen wieder zurückgeholt werden.²⁹

Deutschland als größter Exporteur der Eurozone profitierte darüber hinaus von der Niedrigzinspolitik der *Europäischen Zentralbank* (EZB). Die Haushaltslage in Deutschland konnte sich dadurch entspannen, dass die Zinsen auf deutsche Staatsanleihen sanken, während sie in anderen europäischen Ländern stiegen. Das dort abgezogene Kapital flüchtete sich massenhaft in den ›sicheren Hafen‹ deutscher Staatsanleihen und sparte Deutschland Milliarden durch die geringere Zinsbelastung ein: »Ein ungleicher Kreislauf etablierte sich: Während von Deutschland aus die Wa-

²⁸ Während das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 noch um 4,7% schrumpfte, wuchs es bereits 2010 um 3,5% (vgl. Prokla-Redaktion: Editorial: Deutschland – Krisengewinner? In: Prokla, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Nr. 42, 2012, S. 2-7, hier: S. 2).

²⁹ Steffen Lehndorff: Man spricht deutsch. Eine trügerische Erfolgsgeschichte. In: Prokla, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Nr. 42, 2012, S. 7-29, hier: 22f.

renströme in den Süden der Eurozone flossen, strömten in der Gegenrichtung griechische, spanische und portugiesische Wertpapiere in die Banktresore deutscher und französischer Finanzinstitute.«³⁰

Das durch den Erfolg der deutschen Wirtschaft gestärkte Selbstbewusstsein der deutschen Regierung ließ sie auch politisch auf europäischer Bühne zunehmend dominant auftreten. So konnte sie sich bei der konkreten Bewältigung der Krise mit quasi unverhandelbaren Forderungen gegenüber ihren europäischen Partner_innen als Gegenleistung für eine deutsche Beteiligung an Rettungsmaßnahmen durchsetzen. So war Angela Merkel zu Beginn des Jahres 2010 in der Lage, die Einbeziehung des *Internationalen Währungsfonds* (IWF) für die Rettungspakete für Griechenland und die *Europäische Finanzstabilitätsfazilität* (EFSF) gegen jeden Widerstand zu erwirken. Darüber hinaus stellte die deutsche Regierung noch weitere Bedingungen für ihren finanziellen Beitrag zur Haftungsunion, darunter »substanzielle Anstrengungen aller Euroländer zur Rückführung ihrer Staatsschulden, die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts mittels einer Vertragsreform und die Schaffung einer veritablen Stabilitätskultur im Euroraum, die für jedes Euroland auch die Einführung einer Schuldenbremse zur Pflicht macht«.³¹

Im Jahr 2013 trat der von Berlin forcierte Fiskalpakt in Kraft, mit dem austeritätspolitische Maßnahmen auf europäischer Ebene festgeschrieben wurden. Seinen Einfluss auf europapolitische Entscheidungsprozesse nutzte Deutschland in der Krise auch, um vehement die Einführung gemeinsamer Staatsanleihen aller EU-Länder (sogenannter Eurobonds) zu blockieren. Weiter setzte es sich erfolgreich mit seinem Widerstand gegen die Möglichkeit durch, dem EFSF (und später dem *European Stability Mechanism* (ESM)) unbegrenzten Zugang zu finanziellen Mitteln der EZB zu verschaffen. Vielmehr sollten nur diejenigen Staaten Zugriff auf den ESM erhalten, die sich an strenge haushaltsdisziplinäre Vorgaben halten und damit auch ihre Reformbereitschaft signalisieren.

Dabei basierten verschiedene deutsche Vorgaben für das Krisenmanagement auf Vorschlägen, die zwischen der französischen und der deutschen Regierung erarbeitet worden waren. Frankreich, als sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt und neben Deutschland eines der bedeutendsten Industrieländer in der Eurozone, flankierte für einige Zeit

³⁰ Thomasz Konicz: Der Aufstieg des deutschen Europa, <http://tinyurl.com/owtmtom> (1.6.2016), www.heise.de.

³¹ Gisela Müller-Brandeck-Bocquet: Deutschland – Europas einzige Führungsmacht?, <http://tinyurl.com/j2uxop7> (15.6.2016), www.bpb.de.

die deutsche Politik in der Krise. Es kam zu einer massiven Einflussnahme beider Länder auf europapolitische Entscheidungen sowie einem intensiven persönlichen Austausch zwischen den Repräsentant_innen beider Regierungen – ein Umstand, der im öffentlichen Diskurs unter dem Begriff *Merkozy* firmierte. Nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands konnte es sich jedoch zusehends nicht nur auf EU-Ebene, sondern auch gegenüber Frankreich mit seinen nationalen Forderungen durchsetzen.³²

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Bundesrepublik ihre Machtposition in der EU im Zuge der Eurokrise ausbauen und dafür nutzen konnte, den ihre Politik bestimmenden »Imperativ der Wettbewerbsfähigkeit«³³ in europäischen Entscheidungsprozessen zu implementieren. Dabei verfolgte es mehr oder weniger unverhohlenen strategisch nationale Interessen.

In ihrer gegenüber den peripheren europäischen Staaten durchgesetzten Politik zeigte die deutsche Regierung eine Unnachgiebigkeit, die nicht nur die griechische Regierung, sondern zeitweise selbst Vertreter_innen des IWF verblüffte. Dass es trotz aller laut gewordenen Kritik an der von ihm priorisierten Austeritätspolitik weiterhin an seinem wirtschaftspolitischen Kurs festhalten konnte, verdeutlicht, wie selbstbewusst Deutschland in der EU den Takt vorgibt.³⁴

Moralische Führung

Im Zuge der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise und der aus ihr resultierenden Festigung der herausragenden deutschen Position in der Machthierarchie der EU-Mitgliedstaaten wurde auch die deutsche Selbst- und Fremdwahrnehmung im europäischen Kontext aktualisiert. Bedeutsam ist hierbei das Deutungsmuster der (nationalen) »Verantwortung zur Führung«. Im öffentlichen Diskurs wurde und wird dieser Begriff der Verantwortung – im Sinne einer Verpflichtung zur politischen Führung in der EU – als eine Form von Bürde interpretiert, die von deutscher Seite nur widerwillig übernommen wird. Einerseits wird auf diese

³² Ebd.

³³ Ingo Stützle: Man spricht Deutsch. Trotz seiner NS-Vergangenheit ist Deutschland in Europa dominant, <http://tinyurl.com/hsatyvn> (16.6.2016), <http://stuetzle.cc>.

³⁴ Ebd.

Weise auf den Topos der deutschen ›Zurückhaltung‹ rekuriert sowie andererseits die Verfolgung nationaler Strategien auf politischer und wirtschaftlicher Ebene vor der eigenen Bevölkerung als Opfer für die europäische Sache legitimiert. Untermalt wird dieser Umstand durch die wiederholte diskursive Verortung Deutschlands in der Mitte oder im ›Herzen Europas‹ bei gleichzeitiger Betonung seines außergewöhnlichen politischen und wirtschaftlichen Gewichts durch wiederholte Vergleiche mit den USA im öffentlichen Diskurs.³⁵ Daraus abgeleitet wird in scheinbar logischer Konsequenz, dass Deutschland stetig sowohl der europäischen Konkurrenz als auch der europäischen Solidarität entwächst. Mithilfe einer diskursiven Positionierung Deutschlands auf einer Ebene mit der Weltmacht USA werden wiederkehrend politische und wirtschaftliche Ambitionen suggeriert, die über den europäischen Kontext hinausgehen.

Der Umstand, dass die deutsche Regierung mit der Durchsetzung ihrer europapolitischen Vorstellungen in der Krise auch sehr zielstrebig nationale Interessen verfolgte, wird im nationalen Diskurs durch die wiederkehrende Forderung nach einer Implementierung »deutscher Werte« in die europäischen Gesellschaften illustriert. Beispiele hierfür sind kollektive Selbstzuschreibungen wie ›Fleiß‹, ›Ordnung‹ und ›(Haus-)Disziplin‹. Diese öffentliche Anrufung vermeintlicher Nationaltugenden adressiert die Individuen als Teil der deutschen Gesellschaft und ihrer notwendigen Zurichtung auf den Verwertungsprozess in der Leistungsgesellschaft. Mit der Übertragung von Zuschreibungen wie ›Fleiß‹ oder ›Opferbereitschaft‹ auf Angehörige des nationalen Kollektivs wurden und werden diese – vor dem Hintergrund des massiven Umbaus des deutschen Sozialsystems Anfang der 2000er Jahre einerseits, sowie der Unsicherheit der Krisensituation andererseits – fortwährend zu Loyalität und Pflichtbewusstsein gegenüber dem nationalen Kollektiv ermahnt.

Bereits seit der Zeit des Übergangs zur liberal-konservativen Regierung konnten die Sparpolitik der deutschen Regierung und die damit verbundene »Sparsamkeitsrhetorik«³⁶ ihre disziplinierende Wirkung entfalten. Die Diskurse um zu hohe Staatsausgaben – und damit verschränkt

³⁵ Siehe dazu beispielsweise: Klaus-Dieter Frankenberger: Führungsverantwortung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 282, 3.12.2011, S. 1, oder: dpa/mol: Deutschland – die zu nette Führungsmacht. In: DIE WELT, 25.8.2015, <http://tinyurl.com/zvvo9ox>, (12.8.2016), www.welt.de.

³⁶ PROKLA-Redaktion: Editorial: Sparen und Herrschen. In: PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 41. Jg., 2011, S. 168-171, hier: S. 169.

der Diskurs um die als ›Sozialschmarotzer‹ betitelten Arbeitslosen – sowie zu hoher Löhne/Lohnstückkosten orchestrierten die fiskalpolitische Wende in Deutschland, die klar wegführte von konsumtiven Ausgaben hin zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum. Die Basis der deutschen Gesellschaft wurde durch diese fortwährenden Ermahnungen, bereit zu sein, den Gürtel enger zu schnallen, mobilisiert und auf die Akzeptanz austeritätspolitischer Maßnahmen eingestimmt.³⁷

An diese Diskurse anknüpfend wurde zur Zeit der Krise die Selbstimagination der Deutschen als ›Zahlmeister Europas‹ befeuert. Die Tatsache, dass die deutsche Wirtschaft nur bedingt von der Krise betroffen war, stärkte den Glauben an die deutsche Überlegenheit auf dem Gebiet der Finanzpolitik sowie der wirtschaftlichen Produktivität. Damit einher ging die Stärkung der Vorstellung eines nationalen Kollektivs und somit eine Verschärfung der Auseinandersetzungen von Staat und Gesellschaft um nationale Homogenisierungen entlang von ökonomischer Verwertbarkeit. Schon mit der öffentlichen Interpretation der Krise als einer Staatsschuldenkrise wurde sie zu einem vermeintlich selbstverantworteten Dilemma erklärt, als deren Ursache die maßlose Lebensweise der Bewohner_innen der hoch verschuldeten Länder ausgemacht wurde. Folgerichtig kam es dabei zu einer Kulturalisierung ökonomischer Zusammenhänge und einer Wiederauffrischung deutscher Ressentiments gegenüber den Bewohner_innen der europäischen Krisenstaaten.

Das bereits angesprochene Deutungsmuster deutscher »Verantwortung zur Führung« in Europa wird in diesem Zusammenhang auch auf eine moralische Ebene übertragen: Deutschland wird als Vorbild für die anderen EU-Staaten gedeutet. Beansprucht wird diese Position von Akteur_innen des nationalen Diskurses aufgrund der beispiellosen Produktivität der deutschen Ökonomie und Deutschlands vermeintlicher Fähigkeit zum ›vernünftigen Wirtschaften‹ in der Krise.

Im öffentlichen Diskurs wurde dieses sich während der Eurokrise etablierende Narrativ der ›moralischen Führungsnation‹ auch auf die aktuelle Migrationsdebatte übertragen. Das abschottungspolitische Agieren anderer europäischer Staaten in der ›Flüchtlingskrise‹ mit dem Ziel, Zuwanderungsraten möglichst niedrig zu halten, wird sowohl seitens der politischen Elite Deutschlands als auch in Teilen des öffentlichen Diskurses wiederholt kritisiert. Mit dem Verweis auf die positiven Effekte der Einwanderung auf den Arbeitsmarkt und demografischen Wandel

³⁷ Ebd.

in der deutschen Gesellschaft sowie die Verpflichtung zu einem europäischen Humanismus wurde und wird vor allem seitens der deutschen Regierung eine gesamteuropäische Lösung für die Herausforderung der Migration propagiert. Zugleich wird im öffentlichen Diskurs die Vorstellung einer spezifisch ›deutschen Willkommenskultur‹ protegiert. Nicht zuletzt wird diese zum Zweck eines moralischen Führungsanspruchs in der Frage einer gesamteuropäischen Quotenregelung für Geflüchtete geltend gemacht.³⁸

Die Etablierung einer diskursiven Deutung Deutschlands als Führungsnation in der EU vollzog sich im Kontext allgemeiner Renationalisierungstendenzen seit Beginn der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise. Zentrale Charakteristika der Nation wurden dabei aktualisiert, und es kam zu einem Erstarken rechter Strömungen in den Mitgliedsländern der EU: »Das Jahrzehnt zwischen 2006 und 2016 ist nicht nur der Zeitraum globaler Krisen und des Umbaus der Sozialsysteme, sondern auch der einer zunehmend lauten Artikulation einer neuen Rechten als Scharnier zwischen Rechtsextremismus und einem antiliberalen, anti-modernen Neokonservatismus.«³⁹ In Deutschland profitiert eine stärker werdende autoritäre und national-konservative Bewegung von dem in der Krise virulent gewordenen Diskurs über (nationalökonomische) »Stärke« und »Ordnung«. Der Versuch der deutschen Regierung, auch in der »Flüchtlingskrise« die moralische Vormachtstellung zu halten – zusammengefasst in Angela Merkels Aussage »Wir schaffen das«⁴⁰ –, droht am nationalen Reflex zu scheitern. Das regressivere Bewusstsein geht auf Konfrontation mit der Idee eines europäischen Humanismus sowie den Interessen des modernen Kapitals, das auf offene Grenzen und die Zufuhr billiger Arbeitskräfte angewiesen ist.

Eine Vielzahl weiterer Länder der EU hat derzeit mit ähnlichen politischen Kräften bzw. der Verbreitung eines antieuropäischen oder gar

³⁸ Vgl. Lukas Egger: Willkommen, billige Arbeitskräfte, <http://tinyurl.com/zez-nj2d> (17.6.2016), <http://jungle-world.com>.

³⁹ Wolfgang Gessenharter: Die »Neue Rechte« als Scharnier zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. In: Rainer Eisfeld/Ingo Müller (Hrsg.): Gegen Barbarei. Robert M.W. Kempner zu Ehren, Frankfurt a.M. 1989, S. 414-452.

⁴⁰ Merkel machte diese Aussage auf ihrer Sommerpressekonferenz am 31.8.2015 (vgl. <http://tinyurl.com/jcc5b9f> (12.7.2016), www.bundesregierung.de). Im späteren Diskursverlauf etablierte sich dieser Satz zu einer Art geflügeltem Wort in der Debatte um die Integrationsmöglichkeiten von Geflüchteten in Deutschland.

antipolitischen⁴¹ Jargons zu kämpfen. Die Krisensituation scheint sich für Europa zu einer Konstanten zu entwickeln.

In diesem Kontext hat die deutsche Selbst- und Fremdwahrnehmung eine Aktualisierung erfahren. Ein Umstand, der sich auch an der Person Angela Merkels manifestiert. War sie noch als »eiserne Kanzlerin« Symbolfigur des Kasernengeistes deutscher Europapolitik in der Eurokrise gewesen, bescherte ihr die Ablehnung einer Abschottungspolitik gegenüber Geflüchteten, wie sie andere europäische Staaten derzeit betreiben, eine diskursive Weichzeichnung ihres Images und zugleich ungeahnte Sympathien aus dem in- und außereuropäischen Ausland. Letzteres hat vielleicht auch die Jury des diesjährigen Four Freedoms Awards bei ihrer Entscheidungsfindung bewegt.

Differenziert betrachtet handelt es sich bei der Vorstellung, der deutsche Staat würde redlicher wirtschaften und sich eher an EU-Vorgaben halten als andere Mitgliedstaaten, um einen Mythos.⁴² Weiter sind die Motive für die Position der deutschen Regierung in der Migrationsdebatte zumindest hinterfragbar, genauso wie die Rolle der deutschen Zivilgesellschaft und ihr öffentliches Zelebrieren »deutscher Willkommenskultur«.

Doch auch unabhängig davon stellt sich vor dem Hintergrund der spezifischen historischen Konstellation die Frage nach den möglichen Effekten der Stabilisierung eines nationalen Narrativs, wie dem einer deutschen »moralischen Führungsnation« in Europa.

⁴¹ Dieser Begriff wird hier im Sinne Jaques de Saint Victors verwendet, der darunter eine aktuell erstarkende Bewegung anti-institutioneller und politikverdrossener Populist_innen versteht, die u.a. direkte Demokratie via sozialer Medien einfordert (Jaques de Saint Victor: Die Antipolitischen. Mit einem Kommentar von Raymond Geuss, Hamburg 2015).

⁴² So verfehlte Deutschland in der Vergangenheit (nicht nur in Krisenzeiten) bereits mehrfach die sogenannten Maastricht-Kriterien und überschritt die darin festgelegten Defizitgrenzen (vgl. Gerhard Mussel/Jürgen Pätzold: Grundfragen der Wirtschaftspolitik, 8., überarb. u. akt. Aufl., o.O. 2012).

Anna Kern

Konjunktoren von (Un-)Sicherheit

Materialistische Begriffsarbeit zur Sicherheitspolitik

Sicherheitspolitische Konjunktoren

Die Anschläge islamistischer Terrorgruppen in Paris im Jahr 2015 und auf den Brüsseler Flughafen im Jahr 2016 markieren einen neuen Meilenstein innerhalb der Konjunktur der sicherheitspolitischen Diskussion in Europa. Bereits seit den 1990er Jahren war dieses Feld in ständiger Bewegung zwischen Phasen der Ent- und Anspannung. Mit den Terroranschlägen in den Kernländern der EU sind die nationalstaatlichen Sicherheitsapparate nun abermals auf dem Spielfeld, die Sicherheitsdebatten erneut virulent.

Die sicherheitspolitischen Phasen bezeichnen keineswegs eine bloße Abfolge von verschiedenen Hoch- und Tiefkonjunktoren. Vielmehr manifestiert sich jede neue Phase mit einer »neuen« Form der Bedrohung und spezifischer Strategien. Derzeit gelten zum Beispiel nicht mehr nur verschiedene »terroristische« Gruppen und »gefährliche« Staaten als sicherheitspolitisches Problem, sondern vermehrt »Einzeltäter«, die unter anderem getarnt in den sogenannten Flüchtlingsströmen vermutet werden. In der Konsequenz werden nationalstaatliche Grenzen geschlossen und in einigen Kernländern Europas gilt der polizeiliche Ausnahmezustand. Die sicherheitspolitischen Apparate feiern nach dem schweren Legitimationsverlust durch Wikileaks, NSA (National Security Agency) und NSU-Affäre (Nationalsozialistischer Untergrund) ihr fulminantes Comeback, der Ruf nach klaren Lösungen und entschlossenen Antworten wird laut.

Was hier auf der realpolitischen Ebene zu beobachten ist, berührt ein Kernthema der politischen Wissenschaft. Bereits die Philosophen der Aufklärung verstanden Sicherheit als erstrebenswertes, der anarchischen und gewaltförmigen Urgesellschaft vorzuziehenden, bürgerlichen Wert und als Letztbegründung der Organisation des bürgerlichen Staates. Aus dieser Perspektive entsteht der Gewaltmonopolist aus der Übertragung der individuellen Sicherheitsrechte der Bürger auf den Staat. Dieser erhält so seine ureigene Pflicht, mittels der Androhung oder Anwendung von Gewalt eine allgemeine, objektive Sicherheit für die Bürger herzustellen. Das gilt grundsätzlich für »Staatsfeinde«

nach innen ebenso wie für den Umgang mit Bedrohungen, die außerhalb des Staates liegen. Sicherheit bezeichnet demnach die Abwesenheit von Gewalt und die Sicherheit von Privateigentum als Grundlage der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft.¹ Damit ist zwar die Zentralität der sicherheitspolitischen Apparate begründet, wie es zu den qualitativen Verschiebungen im sicherheitspolitischen Feld und zu den unterschiedlichen Bedeutungen von Sicherheit kommt, wird allerdings nicht erklärt.

Eine materialistische Sicherheitskritik

Der Vorteil einer materialistischen Perspektive für die Sicherheitsforschung liegt darin, dass sie die sozialen Prozesse im Kontext der Reproduktion von Gesellschaft ernst nimmt. Als »Philosophie der Praxis« ist es ihr ein besonderes Anliegen, die Genese sozialer Ideen zu erklären, das heißt die empirischen Phänomene in ihrem Verhältnis zu den dahinterliegenden gesellschaftlichen Strukturen und Praxen zu entschlüsseln.² So entsteht der herrschaftskritische Anspruch, der einen besonderen Gehalt für die Sicherheitsforschung generiert.

Weil Gesellschaft als Totalität und somit als mehr als die Summe ihrer Teile gedacht wird,³ analysiert sie einzelne empirische Phänomene unter Berücksichtigung des sozialen Gesamtzusammenhangs. Weil sie weiß, dass die konkreten sozialen Organisationsformen, in denen sich die Phänomene bewegen, durch die spezifische Art und Weise ihrer Reproduktion strukturiert werden, kann sie deren Spezifik als Sedimente historischer sozialer Praxis und Kräfteverhältnisse deuten. Das heißt, dass soziale Dynamik – gerade im Bereich der Sicherheitsproduktion – im Kontext verschiedener sozialer Ebenen und jeweils virulenten Interessen, ihrer Widersprüche und ihres Zusammenwirkens gedacht wird. Ökonomie und Politik sind die Ebenen, die zum Verständnis der verschiedenen Institutionalisierungen sozialer Formen im Kontext der strukturellen Zwänge der kapitalistischen Produktionsweise notwendig sind. Die Ebene der Subjektivität skizziert einen Rahmen, um die allgemeine Wir-

¹ Beispielhaft Thomas Hobbes: *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*. Teil I und II, Berlin 2011.

² Antonio Gramsci: *Gefängnishefte*. Kritische Gesamtausgabe, Hamburg 1992, S. 493ff.

³ Theodor W. Adorno: *Gesellschaft*. In: *Evangelisches Staatslexikon*. Unter Mitarbeit von H. Kunst und S. Grundmann, Stuttgart 1966, S. 636.

kung dieser Strukturmomente auf die Alltagspraxen, Handlungen und Wahrnehmungen der Einzelnen zu spezifizieren. Die Analyse von Staat und Raumproduktion beschreibt die zentralen Felder, auf denen Sicherheitsproduktion stattfindet und innerhalb deren sich die konkreten Sicherheitsregime ausbilden.⁴

Die Stärke einer materialistischen Sicherheitskritik liegt darin, dass sie die Bedeutung des sicherheitspolitischen Feldes im Reproduktionszusammenhang der kapitalistischen Gesellschaft als Ganzem begreifen und gleichzeitig die konkrete Gestalt sozialer Strukturen und damit der Sicherheitsregime als ein Teil dieser Dynamik, der zudem abhängig von den spezifischen historischen Kontexten und den jeweiligen Kräfteverhältnissen der an den Aushandlungsprozessen beteiligten Akteur_innen ist, darstellen kann. So wird klar, dass Sicherheit weder ein naturgegebenes soziales Bedürfnis noch eine staatliche Pflichtübung ist. Vielmehr ist es plausibel, Sicherheit zunächst als eine Chiffre zu verstehen, die zur Regulation konfliktiver sozialer Prozesse dient, auf unterschiedlichen sozialen Ebenen wirkt und deren hegemoniale Konfiguration in der bürgerlichen Gesellschaft stets umkämpft ist.⁵

Sicherheitsfetisch

Eine mögliche Konkretisierung dieser Perspektive bietet die Marxsche Fetischismustheorie. Sie kann den hohen legitimatorischen Wert des Sicherheitsbegriffes gesellschaftstheoretisch einordnen, in dem sie auf die sozialen Prozesse hinter der Konstitution der Sicherheitsbedürfnisse und der Praxen zu deren Befriedigung verweist. Wichtig ist, dass sich aus der kapitalistischen Produktionsweise nicht notwendigerweise ein Sicherheitsfetisch ergeben muss, sondern es sich hierbei um eine historisch gebildete Form gesellschaftlichen Bewusstseins handelt. Es gab bereits lange vor der Durchsetzung des Kapitalismus Sicherheitsbedürfnisse, Praxen der Sicherheitsproduktion und Politiken, die sich über Herstellung von Sicherheit legitimierten. Allerdings wird eine Analyse anhand des Begriffes Sicherheitsfetischismus dann plausibel, wenn sie auf das

⁴ Anna Kern: Die Produktion von (Un-)Sicherheit. Urbane Sicherheitsregime im Neoliberalismus, Münster 2016.

⁵ Hubert Beste: The City of »New Surveillance«. In: Gisbert van Elsbergen (Hrsg.): Wachen, kontrollieren, patrouillieren. Kustodialisierung der Inneren Sicherheit, Wiesbaden 2004, S. 155-176.

Verständnis von objektiven Gedankenformen zielt, die im Kontext der gegenseitlichen Vermittlung der bürgerlichen Gesellschaft entstehen.

Hier zeigt die materialistische Gesellschaftstheorie, dass nicht anonyme gesellschaftliche Entwicklungstendenzen, sondern durch menschliche Handlungen bedingte Transformationen, die keineswegs immer der ursprünglichen Intention folgen, soziale Prozesse bedingen. Bereits Marx wusste, dass der Mensch der modernen Gesellschaft nicht das Opfer einer anonymen Macht ist, die ihn immer wieder mit Unsicherheit konfrontiert. Vielmehr ist er Opfer seiner eigenen Geschichte, die er selbst macht, allerdings unter spezifischen historischen Bedingungen, die sich seiner Kontrolle entziehen. In diesem historischen Kontext erscheint Sicherheit als ein nachvollziehbares natürliches Bedürfnis der Menschen. Real wird es, weil es die krisenförmige Existenz in der gegenseitlichen Vermittlung fortschreibt und ihre widersprüchliche Subjektivität ausdrückt. Der Ursprung dieses Bedürfnisses liegt dabei nicht in einer angenommenen und unveränderbaren menschlichen Natur, sondern vielmehr in der gegenwärtigen Prekarität des Gelingens der sozialen Reproduktion. Durch die strukturelle Trennung von Produktion und Konsumtion lässt sich die Sinnhaftigkeit sozialer Produktivität immer erst im Nachhinein und in einem hoch konfliktiven, konkurrenzstrukturierten Umfeld feststellen. Die Produktion entzieht sich der Kontrolle der Produzierenden, und ihre Praxis wird von einer strukturellen Ohnmacht geprägt.

Dieses Moment ist der historisch spezifische Grund der Virulenz des Bedürfnisses nach Sicherheit in der kapitalistischen Produktionsweise, in der die gesellschaftlichen Subjekte als vereinzelte und konkurrierende bürgerliche Individuen aufeinandertreffen und Kollektivität immer nur vermittelt hergestellt werden kann. Der Sicherheitsfetisch entspringt dieser Praxis, verkehrt aber Wesen und Erscheinung in der Sicherheitsproduktion. Da der historische Kontext, Erfahrung, Tradition oder spezifische Interessen ebenfalls Subjektivität konstituieren, können sich konkrete individuelle Sicherheitsbedürfnisse unterschiedlich ausgestalten. Die historisch-spezifische Entwicklung von Sicherheitsbedürfnissen – ob in Form der Angst um Eigentum, vor Prekarität, Kriminalität oder der Zukunft allgemein – wie auch die damit verbundene starke Legitimationsfähigkeit von Politiken der Sicherheit, können in der Konsequenz zumindest tendenziell als Ergebnis der kapitalistischen Vereinzelung sowie der Trennung von den Produkten und der Kontrolle über die produktive Arbeit verstanden werden. Die gegenwärtige soziale Organisation ist deshalb nicht die Antwort auf vorgängige Sicherheitsbedürfnisse, son-

dern produziert diese vielmehr erst und präsentiert sich danach als deren Lösung. Der Begriff eines Sicherheitsfetischs ist also sinnvoll, wenn er an die Analyse des ökonomischen Fetischismus anknüpft, das heißt, wenn er als strukturell und funktional ähnliche und dennoch inhaltlich verschiedene Form der Subjektkonstitution definiert wird, die die soziale Genese von Gesellschaft mystifiziert. Er impliziert ebenso eine Erklärung für die nicht enden wollenden Sicherheitsdiskurse, die die Verselbständigung der Kapitallogik nachvollziehen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Sicherheitsfetisch eine Form des Bewusstseins und der Bewusstseinskonstitution ist und durch die Organisation der gesellschaftlichen Produktion im Kapitalismus geprägt wird. In den Begriffen der Gouvernamentalitätstheorien bedeutet das, dass er als ein Ensemble aus diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken verstanden werden kann, das im Zusammenhang mit der gegenständlichen gesellschaftlichen Vermittlung und der damit einhergehenden spezifischen Form der Subjektivität eine spezifische Plausibilität und Legitimität für eine Reihe von sozialen Praxen erzeugt, die mit dem Begriff Sicherheit gelabelt werden. Analytisch ist der Sicherheitsfetisch zunächst vom ökonomischen Fetisch zu trennen, da sich dieser primär auf die Warenform und das Kapital bezieht, während sich der Sicherheitsfetisch auf die Organisation bestehender gesellschaftlicher Ordnungen richtet. Geteilt wird jedoch von beiden, unabhängig vom Gegenstand, die Abstraktion vom Sinnlichen und vom qualitativ besonderen Gebrauchswert.⁶

Sicherheitsregime

Der Begriff *Sicherheitsregime* soll auf dieser Grundlage empirische Phänomene auf einer intermediären gesellschaftstheoretischen Ebene für eine materialistische Sozialforschung zugänglich machen. Mit ihm bezeichne ich institutionalisierte Regulierungsverfahren aus Normen und Prinzipien sowie diskursiven und nichtdiskursiven Praxen, die sich um Themen gruppieren lassen, die im weitesten Sinne über das Politikfeld Sicherheitspolitik bearbeitet werden. Der Begriff erstreckt sich über transformatorische, ökonomische, politische und subjektive Aspekte gesellschaftlicher Regulierung und Vermittlung im Kapitalismus. Sicherheitsregime können normative, juristische und technisch/architekto-

⁶ Kern 2016, S. 105ff. (s. Anm. 4).

nische Komponenten in mehr oder weniger materialisierter Form enthalten. Ihre konkrete Gestalt ergibt sich aus dem Ringen zwischen den Strategien verschiedener Hegemonieprojekte und hegemonialer Projekte, die sowohl von staatlichen als auch nicht-staatlichen Akteur_innen individuell oder kollektiv forciert werden, und wird außerdem strukturiert durch den historischen Möglichkeitsraum der je aktuellen Form der kapitalistischen Produktionsweise.

Der Begriff genügt insofern den Prämissen materialistischer Theoriebildung, indem er eine empirisch durchzuführende Herrschaftsanalyse ermöglicht, deren Ziel in der Analyse und Dekonstruktion von als natürlich geltenden Verhältnissen und Erzählungen liegt, die unter der Chiffre der Sicherheit verhandelt werden. Das wird unter anderem dadurch erreicht, dass besagte Themen und Konflikte innerhalb der Transformation des (Re-)Produktionsprozesses kontextualisiert werden. So können Sicherheitsregime nicht transhistorisch gelten, sondern sind als spezifische Arrangements sozialer Regulierung immer nur über einen konkreten Zeitrahmen wirkungsvoll. Innerhalb einer regulativen Ordnung erfüllen sie die an sie gestellten Erwartungen einer gewissen Beständigkeit dadurch, dass sie sich für einen bestimmten Zeitraum institutionalisieren. Anschließend an die von David Harvey entwickelte *Spatial Fix These*⁷ können Sicherheitsregime als ein konstitutiver Bestandteil der zeitlich begrenzten Fixierung sozialer Beziehungen gelesen werden, die komplementär zur mobilen Kapitallogik stehen. Die Subjekte innerhalb der Sicherheitsregime können mit Rückgriff auf die Kategorien der materialistischen Theorie und der Hegemonietheorie entlang zweier unterschiedlicher Analyseebenen charakterisiert werden. Auf einer allgemeinen Betrachtungsebene unterliegen grundsätzlich alle Akteur_innen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise einer bestimmten Art der Subjektivierung und der gegenständlichen gesellschaftlichen Vermittlung. Objektivierung, Verkehrung, Entfremdung und Fetisch drücken die allgemeine Strukturierung und Rahmung des je individuellen gesellschaftlichen Bewusstseins aus. Genauer betrachtet liegt aber eine extrem heterogene und vielfältige Ansammlung verschiedener Interessen, ein deutlich variierender Zugriff auf Ressourcen sowie eine sehr unterschiedliche institutionelle Anbindung vor. Innerhalb dieses Konglomerats gelten in einem Sicherheitsregime alle Akteur_innen als Produzent_innen von (Un-)Sicherheit, jedoch in ihrem jeweiligen Wirkungsraum, ih-

⁷ David Harvey: Räume der Neoliberalisierung. Zur Theorie der ungleichen Entwicklung, Hamburg 2007, S. 101.

rem spezifischen Modus und kanalisiert über die im Politikfeld Sicherheitspolitik hegemonial gewordene Form. Wird Sicherheit, wie eingangs vorgeschlagen, als Chiffre für verschiedene soziale Konflikte und Themen begriffen, dann kann zwar keine transhistorisch und allgemeingültige Definition der Quellen von Unsicherheit geleistet werden. Die Perspektive der materialistischen Gesellschaftstheorie legt jedoch nahe, dass für den Kapitalismus aufgrund der Vermittlung gesellschaftlicher Reproduktion über die abstrakte Arbeit spezifische Unsicherheitsquellen vorliegen. Wie sich diese in die soziale Subjektivierung einschreiben, wird mit dem Begriff des Sicherheitsfetischs reflektiert. Ein intermediärer Begriff des Sicherheitsregimes schließt daran an, bestimmt aber für die jeweils historisch-spezifische Phase der Produktionsweise, was genau von den Akteur_innen an bestimmten Orten als unsicher »gelabelt« wird, indem er weniger auf die allgemeinen strukturellen Bedingungen der kapitalistischen Vergesellschaftung und mehr auf die (diskursiven) Praxen in der Analyse fokussiert. Dabei ist er sensibel dafür, dass die Deutungshoheit auf diesem Gebiet Ausdruck des Ringens verschiedener Akteur_innen in den sozialen Kräfteverhältnissen ist.

Vor dem Hintergrund dieser Perspektive liegt eine erste Antwort auf die Frage nach der Bedeutung des Politikfeldes der Sicherheitspolitiken darin, dass es zuerst ganz allgemein ein Feld sozialer Praxis darstellt, innerhalb dessen die der Produktionsweise inhärenten Unsicherheiten reguliert werden. Hier werden die je historisch-spezifischen hegemonialen Paradigmen für die Sicherheitsproduktion im Rahmen des allgemeinen Möglichkeitskorridors der Produktionsweise verhandelt und in Institutionen verdichtet. Die Sicherheitsproduktion bewegt sich im Spannungsfeld von Ökonomie und Politik, das von der Art und Weise der Produktionsverhältnisse, den technischen Möglichkeiten, bestehenden rechtlichen Regelungen und Normen sowie Ordnungsvorstellungen und alltäglichen Lebensweisen geprägt wird. Sie steht innerhalb einer interdependenten Beziehung zu weiteren sozialen Feldern, wie zum Beispiel Arbeit, Kultur etc. und ist in diesem Verhältnis für die Konstitution der sozialen Realität mitverantwortlich. Die spezifische Gestalt des Feldes ergibt sich aus dem Ringen der verschiedensten Akteur_innen, Projekte und Strategien um die Hegemonie in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Die Produktion von Sicherheit ist keine einseitige Herrschaftspolitik, sondern Sicherheitsregime dienen als ein wichtiges Moment der materiellen und immateriellen Institutionalisierung sozialer Regulation, weil sie die Einbindung der Subalternen aus der Perspektive von Ängsten und Sicherheitsbedürfnissen organisieren. Sie verschaffen

in diesem Sinne als Ergebnis und Voraussetzung verschiedener strategischer Praxen bestehenden Ordnungen Plausibilität und legitimieren gegenwärtig den Fortbestand der kapitalistischen Produktionsweise.

Für eine materialistische Sicherheitskritik

Die staatliche Sicherheitsproduktion beruht auf einem komplexen Ensemble unterschiedlicher Praktiken und Akteur_innen und kann sich je nach konkretem Konflikt sehr unterschiedlich entwickeln und ausgestalten. Ihre Zuständigkeit wird letztendlich stets mit der Ausübung von Gewalt durch nicht-staatliche Akteur_innen begründet, wobei das, was überhaupt unter Gewalt verstanden wird, abhängig ist von den jeweiligen Kräfteverhältnissen im Staat und sich im Laufe der Geschichte verändern kann. Die Art und Weise, wie soziale Konflikte von der Polizei und anderen staatlichen Ordnungsbehörden behandelt werden, ist abhängig von den historischen Rahmenbedingungen und den konkreten Kräfteverhältnissen, das heißt vom jeweils konkreten Sicherheitsregime. Wie andere Institutionen sind Polizei und staatliche Sicherheitsorgane im neoliberalen Kapitalismus insofern als lernende Akteur_innen zu verstehen, als für sie eine Zusammenarbeit mit anderen Institutionen durchaus eine Option darstellt, solange dies aus ihrer Sicht gewinnbringend erscheint. Sie entwickeln sich sowohl im Spannungsfeld gesellschaftlicher Transformationsprozesse als auch anhand der Erfahrungen, die sie im Umgang mit konkreten Konflikten in spezifischen Räumen sammeln. Mit ihrer gewachsenen Kooperationsbereitschaft – die im Fordismus in diesem Ausmaß noch undenkbar gewesen wäre – kann die Polizei gegenwärtig zugleich den ihr durch den Neoliberalismus auferlegten betriebswirtschaftlichen Zwängen entsprechen und als weniger wichtig verstandene Aufgabenbereiche ausgliedern. Die Bundes- und Landespolizeien übernehmen in diesem Sinne immer mehr letztinstanzliche Steuerungsfunktionen und überlassen den »Job auf der Straße« sozialen oder pädagogischen Einrichtungen, kommunalen Behörden oder privaten Sicherheitsdienstleister_innen.⁸ Für die konkrete Praxis ist darüber hinaus zentral, welche andere Akteur_innen (zivilgesellschaftliche oder kommerzielle) dabei noch in dem jeweiligen Feld ein Interesse artikulieren

⁸ Ludger Stienen: *Privatisierung und Entstaatlichung der inneren Sicherheit – Erscheinungsformen, Prozesse und Entwicklungstendenz*, Frankfurt a.M./München 2011.

und welche Ressourcen (z.B. in Form von Konfliktfähigkeit und -bereitschaft) sie besitzen, um deren Durchsetzung zu gewährleisten.⁹

Der Analyseansatz des Sicherheitsregimes erlaubt es, die Ausdifferenzierung staatlicher Sicherheitspolitik wahrzunehmen und zu erkennen, dass es sich bei der aktuellen Entwicklung nicht zwangsläufig um eine einseitige repressive Ermächtigung des Staates durch die Verbreiterung der Eingriffsrechte der Polizei handeln muss. Vielmehr können auch konkurrierende Interessen und Handlungslogiken der beteiligten Akteur_innen sowie erfolgreiche soziale Kämpfe der Grund dafür sein, dass ein gesellschaftlicher Konflikt zu einem Aufgabenbereich polizeilicher Regulierung wird. In manchen Fällen kann es aus der Sicht der Betroffenen sogar von Vorteil sein, dass sich die Polizei zuständig fühlt und professionelle »Konfliktlösungstools« anbietet. Schließlich ist damit auch bereits eine Kritik an der kulturpessimistischen Warnung vor einem totalitären Überwachungsstaat skizziert. Denn diese kolportiert durch ihre Analysen beständig ein Bild von einem starken und stets stärker werdenden Staat, der sich quasi naturwüchsig auf immer mehr gesellschaftliche Bereiche ausdehnt. Damit liegen die Kritiker_innen zwar nicht gänzlich falsch, sie können jedoch die Feinheiten der kapitalistischen Herrschaftsausübung nicht wahrnehmen, weil sie das komplexe Wechselspiel der Akteur_innen im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis nicht deuten können. Stattdessen verabsolutieren sie ein strukturelles Moment kapitalistischer Staatlichkeit (die Letztverantwortung über Leben und Tod) zu einer kulturpessimistischen Gegenwartsdiagnose, durch die ältere Formen kapitalistischer Sicherheitsproduktion und Disziplinierung, wie z. B. im Fordismus, plötzlich in einem viel besseren Licht erscheinen. So wird zuletzt nicht nur auf der theoretischen Ebene eine grundsätzliche Staats- und Gesellschaftskritik vermieden. Denn eine solche Perspektive tut mithin genau den Akteur_innen Unrecht, die immer wieder ganz eigene und neue Wege finden, um den hochgradig technisierten Kontrollen zu umgehen. Mit ihr wird am Ende auch die Möglichkeit von der Machbarkeit der Geschichte und ihre Offenheit verneint. Letztlich kann so eine gut gemeinte Kritik einer progressiven Gesellschaftsveränderung auch im Wege stehen.¹⁰

⁹ Claus Offe: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie, Frankfurt a.M./New York 2006.

¹⁰ Anna Kern: Ein Frankfurter Sicherheitsregime. Neoliberale Sicherheitsproduktion in der »Hauptstadt des Verbrechens«. In: suburban, Zeitschrift für kritische Stadtforschung, Band 2, Heft 2, 2014, S. 17-38.

**KÖRPER – MACHT –
IDENTITÄT – GENDER**

Sandra Beyer

Von Heldenmüttern zu Staatsbürgerinnen

Die erste japanische Frauenbewegung (1919-1941)
und ihre Wege in den Faschismus¹

»Sollten Frauen und Mädchen wahrhaft das Volk sein, sollten sie die Mütter sein, die das zukünftige Volk ernähren und erziehen, ist es dann nicht so, dass wie für Männer und Jungen ebenso für Frauen und Mädchen eine höhere Bildung notwendig ist? Glaubt man, dass die Qualität von Frauen, der Charakter von Frauen zur Würde jenes [unseres] Landes, zur Zivilisation jenes Landes beitragen, muss dieser Staat unbedingt einen Weg ersinnen, Frauen und Mädchen auszubilden.«
Inoue Hideko 1923²

Nachdem Inoue Hideko (1875-1963) von ihrer Inspektionsreise zur Abrüstungskonferenz in Washington im Herbst 1921 im Jahr darauf nach Japan zurückkehrte, schrieb sie ihre politischen Forderungen an ein Nachkriegs-Japan in »Die neuen Strömungen der Welt in den Augen einer [Haus-]Frau«. Inoue thematisierte sich als reisende Ehefrau, obwohl sie zur Konferenz als offizielle Vertreterin Japans durch den Premierminister entsandt worden war. Das Versprechen des »[ökonomischen] Aufstieges in der Welt« der späten Meiji-Zeit (1868-1912) galt für Frauen

¹ Der Text beruht auf dem Vortrag beim Berliner Jour Fixe vom 30. Mai 2016. Aus der kulturwissenschaftlichen japanologischen Literaturwissenschaft kommend befasst er sich mit den Originaltexten von Feministinnen der Hochzeit des japanischen Imperialismus und der englischsprachigen Forschung dazu. Einige dieser Originale liegen in englischen Übersetzungen vor; sie werden mit angegeben. So weit nicht anders angegeben, sind die Übersetzungen aus dem Japanischen und Englischen von mir. Die *Standardbibliographie der historischen Frauenforschung Japans* (seit 1983) ist ein guter Ausgangspunkt für die Recherche der Texte. Zusammengefasst finden sie sich in *Materialsammlung zur Frauenfrage in Japan* von 1977. Im selben Jahr wurde das Kollektiv »Gruppe von Frauen, die die Gegenwart befragen« gegründet, die bis 1996 die *Notizen zur Geschichte der Heimatfront* in zwei Reihen herausbrachten. Vera Mackie: *Women Questioning the Present: The Jūgoshi Nōto Collective*. In: Janice Brown/Sonja Arntzen: *Across time and genre: reading and writing of women's texts*. Conference proceedings, University of Alberta. Department of East Asian Studies, Edmonton 2002, S. 144-148. Die Schreibweisen von Namen im Text folgen der japanischen: Nachname Vorname.

² Hideko Inoue: *Fujin no me ni eijitaru sekai no shinchōryū*, Tokyo 1923, S. 492-493.

nicht, sodass sie sich durch Selbstvervollkommnung in der Taishô-Zeit (1912-1925) in Erwerbsarbeit und Bildung auf die Aufgaben als »gute Ehefrau, weise Mutter« vorbereiten konnten.³ Wegen Inoues Unterstützung der Eroberung Chinas nach 1937 und damit des Krieges protestierten Studentinnen 1946 bei der US-amerikanischen Besatzungsmacht erfolgreich gegen ihre Wiedereinsetzung als Rektorin der ersten privaten Frauenhochschule in Tokyo.⁴ Inoue gehörte damit zu den acht Frauen, die wegen ihrer prominenten und einflussreichen Rolle im japanischen Imperialismus von ihren Posten entfernt wurden.⁵

Verstaatlichung von Geschlecht

Erst die öffentlichen Auftritte von koreanischen Überlebenden der sexuellen Ausbeutung und Massenvergewaltigungen durch die Kaiserliche Armee zwischen 1937 und 1945 Anfang der 1990er Jahre sowie die Welt-Frauenkonferenz in Beijing 1995 rückten Fragen nach der Mittäter_innenschaft von Japanerinnen an dem Angriffskrieg in Asien in den Blick japanischer Frauenvereinigungen sowie der universitären Geschlechterforschung. Während der Zweiten Frauenbewegung der 1970er Jahre lebten die Vormütter der Ersten Frauenbewegung noch und brachten sich durch die Veröffentlichungen von autobiografischen Texten in die Debatten um sexuelle und ökonomische Ungerechtigkeiten ein. Viele von ihnen waren nach der neuen Verfassung und dem überarbeiteten

³ Barbara Sato: *Commodifying and engendering morality: self-cultivation and the construction of the »ideal woman« in 1920s mass women's magazines*. In: Barbara Molony/Kathleen Uno (Hrsg.): *Gendering Modern Japanese history*, Cambridge 2005, S. 99-130, hier: S. 106.

⁴ Hiroko Tomida: *Hiratsuka Raichô and early Japanese Feminism*, Leiden/Boston 2004, S. 88-89.

⁵ Michael A. Schneider: *Women Leaders and Pan-Asianism in Wartime Japan: Ichikawa Fusae (1940), Takamura Itsue (1940), and Inoue Hide (1944)*. In: Sven Saaler/Christopher W.A. Szpilman (Hrsg.): *Pan-Asianism: A documentary history*, Vol. 2: 1920-present, Boulder u.a. 2011, S. 255-262, hier: S. 258. 1939 und 1942 reiste Inoue nach China zur Beratung über die Bildung von Frauen und Mädchen in den besetzten Gebieten. Eine weitere der acht Frauen, die von der US-amerikanischen Besatzungsmacht ihrer Posten für dreieinhalb Jahre enthoben wurde, war die Frauenrechtlerin Ichikawa Fusae (1893-1981). Barbara Molony: *Ichikawa Fusae and Japan's pre-war women's suffrage movement*. In: Hiroko Tomida/Gordon Daniels (Hrsg.): *Japanese women: Emerging from subservience, 1868-1945*, Folstone 2005, S. 57-92, hier: S. 60.

Wahlrecht 1946 in das japanische Unterhaus eingezogen und setzten ihre Forderungen nach politischer Teilhabe gesetzlich durch.

Wie die postmoderne japanische Frauenforschung gehe ich davon aus, dass es Kontinuitäten zwischen den Frauenbewegungen vor und nach 1945 gab, welche nicht nur zufällig aus denselben Personen bestanden. Denn die Feministinnen zu Beginn des 20. Jahrhunderts stellten sich die Frage, wie sie sich im Nationalstaat Japan, der sich zu modernisieren suchte, positionierten.⁶ Um politisch teilhaben zu können, wollten Japanerinnen Staatsbürgerinnen werden.⁷ Die »Verstaatlichung von Geschlecht«⁸ bedeutete die staatliche Verfügungsgewalt über die Produktionskraft und den Körper eines jeden Bürgers und einer jeden Bürgerin. Menschen in geschlechtlich markierten Rollen von Soldat und (zukünftiger) Soldatenmutter sollten sich zu einer nationalen Einheit, einem »Volkkörper«⁹ fügen, in welchem alle Japaner_innen eins unter der Vaterfigur des *Tennô*, des Kaisers, waren. Menschen richteten sich in den sozialen Rollen ein, die ihnen die Regierung im Krieg zugestand.¹⁰ Für Frauen bedeutete dies die öffentliche Anerkennung von Mutterschaft. Der Slogan *fukoku kyôhei*, »Reiches Land, starkes Heer«, der Meiji-Zeit hatte die Modernisierung in den Bereich der Aufrüstung und damit in die Hände derjenigen gelegt, die eine Uniform tragen konnten und mussten. Mit den Gesetzen zum Mutterschutz ab 1940 legte die Regierung selbst Wert darauf, dass Frauen in ihrer sozialen Aufgabe gestützt wurden. Mit der Parole »Gebärt und vermehrt euch!« (*umeyo fuyaseyo*) waren sie zu wichtigen Unterstützerinnen der Kriegsgesellschaft geworden.¹¹ Die »Verstaatlichung des Haushaltes«,¹² wie Ueno diese Bemühungen von Frauenverbänden und Regierung nennt, stellte die Sorgearbeit in Haus und Familie unter den direkten Zugriff des Staates und machte die Arbeit von Frauen sichtbar. Die Modernisierung zu einem kapitalistischen Nationalstaat brauchte die geschlechtliche Trennung von Produktion und Reproduktion, was vor allem einen Zuwachs an öffentlicher Sicht-

⁶ Vera Mackie: *Feminism in Modern Japan: Citizenship, embodiment and sexuality*, Cambridge 2003, S. 21; Ueno Chizuko: *Nashonarizumu to jendâ: Engendering Nationalism*, Tokyo 1998; Chizuko Ueno: *Nationalism and Gender*, Melbourne 2004.

⁷ Ueno 2004, S. 12.

⁸ Ebd., S. 15; Mackie 2003, S. 3 (s. Anm. 5).

⁹ Ueno 2004, S. 15 (s. Anm. 5); Ueno 1998, S. 29 (s. Anm. 5).

¹⁰ Ueno 2004, S. 43.

¹¹ Mackie 2003, S. 112 (s. Anm. 5).

¹² Ueno 2004, S. 43 (s. Anm. 5).

barkeit, jedoch keine finanzielle Unterstützung von Familien bedeutete. Es wurden die Frauenorganisationen unterstützt, die Frauen besuchten und ihnen ideelle Hilfe und Zuspruch anboten. Gleichzeitig konnten Familien auf diese Art besser kontrolliert werden. Während Feministinnen um die Stärkung der Mutterschaft kämpften und es ihnen damit um die »ideology of domesticity« ging, griff der Staat in den 1930er Jahren verstärkt in den häuslichen Bereich ein, denn die »ideology of productivity« eines Haushaltes durch Haushaltsführung, Konsum und Einsparungen sollte den Krieg an der Heimatfront fördern.¹³

Visionen von Weiblichkeiten

»Zu Anbeginn war Frau wahrlich die Sonne. Eine authentische Person. Nun ist Frau der Mond, lebt abhängig von anderen, strahlt deren Brillanz zurück, sie hat das Gesicht des Mondes; und seine ungesunde Bleiche«, schrieb Hiratsuka Raichô (1886-1971) in ihrer Einleitung zur ersten Ausgabe der Zeitschrift *Blaustrumpf* (*Seitô*) im Jahr 1911.¹⁴ Sie verwies damit auf die strahlende mythologische Urahnin des Kaiserhauses, die Sonnengöttin Amaterasu, die die Stellung des Kaisers über dem Staat seit der Verfassung von 1890 legitimieren sollte.¹⁵ Über die Position als Vater, der über seine kindlichen Untertanen wacht, war ihm auch die der Mutter als direkter Nachfahre der Urmutter Japans gesetzlich gegeben worden. Der Staat war die Familie, deren Eltern beide im Kaiser vereint sein sollten.

Das Bildungsedikt von 1890 und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1873 hatten junge Menschen als Subjekte des Nationalstaates Japan definiert. Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) (1896, 1898) setzte den Haushalt/Familie (*ie*) mit einem männlichen Oberhaupt als Rechtssubjekt fest. Die Forderungen von politisch aktiven Frauen bezogen sich dementsprechend auf ihre unsichtbare Stellung vor dem Gesetz. Während der *Bewegung für Freiheit und Bürgerrechte* (*Jiyû minken undô*) der

¹³ Kathleen Uno: *Passages to Modernity: Motherhood, childhood, and social reform in early twentieth century Japan*, Honolulu 1999, S. 149.

¹⁴ Tomida 2004, S. 156 (s. Anm. 4); Jan Bardsley: *The Bluestockings of Japan: New Woman essays and fiction from Seitô, 1911-1916*, Ann Arbor 2007, S. 94; Raichô Hiratsuka: *In the Beginning, Woman was the Sun: The autobiography of a Japanese feminist*, New York 2006, S. 157-159; Raichô Hiratsuka: *Hiratsuka Raichô chosaku shû*, Bd. 1, Tokyo 1983, S. 14-27, hier: S. 14.

¹⁵ Mackie 2003, S. 21 (s. Anm. 5).

1880er Jahre traten Frauen für das Recht ein, öffentlich gehört zu werden. Bei Versammlungen der Bewegungen traten das erste Mal in der politischen Geschichte Japans Frauen auf, um Forderungen an Regierung und Gesetzgebung zu stellen. Kishida Toshiko (1863-1901) trat als eine der ersten Rednerinnen bei öffentlichen Vortragsveranstaltungen vor Männern und Frauen auf, sodass die Polizei auf sie aufmerksam wurde. In ihrer Rede vom 12. Oktober 1883 prägte sie den Begriff »Töchter in Kisten«: »Töchter in Kisten sind nach meiner Definition Mädchen, die nicht handeln, nicht sprechen, nicht einmal ihre Hände und Füße bewegen können, als wären sie in Kisten gefangen.«¹⁶ Die Familie, die Mädchen bis zur Hochzeit im Haus ohne Bildung und Kontakte einsperrte, wurde von den Behörden als Staat interpretiert, der die Bürger_innen als Kinder entmündigte. Die Polizei verstand darin einen Verstoß gegen die »Regularien für Versammlungen« von 1880, die politische Reden ohne vorherige Genehmigung untersagten, und verhaftete sie.

Nach der Einführung des Zensuswahlrechts wurde 1900 jedoch das *Gesetz zur Öffentlichen Ordnung und Polizei* erlassen, um gegen die organisierte Arbeiterbewegung vorgehen zu können. In den 1880er Jahren hatte es bereits Arbeitsniederlegungen und Streiks von Textilarbeiterinnen gegeben, jedoch waren diese über die betroffenen Werke nicht hinausgegangen. Sie waren temporäre Zusammenschlüsse der einzelnen Arbeiterinnen, sodass sich die Gewerkschaften wenig um sie bemühten. Die Arbeiterinnen galten als jung, unerfahren und aufgrund der kurzen Anstellungsdauer bis zur Rückkehr in ihre Familien oder bis zur Flucht aus den Arbeitsverhältnissen als nicht organisierbar.¹⁷ Der Paragraph fünf verbot es Frauen, an politischen Veranstaltungen teilzunehmen, öffentlich auf solchen aufzutreten und in politischen Parteien und Gewerkschaften Mitglied zu sein. 1884 gründete sich die *Japanese Woman's Christian Reform [=Temperance] Union* (JWCTU), die sich ge-

¹⁶ Toshiko Kishida: Daughters in Boxes. In: Aiko Okamoto MacPhail/Rebecca Copeland/Melek Ortobasi (Hrsg.): *The modern Murasaki: Writing by women of Meiji Japan*, New York 2006, S. 62-72, hier S. 63. Zitationen der Rede beziehen sich auf Zeitungsberichte der *Freiheit* vom 20. und 21. November 1883, diese wiederum auf den Mitschriften der Polizei und den Vernehmungsprotokollen vom 12. November. Kishida wurde sofort nach der Rede am 12. Oktober verhaftet und verblieb acht Tage im Gefängnis. Sie wurde als erste Frau wegen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht und fehlenden Respekts vor Autoritäten verurteilt. Sharon Sievers: *Flowers in Salt: The beginning of feminist consciousness in modern Japan*, Stanford 1983, S. 37.

¹⁷ Sievers 1983, S. 84 (s. Anm. 15); Vera Mackie: *Creating socialist women in Japan: Gender, labour and activism, 1900-1937*, Cambridge 1997, S. 116-117.

gen die Rechtlosigkeit von Frauen in der Ehe wandte. Ihre Präsidentin, Yajima Kajiko (1833-1925), hatte sich von ihrem Mann wegen seiner Alkoholsucht scheiden lassen und dafür ihre Kinder bei ihm lassen müssen.¹⁸ Die JWCTU kämpfte vor allem für die Veränderung der gesellschaftlichen Sitten, die die Zweitfrau und deren Kinder der Ehefrau gleichstellten, gegen ihre eigenen Männer, die wirtschaftliche und politische Absprachen bei Besuchen der »Rotlichtviertel« trafen.¹⁹

Die Frauen der Zeitschrift *Seitô* waren an den ersten Frauenhochschulen ausgebildet worden, waren Töchter von Beamten und Händlern aus Tokyo und lehnten die (heterosexuelle) Ehe und Mutterschaft ab. Die Medien bezeichneten sie als die »neuen Frauen«. Diese Bezeichnung war eine abwertende Fremdbezeichnung.²⁰ Der Ruf, sich für das eigene Geschlecht zu interessieren, sich mit Prostituierten abzugeben, Alkohol zu trinken und alles abzulehnen, was eine junge Frau im Leben zu begehren hatte, führte vor allem unter verheirateten und politisch aktiven Frauen zu Abgrenzungen gegenüber den jungen Frauen. Ab 1913 nahmen die Frauen der *Seitô* die Bezeichnung bewusst an: Die Sonderausgaben vom Januar und Februar beinhalteten Artikel zur Definition des Begriffes wie Hiratsukas »Über die neue Frau und andere Frauenfragen«.²¹ Eine Sonderausgabe im Februar zu dem Thema mit einem Artikel der Sozialistin Fukuda Hideko zur Befreiung der Frau im Sozialismus wurde verboten.²² Die Frage, was eine neue Frau nun sei, politisierte die *Seitô*-Frauen, indem sie verstärkt Artikel zu den Fragen von ökonomischer Unabhängigkeit und Zugang zu Erwerbsarbeit veröffentlichten. Die Frauen antworteten auf Artikel, in denen über sie geschrieben wurde. In ihren oft autobiografisch gefärbten Texten nahmen sie ihre eigenen Erfahrungen als Grundlage, um soziale Veränderungen zu beschreiben. In den Betrachtungen ihres eigenen Lebens wurden Zusammenhänge und Verbindungen zu Fragen ihrer Zeit hergestellt. Sie politisierten sich, in-

¹⁸ Elizabeth Dorn Lublin: Reforming Japan: The Woman's Christian Temperance Union in the Meiji-period, Vancouver 2010, S. 45.

¹⁹ Lublin 2010, S. 52.

²⁰ Dina Lowy: The Japanese »new woman«: images and gender and modernity, New Brunswick 2007, S. 8-9, S. 57.

²¹ Raichô Hiratsuka: Hiratsuka Raichô chosaku shû, Bd. 1, Tokyo 1983, S. 257-259.

²² Raichô Hiratsuka: Fukuda Hideko no omoide (Erinnerungen an Fukuda Hideko). In: Fukuda Hideko wo ki'nen suru kai (Verein zur Erinnerung an Fukuda Hideko) (Hrsg.): Fujin kaihô undô no senkusha: Fukuda Hideko (Vorreiterinnen der Bewegung zur Befreiung der Frau), Tokyo 1961, S. 12-13, hier: S. 13.

dem sie schrieben. Dabei blieb die Qualität der politischen Analysen bei jeder Autorin unterschiedlich, was Yamakawa Kikue Jahre später kommentieren ließ: die politischen Aktivitäten der *Seitô* seien ein »bürgerlicher Zeitvertreib« gewesen.²³ Unter der Redaktion der Anarchistin Itô Noe (geboren 1895, ermordet 1923) wurden ab 1915 Artikel zu Abtreibung und sexuellen Beziehungen außerhalb der (heterosexuellen) Ehe veröffentlicht. 1916 wurde die Zeitschrift *Seitô* nach mehreren Verboten schließlich eingestellt.

Hiratsuka hingegen beschäftigte sich aus eigener Erfahrung mit den Bedingungen von Mutterschaft bei unverheirateten Frauen. In der »Kontroverse zum Mutterschutz« von 1916 bis 1919 arbeitete sie ihren Standpunkt heraus, dass Mutterschaft eine gesellschaftlich wichtige Aufgabe und daher vom Staat zu unterstützen sei. Die Frauenfrage wurde anhand von Mutterschaft, Arbeit sowie der Rolle des Staates als reglementierende Instanz zum Schutz von Frauen verhandelt, die dann in den 1920er Jahren in Vereinigungen und direkten politischen Aktionen mündete. In mehreren Zeitschriften diskutierten Hiratsuka, die feministische Poetin Yosano Akiko, die Sozialistin Yamakawa Kikue und die Mutterrechtlerin Yamada Waka öffentlich über die Rolle von Müttern in der Gesellschaft: Hiratsuka und Waka argumentierten für staatlich geschützte und finanziell unterstützte Mütterrechte, Yosano für individuelle Frauenrechte wie Bildung, ökonomische Unabhängigkeit durch Erwerbsarbeit und alle gemeinsam für das Wahlrecht.²⁴ Yamakawa bescheinigte Yosano als Frauenrechtlerin und Hiratsuka als Mutterrechtlerin in dem Artikel »Der Mutterschutz und ökonomische Unabhängigkeit«, dass sie gute Ideen zum Schutz von Müttern hätten, jedoch »die grundsätzliche Lösung der existierenden Probleme von Frauen wäre nichts weniger als die Veränderung der ökonomischen Verhältnisse an sich, welche das Los von Frauen hervorgebracht und verschlimmert haben«.²⁵ Um 1920 hatten sich dadurch die diskursiven Grenzen zwischen Gleichheits- und Differenzfeminismus in Japan geschärft.²⁶ Yosano bestand auf der

²³ Kikue Yamakawa: Yamakawa Kikue Josei kaihô ronshû (Essaysammlung von Yamakawa Kikue zur Befreiung der Frau), Bd. 2, Tokyo 1984, S. 13.

²⁴ Mackie 2003, S. 55-58 (s. Anm. 5).

²⁵ Kikue Yamakawa: Bosei hogo to keizaiteki dokuritsu. In: Nobuko Kôuchi (Hrsg.): Shiryô: Bosei hogo ronsô (Materialien: Die Mutterschutzdebatte), Tokyo 1988, S. 132-146, hier: S. 142-143.

²⁶ Ueno 2004, S. 43 (s. Anm. 5). Die Auseinandersetzung wurde über die Rezeption von Übersetzungen kanonischer Texte von westlichen Feministinnen geführt: Die skandinavische Mutterschaftsdebatte von Ellen Key gegen den angel-

Gleichheit zum Mann, während Hiratsuka die Unterschiedlichkeit von Erfahrungen durch Mutterschaft betonte. Nun, schrieb Letztere, sei die Zeit reif, für die politischen Rechte von Frauen zu kämpfen.²⁷ Die Gründung der Vereinigung neuer Frauen am 24. November 1919 führte Hiratsuka mit Frauenrechtlerinnen, die für das Wahlrecht kämpften, zusammen. Ichikawa Fusae (1893-1981) setzte sich für die Abschaffung des Artikels fünf des Polizeigesetzes ein. Die Vereinigung führte Forderungen nach politischer Partizipation und rechtlicher Gleichstellung mit dem Ehepartner zusammen.

Eine Petition der Vereinigung von 1920 an das Unterhaus betraf somit nicht nur das Wahlrecht und die Rechte in der heterosexuellen Ehe, sondern auch Familienplanung und den Umgang mit der »lizenzierten Prostitution«²⁸ in Japan. Die rechtliche Stellung der Ehefrau sollte über den Weg der sexuellen Treue verbessert werden: Hatte ein Mann sexuell übertragbare Infektionen vor der Eheschließung verheimlicht oder erkrankte während der Ehe daran, sollte eine Scheidung durch die Frau ermöglicht werden, so sah es die erste Petition an die 42. Sitzung des Unterhauses vor.²⁹ Gleichzeitig konnte auf diese Art Sexarbeit über den

sächsischen Individualismus von Mary Wollstonecraft und Olive Schreiner; Barbara Molony: Equality versus difference: the Japanese debate on motherhood protection 1915-1919. In: Janet Hunter (Hrsg.): Japanese women working, London 1993, S. 122-148, hier S. 126-129; Kikue Yamakawa: Josei kaihō he: Shakai-shugi fujin undō ron (Hin zur Befreiung der Frau: Über die sozialistische Frauenbewegung), Tokyo 1977, S. 161-165.

²⁷ Tomida 2004, S. 253-261 (s. Anm. 4); vgl. zur Vereinigung Kaneko Yoshimi: Fujin sanseiken (Frauenstimmrecht), Tokyo 1971, S. 141-153.

²⁸ »Lizenzierte Prostitution« ist der wissenschaftliche Begriff für den »öffentlichen [durch Lizenzen sanktionierten] Verkauf von Frauen«, wie er nach der Neuregelung 1872 als System von Knebelverträgen zwischen Sexarbeiter_in und Bordellbetreiber_in genannt wurde. Vgl. Sarah Kovner: Occupying Power: Sex workers and servicemen in postwar Japan, Stanford 2012, S. 10-14. *Sexarbeit* wurde als Begriff für die Politisierung von Frauen in den Sperrbezirken nicht benutzt. Materialien der Bewegung bei Yūko Suzuki: Nihon Josei undō shiryō shūsei: Jinken, Haishō! Jiyū haigyō undō to haishō renmei no shōritsu (Materialsammlung der japanischen Frauenbewegung: Menschenrecht, Abolitionismus! Bewegung zur Abschaffung des freien Verkaufs und der Aufbau der Liga zur Abschaffung von Prostitution), Bd. 8, Tokyo 1997.

²⁹ Tomida 2004, S. 285 (s. Anm. 4); Hiratsuka: Karyūbyō danshi kekkon seigen hō seitei ni kansuru seigan undō (Bewegung zur Petition im Zusammenhang mit Ehebeschränkungen für Männer mit sexuell übertragbaren Krankheiten). In: Josei Dōmei 1, Oktober 1920, S. 31. Zur Debatte in den 1920er Jahren um Eugenik und sexuell übertragbare Krankheiten vgl. Sumiko Otsubo: Engendering eugenics: Fe-

Umweg der Freier thematisiert werden, ohne wegen der Verbreitung von »für Frauen unschicklicher Gedanken« in Verdacht zu geraten.

Die Arbeit der Frau als staatsbürgerliche Pflicht

1918 kam die erste bürgerliche Regierung an die Macht, in der der Premierminister nicht mehr durch den nicht-gewählten Kronrat der Ältesten, sondern durch Mehrheitsverhältnisse im Unterhaus bestimmt wurde. 1923 gründeten sich die *Kommunistische Partei Japans* (KPJ) und die *Proletarische Partei*. Im September desselben Jahres wurden nach dem schweren *Kantô*-Erdbeben die Befugnisse der Polizei erweitert, nachdem es zu Morden an in Tokyo lebenden koreanischen Menschen und japanischen Anarchist_innen gekommen war. Unter dem ausgerufenen Kriegsrecht wurde die Herausgeberin der *Seitô*, Itô Noe, mit ihrem Partner, dem Anarcho-Syndikalisten Ôsugi Sakae, und seinem Neffen am 16. September verhaftet, im Gefängnis von der Polizei misshandelt und stranguliert.

Nach dem Erdbeben verbrannten Tausende Frauen in den Sperrbezirken Tokyos. Das nahmen Feministinnen zum Anlass, erneut gegen das System der lizenzierten Prostitution zu kämpfen.³⁰ Die ersten Erfahrungen in politischer Agitation durch Petitionen und Vereinsgründungen hatten die Frauen der christlichen Reformbewegung der 1890er-Jahre gemacht. Sie waren den staatlichen Repressalien nach dem Polizeigesetz von 1900 entgangen und hatten 1892 einen letzten politischen Erfolg erringen können, als Yajima Kajiko gegen das Verbot der Teilnahme an Parlamentsdebatten als Zuhörerinnen protestiert hatte. Nach dem Ersten Weltkrieg wollten diese Frauen nun auch den Kampf gegen den gesamten Paragraphen fünf fortsetzen. Frauenrechtlerinnen wie Ichikawa Fusae und Hiratsuka Raichô gründeten im Laufe des Jahrzehnts Vereinigungen zur Erlangung des Wahlrechts: Die *Women's Suffrage Association of Japan* (gegründet 1921) unter der Leitung der Christin Gauntlett Tsuneko und die *Woman Suffrage League of Japan* (1924) von Ichikawa arbeiteten mit der *Vereinigung für das Frauenstimmrecht* (1923) zusammen. Diese wiederum nahmen an internationalen Konferenzen wie der ersten *Pan-Pacific Women's Conference* der *Pan-Pacific Union* (PPU) vom

minists and Marriage Restriction Legislation in the 1920s. In: Barbara Molony/Kathleen Uno: *Gendering Modern Japanese History*, Cambridge 2005, S. 225-256.

³⁰ Suzuki 1997, S. 656-661 (s. Anm. 27).

9. bis 18. August 1928 in Honolulu teil.³¹ Die japanischen Vertreterinnen waren unter anderem die Ärztin Yoshioka Yayoi (für die *Abteilung Gesundheit und Hygiene*), Inoue Hideko als Delegationsleitung, Ichikawa Fusae (für die *Abteilung Frauen und Politik*) und Gauntlett Tsuneko (*Abteilung Gesellschaft und Industrie*).

1925 wurden im Wahlrecht die Beschränkungen für Männer aufgehoben, sodass nur noch das Geschlecht als Hinderungsgrund übrig blieb: Alle Männer des Reiches, einschließlich in Japan lebende koreanische und taiwanische, erhielten das aktive und passive Wahlrecht. Im selben Jahr wurde das Polizeigesetz als *Gesetz zur Bewahrung der öffentlichen Ordnung* verschärft. Der Paragraph zwei des Artikels fünf des Polizeigesetzes wurde im Mai 1922 gestrichen, wodurch Frauen die Mitgliedschaft in und Gründungen von Vereinigungen erlaubt wurde. Im Wahljahr 1928 begannen die ersten Massenverhaftungen kommunistischer und sozialistischer Politiker nach dem neuen Polizeigesetz.

Kampf um »Reinheit« in der Politik

1928 fanden die ersten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht statt. Ab 1930 wurden jährlich Frauenkonferenzen organisiert, die das Wahlrecht für Frauen forderten und daran arbeiteten, Vereinigungen und Bewegungen zusammenzuführen. Ichikawa lag besonders daran, die politischen Kräfte von Frauen zu vereinen. Das machte es staatlichen Organen wiederum einfach, nach 1937 verstärkt Frauenverbände gründen zu lassen und Frauen für den Krieg zu mobilisieren.

Die Weltwirtschaftskrise von 1929 und die Finanzpolitik der Regierung führten zur japanischen Wirtschaftskrise von 1930/31 und zu Hungerkatastrophen im Norden des Landes. 1931 passierte eine Änderung des Bürgerschaftsrechtes das Unterhaus, jedoch lehnte das Herrenhaus das Gesetz ab. Da das Herrenhaus wohl jede weitere Bewegung zum Stimmrecht für das Unterhaus blockieren würde, arbeiteten Frauen wie Ichikawa und Hiratsuka an Initiativen gegen Korruption in der Politik, zur Säuberung der Innenstädte und an der Gründung von Konsument_innenvereinigungen mit. Die »weise Mutter« wurde in ökonomisch schwierigen Zeiten zur Verwalterin des Haushaltes und machte die Politik des

³¹ Teile der Dokumente der PPU befinden sich in der University of Hawai'i Mānoa Library.

Staates im Kleinen »aus der Küche« heraus.³² 1930 gründete Hiratsuka in Setagaya (Tokyo) die Vereinigung *Unser Haus*, um ein neues kooperatives Leben zu führen.³³ In der proletarischen Zeitschrift *Frauenfront* schrieb sie in »An der Frauenfront teilgenommen«, dass nur selbstverwaltete gemeinschaftliche Gesellschaften der Ort politischer Arbeit von Frauen sein sollten.³⁴ Die Hauswirtschaftslehre bot Frauen die Möglichkeit, sich öffentlich zu äußern und politisch Bedeutung zu erlangen. Über die eigenen Körper sollten Frauen in der Lage sein, den Krieg zu unterstützen: »Besonders jetzt, da das Schicksal der Nation in der Schwebe ist, ist es unerlässlich, die Schwere der Situation durch unsere Körper zu spüren. Darum müssen wir in den Taten, die unsere Körper ermüden und unseren Schweiß treiben, durch die Arbeit unseres Fleisches, die Bedeutung des [Krieges] aufnehmen«, schrieb Inoue noch 1944 in »Trends in der Bildung von Frauen und Mädchen«.³⁵ Ihre Fokussierung auf die Rolle der Frau als weiblichem Oberhaupt der Familie bezog sich vor allem auf die körperliche Fürsorge der Familie, weswegen sie über praktische Fragen der Ernährung schrieb. Ihr ging es um die geistige und körperliche Mobilisierung der Frauen an der Heimatfront (*jûgo*, »hinter den Waffen«).

³² Kaneko Kitamura: *Chikyû issû* (Ein Tritt gegen den Erdball), Tokyo 1930, S. 250-251.

³³ Sayoko Yoneda: Hiratsuka Raichô's idea of society: Nature, cooperation and self-government. In: Tomida; Daniels 2005, S. 21-39, hier: S. 31-33.

³⁴ Raichô Hiratsuka: *Hiratsuka Raichô chosaku shû*, Bd. 5, Tokyo 1984, S. 173-182, hier: S. 181-182. In der *Fujin Shibun* veröffentlichte Hiratsuka am 22. Juni 1930 »Unkraut in Kinutamura« zu ihren Ideen eines kooperativen Zusammenlebens. Dabei gehörten Geburtenkontrolle zur Begrenzung der Kinderzahl, Veränderung des Konsumverhaltens sowie eine gemeinsame Bewirtschaftung von Nutzräumen (z.B. Küchen) zusammen, um das Leben von Frauen zu verbessern. Hiratsuka 1984, S. 202-212, auch Raicho Hiratsuka: *In the Beginning, Woman Was the Sun. The Autobiography of a Japanese Feminist*. Translated with an introduction and notes by Teruko Craig, New York 2006. S. 306 (Nachwort der Übersetzerin); Moyako Orii/Hiroko Tomida: *Shin Fujin Kyôkai* (the Association of New Women) and the women who aimed to change society. In: Tomida; Daniels 2005, S. 232-257, hier: S. 235-236 (s. Anm. 4).

³⁵ In: Michael A. Schneider: Were women pan-Asianists the worst? Internationalism and pan-Asianism in the careers of Inoue Hideko and Inoue Masaji. In: Sven Saaler/J. Victor Koschmann (Hrsg.): *Pan-Asianism in modern Japanese History: Colonialism, regionalism and Borders*, London 2007, S. 115-130, hier: S. 121. Inoue: *Joshi kyôiku no dôkô*, *Kôa kyôiku* 3: 3 (Bildung zur Entwicklung Asiens 3: 3), 1944, hier: S. 19.

Bereits 1931 wurde die *Groß-Japanische Frauenvereinigung zur Nationalen Verteidigung* gegründet. 1937 traten die Ärztin Yoshioka Yayoi, Ichikawa Fusae und andere Frauen der *Zentralen Liga zur Nationalen Geistigen Mobilmachung des Volkes* bei. Wie Inoue Chizuko beschreibt, war dies eine Erneuerung feministischen Engagements, da für Frauen wie Ichikawa die politische Öffentlichkeit wichtig war.³⁶ Die Ärztin Yoshioka Yayoi reiste auf Einladung der Führerin der NS-Frauenschaft, Gertrud Scholtz-Klink (1902-1999), im Herbst 1939 nach Deutschland, um die *Einrichtungen der Gesundheitspflege von Müttern und Kindern* zu inspizieren.³⁷ Die Mobilisierung fand im Haushalt statt: Mitglieder der Frauenorganisationen, die 1942 unter dem Dach des *Groß-Japanischen Frauenverband* vereinigt wurden, besuchten Familien von Soldaten und unterwiesen diese in Haushaltsführung. Dabei sollte die Weiblichkeit von Japanerinnen weiterhin betont werden, jedoch ohne »gefährliche Gedanken« wie die des »Pazifismus« zuzulassen.³⁸ Die *Frauenvereinigung zur Landesverteidigung* (1932) gab unverheirateten Frauen die Möglichkeit, als Krankenschwestern zu arbeiten. Diese sprachen sich für die Einrichtung von sogenannten Troststationen aus, in denen Soldaten Prostituierte zur »Entspannung« zur Verfügung stehen sollten, um sie hygienisch und militärisch kontrollieren zu können.³⁹ In den besetzten Gebieten wurden Frauen unter militärischen Maßgaben entführt und zur Prostitution gezwungen.

Bereits 1937 wurde diskutiert, eine Wehrpflicht für Frauen einzuführen, jedoch wurden Frauen an der Waffe und in Uniform als eine Gefahr für das Familiensystem gesehen. Die lesbische Schriftstellerin Yoshiya Nobuko (1896-1973) reiste als Reporterin der Kaiserlichen Marine 1937 nach China und kommentierte für ihr japanisches Publikum, dass

³⁶ Ueno 2004, S. 24 (s. Anm. 5).

³⁷ Yayoi Yoshioka: *Furoku: Sono hi sono hi* (Kinkyô zuihitsu); (Anhang: Von einem Tag zum anderen (Essays über das gegenwärtige Befinden)). In: Hiroshi Kanzaki (Hrsg.): *Yoshioka Yayoi den* (Biografie von Yoshioka Yayoi), Tokyo 1989, S. 451-541, hier: S. 469. Ihren Lebenserinnerungen von 1941 sind die Beobachtungen zu den Organisationen der Frauen im NS-Staat als »Anhang: Von einem Tag zum anderen (Essays über das gegenwärtige Befinden)« beigegeben. Yoshioka musste am 2. September 1939 über Hamburg nach Kopenhagen flüchten, um von dort aus japanische Postschiffe für die übereilte Rückreise zu erreichen. Yoshioka 1989, S. 513. Inoue Hideko besuchte auf ihrer Reise 1937 ebenfalls die NS-Frauenschaft.

³⁸ Sabine Frühstück: *The Spirit to take a gun: Militarising gender in the Imperial Army*. In: Andrea Germer/Vera Mackie/Ulrike Wöhr: *Gender, Nation and State in modern Japan*, London/New York 2014, S. 163-179, hier: S. 168.

³⁹ Frühstück 2014, S. 171.

chinesische Studentinnen gegen Japan die Waffen ergriffen: »welches Blut fließt durch die Adern dieser Frauen, die Kinder töten, anstatt Ehefrauen und Mütter zu werden; diese Symbole des Lebens?«⁴⁰ Auch wenn in den Zeitungen der Armee bereits 1941 Bilder von jungen Frauen in Uniform und mit Gewehren auftauchten, wurde die allgemeine Mobilisierung erst im Juni 1945 verordnet.⁴¹ Die Trennung zwischen dem Staatsbürger in Uniform, ob er an der Front kämpfte oder nicht, und der Frau als »einzelne[m] nationale[m] Subjekt« (*hitori no kokumin*) sollte auch in Kriegszeiten formal aufrechterhalten werden.⁴²

Die Mobilmachung gab Feministinnen die Möglichkeit, sich für ihre Forderungen innerhalb staatlicher Organisationen einzusetzen. Ab 1941 wurden die Frauenvereinigungen zusammengelegt und unter die Kontrolle der Armee gestellt. Nach dem offenen Ausbruch des Krieges im Juli 1937 wurden Gesetze zum Schutz von Müttern und Kindern erlassen und damit einzelne Forderungen von Frauen wie Hiratsuka und Baroness Ishimoto Shidzue (1897-2001) nach Familienplanung umgesetzt.⁴³ Die Adlige Ishimoto trat für Geburtenkontrollen ein, um Arbeiter_innenfamilien davon abzuhalten, bei zu großer Kinderzahl zu verhungern und dem Staat billige Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen.⁴⁴ Das *Mutter und Kind Schutzgesetz* von 1938 sowie das *Nationale Eugenik Gesetz* von 1940 legten Beratungen für Heiratswillige, Sterilisationen für Menschen mit Erbkrankheiten und eingeschränkte Zugänge zu Verhütung fest. Japanische Frauen sollten als (zukünftige) Mütter von Kriegshelden behandelt und geschützt werden, weswegen der Zugang zu Abtreibung und Verhütung eingeschränkt wurde. In den besetzten Gebieten in Asien jedoch wurden die »Trösterfrauen«⁴⁵ strengstens kontrolliert, um

⁴⁰ Nobuko Yoshiya: *Senka no hokushi Shanghai wo iku* (Ins kriegsversehrte Shanghai reisen). 1937, Tokyo 2002, S. 158.

⁴¹ Frühstück 2014, S. 175 (s. Anm. 37).

⁴² Ueno 2004 (s. Anm. 5), S. 48; Frühstück 2014, S. 168 (s. Anm. 37).

⁴³ Takeo Shibara: *Japanese Women and the transnational feminist movement before World War II*, Philadelphia 2014, S. 82-102.

⁴⁴ Ishimoto Baroness Shidzue: *Facing two ways: The story of my life*, 1935, Sôsho Joseiron 34 (Bücherei: Abhandlungen über Frauen Bd. 34). Hrsg. von Tomoko Yamazaki, Tokyo 1997, S. 163.

⁴⁵ Der Begriff *jûgun chian fu* (Frauen, die zum Trost der Armee folgen) ist ein zynischer Euphemismus für die Frauen, die für den »Trost und Komfort« von Soldaten der kaiserlichen Armee während des Angriffskrieges in Südost- und Ostasien benutzt wurden. Die Frage, ob es sich dabei um Prostituierte handelte und diese überhaupt hätten freiwillig arbeiten können, beschäftigt die Geschichtswissenschaft seit dem Ende des Krieges. Den Kriegsalltag von sexualisierter Gewalt und

die Ansteckungsgefahr bei Soldaten zu minimieren. Dies wiederum galt dem Schutz der eigenen Frauen, die durch die heimkehrenden Soldaten infiziert werden könnten.⁴⁶ Hiratsukas Vorstellung, dass der Schutz der Mutterschaft eine öffentliche und soziale Aufgabe sei, fand hierin ihre Umsetzung.

Staatsbürgerinnen-Werdung

Bürokraten des japanischen Bildungsministeriums hatten den Einzug von Frauen in die Kriegsindustrie in Europa und den USA beobachtet, und die Teilnahme an Konferenzen zeigte Frauen wie Inoue Hideko, dass die Unterstützung militärischer Ambitionen des Staates zu mehr politischer Teilhabe führen kann.⁴⁷ Die ökonomischen Veränderungen nach dem Ersten Weltkrieg führten zu einer Neubewertung der Rolle der »Haushälterin«, welche die Familie und den Haushalt verwaltete.

Während des zweiten Chinesisch-Japanischen Krieges 1937-1945 trat die Küche endgültig aus dem privaten Bereich heraus. Der Krieg brauchte die Nationalisierung der Frauen (*josei no kokumin-ka*).⁴⁸ In der öffentlichen Wahrnehmung hatten Frauen wie Inoue Hideko ihre Forderung nach der Anerkennung der Rolle der Ehefrau und Mutter erreicht. Ihre Mitarbeit war damit mobilisiert, ohne dass wirklich eine rechtliche Gleichstellung geschehen wäre.

Einer solchen Einbindung entzogen sich nur wenige Anarchistinnen wie Kanno Sugako (geboren 1881, hingerichtet 1911) oder Kaneko Fumiko (geboren 1903, Suizid im Gefängnis 1926), deren Kampf sich gegen den *Tennô* als Verkörperung des modernen Japans richtete.⁴⁹ Die Sozialistin Baroness Ishimoto Shizue wurde 1937 verhaftet und ihre Kli-

Zwangsprostitution machten die koreanischen Überlebenden Anfang der 1990er Jahre öffentlich. Ueno 2004, S. 80-91 (s. Anm. 5); Ueno 1998, S. 113-128 (s. Anm. 5); Chunghee Sarah Soh: Military prostitution and women's sexual labour in Japan and Korea. In: Ruth Barralough/Elyssa Faison (Hrsg.): Gender and Labour in Korea and Japan: Sexing class, London/New York 2009, S. 44-59.

⁴⁶ Ueno 2004, S. 20-21 (s. Anm. 5).

⁴⁷ Shizuko Koyama: Domestic roles and the incorporation of women into the nation-state: The emergence and development of the »good wife, wise mother« ideology. In: Germer/Mackie/Wöhr 2014, S. 85-100, hier: S. 92-93 (s. Anm. 37).

⁴⁸ Ueno 2004, S. 59 (s. Anm. 5).

⁴⁹ Michiko Mae: The nexus of nation, culture and gender in modern Japan: The resistance of Kanno Sugako and Kaneko Fumiko. In: Germer/Mackie/Wöhr 2014, S. 68-84 (s. Anm. 37); Fumiko Kaneko: The Prison Memoirs of a Japanese Woman, Ar-

nik für Familienplanung als Gefahr für den »Volkskörper« (*kokutai*) geschlossen. Danach zog sie sich politisch zurück, um ökonomisch zu überleben. Sie heiratete 1944 in zweiter Ehe den inhaftierten Vorsitzenden der Proletarischen Partei, Katô Kanjû (1892-1978). Ab dem 10. April 1946 saß sie als eine der ersten Frauen im japanischen Parlament. Die Sozialistische Partei Japans vertrat sie ab 1950 24 Jahre lang im japanischen Oberhaus. Ichikawa Fusae wurde 1946 mit einem Berufsverbot belegt, jedoch setzten sich Japanerinnen für sie ein, denn ihr hätten sie schließlich das Wahlrecht zu verdanken.⁵⁰ Am 25. August 1945, zehn Tage nach der Kapitulation, gründete sie mit anderen Aktivistinnen für das Frauenwahlrecht das Komitee für Nachkriegspolitik, um die rechtliche Gleichstellung und das Wahlrecht zu fordern. Da sie bis 1947 nicht im Parlament vertreten waren, konnten sie für sich geltend machen, nicht an politischen Entscheidungen beteiligt gewesen zu sein.⁵¹

Die Staatsbürgerinnenwerdung war nur durch die Verstaatlichung des Körpers, der Reproduktionsfähigkeit und der Sexualität von Frauen zu erreichen. Da sie ihren Platz in der Kriegsgesellschaft fanden, waren viele Frauenrechtlerinnen nach dem Krieg nicht bereit, ihren Beitrag im Krieg und Imperialismus zu reflektieren. Der Historiker Inoue Hiyoshi bezeichnete 1955 in seiner *Geschichte der japanischen Frauen* die Ausdifferenzierung der Kämpfe der 1920er Jahre als ein Versagen der frühen Feministinnen, denn Frauen würden aufgrund ideologischer Differenzen nicht kooperieren können.⁵² Ichikawa Fusae schrieb in *Materialsammlung zur Frauenfrage in Japan*, dass der Kampf um das Stimmrecht die Frauen vereine. Die einzelnen Gruppen kämpften gemeinsam gegen Bestrebungen, Frauen das Wahlrecht vorzuenthalten, deswegen schlossen sie sich nach 1931 auch miteinander zusammen, jedoch nicht mit anderen politischen Akteur_innen.⁵³ »[Die Bewegungen zur Erlangung des Frauenwahlrechts] wandelten die Kriegskunst selbsttätig ab«, um eine

monk, New York 1991; Mikiso Hane: *Peasants, rebels, women and outcasts: The underside of modern Japan*. 2nd edition, Lanham/Boulder/New York/Oxford 2003.

⁵⁰ Molony 2005, S. 58 (s. Anm. 4). Molony bezeichnet Ichikawa als Pragmatikerin, der es um die politische Partizipation von Frauen ging, weswegen sie sich ihre Mitstreiter_innen aus allen politischen Lagern suchte. Vgl. Kumiko Shindo: *Ichikawa Fusae to »Dai Dô-A Sensô«: Feminisuto wa sensô dô ikitaka*. Ichikawa Fusae and Her War Time Experiences Reconsidered, Tokyo 2014, S. 22-23.

⁵¹ Sally Ann Hastings: *Women's professional expertise and women's suffrage in Japan, 1868-1952*. In: Germer/Mackie/Wöhr 2014, S. 180-197, hier: S. 191 (s. Anm. 37).

⁵² Molony 2005, S. 61 (s. Anm. 4).

⁵³ Fusae Ichikawa: *Nihon Fujin mondai shiryô shûsei*, Bd. 2, Tokyo 1977, S. 2.

Bewegung des Volkes zu werden. Damit erklärt Ichikawa im Nachhinein, warum eben jene Frauenbewegung nicht die Anti-Kriegspolitik der verfolgten Kommunist_innen und Sozialist_innen unterstützte.⁵⁴

Bereits vor 1900 waren Frauen wie Kishida Toshiko und die christliche Reformbewegung, die die patriarchalen Strukturen von Staat und Familie thematisierten, aktiv. Jedoch zogen sie sich unter dem staatlichen Druck ins Private zurück. Frauen wie Hiratsuka fanden ihre politischen Stimmen erst, als sie sich mit der Generation vor ihnen auseinandersetzten. Die Sozialistin Fukuda Hideko (1865-1927) erinnerte sich 1904 in ihrer Autobiografie, wie Kishida von den »gleichen naturgegebenen Menschenrechten für Männer und Frauen« sprach.⁵⁵ Ihre Politisierung zur Sozialistin begann nach der Ausrufung der Verfassung, nachdem sich die Vertreter der Bewegung für Bürger- und Menschenrechte ins Parlament hatten wählen lassen und damit die Forderungen nach Teilhabe für einige Männer erst einmal erfüllt zu haben schienen. Frauen wie Fukuda waren nicht in der Bewegung aktiv. Die Anarchistin Kanno Suga wurde in der christlichen Reformbewegung politisiert und im selben Freund_innenkreis wie Fukuda gegen das Kaisersystem radikalisiert, doch waren die Kooperationen bis nach dem Ersten Weltkrieg temporär und durch die häufigen Razzien prekär.⁵⁶ Der Kampf um das Wahlrecht vereinte die Frauen unabhängig von ihrer politischen Herkunft. In dem System der staatlichen und polizeilichen Kontrolle schufen sich Frauenrechtlerinnen Strukturen, um ihre eigenen politischen Ziele zu verfolgen und Materialien für eine Frauengeschichte zu sammeln. Dafür nahmen sie die sexualisierte Gewalt an Frauen in den Kriegsgebieten in Kauf. Kishida hatte bereits in den 1880er Jahren die Familie als Gefängnis für Frauen beschrieben und damit jüngere Feministinnen beeinflusst. Im Krieg nutzten diese die von ihnen verabscheute Institution, um sich als Ehefrauen und Mütter politisch Gehör zu verschaffen. Hiratsuka Raichô heiratete 1941 ihren deutlich jüngeren, 20-jährigen Partner, damit ihr Sohn in China unter dem Namen des Vaters kämpfen durfte. Um Staatsbürgerinnen zu werden, wollten sie wie die Männer die Nation im Eroberungskrieg unterstützen.

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ Hideko Fukuda: *Warawa no han-shôgai* (Mein halbes Leben). 1904, Tokyo 1958, S. 15.

⁵⁶ Sievers 1983, S. 145 (s. Anm. 15).

Kai Linke

Glossing over the Racist Bits

Alison Bechdel's *Dykes To Watch Out For* as a Post-Racial Vision of Lesbian Community

»A Unique Historical Documentation of Lesbian Cultural and Political History«

Alison Bechdel is one of the, if not *the*, most well known queer comic artist(s) in the U.S. She achieved crossover-appeal and mainstream fame with the 2006 publication of her *New York Times* bestselling graphic memoir *Fun Home: A Family Tragicomic*. In lesbian circles, however, Bechdel had already been well known for decades for her bi-weekly comic strip *Dykes To Watch Out For* (*Dykes*), which follows a fictional group of progressive, left-leaning lesbians in an unnamed Midwestern town from 1983 to 2008. *Dykes* was syndicated in dozens of (mostly gay and lesbian) newspapers and was also published in book form. It is difficult to overstate the subcultural importance of this comic strip, which, according to Robin Bernstein, »enter[ed] the bloodstream of lesbian culture and achieve[d] icon status.«¹

When Bechdel first started drawing *Dykes*, there were almost no other visual representations of lesbians available. In order to remedy this situation, Bechdel set out to »name the unnamed. Depict the undepicted!«² Accordingly, despite its clearly fictional character, *Dykes* strove for a certain measure of verisimilitude which led to a near consensus among commentators that *Dykes* does, indeed, feel »real«. Rebecca Beirne, for example, reads *Dykes* as »a unique historical documentation of lesbian cultural and political history«³ and Briana Smith writes that *Dykes* »encapsulates lesbian thought and culture so accurately that these books serve as much-needed historical texts for the queer community. Alison

¹ Robin Bernstein: Where Women Rule. In: Harvard Gay and Lesbian Review, Vol. 1, No. 3, 1994, p. 20-23, here: p. 20.

² Alison Bechdel: The Indelible Alison Bechdel. Confessions, Comix, and Miscellaneous Dykes To Watch Out For, Ithaca 1998, p. xiv.

³ Rebecca Beirne: Lesbians in Television and Text after the Millennium, New York 2008, p. 168.

Bechdel's dykes seem real to us because they are us.«⁴ Bechdel's »traditionally representational visual style«⁵ makes it easy to read *Dykes* as an accurate historical record. Also, »the inclusion of background materials such as newspaper headlines, radio and television programs [...] creates a pictorial record of lesbian texts, trends in gay and lesbian magazines, mainstream attitudes, and political debates«⁶ which serves to encourage readings of *Dykes* as historical archive.

In this paper, I will read *Dykes* from my own perspective as a white, queer person from Germany who is familiar with and has at times been a part of queer communities in the U.S. I will argue that *Dykes*'s portrayal of race relations within the lesbian community is, in fact, very far from historically accurate. While *Dykes* acknowledges that racism is a pervasive reality in the U.S., it simultaneously creates a white fantasy of a multi-racial lesbian community entirely untouched by racism. I will also argue that *Dykes* thus allows its white, lesbian readers, who tend to believe in the accuracy of the strip's non-racist fantasy, to feel innocent, benevolent, and good without having to grapple with the ways in which white lesbians benefit from racism, perpetuate it both inside and outside of queer communities, and are responsible for dismantling it. This self-perception, in turn, stands in the way of white lesbians' participation in the development of intersectional, anti-racist, queer politics.

Armchair Anti-Racism and Its Shortcomings

On a surface level, *Dykes* is both racially diverse and aware of the pervasive racism that structures life in the U.S. With a cast that is majority white, but includes several Black characters, a few Latinxs,⁷ a couple of Asian Americans, and one Arab American, who are all portrayed in largely non-stereotypical ways, Bechdel, who is white, does indeed attempt to represent »all the factions as a multicultural multiplicity of

⁴ Briana Smith: Watch Out! Alison Bechdel's Comics as Cultural Commentary. In: *Feminist Collections*, Vol. 25, No. 2, 2004, p. 1-6, here: p. 1.

⁵ Kathleen Martindale: Back to the Future with *Dykes To Watch Out For* and *Hothead Paisan*. In: Id. (ed.): *Un/Popular Culture. Lesbian Writing After the Sex Wars*, Albany 1997, p. 55-76, here: p. 72.

⁶ Beirne 2008, p. 168 (see note 3).

⁷ The x is used by many Latinx-identified people to indicate people of all genders.

lesbian diversity«. ⁸ These diverse characters are well aware that »[t]his country is *built* on racism«, ⁹ that there are »intersections of race and class«, ¹⁰ and that racism is systemic in that it exists both on a cultural and an institutional level. ¹¹

However, when it comes to the (inter)personal level, this systemic racism has surprisingly few effects on the central characters. None of the People of Color ¹² in *Dykes* experience any material disadvantages that could be attributed to racism. Even though »the median net worth of whites in 1995 was 8 times that of blacks, and the income ratio was 4 to 1«, ¹³ virtually all People of Color in *Dykes* are economically successful and upwardly mobile, and even appear financially secure when they are temporarily unemployed. Also, even though, as of 2004, »many studies have [...] shown that black and Hispanic households are dealt with less favorably than majority whites at each stage of the process [of becoming homeowners], from locating to acquiring to financing housing«, ¹⁴ five People of Color in *Dykes* are rather effortlessly able to buy their own houses, with two of them even moving from a more racially diverse neighborhood to the much whiter suburbs without race ever being a serious issue.

Conversely, the white characters in *Dykes* are also portrayed as not benefiting from white privilege, i.e. the »invisible [to white people] package of unearned assets« ¹⁵ that racism affords white people on a daily

⁸ Kathleen Martindale: *Un/popular culture. Lesbian writing after the sex wars*, New York 1997, p. 62.

⁹ Alison Bechdel: *Spawn of Dykes To Watch Out For*, Ann Arbor 1993, p. 30. Emphasis bold in the original, italics here.

¹⁰ Id.: *The Essential Dykes To Watch Out For*, New York 2008, p. 337.

¹¹ See Valerie Batts: *Is Reconciliation Possible? Lessons from Combating »Modern Racism«*. In: Ian T. Douglas (ed.): *Waging Reconciliation. God's Mission in a Time of Globalization and Crisis*, New York 2002, p. 35-75 for a description of the different levels of racism.

¹² I capitalize terms such as »People of Color« or »Black« to indicate that these are political self-definitions, *not* descriptions of skin-color or other physical features.

¹³ Lauren J. Krivo/Robert L. Kaufman: *Housing And Wealth Inequality. Racial-Ethnic Differences In Home Equity In The United States*. In: *Demography*, Vol. 41, No. 3, 2004, p. 585-605, here: p. 587.

¹⁴ *Ibid.*, p. 585.

¹⁵ Peggy McIntosh: *White Privilege and Male Privilege. A Personal Account of Coming to See Correspondences Through Work in Women's Studies*. In: Michael S. Kimmel/Abby L. Ferber: *Privilege. A Reader*, Boulder 2003, p. 147-160, here: p. 148.

basis. None of the white characters own the houses they live in and for years on end, three of them work at a lesbian-feminist bookstore (owned by a Black lesbian) for low pay and no benefits. *Dykes* not only portrays the central white characters as not privileged but actually explicitly portrays them as *less* successful and *less* financially secure than their Friends of Color. As Mo, the white character around whom the entire strip revolves, says about two of her best friends, a Black woman and a Latina woman, »It's getting really hard to take! Their tenth anniversary, their hotshot careers, a baby coming. *Now* they're shopping for a *station wagon*. And lookit *me!* Broke, jilted, dusting shelves all day and going home to my cats at night«. ¹⁶

While all characters experience heterosexism in their personal lives on a more or less regular basis (they cannot legally get married; their parents, neighbors, teachers, classmates are heterosexist; their lesbian-feminist bookstore becomes the target of a hate crime; etc.), the People of Color almost never experience any overt racism on an interpersonal level. Even though they occasionally refer rather generally to the difficulties they face as Women of Color, these difficulties are only concretely depicted in a handful of instances.

On the flip-side, the central white characters never do or say anything that is outright racist. They only get close on two occasions when Mo's Black lover, Clarice, is annoyed by her »white guilt« ¹⁷ and when her white friend Lois is criticized by her Black housemate Ginger for wearing a Malcolm X baseball cap for fashion purposes only. ¹⁸ This portrayal of white lesbians as almost entirely non-racist is symptomatic for a general tendency in white, queer circles, where »white queers are at times seemingly placed outside of oppression«. ¹⁹ Late in the series, Bechdel introduces Cynthia, a white lesbian, who is not only openly racist but also the only conservative, republican, evangelical character in this dyke universe. Politically, she stands for everything the other characters abhor, thus making her the ideal foil on which to displace racism in the queer community while maintaining the illusion that lesbians like her are the exception that prove the rule of progressive lesbians' non-racism.

¹⁶ Bechdel 2008, p. 98. Emphases bold in the original, italics here (see note 2).

¹⁷ Id.: *Unnatural Dykes To Watch Out For*, Ann Arbor 1995, p. 122.

¹⁸ Id.: 1993, p. 58f. (see note 9).

¹⁹ Damien W. Riggs: *Priscilla, (White) Queen of the Desert. Queer Rights/Race Privilege*, New York 2006, p. 9.

White lesbians in *Dykes* are not only not racist, they are depicted as racially aware allies to their Friends of Color. Whenever a white person outside of their circle says or does something racist or when they witness racism in current political events, the central white characters can immediately spot the problem and step in to support the perspectives of their Friends of Color. As »good white people« they are an equal and unquestioned part of the anti-racist lesbian »we« that *Dykes* constructs.

Dykes's understanding of racial regimes in the U.S. in general and in the lesbian community in particular is common not only in white, queer contexts, but in white, progressive circles more generally. I use the term *armchair anti-racism* to capture this curious split between an awareness of the general existence and systemic nature of racism in society and an apparent inability_unwillingness_refusal to fathom that the same systemic racism that is at work »out there« also has consequences »in here« – in the queer community, in the lives of my Friends of Color, in my own life – and that as a white, queer person I might not only benefit from racism, but actually be responsible for its active perpetuation. Armchair anti-racism is not post-racial²⁰ per se in that it does perceive racism's continuing importance in structuring society. However, it does partake in post-racial logics because it denies the existence of racism in queer, progressive, alternative, leftist etc. spaces and imagines that a state of post-raciality has already been achieved within these spaces.

Even though *Dykes's* (presumably) white commentators almost unanimously agree that Bechdel's depiction of a post-racial lesbian community feels historically and culturally accurate to them, it has been pointed out that representations such as Bechdel's armchair anti-racism do not adequately reflect racial regimes in U.S. queer communities. Suleimon Giwa and Cameron Greensmith interviewed queer People of Color in Toronto in 2012 and found that »participants questioned the meta-narratives of the accommodating, diverse, racially integrated, and inclusive community promulgated by the majority gay White men and women«. ²¹ Contrary to *Dykes's* portrayal of a harmonious, non-racist, multicultural lesbian community, Giwa's and Greensmith's review

²⁰ For a description and critique of the ideology of post-raciality, see, for example, Sherrow O. Pinder: *Colorblindness, Post-raciality, and Whiteness in the United States*, New York 2015.

²¹ Suleimon Giwa/Cameron Greensmith: *Race Relations and Racism in the LG-BTQ Community of Toronto. Perceptions of Gay and Queer Social Service Providers of Color*. In: *Journal of Homosexuality*, Vol. 59, No. 2, 2012, p. 149-185, here: p. 170.

of existing research in the U.S. and Canada suggests that »racism and discrimination within White LGBTQ communities negatively affect people of color. Likewise, these findings imply that race relations between Whites and non-Whites are fraught with tension and ambivalence.«.²² Ian Barnard also attests that there is a »well-documented history of racism in the lesbian and gay movement«.²³

It is precisely because of this racism that most queer spaces in the U.S. have not, in fact, been as multi-racial as *Dykes* and its white readers would like to believe: »There are no signs designating ›white only‹, yet white lesbians and gay men almost exclusively hold the reins of leadership and dominate the membership of most all gay organizations – political clubs, churches, publications, athletics, professional associations, and businesses.«²⁴ As recently as June 2015, an internal report about the state of diversity at the Human Rights Campaign, which is currently the largest LGBT rights organization in the U.S., revealed that the organization is not only 70% white, but also concentrates power in the hands of white people to such an extent that it was described as a »white men’s club«²⁵ by employees.

Whereas *Dykes* portrays (almost) all white lesbians as »good white people« and displaces racism either to the reactionary margins of the lesbian community or entirely outside of it, Zeus Leonardo reminds white people that »white domination is [...] constantly reestablished and reconstructed by whites *from all walks of life* [...] it is not solely the domain of white supremacist groups. It is rather the domain of average, tolerant people, of lovers of diversity, and of believers in justice.«²⁶ Concomitantly, white queers can also not opt out of receiving the benefits of white privilege. Damien W. Riggs puts it succinctly: »being queer does

²² *Ibid.*, p. 169f.

²³ Ian Barnard: *Queer Race. Cultural Interventions in the Racial Politics of Queer Theory*, New York 2004, p. 3.

²⁴ Trinity A. Ordon: *The Challenges Facing Asian and Pacific Islander Lesbian and Bisexual Women in the U.S. Coming Out, Coming Together, Moving Forward*. In: Sharon Lim-Hing (ed.): *The Very Inside. An Anthology of Writing by Asian and Pacific Islander Lesbian and Bisexual Women*, Toronto 1994, p. 384-390, here: p. 384.

²⁵ Jorge Rivas: *After damning diversity report, Human Rights Campaign says it’s proud of staff*, <http://fusion.net/story/144918/human-right-campaign-says-its-proud-of-70-percent-white-staff/> (7.11.2015).

²⁶ Zeus Leonardo: *The Color of Supremacy. Beyond the Discourse of »White Privilege«*. In: *Educational Philosophy and Theory*, Vol. 36, No. 2, 2004, p. 137-152, here: p. 143. Emphasis in the original.

not place white queers outside of whiteness, nor does it stop white queers from benefiting from unearned privilege.«²⁷

Being queer also does not suddenly give white people the »epistemic privilege«²⁸ we otherwise lack. Queer white people still »lack critical abilities«²⁹ when it comes to understanding the reality of racism. *Dykes's* portrayal of white lesbians as completely safe, racially aware allies to Lesbians of Color denies white people's lack of critical understanding and erases how many People of Color have »associated whiteness with the terrible, the terrifying, the terrorizing«.³⁰ As bell hooks writes: »If the mask of whiteness, the pretense, represents it as always benign, benevolent, then what this representation obscures is the representation of danger, the sense of threat.«³¹

It is, perhaps, unsurprising that the »mask of whiteness, the pretense« of *Dykes's* armchair anti-racism is so attractive to many white people that they accept it as truth. In Gloria Anzaldúa's observation, both white women and Women of Color »want so badly to move beyond Racism to a ›postracist‹ space, a more comfortable space«.³² For white people, in particular, it is tempting to believe that a general awareness of the existence of racism will immediately transform us from beneficiaries and perpetrators of racism into innocent, trusted allies of People of Color. As Audrey Thompson states: »Although we can acknowledge white racism as a generic fact, it is hard to acknowledge as a fact about ourselves. We want to feel like, and to be, good people. And we want to be *seen* as good people.«³³ For white lesbians, *Dykes* offers exactly the desired affirmation that our queerness all but guarantees that we are good, innocent people, whose racial awareness elevates us above other, less »enlightened«, »bad« white people.

²⁷ Riggs 2006, p. 95 (see note 19).

²⁸ Sarah Lucia Hoagland: Denying Relationality. Epistemology and Ethics and Ignorance. In: Shannon Sullivan/Nancy Tuana (ed.): Race and Epistemologies of Ignorance, Albany 2007, p. 95-118, here: p. 112.

²⁹ Ibid. Emphasis in the original.

³⁰ bell hooks: Black Looks. Race and Representation, Boston 1992, p. 170.

³¹ Ibid., p. 175.

³² Gloria Anzaldúa: Hacienda caras, una entrada [1990]. In: AnaLouise Keating (ed.): The Gloria Anzaldúa Reader, Durham 2009, p. 124-139, here: p. 132.

³³ Audrey Thompson: Tiffany, Friend of People of Color. White Investments in Antiracism. In: International Journal of Qualitative Studies in Education, Vol. 16, No. 1, 2003, p. 7-29, here: p. 8. Emphasis in the original.

Political Consequences

Interpreting the world and one's place in it within the framework of armchair anti-racism has several political consequences that are beneficial for white people while at the same time precluding possibilities for intersectional anti-racist politics. Bechdel herself sees *Dykes* as part of a broadly intersectional lesbian movement: »[S]ex was merely the tip of the lesbian iceberg. What lurked beneath was a worldview, an entire logical system in which homophobia was inextricably linked to sexism and racism and militarism and classism and imperialism. [...] And the beauty of it was this: That in order to address any one of these problems, we needed to address them all.«³⁴ It might be precisely because of these high standards that the political consequences of *Dykes's* armchair anti-racism become noticeable within the comic itself. On a very basic level, the armchair anti-racism in *Dykes* leads to a downplaying of the significance of racism. As Gabrielle N. Dean notes, »while Mo and her cohorts express their dismay at racist atrocities [...], conflict among them generally concerns personal relationships independent of socially constructed differences – the house is messy, someone is grumpy, girlfriends are arguing.«³⁵ There is indeed a noticeable pattern in *Dykes*, where time and again concerns about racism are portrayed as a diversion from the »real« issues at hand, with the »real« issues often being anxieties around relationships and intimacy.

In »High Anxiety«, a typical strip displaying this pattern, Mo is worried about her combined lack of a girlfriend and of a job. During a dinner with Clarice and Toni, instead of talking about concrete steps she could take to address her personal problems, she goes off on a long rant about all the evils of the world, including racism. The strip ends with Clarice commenting: »If I weren't *so principled*, I'd say it's high time she got herself a *girlfriend!*«³⁶ The strip works on several levels. Visually, it contains an indictment of the ineffective self-absorption inherent in Mo's political ranting. The dinner begins with an eye-level frontal shot

³⁴ Alison Bechdel: *Dykes and Sundry Other Carbon-Based Life-Forms To Watch Out For*, Los Angeles 2003. The quote is from the non-paginated author's introduction.

³⁵ Gabrielle N. Dean: The »Phallacies« of Dyke Comic Strips. In: Thomas Foster/Carol Siegel/Ellen E. Berry (ed.): *The Gay '90s: Disciplinary and Interdisciplinary Formations in Queer Studies*, New York 1997, p. 199-223, here: p. 213.

³⁶ Alison Bechdel: *More Dykes To Watch Out For*, Ithaca 1988, p. 37. Emphases bold in the original, italics here. See also image 1.

of Mo, Clarice, and Toni at the dinner table with all three of them taking up equal amounts of space. Spatially, this shot suggests that they are having a calm conversation in which they all take an equal part. When Mo starts her rant, she is suddenly in the foreground with the viewer seeing her from a point behind and above her left shoulder. Over the next five panels, the reader's point of view moves around Mo in a full circle, mirroring on a visual level that, in all her ranting, Mo only revolves around herself in endless circles, never actually getting anywhere. For three panels, Clarice and Toni also disappear completely from view with Mo taking up the entire conversational space. The narrator thus delivers a wordless critique of Mo's sudden burst of political fervor as being neither about the issues she mentions nor the people she is with, but only about Mo herself.

While the strip thus contains a critique of ineffective, white anti-racism, it also treats Mo's concern for racism like a joke. Mo's concern for racism is funny because it is an almost pathological symptom of her repressed, over-anxious personality and because her political analyses are true, but out of place. As incongruity theory explains, »humor emerges from the sudden perception of an incongruity, or the ›bisociation‹ of two contrasting frames of reference«. ³⁷ Many of the racial analyses in *Dykes* are attempts to divert attention from one frame of reference (the (inter-)personal) to another frame of reference (the political). Both of these frames of reference are congruent and valid in and of themselves. However, because they are completely unrelated in these strips, their juxtaposition creates the incongruity that is necessary for humor to emerge. Using politics in this way to make a joke about Mo's social awkwardness makes light of the seriousness of the political issues she mentions and suggests that they are not worthy of attention in and of themselves, but only as the setup for a completely unrelated joke. The (relative) lack of importance accorded to the concrete issues Mo mentions is further underscored in »High Anxiety« by the fact that Mo's search for a girlfriend and a job are part of her ongoing story line while the issues she brought up during her rant are never mentioned again.

Additionally, the significance of racism in *Dykes* is downplayed by leaving many of the most poignant strips about race out of *The Essential Dykes To Watch Out For* collection that compiled 390 of the 527 *Dykes*

³⁷ Elisabeth El Refaie: The Pragmatics of Humor Reception. Young People's Responses to a Newspaper Cartoon. In: *Humor*, Vol. 24, No. 1, 2011, p. 87-108, here: p. 90.

strips in one volume. There is literally no hint of racial conflict in the lesbian community left in the only collection of *Dykes* strips that is currently still in print. The decision as to which strips would be included was probably often based on whether or not a certain strip was part of a continuing storyline. However, even if that was the decisive criterion, it still shows that race and racism were not as seamlessly integrated into the storyline as other issues. Dealing with race and racism is not something that is woven into the everyday fabric of the characters' lives but is something that happens only every now and then on special occasions.

With the importance of racism thus minimized, it is hardly surprising that even though the characters participate in »rallies, marches, and protests as regularly as breathing«,³⁸ almost none of their explicitly political activities have anything to do with racism. In a strip called »Modes of Resistance«, Thea, a white lesbian, claims that there is a shared anti-racist, feminist »we« in *Dykes* that has collectively »[c]onfront[ed] harassers. Picket[ed]. Boycott[ed]. Do[ne] anti-racism work. Fund[ed] women candidates ...«³⁹ However, there is, in fact, no anti-racist »we« in *Dykes* because there is almost no anti-racist activism. *Dykes* thus vividly illustrates how the white queer fantasy of a post-racial queer community can lead to a de facto abandonment of struggles for racial justice, even if an allegiance to these struggles is theoretically proclaimed.

It is particularly striking that not only white lesbians but also Lesbians of Color are portrayed as being almost exclusively concerned with issues of sexuality and gender. There is a long storyline, for example, about Toni's fight for equal marriage. While her Puerto Rican identity and her positionality as a Latina in the mainland U.S. seem to be of no consequence or political interest to her, her lesbian identity propels her to dedicate all of her free time to fighting for, as Chandan Reddy put it, »the right to make contracts for that which queers of color do not have – such as inheritance, patrimony, property, autonomous personhood, and land«. ⁴⁰ Toni's portrayal as a racially neutralized activist for gay and lesbian rights is in line with Anzaldúa's observation that many white feminists »want to minimize racial difference by taking comfort

³⁸ Deb Shoss: Review Essay. Hilarity and Truth; the Fiction of Alison Bechdel. In: *The Lesbian Review of Books*, Vol. 1, No. 3, 1995, p. 5.

³⁹ Alison Bechdel: *Dykes To Watch Out For, The Sequel*, Ann Arbor 1992, p. 97.

⁴⁰ Chandan Reddy: *Freedom with Violence. Race, Sexuality and the U.S. State*, Durham 2011, p. 211.

in the fact that we are all women and/or lesbians and suffer similar sexual-gender oppressions«. ⁴¹

Dykes not only buys into the myth that white lesbians and Lesbians of Color share similar oppressions, however. By making Toni the standard bearer for marriage equality and by portraying her and Clarice (a Black woman) as the most assimilated couple in the *Dykes* universe, Bechdel also positions Lesbians of Color as the frontrunners of homonormativity⁴² and single-issue politics. As Dean Spade analyzes, these politics for inclusion into a nation state that continues to exploit and oppress People of Color and Indigenous people both domestically and globally »primarily operates to restore privileges of the dominant systems of meaning and control to those gender-conforming, white, wealthy gay and lesbian US citizens who are enraged at how homophobic laws and policies limit access to benefits to which they feel entitled. Advocates of single issue politics seek to restore the ability of wealthy gay and lesbian couples to inherit from each other with limited taxation, to share each other's private health benefits, to call on law enforcement to protect their property rights, and other such privileges of whiteness and wealth.«⁴³ By displacing the responsibility for homonormative politics onto Lesbians of Color, *Dykes* puts the machinery of power on its head. It pretends that queer People of Color are offered the same access to inclusion into wealth and privilege as white queer people and that they are equally eager to become »good« U.S. citizens, even though, as Reddy asserts, »racial cruelty [...] is inextricable from the nation's material conditions of possibility and the set of institutions that reproduce the state form«. ⁴⁴

This portrayal allows white queer people to abdicate our responsibility for the prevalence and the effects of homonormative politics. If there is no alternative to assimilation and inclusion, as *Dykes* would have us believe, then white queer people are the victims, not the instigators, of a development that lies outside of our control. Since People of Color are the most active proponents of homonormative politics in *Dykes* and are also the most fully assimilated into the mainstream, white people are not only positioned as victims but as *righteous* victims who are

⁴¹ Anzaldúa 1990, p. 131 (see note 32).

⁴² For the concept of homonormativity, see Lisa Duggan: *The Twilight of Equality. Neoliberalism, Cultural Politics, and the Attack on Democracy*, Boston 2003.

⁴³ Dean Spade: *Normal Life. Administrative Violence, Critical Trans Politics, and the Limits of the Law*, Brooklyn 2011, p. 160f.

⁴⁴ Reddy 2011, p. 46 (see note 40).

still resisting when others have already given in. Conveniently, this portrayal lets white queer people imagine that our invitation into the mainstream is equally extended to all queer people and comes at no cost to anyone. It thus obscures the white interests at the heart of homonormative politics and lets white queer people's participation in these politics appear innocuous and innocent.

By allowing white queer people to imagine that the offer of inclusion is all encompassing, *Dykes* also neglects the resistant potential of those who continue to be excluded. As Reddy puts it: »As historically excluded racialized sexual formations enter institutional domains and political life, inevitably forcing a future resignification of the norms that organize those domains, they reveal the limits of the historical and social discourses that seek to tame or hide their disruptive and non-analogous elements. As these discourses seek to translate what they necessarily excluded into their own terms, that translation leaves a racialized remainder. Though these remainders are subject to immense institutional and social violence, since they threaten the veracity of a present social order, they are also what haunts the felicity of inclusion.«⁴⁵ *Dykes's* harmonious vision of a post-racial lesbian community that is inevitably pulled into the mainstream is part of those very discourses that hide the fact that there actually are »disruptive and non-analogous elements«. *Dykes* erases the »racialized remainder« by portraying middle-class Queers of Color as fully included while banishing the poor, the Indigenous, and those without U.S. citizenship from its pages. The »felicity of inclusion« in *Dykes* is unhaunted and therefore impossible to challenge. *Dykes* effectively silences »race as that which remains our conditions of possibility for cultivating alternative trajectories of modernity«,⁴⁶ and it thus reveals the central political aporia of its queer armchair anti-racism: Without paying close attention to race and racism, queer people have no way to resist our incorporation into the racist, imperialist, settler colonial states many of us live in.

⁴⁵ *Ibid.*, p. 181.

⁴⁶ *Ibid.*, p. 48.

Lea-Sophie Schiel

Das Theater des Obszönen

Oder: das Lust-Wissen von Live-Sex-Shows

»Und träumen müssen wir davon, daß man vielleicht eines Tages in einer anderen Ökonomie der Körper und der Lüste, nicht mehr recht verstehen wird, wie es den Hinterhältigkeiten der Sexualität und der ihr Dispositiv stützenden Macht gelingen konnte, uns dieser kargen Allein herrschaft des Sexes zu unterwerfen.«

Michel Foucault

Sex-Performances stellen sexuelle Handlungen explizit dar. Sie zeigen also etwas, das sonst nicht dargestellt wird. Oft bleibt es zumeist bei Andeutungen. Die explizite Darstellung des Sexualaktes wird häufig vermieden und so der Szene verwiesen. Sie ist also abseits, ob der Szene, mit anderen Worten *ob-szön*. Was verraten diese verbannten Darstellungen, dieses sonst so häufig verborgene Theater des Obszönen? Wie wird das in Szene gesetzt, was sonst allzu oft verworfen wird? In diesem Aufsatz beschäftige ich mich mit Sex-Performances, die im Rahmen von Live-Sex-Shows aufgeführt werden.

Im Folgenden werde ich zunächst Michel Foucaults Überlegungen zur Produktion von Lust-Wissen wie der Bedeutung von Sexualität darstellen, um dann in Bezug auf die feministischen Theoretikerinnen Judith Butler und Gayle Rubin das Obszöne als Strategie multipler Verwerfungen zu skizzieren. Im Anschluss werde ich anhand der Analyse von zwei Live-Sex-Shows im Rahmen einer Erotik-Messe folgenden Fragen nachgehen: Welches Lust-Wissen wird von kommerziellen Live-Sex- und Erotikshows gezeigt und (re-)produziert? Und welches Wissen wird auch hier aus der Szene ausgeschlossen und verworfen? Wo ist der Bereich des Obszönen in diesem Theater des Obszönen? Welche Sexualität ist es, deren Herrschaft die Subjekte mittels dieses Ausschlusses unterworfen werden?

Im ersten Band *Der Wille zum Wissen* seines dreibändigen Werkes *Sexualität und Wahrheit*¹ sucht Michel Foucault nach den Verbindungslinien zwischen Macht, Sex, Wahrheit, Lust und Wissen. Sein Ziel ist es

¹ Sexualität und Wahrheit war ursprünglich als sechsbändige Reihe von Michel Foucault geplant worden. Da Foucault vor dem Verfassen der letzten drei Bände 1984 starb, bleibt das Werk unvollendet.

herauszufinden, wie ein derart geringer Teil unseres Lebens wie der Sex² so entscheidend für unser Subjekt-Verständnis werden konnte. Wie konnte – fragt Foucault an einer Stelle – Sex so einflussreich werden, dass sich aus dem »gestrauchelten Sodomiten« die »Spezies der Homosexuellen« entwickelte?³ Wie wurde aus Sex das, was wir heute als Sexualität kennen? Entscheidend ist, dass Foucault sich für die Auswirkungen der politischen Ökonomie auf den Sex und die Lust der Einzelnen interessiert.⁴ Weil Foucault sich explizit der Frage widmet, wie die Konstruktion der individuellen Sexualität mit gesellschaftlichen Prozessen und damit letzten Endes mit Herrschaftsprozessen⁵ zusammenhängt, verwende ich seine Überlegungen als theoretischen Ausgangspunkt meiner Analysen.

In *Der Wille zum Wissen* unterscheidet Foucault zwischen einer *scientia sexualis* und einer *ars erotica*. Während die *scientia sexualis* versucht, Ursprung und Wahrheit der Lust zu ergründen, gibt die *ars erotica* Lust-Wissen mittels eines Initiationsritus durch eine_n Meister_in im Geheimen weiter. Durch einen schier unstillbaren Willen zum Wissen über die Lust produziert die *scientia sexualis* eine Vielzahl an Diskursen über den Sex und unterwirft so das Subjekt der Totalität des *Sexualitätsdispositivs*. Für die *ars erotica* hingegen ist die Vermehrung der Lust ein Selbstzweck: »dieses Wissen [über die Lust] muß mit Gleichmaß wieder in die sexuelle Praktik eingegossen werden, um sie gleichsam von innen zu gestalten und ihre Wirkungen auszudehnen.«⁶ Die »westliche Kultur« ist für Foucault überwiegend von einer *scientia sexualis*

² Foucault schreibt im Französischen von *sexe*, was nicht nur – wie beim deutschen Wort Sex – sexuelle Handlungen meint, sondern auch dazu dient, das »biologische« bzw. »naturhafte« Geschlecht zu beschreiben. Vgl. u.a. die Anmerkungen der Übersetzung in der deutschen Ausgabe: Michel Foucault: *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit*, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1994.

³ Die Wortwahl entstammt einem Zitat von Foucault, mit dem er die Spezifizierung von Individuen als Effekt des Sexualitätsdispositivs beschreibt: »Der Sodomit war ein Gestrauchelter, der Homosexuelle eine Spezies.« Ebd., S. 47.

⁴ Foucault spricht in diesem Zusammenhang explizit von »Klassensexualitäten«, um zu betonen, dass die Lust und der Sex verschiedener Klassen jeweils anderen Einflüssen und Entwicklungen unterliegen. Vgl. ebd., S. 119-125, hier: S. 125.

⁵ Der naheliegenden Annahme, dass die Sexualität der auszubeutenden Klasse durch die herrschende Klasse unterdrückt worden sei, erteilt Foucault allerdings eine Absage. Vielmehr ging es den oberen Schichten durch die Kultivierung des Sex darum, ihre Fortpflanzung, ihre Gesundheit, ihren Körper zu sichern, zu schützen und sich so von den niederen Schichten abzugrenzen. Vgl. ebd., hier: S. 122.

⁶ Ebd., S. 61.

geprägt, die durch die Mechanismen der kirchlichen Beichte strukturiert ist. Mit dem Beichtgeständnis wird nicht nur Wissen über Sexualität weitergegeben, sondern auch unmittelbar an Machtstrukturen gekoppelt: Paradoxerweise (und im Gegensatz zur *ars erotica*) gibt hier nur die_r weniger Mächtige das Sexwissen an die Mächtigeren weiter.⁷ Das führt dazu, dass der Mächtigere (also der Priester) Lust-Wissen anhäuft. Es wird also nicht nur versucht, den Kern oder die Wahrheit der Lust zu ergründen. Ganz nebenbei wird auch Wissen über Lust weitergegeben und vermehrt. Im Unterschied zur *ars erotica* passiert das aber nicht ausschließlich zu dem Zweck, Lust-Wissen zu akkumulieren, sondern mit dem Ziel, das geständige Subjekt zu verändern, indem es versöhnt, geheilt und befreit oder ihm verziehen wird.⁸ Wichtig ist Foucault dabei, zu betonen, dass die *scientia sexualis* und ihre Praxis des Geständnisses nicht als bloße Unterdrückung von Sexualität zu verstehen ist, sondern gleichzeitig Lust-Wissen hervorbringt: »Es gilt die eine Geschichte der Sexualität zu schreiben, die nicht mehr von der Vorstellung einer Repressionsmacht, einer Zensur-Macht geleitet wird, sondern von der einer Anreizungsmacht, einer Wissens-Macht.«⁹ Sexualität wird also nicht einfach nur unterdrückt – so als gäbe es in prüderen Zeiten einfach weniger Sex, sondern er wird in einer bestimmten Art und Weise überhaupt erst hervorgebracht – zum Beispiel als Geständnis im Beichtstuhl.

Laut Foucault besteht die Aufgabe darin, die Kopplungen von Macht, Lust und Wahrheit zu analysieren, die unser Wissen über den Sex erst hervorgebracht haben. Es ist genau diese Kopplung von Macht und Lust-Wissen, wie sie im Beichtstuhl geschieht, nach deren Muster wissenschaftliche beziehungsweise medizinische Diskurse zu Sexualität produziert werden: »Das Prinzip einer wesenhaften Latenz der Sexualität gestattet es, den Zwang zu einem schwierigen Geständnis an eine wissenschaftliche Praktik anzuschließen. Man muss es hervorzerren, gewaltsam hervorzerren, weil es sich verbirgt.«¹⁰ Dabei sind laut Foucault die *scientia sexualis* und die *ars erotica* nicht als getrennte, sich unverein-

⁷ Auch wenn davon auszugehen ist, dass auch Priester über ein bestimmtes Lust-Wissen verfügen, sind es die Priester, die im Moment der Abnahme der Beichte Lust-Wissen anhäufen.

⁸ Vgl. Michel Foucault: Das Abendland und die Wahrheit des Sexes. In: Ders.: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin 1978, S. 96-104, hier: S. 101.

⁹ Ebd., S. 103.

¹⁰ Vgl. Foucault 1994, S. 69f. (siehe Anm. 2).

bar gegenüberstehende Praktiken zu betrachten, sondern als sich stets in einer – wenn auch unklaren – Beziehung zueinander befindend.¹¹ Das »Wissen von der Lust, Lust, die Lust zu wissen«¹² gehen Hand in Hand mit der Produktion von Lust-Wissen. So ist es nicht verwunderlich, dass Foucault den physiologischen und den medizinischen Diskurs über Sex unterscheidet: »der eine Diskurs [der Diskurs der Physiologie der Fortpflanzung] entstammte jenem ungeheuren Willen zum Wissen, der das Aufkommen des wissenschaftlichen Diskurses im Abendland getragen hat, der andere [der Diskurs der Sexualmedizin] einem hartnäckigen Willen zum Nichtwissen.«¹³

Das Obszöne oder die Verwerfung bestimmter Sexualpraktiken

Aber ist der oben beschriebene Wille zum Nichtwissen nicht auch eine Form der Unterdrückung bestimmter Sexualpraktiken? Auch wenn Foucault immer wieder seine Ablehnung der Repressionsthese bekräftigt, gesteht er doch ein, dass die Mächte des Sexualitätsdispositivs durch die Verwerfung, die Negation, das Verbot und die Zensur sexueller Praktiken wirken. Sexuelle Praktiken werden reglementiert, sodass sie in binäre Oppositionen wie beispielsweise sittsam/unsittlich, normal/pervers, gesund/krank etc. eingeteilt werden.¹⁴ Diese Unterwerfung akzeptiert das Subjekt, weil durch ihre Reglementierung Lust überhaupt erst produziert wird. Durch die Verwerfung bestimmter Sexualpraktiken in den Bereich des Obszönen entsteht überhaupt erst der »normale, gesunde Sex«, der das Licht der Bühne erblicken darf, mit anderen Worten *onszön*¹⁵ ist. Die Unterscheidung von on- und obszön geht auf die Weiterführung der Thesen Foucaults durch die Pornografietheoretikerin Linda Williams zurück. In ihrem Buch *Hard Core. Power, Pleasure, and the »Frenzy of the Visible«* kritisiert Williams Foucault dafür, dass er nicht nach den Gründen dafür sucht, weshalb weibliche Subjekte ganz anderen Mecha-

¹¹ Vgl. ebd., S. 96-104.

¹² Ebd., S. 79.

¹³ Ebd., S. 59.

¹⁴ Ebd., S. 83-92.

¹⁵ Für die definitorische Abgrenzung von ob- und onszön vgl. die Einleitung der deutschen Ausgabe: Linda Williams: *Hard Core: Macht, Lust und die Traditionen des pornographischen Films*. Basel 1995, S. 7-20. Im englischsprachigen Original spricht sie lediglich von *scene of the obscene*. Vgl. Linda Williams: *Hard Core: Power, Pleasure und the »Frenzy of the Visible«*, London 1990, S. 113, 246.

nismen des Sexualitätsdispositivs unterworfen sind als männliche. Tatsächlich lässt Foucault die Frage danach, wie die männliche Dominanz des Lust-Wissens zustande kommt, außer Acht.¹⁶ Foucault beschränkt sich in erster Linie auf die Analyse der Funktionsweise des Lust-Wissen-Apparats. Genau hier setzen Theoretikerinnen wie Judith Butler und Gayle Rubin an. Während Butler sich in »Performative Acts and Gender Constitution« dafür interessiert, wie bestimmte Geschlechts-Identitäten und Begehrens-Matrizen erzeugt werden, fragt Rubin in ihrem Aufsatz »Thinking Sex« explizit nach den sexuellen Praktiken, die juristisch verboten werden und damit offiziell als obszön gelten. Für Rubin ist Sex ein Vektor der Unterdrückung, der nicht alle Subjekte im selben Maße oder in derselben Art und Weise betrifft. Sie geht der Frage nach, was für Praktiken es genau sind, die im Sinne bestimmter Politiken als obszön gelten und warum.¹⁷

Ähnlich dem zirkulären Prozess von Produktion, Reproduktion und Verwerfung wie ihn Judith Butler für die Performativität von Geschlechts-identitäten beschrieben hat, funktioniert nach meiner Auffassung die Hervorbringung von Sex-Performances:¹⁸ Das Obszöne ist konstitutiv für die Sex-Performance. Das, was abgespalten wird, erzeugt umgekehrt das, was in Erscheinung treten darf. Welche sexuellen Praktiken werden also bei Live-Sex-Shows in Szene gesetzt?

¹⁶ Linda Williams verweist darauf, dass Foucault mit seinem Begriffspaar der *scientia sexualis* und *ars erotica* zwar versucht, die kulturelle Verschiedenheit und Komplexität der Geschichte der Sexualität zu betonen, dabei aber jede weibliche Perspektive außen vorlässt und nicht nach einem spezifisch weiblichen Lust-Wissen fragt. Vgl. ebd., S. 3-4. Er betont zwar die Hysterisierung des weiblichen Körpers, diese ist für ihn aber lediglich einer von vielen Effekten des Sexualitätsdispositivs wie beispielsweise die Pädagogisierung des kindlichen Sexes oder die Psychiatrisierung der perversen Lust. Vgl. hierzu: Foucault 1994, S. 103-106 (s. Anm. 10).

¹⁷ Vgl. Gayle Rubin: *Thinking Sex. Notes for a Radical Theory of the Politics of Sexuality*. In: Henry Abelove/ Michèle Aina Barale/David M. Halperin: *The Lesbian and Gay Studies Reader*, New York 1993, S. 3-45.

¹⁸ Vgl. Judith Butler: *Performative Acts and Gender Constitution: An Essay in Phenomenology and Feminist Theory*. In: *Theatre Journal*, Vol. 4, 1988, S. 519-531. Allerdings sind die Prozesse nicht identisch mit denen der Geschlechtsidentität. Die Vorliebe und der Vollzug bestimmter sexueller Praktiken entstehen nach Rubins Verständnis unabhängig von der Geschlechtsidentität.

Kommerzielle Live-Sex- und Erotikshows auf Erotikmessen – Ein Aufführungsbesuch

»Die folgende Show ist speziell für die Frauen. Alle Frauen mal die Hände hoch«¹⁹ – ertönt die Stimme des sich im Off befindenden Moderators. Die Reaktionen des Publikums der *Eros und Amore Erotik-Messe* in Nürnberg sind verhalten. Einige wenige Hände in der ersten Reihe recken sich in die Höhe. Das Publikum steht vor dem knapp einen Meter hohen Bühnenpodest. Wenige sitzen mit mehr Abstand zur Bühne auf einer Tribüne an Bistro-Tischen, um das Geschehen zu verfolgen. In den ersten Reihen sind unzählige Displays von Handys und Digitalkameras zu sehen, die die Szene filmen. Ungeachtet der Tatsache, dass das Publikum überwiegend männlich sozialisiert zu sein scheint, fährt der Moderator fort: »Na? Wo sind denn die Frauen? Das hier ist speziell was für Euch!« und kündigt damit die erotische Show der sogenannten Dream-Boys *Mark Miller, Nio da Silva* und *Kevin Acts* an.

Drei Männer in blauen Arbeitsanzügen betreten die Bühne. Sie beginnen im Stil von Boy-Group-Stars, zu entsprechender Popmusik zu tanzen. Durch wiederkehrende Gesten fordern sie den Applaus des Publikums ein. Immer wieder werden außerdem bekannte Gesten und Posen von Popstars gemimt. Bis die Musik und das Licht wechseln. Der Rhythmus wird langsamer, das Licht schummriger. Die Darsteller beginnen, sich – wie bei Stripshows üblich²⁰ – choreographiert nahezu perfekt im Rhythmus der Musik zu entkleiden. Auch hier fordern sie immer wieder den Jubel und den Applaus des Publikums ein. Es scheint so, als bestünde zwischen Darstellern und Publikum die Abmachung: Nur, wenn ihr klatscht, ziehe ich mich weiter aus. Ich lasse meinen Blick durch das Publikum schweifen. Auch wenn die Vermutung naheliegt, dass das Publikum wesentlich heterogener zusammengesetzt ist, kann ich keine eindeutigen optischen Differenzen zu einem Theaterpublikum erkennen.

Die Männer fahren so lange mit ihrer tänzerischen Entkleidung fort, bis ihre Körper nur noch von verschiedenen National-Flaggen, die sie sich um die Hüften gebunden haben, bedeckt werden. Dass die verhüllten Körperteile im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen sollen, erscheint

¹⁹ Alle im folgenden Abschnitt auftauchenden Zitate entstammen Erinnerungsprotokollen. Diese basieren auf Notizen, die ich mir während des Besuchs der Aufführungen am 19.4.2013 gemacht habe. Ich werde sie daher nicht einzeln kennzeichnen.

²⁰ Vgl. zum Beispiel auch: Katherine Liepe-Levinson: *Strip Show. Performances of Gender and Desire*, London 2002, S. 108-151.

offensichtlich. Überdeutlich wird das spätestens, als die rhythmische Choreographie durch die Bewegung des Beckens fortgesetzt wird, eine Bewegung, mit der die Männer ihre Genitalien gezielt in Schwingung versetzen. Längst dienen die Flaggen nicht mehr als Sichtschutz, sondern werden immer wieder von der Aufwärtsbewegung ihrer Penisse gelüftet. Die Flaggen scheinen vielmehr dazu zu dienen, die Größe der Penisse, die fast genauso lang wie eben jene Flaggen sind, zu betonen. Obwohl der Blick immer wieder fast komplett freigegeben wird, entblößen die Männer sich nie vollständig. In dem Moment, wo sie die Flaggen fallen lassen, haben sie sich bereits schwarze Tücher um die Hüften geschlungen. Zu Berührungen unter den Darstellern, geschweige denn zu expliziten sexuellen Handlungen, kommt es nicht. Jedoch finden immer wieder Interaktionen mit den Zuschauerinnen (und hiermit meine ich ausschließlich Personen, die ich als Cis-Frauen²¹ wahrgenommen habe) in der ersten Reihe statt. Diese werden jedoch durch ebenjene schwarzen Tücher verhüllt, die die Darsteller um ihre Hüften tragen.

Allzu deutlich wird hier ein Bereich in Szene gesetzt, der offenbar nicht Teil der Szene sein beziehungsweise paradoxerweise abseits davon stattfinden soll. Was tatsächlich passiert, bleibt verdeckt, bleibt im Verborgenen. Das sexuelle Bild, wie sich die versteckte Handlung vollzogen haben könnte, entsteht lediglich im Kopf der Betrachtenden. Die Spekulation über das reale Ereignis wird zur erotischen Fantasie. Eine Fantasie, der ich mich auch als Wissenschaftlerin nicht entziehen kann: Wird hier nur so getan »als ob«, oder findet tatsächlich ein Ereignis, eine sexuelle Handlung statt? Wissenschaftlicher und voyeuristischer Blick scheinen Hand in Hand zu gehen. Dass das Prinzip der Verhüllung ein ökonomisches Konzept ist, wird kurz nach dem Ende der »Dream-Boy-Show« deutlich: Wer eine Show ohne Tücher sehen möchte, muss ins sogenannte Orgasmus-Center gehen und beim Eintritt einen Aufpreis von fünf Euro, für jede weitere Show zehn Euro bezahlen.

Ob man das Geld investieren möchte, kann man über einen Blick an den rechten Bühnenrand entscheiden: Hier werden in einem Käfig die Darsteller_innen zur Schau gestellt, die auf der gesondert abgeschirmten Bühne ihre erotische Performance darbieten werden. Als ich das Orgasmus-Center betrete, stelle ich fest, dass die Schauanordnung wesentlich weniger geräumig ist als die der Hauptbühne. Die schmale Bühne

²¹ Cis-Identität umschreibt all diejenigen geschlechtlichen Identitäten, die mit dem Geschlecht, das sie bei der Geburt zugewiesen bekommen haben, übereinstimmen.

befindet sich in unmittelbarer Nähe zu den Sitzen des Publikums. Auf ihr steht lediglich ein billiges, etwas abgenutzt wirkendes, schwarzes Ledersofa. Im Gegensatz zu der Hauptbühne ist diese Bühne technisch wenig aufwendig eingerichtet. Der Moderator kündigt aus dem Off die Darstellerin *Black Diamond* mit den Worten »frisch vom Pornodreh aus Mailand eingeflogen« an. Die Darstellerin betritt die Bühne und beginnt ihre Choreographie: Lediglich mit Bikini bekleidet, spreizt sie rhythmisch zur Musik die Beine, dreht, rekelte sich und fährt sich mit der Hand über den eigenen Körper bis die Musik unterbrochen wird und der Moderator das Ende des sogenannten Warm-ups verkündet. Zwar unsichtbar, aber immerhin verbal wird also hier abermals die Grenze des Obszönen markiert.

Danach setzt die Musik wieder ein und die Darstellerin beginnt, sich zu entkleiden. Sie entblößt ihre prallen, vermutlich künstlich vergrößerten Brüste, indem sie ihren Triangel-Bikini beiseiteschiebt. Mit dem Rücken zum Publikum beugt sie ihren Oberkörper leicht nach unten. Geschickt streift sie ihr Höschen ab, sodass ihr Po zu sehen ist. Sie dreht sich in Richtung des Publikums, legt sich abermals auf das schwarze Sofa und spreizt erneut für einen kurzen Moment ihre Beine, sodass ihre völlig enthaarte, glatt wirkende Vulva zu sehen ist. Außerdem holt sie einen Vibrator aus einer Schatulle, mit dem sie beginnt, sich zu penetrieren. Dann zeigt sie auf eine Zuschauerin in der ersten Reihe, der sie mit einer Fingerbewegung anweist, auf die Bühne zu kommen. Die Darstellerin weist sie an, Hand an den Vibrator zu legen. Die verunsicherte Zuschauerin kommt der Aufforderung nach.

Allerdings dreht sie sich von der Darstellerin weg, in Richtung Publikum. Sichtlich verärgert drängt die Darstellerin ihre Mitakteurin dazu, sich umzudrehen und leitet sie gestisch an, Blickkontakt mit ihr zu halten. Als *Black Diamond* die Szene beendet, will die Zuschauerin wieder ihren Sitzplatz einnehmen. Doch die Darstellerin beordert sie zurück auf die Bühne. Sie weist sie an, sich vor sie zu stellen. *Diamond* beginnt, der Zuschauerin von hinten unter ihr T-Shirt zu fassen. Die Zuschauerin macht abweisende Bewegungen, bleibt aber an Ort und Stelle. *Diamond* versucht nun – ungeachtet der Gesten der Zuschauerin – diese zu entkleiden.

In diesem Moment verlässt die Zuschauerin die Bühne. Das Geschehen kommentiert der Moderator mit den Worten: »Das war *Black Diamond* zusammen mit einem neuen Star vom Pornohimmel« und beendet damit gleichzeitig das Geschehen. *Black Diamond* schlingt sich ein schwarzes Tuch um den Körper und verlässt die Bühne.

Welches Wissen bergen Live-Sex-Shows?

Während filmtheoretische Überlegungen für filmische Pornografie eine Unterscheidung zwischen der Darstellung, also der Pornografie, von dem Dargestellten, also der Sexualität, proklamieren,²² wird bei dem Besuch von Live-Sex-Shows hingegen offenkundig, dass eine solche Unterscheidung hinfällig ist.²³ Im Theater ist man immer bereits Teil der Szene und den Dynamiken der physischen Kopräsenz²⁴ von Akteur_innen und Zuschauer_innen unterworfen.

In ihrer Sichtbarmachung des sonst Verborgenen stellt die Live-Sex-Show einerseits Sexualität dar und ist gleichermaßen sexuelle Praxis. Sie versucht, das Lust-Wissen zu zeigen, das die *ars erotica* im Geheimen weitergibt. Sie zerrt – wenn auch vor einem bestimmten, abgeschotteten Publikum – hervor, was sich verbirgt. Oder besser gesagt: Sie zerrt hervor, was sie vorher selbst verborgen hat. Erst durch das Verdecken wird umgekehrt das Sexuelle als solches gekennzeichnet und kann dann durch seine Enthüllung entblößt werden.

Ähnlich wie Foucault es den Schauexperimenten der *Salpêtrière Charcots*²⁵ als Paradebeispiel der *scientia sexualis* attestiert, konstruiert die Live-Sex-Show den Bereich des Obszönen durch die Inszenierung seiner Enthüllung. Anders als wissenschaftliche Unternehmungen hat die Live-Sex-Show jedoch nicht den Anspruch, die Wahrheit der Lust zu ergründen. Sie stellt lediglich dar, was sie selbst ist: Ein sexueller Akt. Ähnlich

²² Vgl. hierzu z.B. Werner Faulstich: Die Kultur der Pornographie. Eine kleine Einführung in Geschichte, Medien, Ästhetik, Markt und Bedeutung, Bardowick 1994, S. 7ff.

²³ Zudem entschärft eine solche Unterscheidung unnötigerweise die gesellschaftliche Relevanz der *Porn Studies*. Gerade weil in der Produktion und der Rezeption sexuell expliziter Darstellungen die Grenzen zwischen Sexualität und Pornografie nahezu vollständig verschwimmen, können uns die Analysen der Darstellungen etwas über unsere Sexualität verraten. Das stellen auch wissenschaftliche Publikationen wie die *Zeitschrift für Sexualforschung* eindrucksvoll unter Beweis, in der sich ein Großteil der veröffentlichten Artikel mit Pornografie auseinandersetzt.

²⁴ Vgl. hierzu Erika Fischer-Lichte: Ästhetik des Performativen, Frankfurt a.M. 2004, S. 58-60. Fischer-Lichte spricht eigentlich von der leiblichen Ko-Präsenz. Da ich aber den Begriff des Leibes als essenzialistischen Begriff betrachte, lehne ich diesen ab. Dennoch erachte ich die von Fischer-Lichte beschriebenen Dynamiken von Körpern, die sich in einem Raum befinden, als produktiven Ansatz für die Beschreibung von Aufführungsprozessen.

²⁵ Die Hygiene konstituiert einen Bereich des Pathologischen, Unreinen. Vgl. Foucault 1994, S. 59ff. (s. Anm. 10).

wie die *ars erotica* gibt sie Lust-Wissen weiter. Sie stellt es dar und trägt selbst zu dessen Produktion bei.

Die Live-Sex-Show verdeutlicht nicht nur, dass Darstellung (Pornografie) und Dargestelltes (sexuelle Handlung), sondern auch *scientia sexualis* und *ars erotica* eng miteinander verwoben sind. Die Kennzeichnung des Sexuellen durch sein Verhüllen und die Inszenierung seines Verbots gehen Hand in Hand mit der Produktion eines bestimmten Lust-Wissens. Der Vollzug einer sexuellen Handlung generiert ein bestimmtes Lust-Wissen durch seine Darstellung und die Inszenierung des Verborgenen, des Obszönen.

Die Dream-Boy-Show zitiert die Performance von Boy-Group-Stars aus den 1990er Jahren und wirkt damit anachronistisch. Angesichts der ständigen Verfügbarkeit von pornografischem Bildmaterial via Internet stellt sich ohnehin die Frage, worin der Reiz des Besuchs einer Live-Sex-Show liegt. Ist es bei alltäglicher Reizüberflutung mit pornografischem, übersexualisiertem Bildmaterial die Sehnsucht nach einem scheinbar »realen« Erleben von Lust? Die Anknüpfung an Boy-Group-Motive jedenfalls spielt mit einer bestimmten Darstellungskonvention aus einer Zeit vor dem permanenten Zugang zum Internet. Die Star-Posen aus den 1990er Jahren wirken gegenüber der Explizitheit zeitgenössischer Musik-Videos nahezu unschuldig. Nur sie scheinen genug zu verdecken, damit die Darsteller der Dream-Boy-Show noch genug zu enthüllen haben. Dieses Spiel des Zeigens und Verhüllens, das den Posen aus den 1990er Jahren bereits innewohnt, führen die sogenannten Dream-Boys fort und reizen es aus. Dabei kreieren sie mit den schwarzen Tüchern einen neuen Bereich des Obszönen. Was längst kein Geheimnis mehr ist, wird wieder zu einem gemacht, um es so bald als möglich wieder hervorzerren zu können.

Die Live-Sex-Show entwirft Geheimnisse, um sie öffentlich zu enthüllen und – wie ich gleich noch näher ausführen werde – in den Bereich des Privaten weiterzugeben. Damit gibt die Schauanordnung – wenn auch unbeabsichtigt – den Blick frei auf die Strukturierung der sexuellen Szene und dem damit verbundenen Lust-Wissen, das sie selbst hervorbringt. Was für Wissen wird hier (re-)produziert? Im Folgenden möchte ich das Dispositiv der von mir besuchten Live-Sex-Show hinsichtlich seiner Strukturierung durch Raum, Blick, Macht und Gender betrachten.

Raum und Blick

Allein die Aufteilung in zwei Bühnenräume, einer großen einsehbaren Hauptbühne und einer vor Blicken geschützten Nebenbühne, verdeutlicht, wie stark die Struktur des Raumes geprägt ist durch die Abgrenzung eines Bereiches des Obszönen. Beide Bühnen sind zentralperspektivisch aufgebaut. Trotzdem lässt sich feststellen, dass die Sitz- und damit auch Sehanordnung im Orgasmus-Center wesentlich stärker normiert ist, als die der Hauptbühne. Während es vor den Hauptbühnen noch möglich ist, zu stehen, zu flanieren oder an Bistro-Tischen zu sitzen, greift die Sitzanordnung der sogenannten Hard-Core-Shows viel stärker auf das voyeuristische Dispositiv der Guckkastenbühne zurück: Die zuschauende Person soll alles sehen können, was auf der Bühne geschieht und möglichst durch nichts anderes abgelenkt werden. Nichts soll sich ihren Blicken entziehen, auch nicht das Innerste, der harte Kern, der Hard Core. Diese zentralperspektivische Normierung²⁶ hat auch Auswirkungen auf die Rezeptionshaltung des Publikums: Anders als im Guckkastentheater ist der Zuschauer_innenraum stets beleuchtet, sodass auch alles, was im Publikum geschieht, sichtbar ist. Lässt man seinen Blick durch die Zuschauer_innen schweifen, wird deutlich: Obwohl die Institution der kommerziellen Live-Sex-Show das Zeigen sexueller Handlungen vor Publikum als Produkt verkauft, sind sexuelle Handlungen hier noch lange nicht öffentlich: Sex zu haben oder sexuelle Handlungen zu vollziehen ist auf dem gesamten Messe-Gelände explizit verboten. Durch die Beleuchtung des Zuschauer_innenraums scheinen mögliche affektive Wirkungen noch strenger kontrolliert zu werden, als in der Dunkelheit des Guckkastentheaters. Falls es trotz des Verbots zu sexuellen Handlungen im Publikum kommt, entziehen diese sich der Sichtbarkeit. Vielmehr werden Affekte kanalisiert: zum einen durch theatertypische Publikumsreaktionen wie Applaus oder Johlen, zum anderen durch das Anfertigen von privatem Filmmaterial. Durch diese bildliche Reproduktion wird eine erneute Rezeption ermöglicht; eine Rezeption, die diesmal im privaten Raum stattfindet. Der Affekt der sexuellen Stimulation gehört damit nicht zur Szene. Er wird in den Bereich des Privaten verschoben, auch

²⁶ Vgl. zum pornografischen Charakter der zentralperspektivischen Normierung des Guckkastentheaters: Linda Hentschel: Pornotopische Techniken des Betrachtens. Raumwahrnehmung und Geschlechterordnungen in visuellen Apparaten der Moderne, Marburg 2001, S. 14.

wenn die kanalisierten, abgeleiteten Affekte wie Klatschen,²⁷ Johlen und Filmen fester, mitinszenierter Bestandteil der Szene sind.

Macht

Mit dieser Inszenierung der kanalisierten Affekte wird die Abhängigkeit des Darstellers oder der Darstellerin²⁸ vom Publikum ausgestellt. Allzu oft fordern die Darstellenden den Applaus des Publikums ein, ehe sie mit ihrer Handlung fortfahren. Damit wird deutlich, wie sehr die Zuschauenden an der Produktion der Szene beteiligt sind. Es scheint so, als wären die Darstellenden vollkommen abhängig vom Gefallen des Publikums. Sie liefern sich dem objektivierenden voyeuristischen Blick des Publikums aus. Allerdings behalten die Darsteller_innen immer die Macht über die Szene.²⁹ Das wird deutlich, wenn man Berührungen von Darsteller_in und Zuschauer_in beobachtet: Plötzlich und unvermittelt schlingt Mark Miller während der Dream-Boy-Show ein schwarzes Tuch um seine Hüfte und um den Kopf einer Zuschauerin, die knapp einen Meter tiefer in der ersten Reihe vor der Bühne steht. Bei der Hard-Core-Show von Black Diamond reicht eine Fingerbewegung dafür aus, dass eine Zuschauerin ihre Machtposition des Sehens aufgibt und sich einer intimen Situation unter den Blicken des Publikums aussetzt. Die ganze Szene über dominiert Black Diamond das Geschehen auf der Bühne. Sexuelle Handlungen scheinen genau so, und nur so, stattzufinden, wie Diamond es möchte. Die abweisenden Bewegungen der Zuschauerin werden schlicht ignoriert. Ihr Wille spielt offenbar keine Rolle. Um ihre Handlungsmacht wieder zu erlangen, bleibt der Zuschauerin offenbar nur die Flucht von der Bühne. Diese Szene zeigt, wie stark die Macht zwischen Publikum und Darsteller_innen oszilliert und zirkuliert. Allerdings lässt die Dar-

²⁷ Zur Kanalisierung von Affekten durch Applaus als einer zentralen Publikumsreaktion vgl. Bettina Brandl-Risi: Getting Together and Falling Apart – Applauding Audiences. In: Dies.: Kai van Eikels/Ric Allsopp: Performance Research 16, Heft 3: On Participation & Synchronization, London 2011, S. 12-18.

²⁸ Über die geschlechtliche Identität der Darstellenden kann ich selbstverständlich keine Aussage machen. Mit der binären Wortwahl möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass hier auf der Bühne ausschließlich cis-geschlechtliche Identitäten repräsentiert werden.

²⁹ Erotik- und Stripshows sind hier analog zu betrachten. Zur Zirkulation von Macht bei Stripshows vgl. Katherine Liepe-Levinson: Strip Show. Performances of Gender and Desire, London 2002, S. 1-19.

stellung der Live-Sex-Show keine Spekulation über ihre Produktionsverhältnisse zu. Wie bei jeder anderen theatralen Show entziehen sich die Machtstrukturen, die sich in Arbeitsverhältnissen, Vertragsstrukturen und damit verbundenen Zwängen manifestieren, der Darstellung – sofern diese nicht explizit in die Inszenierung integriert werden.

Gender

Die Szene zwischen Black Diamond und einer Zuschauerin zeigt aber auch – nolens volens – wie Abweichungen und Brüche in den Machtstrukturen mündlich verdeckt, überschrieben und so reproduziert werden. Ungeachtet dessen, was auf der Bühne passiert ist, wird die Zuschauerin vom Moderator zum neuen Star am Pornohimmel erklärt. Und ungeachtet der Tatsache, dass mehr Männer an der Dream-Boy-Show interessiert zu sein scheinen, werden vom Moderator ausschließlich Frauen adressiert. Obwohl dies nicht intendiert ist, wird die Abweichung dadurch erst markiert und sichtbar. Die Darstellung ist heteronormativ gemeint und so soll sie – wenn auch nur behaupteter Maßen – auch rezipiert werden.³⁰ Wie sehr die Shows der Eros- und Amore Erotik Messe von Strukturen heteronormativer Macht durchzogen sind, wird auch dadurch deutlich, dass keine homoerotischen Handlungen unter Männern auf der Bühne stattfinden. Homoerotische Darstellungen zwischen Männern werden auf die Bühnen anderer explizit homoerotischer Genres verschoben. Überhaupt ist kein Cis-Mann auf der Bühne in den Akt der Penetration involviert. Kein Cis-Mann wird ungewollt in die Szene integriert. Der cis-männliche Körper wird so dargestellt, als sei er völlig undurchlässig, ohne Körperöffnungen und stets vollständig kontrolliert. Dagegen finden sehr wohl homoerotische Darstellungen unter Frauen statt. Außerdem kommt es in nahezu jeder Choreographie durch das Spreizen der Beine zur völligen Entblößung der Vulva. Aber die Vulva wird niemals nur als Vulva zur Schau gestellt, sondern sofort zumeist eigenhändig durch Vibratoren oder Dildos penetriert. Ebenso wie das Zeigen männlicher Homoerotik oder männlicher Körperöffnungen obszön ist, ist das allei-

³⁰ Es ist klar, dass Mainstream Erotik-Messen nicht in erster Linie homosexuelles Publikum aus der queeren Szene anziehen. Dennoch beschränkt sich homosexuelles Begehren nicht auf diese Szene und ist auch beim überwiegend heterosexuellen Erotik-Messe-Publikum vorhanden. Das homosexuelle Begehren wird hier nur im Gegensatz zu Events in der queeren Szene geleugnet.

nige Zeigen der Vulva obszön. Indem der vaginale Raum sofort gefüllt und verdeckt wird, rückt die Penetration ins Zentrum der Inszenierung. Die Vulva wird nicht als potenzielles weibliches Lust-Zentrum inszeniert, die Vagina als Ort potenziell heterosexuell-cis-männlicher Lust-Befriedigung in Form der Penetration dagegen schon. Hier wird abermals deutlich, dass die Live-Sex-Show nur ein bestimmtes, heterosexuelles, cis-männlich dominiertes Lust-Wissen (re-)produziert.

Schlussfolgerungen

Die kommerzielle Live-Sex-Show im Rahmen von Mainstream Erotik-Messen zeigt und inszeniert Mechanismen des Obszönen. Sie verbindet Widersprüche und stellt diese – wenn auch ungewollt – aus. Sie expliziert die voyeuristische *Skopisierung* des Blicks, die sich im wissenschaftlichen oder künstlerischen Bereich oft in der Latenz verbirgt.³¹ Die Live-Sex-Show integriert scheinbar selbstverständlich das Begehren und die Lust der Betrachtenden in ihre sexuelle Szene. Sie integriert diejenigen Lüste und Begehren (und nur diese!), die sie selbst hervorgebracht und kanalisiert hat. Diese Schauanordnung strukturiert so einen Raum, in dem die Mechanismen des Obszönen als normative Mechanismen sichtbar, aber dennoch nicht gebrochen oder hinterfragt werden. Sie führt vor Augen, welche entscheidende Rolle das Obszöne für die Generierung von Lust-Wissen spielt. Sie zeigt uns, wie Lust-Wissen hergestellt wird, indem sie es vollzieht. Sie vereint *scientia sexualis* und *ars erotica*. Die Show verdeutlicht, wie eng in unseren sexuellen Praktiken Wissen, Macht, Ökonomie, Lust und Begehren miteinander verwoben sind. Sie macht sichtbar, wie in einem Sexualitätsdispositiv sich selbst stabilisierende Wahrheiten, Begehren und Lüste und ein bestimmtes Lust-Wissen hervorgebracht und permanent normiert werden.

Das wirft die Frage auf, wie wir unser Wissen über Sexualität behandeln, hervorbringen, darstellen, praktizieren und vor allen Dingen weitergeben können oder wollen. Fest steht jedoch: die Live-Sex-Show zeigt Mechanismen auf, von der unsere eigene Sexualität durchdrungen und bestimmt ist. Diesem Theater des Obszönen können wir uns nicht ohne Weiteres entziehen. Vielmehr zeigt es, wie Sex-Performances durch die Verwerfung bestimmter sexueller Praktiken konstituiert und normiert werden.

³¹ Vgl. Hentschel 2001, S. 9-10 (s. Anm. 26).

NACHWORT

Marcus Havel

Concerning patriotism and universalism in the humanities and culture in Germany and Europe

In times of multiple crises patriotism and *mutatis mutandi* nationalism and chauvinism appear to be on the rise again in many places in Europe – even in Germany. This patriotic spirit in Germany had certainly been less strong during the postwar period than it is today. Something has changed since the end of the 1990s, which is the so-called »normalization« of the German nation.¹ Since then, it has become quite »normal« to celebrate patriotism as opposed to nationalism and chauvinism.

In the last decades there were very few public areas in which it was accepted to celebrate patriotism, such as in sports, especially during the football world cup. Patriotism, nationalism and chauvinism have grown and become more visible especially in the last years, pushed up the agenda by a right-wing social movement in the light of the refugee crisis in Europe. The Germans' official patriotism is quite subdued. And there is no need to have a louder one.

Germany's past

The German President Gustav Heinemann replied in 1969 when he was asked if he loved his country: »So what, I do not love states, I love my wife; done.«² But he also said: »There are difficult fatherlands. One of them is Germany. But it is our country.«³ He would never have said in terms of a radical patriotism: »Wrong or right, it's my country.«

»Wrong or right, it's my country« primarily means solidarity without critique. This is usually the hidden agenda of a patriotic education. Carl Schurz, a German revolutionary (1872), said: »My country, right or wrong; if right, to be kept right; and if wrong, to be set right.« – In that

¹ See Marcus Havel: Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland, Hannover 2007.

² Der SPIEGEL, 13.1.1969.

³ Ansprache nach Leistung des Amtseids als Bundespräsident in der gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1969.

sense, a left way of understanding patriotism might mean nothing else than what the German socialist Karl Liebknecht meant when he said: »The main enemy is always in our own country.« – The main enemy is the ruling class. But the emphasis lies on »our own country«. Because of »this own country« you have a responsibility to keep right things right and set wrong things right. And, last but not least, because you always know things better about your own country than about others. From this the obligation follows – as an intellectual – to accompany your own country in a special way of critical solidarity and solidary criticism.

If the rise of patriotism among the German population was one of the aims of the normalization process in Germany, one must understand how problematic this is in light of Germany's past. How can you say, despite Auschwitz: »Wrong or right, it's my country?« This is absolutely impossible. You can only say: »Never again!« That is the »oath of Buchenwald«, sworn by the victims of Nazi-Germany: »Never again war and violence!« Six million Jews were murdered by the Nazis. Roughly 80 million people died from 1939 to 1945 as victims of war, violence and tyranny. German Nazis were responsible for these crimes against humanity. »Never again Germany!« was the political slogan of the radical left during the unification process of both German states in 1989/90. That slogan has its background in a quotation by the famous actress Marlene Dietrich. She said in an interview after 1945 when she was asked if she could imagine coming back from exile to Germany: »Germany? Never again!«

After 1945 there was no space for patriotism in Germany and certainly not for nationalism and chauvinism. There are countries whose history might be less catastrophic than Germany's – more right than wrong. One can be proud of the good. But the good is often connected with the bad of which one *cannot* be proud. Patriotism does not differentiate between good and bad. It focuses mostly on the good to include even the bad and to whitewash it. Patriotism says: »There are a lot of good and a few bad things. Should the good mean less because there are also bad things? Because not everything that glitters is gold?«

Also, not everything is »German« that is dressed in black, red and gold or labeled as »made in Germany«. »Made in Germany« was originally a label from 1887 that was printed on goods by the British to warn local consumers against imitated products of inferior quality that were being imported from the German Empire to Britain. Many people were scoffing at the Germans at the same time; they were more interested in Agamemnon and Ovid than in steam engines, it was said; they were

dreamers: too romantic, idealizing the past and disgusted by capitalist modernity. Shortly after, the label became a seal of quality for German products. German industry had surpassed the British. The »German Empire« witnessed – not least on the basis of knowledge of other advanced countries – its belated industrialization.

In 1995, the Higher Regional Court of Stuttgart ruled that the »certificate« »Made in Germany« violated competition regulations when the greater portion of a product did not consist of German raw materials or did not derive from German manufacturing. A plausible objection along these lines could be made about »German humanities« or patriotic education. Patriotism is not accurate in this regard, because it always projects deep into the past and collects everything it can grab. It creates an »invention of tradition«.⁴

Let me illustrate this invention of tradition by way of a recent example from German popular culture. Between 2003 and 2004, the German news channel *Zweites Deutsches Fernsehen* aired an interactive show with patriotic motivations titled »Unsere Besten« (»Our Best«). The audience was asked to choose the putatively »best« Germans from a series of important past and present political and cultural figures. Besides Konrad Adenauer, Willy Brandt, Martin Luther, Johannes Gutenberg and Karl Marx, the show's producers also suggested Wolfgang Amadeus Mozart, Nikolaus Kopernikus, Albert Schweitzer and Sigmund Freud. At closer inspection, of course, some of these figures were not German as such, and many of them, such as Gutenberg, Luther, Bach and Goethe, could not even have been German in the strict sense. What united them was not their national identification but merely a shared language – a »cultural nation«, perhaps – since a plethora of now sovereign nation states existed within the »Holy Roman Empire of the German Nation«, for example Poland, Austria and France. If one does not conceive of Kopernikus as a Pole, Freud as an Austrian, and Schweitzer as at least an Alsatian if not a Frenchman, but a German, then one also pictures a Germany existing within its 1937 borders.

You encounter the same problem with philosophers like Kant, Schiller, Goethe, Hegel and Humboldt. These philosophers were considered the typical content of a »German« patriotic education, because they were all born in »Germany« – but long before »Germany« existed as a national state (that was in 1870/71). They are produced as »Germans« but

⁴ See Eric Hobsbawm and Terence Ranger: *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983.

they actually belong to everyone, because they had not actually been »German«; they were universalists and cosmopolitans. You can recognize the difference between patriotism and cosmopolitanism when you travel to Latin America: Humboldt is revered as a hero there, but Columbus is despised as a Spanish conqueror.

So let me say a few things about philosophical universalism and cosmopolitan education versus patriotism, patriotic education and Germanocentrism in Germany's past. In their heyday from 1800-1860, philosophical universalism and Humboldt's ideal of education were predominant in »German« academic and intellectual life, earning »German« universities a high international reputation. But with the founding of the German Reich, the humanities were transformed into producers of legitimation for state policy. Philosophical and cultural universalisms were caught up in the maelstrom of nationalism, morphing into a »German universalism« that co-opted foreign cultural elements for the purpose of demonstrating its superiority to them.

This is something specifically German, as a motif of »bourgeois improvement« by studying the ancient Greeks and also as cultural chauvinism. The Germans felt as if they were the crown of civilization. From here it was only a small step to the chauvinistic maxim: »The German spirit is healing the world.« Just these German humanities became embroiled in megalomania and fell to the lowest possible level due to their Germanocentrism. Parallel to this development, the Jewish tradition in German culture was castigated as »un-German« and its eradication urged, which nearly succeeded during the Third Reich. The Jewish tradition survived in forced exile, mainly in the United States.

After 1945, many scholars in the humanities and social and cultural sciences belonging to the generation of Jewish exiles returned to Germany. Personalities such as Franz Neumann, Ernst Fraenkel, Hans Mayer, Ernst Bloch, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse and also Walter Benjamin, whose influence did not cease with his death, brought the heartbeat of the humanities back to Germany with their return. But the reputation of the humanities and cultural sciences in post-war Germany was not well received by the tradition of »German« sociology, bound up as it was with names such as Helmut Schelsky's. The better tradition of the humanities in Germany is to be found among its outsiders – Marxists, socialists and Jews – and is founded on the re-integration of strands that had previously been vilified as »un-German«.

Adorno was to wait until 1956 until he was appointed ordinary professor in Frankfurt; Horkheimer kept his American citizenship upon re-

turning from exile in the event of a German relapse into barbarism, and Bloch and Mayer, like Brecht, sided with East Germany (later the GDR) to participate in the establishment of an anti-fascist and socialist society whose totalitarian character was, at the time, not yet foreseeable. Only Fraenkel was to enjoy full recognition in skeptical post-War Germany, mainly due to his complete renunciation of the idea of democratic socialism. Instead, Fraenkel's largely representative theory of pluralism and his workings at the Otto-Suhr-Institut contributed substantially to the reconstruction of German democracy without any recourse to Marxist paradigms.

Seen in this light, the extent to which an ex post facto opposition to the dictatorship took place after 1945 is somewhat debatable. It is as if a retroactive Resistance had been created that people wished they had participated in between 1933 and 1945. It is probably closer to the truth that post-war re-importations of the humanities to Germany were necessary; the reason being that without those returning from their exile, who had previously been driven out of the country, the oppositional posture of the humanities in the post-war period would have never turned out to be so very pro-Resistance. Apart from that, Jürgen Habermas' words about his teacher Wolfgang Abendroth, representative of the few who had opposed the Third Reich while it existed, held true: Habermas said that Abendroth was a »partisan professor in a land of collaborators«.

Seen from this vantage point, was, what was really going on, an »invention of tradition«? »German humanities« or »German (patriotic) education« or »German spirit« is a provincially-minded choice of words; it would be more appropriate to speak of »the humanities in Germany« or »education in Germany«. This focuses on the scientific and educational landscape and its structures. The intellectual power of foreigners who live in Germany are not excluded in these terms, and, vice versa, it will not appear as cheating when someone is inspired from abroad.

»What actually comes from you?« Hegel's housekeeper is said to have asked him during dinner once. His modest and simple, and for that very reason accurate, answer: »Nothing.« His work consists of encounters and debates with the philosophies of Aristotle through Descartes and on to Kant, Adam Smith and David Ricardo: raw materials from around Europe.

Shall we say that Hegel's philosophy is a syncretism of the Greek, French and Scottish humanities? Then one would have to say as well that there were no »German« humanities before 1871, and Kant, Schil-

ler, Hegel, Goethe, Humboldt cannot be attributed to the »German« humanities because they were cosmopolitans, they didn't think in German terms and Germany existed at best *avant la lettre* (prior to naming).

In Hegel's thinking the aspect of German »manufacture«, so to speak, consists solely of the dialectical *sublation*⁵ of the history of universal philosophy; a not inconsiderable component. After all, science and scholarship are nothing if not in their very essence sublation; they resist and elude co-optation in the service of nations, or for that matter, co-optation of any kind such as privatization (lat. *privare* = rob) through redefinition as commodities.

The »German« humanities never came up to par except when they discarded their elitist and narrow-mindedly aggressive posturing and when they saw themselves not as »German,« but as universal and humanistic instead. This means that they must be free of patriotism.

This was the aim of the education policy in Germany after 1945 which was called »re-education«. The aim was to overcome patriotism, nationalism and chauvinism.

The spirit of re-education in the system of political education in Germany

I would like to offer some thoughts about this education policy and the political system in Germany, the system of political education, which is unique in the world. This system of political education aims at bringing to a close the indoctrination by the Nazis and their crimes against humanity during the so-called Third Reich. It is like a bulwark to empower civil society against indoctrination and fascism.

The system of political education is organized by civil society, but mostly financed by public money of the state. The most central actors in this system are political foundations like the Rosa-Luxemburg-Foundation, trade unions, the Goethe Institute, adult community colleges (Volkshochschulen), the Federal Agency for Political Education (Bundes- und Landeszentrale für politische Bildung), universities, recreational centers (Freizeitheime) and so on. The political foundations have a special role in this field. They get a lot of money from the state: currently round about 500 million EUR (all foundations together) per year. There

⁵ *Sublation* shall be the best word for the German term *Aufhebung*, which means equivocally annulment, preserving and lifting of something.

are six political foundations: Friedrich-Ebert-Foundation (SPD), Konrad-Adenauer-Foundation (CDU), Hans-Seidel-Foundation (CSU), Heinrich-Böll-Foundation (Grüne), Friedrich-Naumann-Foundation for Freedom (FDP), and Rosa-Luxemburg-Foundation (Linke). There is also the Hans-Böckler-Foundation (trade unions) and four religious foundations (Protestant, Catholic, Jewish and Muslim).

Why are there so many different foundations obtaining money from the state? The reason is that in the idea of pluralism they are very relevant actors in the field of political education, a result of the re-education program in Germany after the Second World War. In Germany there are several political parties. When they get more than five percent of the votes in an election for parliament, they become relevant. In the German constitution (Grundgesetz) it is written that the relevant parties should be understood as a mirror of relevant ways of thinking and the political spirit of the population. The constitution wants to preserve the diversity and plurality of political thinking because this is the way to organize a pluralistic debate of political opinions in a civil society and democratic state. The arguments and positions should be able to develop freely, with the liberal aim that the best idea and political solution attains the highest impact and can prevail.

The political foundations get money from the state to promote political consensus, which is represented by the political party they are affiliated with. But this promotion has to follow common and democratic rules. And they have to do it in an independent way. If they are too close to their own party, they are breaking one of the most important rules, which is the so-called »Parteiendistanzgebot«. It means that the foundations have to keep their distance even to the party they are linked with.

Another important rule is so called »Indoktrinationsverbot«: It is forbidden to indoctrinate one's audience. Surely, it is difficult to define where enlightenment ends and indoctrination begins. But all foundations acting in the field of political education together with the other main actors formulated these rules in form of a codex of democratic behavior – specified in the year 1976: it is called the »Beutelsbacher Konsens«⁶.

What would happen if someone tried to indoctrinate an audience? Or what would happen if an institution became anti-democratic? Initi-

⁶ See webpage of »Bundeszentrale für Politische Bildung«, www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens (last visit: 18.4.2016).

ally, nothing special would happen. But indoctrination occurs transparently in the public sphere where the audience is listening to the educators and is watching them. None of the actors wants to be criticized in the media (newspaper, internet, television) for breaking democratic rules. No one wants to lose their public funding. That means the public sphere is watching the educators while the audience is listening to the same educators: the public is controlling the actors of education. This is the answer to Marx's question of the theses of Feuerbach (Who educates the educators?): The public audience educates the educators. There is public pressure to do things right without indoctrination, corruption and so on, and to transform the wrong into right.

Deflected patriotism and nationalism of replacement

From post-war Germany until today, there has never been a particularly strong patriotism. But there was a deflected patriotism which is oriented to other things: Since the 1970s to the D-Mark (»DM-nationalism«) or to the constitution (»constitutional patriotism«) and finally since the 1990s to the European integration as a surrogate for nationalism.

Here is another little anecdote to explain the context: In 2000, I was in India for half a year. At Palolem Beach in Goa I was in a group of backpackers from several European countries: Norwegians, Swedes, French and Germans. At the end of a hot day reading and swimming in the Indian Ocean, we were laying in hammocks at the beach. Suddenly we came to speak about European integration. This subject was one of great public interest at the time. We talked about the common currency, the Euro, the so-called EU enlargement to the east and about the idea of a European constitution. The notion of a common constitution for all EU countries especially touched us. Because what was to be clarified was what kind of political entity the European Union should be: a federal state or the United States of Europe (similar to the USA), a confederation or merely a loose treaty community in which national sovereignty is preserved, as well as the distinct national and cultural identities? We exchanged our views. Quickly each individual backpacker had taken their position.

It was noticeable that they all – except the Germans – positioned themselves in favor of the preservation of national and cultural identities and national sovereignty. We Germans, on the other hand, held a euphoric plea for what Jürgen Habermas called a »post-national constel-

lation«:⁷ the opportunities of overcoming the national and the chance for the creation of a European identity. The Swede was visibly amused and finally said: »Well, that is typically German.«

Most of the Germans have become convinced Europeans, because this functions as a compensation for unpermitted patriotism. And there could be many confident Europeans, because European integration was no longer »containment through integration« (containment of Germany's power). In reality, for many on the critical left, it seemed as if Germany had won the Second World War in form of the EU. The third attempt seemed to have succeeded; German hegemony over Europe – not with weapons, but with the checkbook.

But this hegemony has its pitfalls. This is due to the German past. Some even say that Germany may become very European – perhaps too European. But Europe has also become very German – maybe too German. And this German Europe has a problem, because Germany behaves towards Europe as Prussia once did towards the German Reich – only that now we think we know the consequences, because we have already experienced them. What does this mean? It means that this European Germany cannot be a stable hegemon because of its anti-European past. In crucial situations the country's loyalty can always easily be denied.

The political scientist and Greek Foreign Minister Nicos Kotzias introduced the concept of *Hegesie* in an article on the role of Germany in Europe in the early 1990s. With *Hegesie* he referred to a potentially rising hegemon. But crucial for its final realization is the lack of cultural and ultimately political power. He predicted that the German government would never be able to gather all sources of power in its hands at the same time. So Germany cannot become a hegemon because it does not have political, cultural, military and economic power simultaneously.⁸ I would say that this is not quite the truth. The German State has become a hegemon in Europe despite of this. However, this hegemony has remained particularly vulnerable because of Germany's past.

I will give two examples from this and last year that illustrate this point particularly well:

⁷ See Jürgen Habermas: Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt a.M. 1998.

⁸ See Nicos Kotzias: Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der neuen Architektur Europas, in: Caroline Thomas/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.): Auf dem Weg zur Hegemonialmacht? Die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung, Köln 1993, S. 111-129.

The harsh position of the German government towards Greece during the capital and financial crisis in Europe has given it a bad image abroad. Angela Merkel and Wolfgang Schäuble were pictured in Nazi uniforms in cartoons by the Greek press.

This moment announced a revocation of the recognition of German hegemony. The hegemon seemed to fall back into Hegesie, although the austerity – significantly promoted by the German government – was forced, but the Greek State and its population were deeply humiliated.

In the »refugee crisis« the reputation of the German State abroad has greatly improved. UN Secretary General Ban Ki Moon even praised Angela Merkel for her humanitarian refugee policy in March this year.⁹ Many Syrian refugees speak about Merkel as a »mother«, and refugee mothers often give their newborns the name »Angela«.

But under the humanitarian garment there are completely different interests which largely remain unseen: Germany needs one million immigrants every year so that the social security system – in particular the pension system – does not collapse. After that million refugees had come to Germany last year, the borders were closed.

Europe is in a serious crisis, evident from the fact that in many EU countries, right-wing parties are elected into government. They are rebuilding boundaries and erecting high fences against the wave of refugees. Nationalism threatens to bring the European project near its collapse.

In Germany, there is a new right-wing movement (Pegida), which is also accompanied by right-wing parties (AfD and NPD). Currently, these right-wing parties have been elected into regional parliaments. Their programs are racist and aimed at raising patriotism through patriotic education in schools. All democratic parties in Germany – except the left party – now speak positively of a German »core culture« (Leitkultur), although quite differently: either interpreted in a very German patriotic way or in terms of a constitutional patriotism. This development would have been unthinkable in Germany only a few years ago.

⁹ »Merkel ist eine wahre moralische Stimme in der Welt«, UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat die Haltung der Kanzlerin in der Flüchtlingskrise gelobt. Merkel stelle den »Schutz jedes einzelnen Menschen ins Zentrum der Politik«, in: Zeit Online, 8.3.2016, www.zeit.de/politik/ausland/2016-03/angela-merkel-fluechtlingskrise-ban-ki-moon-un-lob (last visit: 18.4.2016).

Why patriotism and nationalism are on the rise again in Europe – in the context of the financial crisis, the refugee crisis, EU criticism and globalization – is not explicable in a mono-causal way. There is no governmental program to promote patriotism, but a right-wing social movement. What kind of desire is being promoted? Probably there are two kinds of fears the lower middle class, precarious people (those at society's edge), the poor and drop outs have: the fear of so-called alienation and the fear that their social situation could become even more oppressive. Patriotism at the center of society gets a chauvinistic touch throughout Europe as well as in Germany. And it is clear that such patriotism is often a precursor of nationalism.

The transitions are fluid. There is no »normal nationalism«¹⁰ or »normal national patriotism« (Thomas Nipperdey) that could save them from their radicalization. In capitalism (competition, exploitation, class society) they become intensifiers of chauvinism, sexism and racism, exploitation and exclusion.

Therefore Goethe's description of magic could be a good parable about patriotism and nationalism: The spirits which you invoke will not disappear again as soon as you stop liking them if only there are many of them; they become uncontrollable.

The Raft of the Medusa

Humanity is falling by the wayside. What to reply to a refugee who has so directly encountered »our« weapons and borders, yet not »our« humanism within Europe? What does he know of »our« humanism? Has he experienced its real existence? Did he know that this humanism might be painfully absent even in the treasured »West«?

It is precisely this »Western« ideal of humanism that is inherently ambiguous and may rapidly »shipwreck«. This has been known since at least 1816, when an atrocious incident in France had such a strong impact on collective consciousness that it was turned into an allegory.

French painter Théodore Géricault immortalized the atrocity in the form of a monumental painting. In it, a raft at sea: the raft of the Medusa, a makeshift float built from the planks of the French frigate *La Méduse* that had been in distress just off the West-African coast. Fifteen

¹⁰ See Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866-1918. Zweiter Band. Machtstaat vor der Demokratie*, München 1992, S. 595ff., 597ff., 602ff.

men are seen on board the Medusa, afflicted with hunger and illness, hardly in their right senses and more dead than alive.

The original Medusa accommodated 400 seamen but not enough room could be made in its lifeboats. A raft was built and loaded with 200 people, food and water. Even 150 people on board nearly swamped it, but the raft was tied to other lifeboats and pulled towards the coast. Once land was in sight, however, the rope that tied the boats together was cut – the raft started to cast adrift, further and further away from the coast as it had no engine to steer itself to the shore. Soon, food and water supplies were emptied. Over the following four days, »civilization« on the boat nearly collapsed as the castaways began to fight over their bare survival. The weakest were pushed off the boat and many of them drowned. Those trying to seize the remaining water reserves were executed. With every person leaving the boat, the chance of survival increased for the rest. After another three days, those still alive began to cannibalize their former companions. 27 people remained on the boat when around half of them decided to jettison those twelve that were least expected to survive. After twelve days, the last fifteen survivors were finally rescued. Five of them died shortly after.

Géricault's painting shows the 15 survivors during their last 12 days on sea as they spot a large ship in the distance. Some are capable of attracting attention; others are pictured lying on the ground, lethargic or half dead.

The Raft of the Medusa has come to exemplify the »shipwreck of humanity«. Géricault's impressive artwork has contributed significantly to this allegory. The size of about a fourth of the original raft and currently on exhibit in The Salon in Paris, it is a warning that shows how thin the civilisational layer is, the sheaths of humanity that the Western »community of value« prides itself of. Underneath this sheath, barbarism looms large; little is needed to bring it to the fore.

Every time news breaks of more sunken boats and drowned refugees, left behind at sea by those who promised them safety on European soil, I am reminded of this »shipwreck of humanity«. Where *is* humanity? Europe is tired. Naked and tied to the back of a wild bull as one antique allegory portrays the continent, her sleep is hardly restorative. Europe has long ceased to dream of universal truth, good fortune, justice and humanism. When refugees dream of Europe, they desperately turn a blind eye to the continent's authorship of so much suffering in the world. Her dreams have vanished. The exuberant 18th century, with its visions of cosmopolitanism and universalism, has led to the narrow-minded pa-

triotism and exclusionary colonial nationalism of the 19th century, and ultimately resulted in the catastrophic story of the national-chauvinist and Eurocentric universalism of the 20th. After World War II, the pathos of freedom, equality and fraternity was relegated to Beethoven's symphony that became the hymn of the European Union. It has produced no dreams and apparently no further responsibility, only nightmares of market values and cruise missiles – a cynicism that Beethoven, were he still alive, would have fought tooth and nail.

The continuous appraisal of the »Western community of values« renders me rather speechless. A corrupted catchphrase with geopolitical connotations that serves to delineate and exclude the rest of the world: the East and its »Arab« or »Asian« activities, the South and its »savages«. But what about Auschwitz, Hiroshima, My Lai or Srebrenica? They are more than just »Western« past(s); they are very much in and of the present as modern cruelties, as abstract, material cold, as ignorance of human beings and commodities at the very centre of the »West«, against the rest of the world. No sufficient lessons have been learnt, no proper consequences drawn from the societal conditions that made Auschwitz possible; its prerequisites persist, furnished with a »human face« and elegant prose in the »Western community of values«. Ethics are now homogeneous, if not identical. The community of values is a total myth. The West is rather a community of *surplus* value. Universal human rights, demanded and fought for by numerous revolutions, resemble chewing gum instead: one can chew on it endlessly, and its flexibility and dexterity make it amenable for the capitalist economy. Continuous demands for their observation and respect mean that they are rarely materialized – which would render said demands superfluous. In those rare occasions they have been followed, only ever temporarily and precariously, the powerful were quick to seize and destroy them. The history of the »Western community of values« is a history predicated on bloody wars, scurrilous intrigues, madness and barbarism – not as civilization's »Other« but as its very constitutive components. Its double standards manifest themselves in the current configuration, in the fundamental crisis of humanity within the borders of the European Union, about to be forever eroded by poisonous surges of patriotism and nationalism.

Patriotism in the postcolonial world

Even or *especially* those very rich capitalist countries like the United States rely on a considerably strong patriotism or universal humanitarianism. But usually patriotism is a key to social cohesion, particularly in countries that are more or less uncoupled from globalization and do not benefit from it. Patriotism is a resource that moves people to do things for their country they would not otherwise do.

Perry Anderson has once pointed out in an article that patriotism in the postcolonial world, of course, takes on a slightly different role than in the Western world – namely, as a kind of empowerment against the imperialism of the West.¹¹ Therefore this patriotism must be assessed and judged differently: as a strategic tool for self-assertion in the context of anti-capitalist internationalism.

Take, for example, China: I noticed in the newspaper »Global Times«¹² that the Chinese government is promoting a rap video – the so-called »Four comprehensives«, produced by the *Xinhua News Agency*. The video is a promotion of national policies and ideology. The *Central Committee of the Communist Youth League (CCYL)* is also using internet slang, comics and mobile games to recruit new members. Of course this strategy includes patriotism – it will be fascinating to see if it works.

I really say this with great curiosity because this would not be feasible in Germany at all in the same manner. Whoever would even try to imitate youth language to promote government institutions – for example, for war missions of the military (Bundeswehr) and to attract new recruits – would probably get miserably embarrassed. The language of young people is difficult to copy. They use typical ciphers and switch codes very fast. Youth language is intended to invoke social distinction and is intentionally incomprehensible for adults and outsiders. Moreover, young people have a keen sense of when and where they are being instrumentalized. In this case they react with irony, satire or mockery. But most young people are still susceptible to the slogans, trends and fashions that are promoted by the culture industry – but just because they can do much more, subtle and understated, when they are not driven by politics.

¹¹ See Perry Anderson: Internationalismus. Ein Abriss, in: *New Left Review*, Nr. 14, März-April 2002.

¹² *Global Times*, 2.3.2016.

Well, I don't know enough about China in order to properly understand its background of dealing with patriotism. In my worldview socialism and communism do not sit well with patriotism. Internationalism or cosmopolitanism seem to be better perspectives.

Might the universalism and cosmopolitanism of the Western world be understood in China as hegemonic Eurocentrism from a postcolonial perspective? Then it would be logical to reject them, because it means that de-colonialization takes place under the conditions of colonial discursive rules. But this might be an extremely difficult decision. In my understanding universalism is not an invention of the »West« and it is also much older than the »Western world« – as old as Chinese culture, for example. Universalism has its origins in the global cosmological religions. And also in the philosophy of Confucius and others, there is a precipitate of universalism. The Euro-centric discourse unfortunately does not notice this. This should change.

This edition, now in its 6th year, can resolve such questions only partially. However, through a series of essays by current and former doctoral fellows, it directly speaks to these and other questions, seeking to understand and critically intervene into the most pressing political issues of the contemporary crisis.

I want to thank the doctoral co-editors of this volume on whose work and engagement its realization is fundamentally predicated. Special thanks go to Sibille Merz and Leland Henschke for translations into English.

*Marcus Hawel
Berlin, autumn of 2016*

AUTOR_INNEN & HERAUSGEBER_INNEN

Anika Baunack

lebt in Berlin und promoviert derzeit im Fach Populäre Kulturen an der Universität Zürich (UZH) zu den Auswirkungen der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa auf die Nationaldiskurse in Deutschland und Irland.

Kontakt: anika.baunack@uzh.ch

Sandra Beyer

studierte Japanologie und Anglistik/Amerikanistik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie schreibt ihre Dissertation an der Goethe-Universität Frankfurt am Main zu Geschlecht und Imperialismus in Reiseaufzeichnungen von Japanerinnen zwischen 1921 und 1941 nach London. Sie wohnt und arbeitet in Berlin.

Kontakt: sandra-beyer@cyl.de

Stephanie Bremerich

hat Germanistik, Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft und Kunstgeschichte in Leipzig und Prag studiert. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Germanistik der Universität Leipzig und Mitglied der Redaktion von *kritisch-lesen.de*.

Kontakt: stephanie.bremerich@uni-leipzig.de

Svenja Bromberg

hat Soziologie, Philosophie und Wirtschaftswissenschaften in Friedrichshafen und London studiert und arbeitet derzeit als Lecturer in Soziologie an der Middlesex University in London. Sie hat kürzlich ihren PhD am Goldsmiths College abgeschlossen. Dessen Titel lautet: »Thinking Emancipation ›after‹ Marx: A Conceptual Analysis of Emancipation between Citizenship and Revolution in Marx and Balibar«.

Kontakt: svenja.bromberg@gmail.com

Marcus Hawel

studierte Soziologie, Sozialpsychologie und Deutsche Literaturwissenschaft an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover und promovierte über »Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland«. Er ist Referent für Bildungspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Kontakt: hawel@rosalux.de

Anna Lucia Jocham

studierte Soziale Arbeit (FH) und Soziologie in Freiburg und Bielefeld. Promotion im Bereich Arbeitssoziologie zum Thema »Individuelle Einstellungen zu Arbeitslosen im Kontext der Verarbeitung der subjektiven Wahrnehmung von Arbeitswelt und arbeitsweltlichen Veränderungen« an der Universität Bielefeld.

Kontakt: anna.jocham@web.de

Anna Kern

hat an der Goethe-Universität Frankfurt Politikwissenschaft studiert und anschließend an der Philipps-Universität Marburg zum Thema urbaner Sicherheitspolitiken im Neoliberalismus promoviert.

Kontakt: annakern@hotmail.de

Kai Linke

hat einen Master of Education in Englisch und Geographie. Zurzeit promoviert er im Fach Amerikanistik an der Humboldt-Universität zu Berlin zum Thema »The Difference That Whiteness Makes: (De)Constructions of Whiteness in Queer U.S. Comics«.

Kontakt: humboldtlinke@gmail.com

Sibille Merz

studierte Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und Post-colonial Studies am Goldsmiths College, University of London. Derzeit promoviert sie am Goldsmiths College in Soziologie zu genetischen »Rasse«-Konzepten in der transnationalen Arzneimittelentwicklung am Beispiel klinischer Studien in Indien.

Kontakt: sibille.merz@gold.ac.uk

Lea-Sophie Schiel

studierte Theater- und Medienwissenschaft sowie Philosophie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) und der Universität Bern. Sie promoviert in Theaterwissenschaft an der Freien Universität Berlin zu dem Thema: »Das Theater des Obszönen. Über Sex-Performances.«

Kontakt: lea-sophie.schiel@fu-berlin.de

Sebastian Schönemann

studierte Soziologie und Politikwissenschaft. Er promoviert zu »(Be)deutende Bilder. Verstellte Blicke? Eine Studie über die Rezeption von Symbolbildern des Holocaust in der sozialen Erinnerungspraxis« im Fach Soziologie an der Universität Koblenz-Landau.

Kontakt: seb.schoenemann@googlemail.com

Timm Benjamin Schützhofer

studierte Politik und Global Political Economy an der Universität Kassel. Er promoviert dort zu den fiskalpolitischen Herausforderungen rohstoffabhängiger Staaten, wobei er sich auf die Analyse der ecuadorianischen Fiskalpolitik im Kontext der Revolución Ciudadana konzentriert.

Kontakt: schuetzhofer@student.uni-kassel.de

Martin Schröder

hat Politikwissenschaft, Hispanistik und Zeitgeschichte in Halle/Saale, Leipzig und Vigo studiert. Er promoviert am Institut für Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zu Debatten um die staatliche Herrschaft über den ländlichen Raum Venezuelas von 1935 bis 1992 und deren praktische Folgen am Beispiel der Wayúu.

Kontakt: info@schroeder-martin.net

Maria Tsenekidou

studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialpsychologie an der Leibniz Universität Hannover. Sie promoviert dort zum Thema »Politische Subjektivitäten im Umbruch. Internet und soziale Bewegungen«. Dabei geht es um die Veränderungen von politischer Sozialisation und sozialen Bewegungen unter neoliberalen und digitalen Bedingungen. Sie ist aktiv in der Arbeitsgemeinschaft Politische Psychologie.

Kontakt: kidou@web.de

Nelli Tügel

hat Skandinavistik und Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Freien Universität studiert. Sie promoviert über Streik-Solidaritätsbewegungen in Westdeutschland, Großbritannien und Schweden zwischen 1969 und 1989.

Kontakt: nelli_tuegel@yahoo.de

Sascha Wölck

ist Autor zahlreicher journalistischer und wissenschaftlicher Texte zur Geschichte, Kultur und Politik des modernen Vietnams. Er studierte Südostasien-Studien, Bildende Kunst und Intercultural Communication. An der Europa Universität Viadrina promovierte er 2015 in den Kulturwissenschaften über die Geschichte des modernen Rassismus in Vietnam, welche er entlang von Diskriminierungserfahrungen von Besatzungskindern US-amerikanischer Soldaten diskutiert. Er ist Sozialarbeiter in Treptow-Köpenick und Lehrbeauftragter im Fachbereich Sozial- und Kulturanthropologie an der Freien Universität Berlin.

Kontakt: Sascha.woelck@yahoo.com

Corinna Marie Wolff

studierte Kunstgeschichte und Kulturwissenschaften und studiert im Master Kulturphilosophie mit Schwerpunkt psychoanalytischer Kulturtheorie an der Universität Leipzig.

Kontakt: corinnamariewolff@googlemail.com

**VERÖFFENTLICHTE DISSERTATIONEN
VON STIPENDIAT_INNEN AUS DEN
JAHREN 2015-2016**

Alke Jenss

Grauzonen staatlicher Gewalt

Staatlich produzierte Unsicherheit in Kolumbien und Mexiko

transcript, Bielefeld 2016

494 Seiten, 49.99 Euro

ISBN 978-3-8376-3251-4

Paramilitärs, Kriminalität, Verschwundene – der »Krieg gegen die Drogen« hat in wirtschaftlichen Boomzonen Kolumbiens und Mexikos Gewaltverhältnisse auf Dauer gestellt: Illegale und legale Ökonomie sind kaum mehr zu trennen. Alke Jenss bietet einen differenzierten Blick auf die Rolle des Staates: Bekämpft er die, die er zu bekämpfen vorgibt? Stellt der Staat tatsächlich Ordnung her oder produziert er vielmehr selbst Unsicherheit für Teile der Gesellschaft? Die Studie analysiert erstmals staatstheoretisch und vergleichend Gewaltdynamiken in beiden Ländern. Sie hinterfragt kritisch, welche gesellschaftlichen Kräfte die Stärkung des Militärs in ihrem eigenen Sinne vorantreiben und wer von Gewaltpraktiken betroffen ist. Die Arbeit wurde von der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Lateinamerikaforschung ADLAF mit ihrem Dissertationspreis ausgezeichnet.

Alke Jenss ist seit Oktober 2016 Akademische Rätin an der Universität Bielefeld und lehrt an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin. Sie arbeitet zu Transformationen des Staates und sozialer Ungleichheit und zum Zusammenhang zwischen Austeritäts- und Sicherheitspolitik.

Kontakt: alke_jenss@yahoo.de

Lars Förster

Bruno Apitz

Eine politische Biographie

be.bra wissenschaft verlag, Berlin 2015

250 Seiten, 36.00 Euro

ISBN 978-3-95410-054-5

Der in Leipzig geborene Schriftsteller Bruno Apitz (1900-1979) erlangte mit seinem Roman »Nackt unter Wölfen« (1958) weltweite Anerkennung – er war der erste und vielleicht weitstrahlendste Weltbestseller der DDR-Literatur überhaupt. Zugleich galt und gilt Apitz bis heute als einer der regimetreuesten Literaten des SED-Staates, als ein Schriftsteller, der an die emanzipatorische Kraft des Kommunismus bis zuletzt wirklich glaubte. Dennoch fehlte bislang eine fundierte politische Biografie über den Autor. Der Historiker Lars Förster schließt diese Lücke und gibt der Forschung wie auch interessierten Laien eine differenzierte und quellenbasierte Biografie an die Hand. Dabei beleuchtet er wesentliche Facetten von Apitz' politischem Leben neu, teilweise erstmals – darunter seine bislang unbekanntenen Schattenseiten. Dafür hat Förster Quellen aus elf Archiven in sechs Städten zusammengetragen und ausgewertet sowie mit Zeitzeugen gesprochen. So entsteht nicht zuletzt auch ein lebendiges Charakterbild eines höchst sensiblen und einfühlsamen Autors.

Lars Förster ist derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Erziehungswissenschaft der Technischen Universität Dresden. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich des historischen Lernens und der politischen Bildung.

Kontakt: foersterlars@gmx.de

Esther Abel

Kunstraub – Ostforschung – Hochschulkarriere

Der Osteuropahistoriker Peter Scheibert

Ferdinand Schöningh, Paderborn 2016

285 Seiten, 44.90 Euro

ISBN 978-3-506-78543-5

Seit Jahren beschäftigt sich die Zeitgeschichte mit der Verstrickung von Vertretern der eigenen Zunft in das nationalsozialistische Regime. In diesem Beitrag geht es verstärkt um die Fragen inhaltlicher und personeller Kontinuitäten in der osteuropäischen Geschichte. Zur Erforschung von entsprechenden Entwicklungen ist hier der biographische Ansatz zum ambivalenten Osteuropahistorikers Peter Scheibert (1915-1995) gewählt. Seine Aktivitäten in der Waffen-SS und seine Verstrickung in den NS-Kulturgutraub sollen ebenso beleuchtet werden wie sein Dasein als Hochschullehrer und sein Umgang mit der eigenen Vergangenheit. Das Buch will im Besonderen einen Beitrag zur Fachgeschichte der Osteuropaforschung leisten.

Esther Abel hat Osteuropäische Geschichte und Slawistik in Leipzig, Marburg, London und Giessen studiert. Sie wurde 2015 an der Ruhr-Universität Bochum promoviert und arbeitet in der Gedenkstätte Hadamar. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind NS-Verbrechen, Erinnerungskultur und Genderforschung.

Kontakt: esther.abel@web.de

Ruggiero Gorgoglione

Paradoxien der Biopolitik

Politische Philosophie und Gesellschaftstheorie in Italien

Transcript, Bielefeld 2016

404 Seiten, 39.99 Euro

ISBN 978-3-8376-3400-6

Welche Rolle spielt die Persistenz des Todes im Inneren einer Politik des Lebens? In einer kritischen Rekonstruktion und Ergänzung der Begriffe und Thesen von Giorgio Agamben, Roberto Esposito sowie Michael Hardt und Antonio Negri entlarvt der italienische Soziologe Ruggiero Gorgoglione die zentralen Paradoxien der Biopolitik. Am Beispiel des biopolitischen Dispositivs veranschaulicht der Band, wie Philosophie und Gesellschaftstheorie in Italien einen grundlegenden Beitrag zur Lösung dringender Probleme des Politischen leisten können.

Ruggiero Gorgoglione (Dr. phil.), geb. 1982, promovierte am Institut für Soziologie der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Seine Schwerpunkte sind Biopolitik, Thanatopolitik, analogische Rationalität, italian thought.

Kontakt: rug.gorg82@gmail.com

Gorgoglione@em.uni-frankfurt.de

Marcus Eckelt

Zur sozialen Praxis der Berufsbildungspolitik

Theoretische Schlüsse aus der Rekonstruktion der Entwicklung des Deutschen Qualifikationsrahmens

wbv – W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2016

464 Seiten, 39.00 Euro

ISBN 978-3-7639-5740-8

Sind Abschlüsse in Berufsbildung, Allgemeinbildung und Hochschulbildung vergleichbar? Ist die Chancengleichheit in der Bildung Realität? Die Untersuchung analysiert die Arbeit, die Ziele, die Kompromisse und die Interessen der Mitglieder des Arbeitskreises Deutscher Qualifikationsrahmen (AK DQR). Ausgehend von der gesellschaftspolitischen Bedeutung der Berufsbildung untersucht der Autor den DQR-Prozess als soziales Phänomen. Auf der Basis leitfadengestützter Interviews zeichnet er einen Aushandlungsprozess mit weitreichenden Konsequenzen nach, der von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde. Im Zentrum der Forschungsarbeit stehen der Entstehungsprozess von Berufsbildungspolitik und das Ringen um die Bedeutung der gefundenen Kompromisse. Die Rekonstruktion der DQR-Arbeit macht sichtbar, wie soziale Ungleichheit in Bildungsabschlüssen durch die Zuweisungsfunktionen des Bildungssystems politisch verarbeitet wird. Das Ergebnis zeigt, wie sich politisches Selbstverständnis schrittweise verändert und neuen gesellschaftlichen Anforderungen Rechnung trägt, wie z.B. der Frage nach der Integration benachteiligter Personen in den Arbeitsmarkt.

Marcus Eckelt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Schul- und Berufspädagogik der TU Berlin. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Berufsbildungspolitik, internationale Berufsbildungskoooperation, soziale Ungleichheit sowie Jugendliche im Übergang Schule-Beruf.

Kontakt: marcus.eckelt@tu-berlin.de

Sigrun Preissing

Beitragen und äquivalentes Tauschen

Alternatives Wirtschaften

Ulrike Helmer Verlag, Sulzbach am Taunus 2016

428 Seiten, 34.95 Euro

ISBN 978-3-89741-385-6

Zwei Jahre lang begleitete Sigrun Preissing zwei alternative Projekte, in denen Menschen gemeinsam wirtschaften, ohne miteinander äquivalent zu tauschen, also abzurechnen. Dabei handelt es sich zum einen um den Pappelhof, ein Projekt, in dem ca. 600 Menschen gemeinsam Lebensmittel produzieren und konsumieren, indem jede_r so viel beiträgt, wie sie möchte und kann und sich nimmt, was sie benötigt. Beim zweiten Projekt handelt es sich um eine Gemeinsame Ökonomiegruppe, deren Mitglieder in Deutschland und Dänemark leben. Trotz der räumlichen Distanz pflegen sie eine gemeinsame Alltags- und Vermögensökonomie, zu der jede alles beiträgt und aus der jede ihren Lebensunterhalt bestreitet. Die Ethnographie zeigt anhand von Interviews, theoretischen Rekursen und dichter Beschreibung auf, wie sich die Vorstellungen von Wert, die Wahrnehmung von sich selbst als Person und die Beziehungen zur verdinglichten Mitwelt verändern, wenn Geben und Nehmen voneinander entkoppelt werden.

Sigrun Preissing ist Geografin und promovierte Ethnologin. Sie arbeitet als Dozentin am Bildungszentrum Bodelshausen zu den Schwerpunkten Diskriminierung, Alternatives Wirtschaften und Identität. Seit vielen Jahren ist sie selbst Praktikerin alternativen Wirtschaftens.

Kontakt: sigrun_preissing@web.de

Daniel Albrecht

Hegemoniale Männlichkeit bei Titus Livius

Verlag Antike, Heidelberg 2016

378 Seiten, 79.90 Euro

ISBN 978-3-938032-83-1

Männliche Akteure dominieren die römische Geschichte des Titus Livius. Sie treten in verschiedenen Feldern als Rhetoren, Väter und Krieger in Erscheinung und vollziehen Handlungen, die nach ihren situativen Kontexten narrativ eingeordnet und bewertet werden. In diesen narrativ verarbeiteten Männerbildern werden zentrale Bausteine ausgemacht, die sie konfigurieren und auf Vorstellungen von Männlichkeit verweisen, sich jedoch im konkreten *doing masculinity* beweisen müssen. Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass das Konzept der hegemonialen Männlichkeit auch für einen antiken Text Anwendung finden kann. Männlichkeit ist demnach verhandelbar, prekär und bedarf der Anerkennung; hegemoniale Männerbilder müssen mehrdimensional sein, in »ernsten Spielen« bestehen und sich dabei als intelligibel präsentieren. Doch auch abseits der »großen Männer« wird nach geschlechtlichen Zuschreibungen gefahndet und danach gefragt, wie sich die jeweiligen Figuren zu den hegemonialen Entwürfen positionieren.

Daniel Albrecht hat Geschichtswissenschaft und Sozialwissenschaften studiert und ist Mitarbeiter an der Professur für Alte Geschichte an der Universität Erfurt. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Geschlechtergeschichte, in der Römischen und Griechischen Historiographie sowie den Ordnungsvorstellungen antiker Gesellschaften.

Kontakt: daniel.albrecht@uni-erfurt.de

Sangwon Han

Konstitutive Negativität

Zur Rekonstruktion des Politischen in der negativen Dialektik Adornos

Transcript, Bielefeld 2016

267 Seiten, 32,99 Euro

ISBN 978-3-8376-3679-6

Das Ziel des Buchs besteht in der Untersuchung des Negativitätsbegriffs Adornos und damit in der Beantwortung einer Frage, was die Politik ist. Um das zu erreichen, lässt sich die gesamte Philosophie Adornos in ihrer Relation zur dialektischen Denktradition von Hegel und Marx reinterpretieren und dadurch auch die Rekonstruktion der negativen Dialektik Adornos durchführen. Von daher wird es auch das Ziel dieser Arbeit, von der negativen Dialektik Adornos die Politik der Negativität abzuleiten. Die negative Dialektik lässt sich in dieser Weise als Denkmodell zur Hervorbringung der Politik der Negativität verstehen. Nunmehr können wir Adornos philosophische Begriffe als Modelle für die Theoretisierung der Negativität der Gesellschaft, und sein theoretisches Interesse an dem mündigen Subjekt sowie der Mimesis usw. als die Theorie des politischen Subjektes interpretieren. Dadurch lässt sich die Politik der Negativität als ein neuer theoretischer Entwurf zur radikalen Politik interpretieren, die den traditionellen Marxismus, der sich in die Staatsideologie verwandelte, überwinden könnte.

Sangwon Han hat an der Humboldt-Universität zu Berlin promoviert und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der University of Seoul. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Sozial- und politische Philosophie sowie Ästhetik.

Kontakt: hansw1917@gmail.com

Nathalie Thomauske

Sprachlos gemacht in Kita und Familie

Ein deutsch-französischer Vergleich von

Sprachpolitiken und -praktiken

Springer VS Research, Wiesbaden 2017

388 Seiten, 49.99 Euro

ISBN 978-3-658-15835-4

Die Studie widmet sich den Ambivalenzen von Sprachpolitiken und -praktiken in der frühkindlichen Bildung. Dazu wurden Fokusgruppendifkussionen mit pädagogischen Fach- und Lehrkräften sowie Eltern in Deutschland und Frankreich orientiert an der konstruktivistischen Grounded Theory analysiert. Fach- und Lehrkräfte stehen unter enormem Druck, Kindern so früh wie möglich die jeweilige Bildungssprache zu vermitteln. Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass dies u.a. dazu führt, dass die zu »Anderen« gemachten Sprachen der Kinder in den familiären Kontext verbannt und in der Kita »gesilenced« werden. Einer solchen hegemonialen Sprachordnung kritisch gegenüberstehend werden Strategien thematisiert, wie Kinder sich in ihrer favorisierten Sprache äußern können.

Nathalie Thomauske ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften der Universität zu Köln sowie Fachberaterin für Kitas mit dem Schwerpunkt alltagsprachliche und inklusive Bildung.

Kontakt: nthomauske@uni-koeln.de

Uwe Sonnenberg

Von Marx zum Maulwurf

Linker Buchhandel in Westdeutschland in den 1970er Jahren

Wallstein Verlag, Göttingen 2016

568 Seiten, 44.00 Euro

ISBN 978-3-8353-1816-8

Aus den Aufbrüchen der 1968er Jahre heraus entstanden bundesweit unzählige linke Verlage und Buchläden. Mit Klassikern des Marxismus und Schlüsseltexten der Studentenbewegung prägten sie in den 1970er Jahren wesentlich die politische Kultur der alten Bundesrepublik.

Uwe Sonnenberg untersucht Entstehung, Charakter und Wandel dieses Buchhandels. Dabei nimmt der Autor mit dem Verband des linken Buchhandels (VLB) einen wenig bekannten, bislang einzigartigen Zusammenschluss in den Fokus. Gegründet 1970 vereinigte er parteiunabhängige, kollektiv betriebene Verlage, Druckereien, Vertriebe und Auslieferungen. Er besetzte Begriff und Praxis dieses Bewegungsbuchhandels und bildete ein eigenes politisch-literarisches Feld und einen eigenständigen ökonomischen Sektor. Bundesweit waren zwischen 150 und 200 Projekte im VLB engagiert.

Sonnenberg zeigt, wie die von den linken Buchhandelsunternehmen produzierte und vertriebene Literatur Weltbilder und Denkweisen ihrer Produzenten und Rezipienten prägte. Damit gelingt es dem Autor, Buchhandels- und Zeitgeschichtsforschung auf innovative Weise miteinander in Verbindung zu bringen.

Uwe Sonnenberg hat Geschichte und Politikwissenschaften studiert. Seine Forschungsschwerpunkte sind Gesellschaftsgeschichte der Linken, deutsch-russische und deutsch-deutsche Beziehungen im 20. Jahrhundert sowie die Buch- und Verlagsgeschichte.

Kontakt: Uwe.Sonnenberg@web.de

Madeleine Sauer

Widerspenstige Alltagspraxen

Eine queer-feministische Suchbewegung

wider den Kapitalozentrismus

transcript, Bielefeld 2016

266 Seiten, 34.99 Euro

ISBN 978-3-8376-3469-3

Widerspenstige Alltagspraxen sind kollektive Experimente, die sich auf der Suche nach emanzipatorischen Alternativen menschlichen Zusammenlebens und -arbeitens befinden. In drei Suchbewegungen wird die Frage verfolgt, wie dominante Wissensproduktionen über Kapitalismus und Demokratie die Analyse widerspenstiger Alltagspraxen erschweren, welche queer-feministischen und herrschaftskritischen Theorieperspektiven dazu beitragen, jene Praxen in den Fokus zu nehmen, und was die Theorieproduktion von den gelebten Praxen lernen kann.

Hierzu werden drei Praxisbeispiele aus dem Bereich der Raum(aneignungs)- und Stadtpolitiken – das Mietshäuser Syndikat, der Wagenplatz Schwarzer Kanal und das Projekt New Yorck im Bethanien – exemplarisch analysiert.

Madeleine Sauer (Dr. phil.) lehrt an der FU Berlin queer-feministische Theorien. Als freie Wissenschaftlerin forscht sie zu Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte und zum Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe. Ihre Schwerpunkte sind Demokratietheorien, Kapitalismuskritiken und soziale Bewegungen aus queer-feministischer Perspektive.

Kontakt: sauer@riseup.net

REGISTER »WORK IN PROGRESS«

ERKENNTNISTHEORIE UND METHODIK

Friedrich, Sebastian (2015, S. 29-42)

Problem und Diskurs

Das Potenzial des Problematisierungsbegriffs
bei Michel Foucault für eine ideologiekritische Diskursanalyse

Kaeß, David (2015, S. 43-55)

Denken in Konstellationen

Zum reflexiven Potential der Wissenschaft in der Kritischen Theorie

Hofer, Lena (2013, S. 33-45)

Reproduzierbarkeit und empirische Szenarien

Judenau, Cristof (2013, S. 46-66)

»Objektivität« und »Logik« in den Sozialwissenschaften

Sailer, Jan (2014, S. 27-35)

Abstraktes Denken über die Finanzkrise

Hegels ironische Ideologiekritik

ARBEIT

Marquardsen, Kai (2011, S. 41-56)

Soziale Netzwerke in der Erwerbslosigkeit

Bewältigungsstrategien in informellen sozialen Beziehungen

Nenoff, Jenny Morín (2015, S. 59-69)

Quo vadis Cuba?

Der kubanische Transformationsprozess aus der Sicht
der Reformverlierer_innen

Paulus, Stefan (2011, S. 57-68)

Work-Life-Balance als neuer Herrschaftsdiskurs

Eine kritische Diskursanalyse eines Regierungsprogramms

Pierdicca, Marika (2015, S. 70-85)

Du musst es nur wollen

Integrationsregimes in der Arbeitswelt –
eine Feldstudie zu migrantischer Selbstständigkeit

Richter-Steinke, Matthias (2011, S. 27-40)

Von der Liberalisierung zur Privatisierung europäischer Eisenbahnen

Der Aktionsradius der Bahngewerkschaften im Wandel

POLITISCHE ÖKONOMIE

Aliaga, Rafael Aragüés (2015, S. 89-101)

Der Staat der Logik und die Logik des Staates

Anmerkungen zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie

Barth, Thomas (2012, S. 31-46)

Ökologie – Kapitalismus – Demokratie

Ansätze zur Vermessung eines Spannungsfeldes

Breda, Stefano (2015, S. 102-116)

Kredit als spezifisch kapitalistische Finanzierungsform

Forschungsnotizen gegen die realwirtschaftliche Auffassung
der Marxschen Theorie

Butollo, Florian (2012, S. 47-56)

Of old and new birds

Case studies on the impact of industrial upgrading initiatives on working
conditions in the garment and IT sector of China's Pearl River Delta

Michaeli, Inna (2015, S. 117-127)

Economic Citizenship

A Category of Social Analysis in Neoliberal Times

Preissing, Sigrun (2013, S. 69-83)

Geld und Leben

Vom »Beitragen statt Tauschen« in Gemeinschaften
mit Alternativökonomie

Sailer, Jan (2011, S. 69-79)

Marx' Begriff von Moral

Zur Genese des allgemeinen Interesses aus dem Privatinteresse

Santarius, Tilman (2014, S. 39-54)

Die Habitualisierung von Wachstum

Effizienz als kognitives Skript im Kontext kapitalistischer Gesellschaften

TRANSFORMATION VON STAATLICHKEIT

Brodkorb, Birte (2014, S. 57-73)

Nahrungsdeprivation als Mittel der politischen Auseinandersetzung

Aufgaben und Grenzen des internationalen Strafrechts

Gehring, Axel (2013, S. 87-101)

»Militärische Vormundschaft« in der Türkei oder Kontinuität zur türkischen Militärjunta des 12. Septembers 1980?

Hegemoniepolitik mit Erzählungen über die türkischen Streitkräfte

Gerster, Karin A. (2014, S. 74-97)

Palestinian Non-Governmental Organizations

A neoliberal structured employment community

Jenss, Alke (2011, S. 81-94)

Zurück nach rechts: Transformation von Staatlichkeit unter Bedingungen neoliberaler Globalisierungsprozesse in Kolumbien und Mexiko

Nagler, Mike (2011, S. 107-118)

Der Einfluss lokaler Eliten auf die Privatisierung kommunaler Leistungen am Beispiel Leipzigs

Radhuber, Isabella Margerita (2011, S. 95-106)

Die indigenen Rechte im bolivianischen Wirtschaftsmodell:

Eine Analyse ausgehend von der Erdgaspolitik

Voigtländer, Leiv Eirik

(2012, S. 59-77)

Citizenship und soziale Grundrechte

Folgen einer Einschränkung sozialer Rechte für die Betroffenen als Bürger_innen des Gemeinwesens

Ruiz Torres, Guillermo

(2012, S. 78-95)

Gesellschaftspolitische Dynamiken revolutionärer Bewegungen.

Der Fall des »Leuchtenden Pfades« Peru 1980-2000

Die Aufstandsbekämpfungspolitik des peruanischen Staates

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Stehle, Jan

(2011, S. 119-133)

Das Amt und der Aktenzugang

Meine Bemühungen um Aktenfreigabe beim Auswärtigen Amt im Kontext des Berichts der Historikerkommission sowie der Archivierungspraxis des Auswärtigen Amtes

GEWALT UND ERINNERUNG

Abel, Esther

(2011, S. 147-160)

Peter Scheibert – ein Osteuropahistoriker im »Dritten Reich«

»Wissenschaftliche« Aufgaben im Sonderkommando Künsberg

Denzinger, Esther

(2011, S. 187-197)

Ruanda, 16 Jahre nach dem Genozid:

Erinnerungsprozesse und die Politik des Vergessens

Fischer, Henning

(2014, S. 101-118)

»Opfer« als Akteurinnen

Emmy Handke und die Ursprünge der *Lagergemeinschaft Ravensbrück*, 1945 bis 1949

Förster, Lars

(2012, S. 109-131)

Bruno Apitz und das MfS

Zum Selbstverständnis eines deutschen Kommunisten

Fröhlich, Roman (2011, S. 161-173)

Der Einsatz von Gefangenen aus den Lagern der SS bei deutschen Unternehmen

am Beispiel Heinkel und HASAG – ein Vergleich

Johann, Wolfgang (2015, S. 147-162)

Das Diktum Adornos in der westdeutschen Nachkriegszeit

Historische, literarische und philosophische Kontexte

Genel, Katia (2011, S. 174-186)

Die sozialpsychologische Kritik der Autorität in der frühen kritischen Theorie

Max Horkheimer zwischen Erich Fromm und Theodor W. Adorno

Laumer, Angelika (2014, S. 119-132)

Nachkommen von NS-Zwangsarbeiter_innen im ländlichen Bayern

Wie Zugehörigkeit und Differenz am Beispiel von Namen verhandelt werden

Margain, Constance (2012, S. 99-108)

Zwischen Verlusten und Trümmern

Der Widerstand der Internationale der Seeleute und Hafentarbeiter gegen den Nationalsozialismus

Schupp, Oliver (2011, S. 135-146)

Der Verlust kommunistischen Begehrens

Entwurf einer geschichtsphilosophisch informierten und gedächtnistheoretisch begründeten Deutung der Brucherfahrung von ehemaligen Kommunist_innen in der Weimarer Republik

Stamenić Boris (2013, S. 119-131)

Sinjska alka

Das politische Leben eines Ritterspiels

Steinbach, Stefanie (2015, S. 131-146)

Gegnerforschung im Sicherheitsdienst des Reichsführer SS

Das Amt II des Sicherheitshauptamts (1935-1939)

Zwick, Maja (2013, S. 105-118)

Translation matters

Zur Rolle von Übersetzer_innen in qualitativen Interviews
in der Migrationsforschung

ANTISEMITISMUS UND RASSISMUS

Baron, Christian (2014, S. 148-162)

Dem Volk aufs Maul geschaut

Rassismus und Klassismus in den Debatten um Thilo Sarrazin
und Mesut Özil im Online-Leserkommentarforum von Faz.net

Carbone, Beatriz Junqueira Lage (2015, S. 181-195)

Whiteness and Discourses on Nationality in Brazil

An Analysis of *Populações Meridionais do Brasil*

Diebold, Jan (2015, S. 165-180)

Vorstellungen von »Blut«, »Boden« und »natürlicher« Herrschaft

Das Wechselverhältnis von adligen und rassistischen Konzepten

Fischer, Leandros (2014, S. 135-147)

Die Partei DIE LINKE und der Nahostkonflikt

Eine Debatte im Spannungsfeld von Parlamentarismus und
Bewegungsorientierung

Kinzel, Tanja (2011, S. 211-224)

Was sagt ein Bild?

Drei Porträtaufnahmen aus dem Ghetto Litzmannstadt

Krueger, Antje (2011, S. 225-238)

»Keine Chance pour Wohnung – C'est pas possible!«

Sprachliche Zwischenwelten als kulturelles Produkt des
Migrationsprozesses

Urban, Monika (2011, S. 199-210)

**Die »Heuschreckenmetapher« im Kontext der Genese
pejorativer Tiermetaphorik**

Reflexion des Wandels von sprachlicher Dehumanisierung

- Kaya, Zeynep Ece* (2012, S. 135-151)
»Afrika als europäische Aufgabe« oder »eine spezifisch deutsche Theorie der Kolonisation«?
Zur Geschichte eines ideologischen Diskurses

RELIGION UND SÄKULARISIERUNG

- Bakhshizadeh, Marziyeh* (2011, S. 251-257)
Frauenrechte und drei Lesarten des Islam im Iran seit der Revolution 1979
- Serkova, Polina* (2011, S. 239-250)
Subjektivierungstechniken in der Erbauungsliteratur des 17. Jahrhunderts

NATUR – TECHNIK – KULTUR

- Ayboga, Ercan* (2011, S. 273-289)
Talsperren und ihr Rückbau
- El Dorry, Mennat-Allah* (2015, S. 218-227)
Monks and Plants
Working on Understanding Foodways and Agricultural Practices in an Egyptian Monastic Settlement
- Fischer-Schröter, Paul* (2015, S. 199-217)
Die germanische Siedlung Wustermark 23, Landkreis Havelland
Ein Beitrag zu den sogenannten Korridorhäusern
- Forker, Melanie* (2014, S. 187-200)
Schutz und Nutzung im brasilianischen Trockenwald
Literaturrecherche und Vegetationserhebungen zu den forstlichen Ressourcen der Caatinga
- Ibrahim, Bassel* (2014, S. 165-174)
Behandlung von hydrothermal karbonisierten Biomassen für die Ammoniakabtrennung
Der hydrothermale Karbonisierungsprozess (HTC)

Maren Kellermann (2015, S. 228-244)

Alexander Mitscherlich

Zur gesellschaftlichen Dimension psychosomatischer Medizin

Lehmann, Rosa (2015, S. 245-260)

Ohne offenen Ausgang

Die indigene Befragung in Juchitán als Machtinstrument
zur Durchsetzung eines Mega-Windparks

Mansee, Susanne (2011, S. 259-272)

Am Strand

Zur Genese eines Sehnsuchtsraumes

Messerschmid, Clemens (2014, S. 175-186)

**Feedback between societal change and hydrological response
in Wadi Natuf, a karstic mountainous watershed in the
occupied Palestinian Westbank**

MEDIEN

Bescherer, Peter (2011, S. 291-306)

Ganz unten im Kino

Eisenstein, Pasolini und die politische Subjektivität
des Lumpenproletariats

Brock, Nils (2011, S. 307-320)

Ansichtssache ANTenne

Überlegungen zu einer medienethnographischen
Untersuchung des Radiomachens

Isentyeva, Anna (2015, S. 263-279)

The English Garden under Threat

Roses and Aliens in the Daily Telegraph Editorial

Steckert, Ralf (2012, S. 155-170)

Lenas Schland

Zur populären Konstruktion neuer deutscher »Nationalidentität«

Tsenekidou, Maria (2015, S. 297-313)

Vom Buckeln zum Treten

Leistungsdruck und konformistische Rebellion

LITERARISCHES FELD

Matienzo León, Ena Mercedes (2011, S. 321-328)

El político como fabulador

Becker, Maria (2011, S. 367-378)

Von der Zensur der Partei in die Zensur des Marktes?

Literarische Selbstverwirklichung renommierter Kinder- und JugendbuchautorInnen der DDR vor und nach 1989

Beyer, Sandra (2012, S. 173-184)

Die das Meer gen Westen überquerten

Selbstzeugnistraditionen von reisenden Japanerinnen bis 1945

Greinert, Cordula (2011, S. 329-344)

Subversives Brausepulver

Heinrich Manns Tarnschriften gegen den Nationalsozialismus

Killet, Julia (2011, S. 345-355)

Maria Leitners Reportagen aus Nazi-Deutschland

Mehrle, Jens (2011, S. 356-366)

Sozialistischer Realismus 1978

Zu einem Vorschlag von Peter Hacks

BILDUNG

Niggemann, Janek (2014, S. 203-220)

Mit schmutzigen Händen die Herzen von Intellektuellen brechen

Zum Verhältnis von Hegemonie und pädagogischer Autorität bei Gramsci

Schmidt, Bettina (2011, S. 379-394)

Brüche, Brüche, Widersprüche ...

Begleitende Forschung emanzipatorischer politischer
Bildungsarbeit in der Schule

KÖRPER – MACHT – IDENTITÄT – GENDER

Albrecht, Daniel (2012, S. 187-202)

Von Männern und Männlichkeiten

Livius neu gelesen

Bayramoğlu, Yener (2014, S. 223-235)

Die kriminelle Lesbe

Die Kriminalisierung des lesbischen Subjekts in den
1970er Jahren in der *Bild*-Zeitung

Dieterich, Antje (2013, S. 153-166)

Funktion und Funktionalisierung

Indigenität zwischen Rassismus und politischer Strategie

Hannemann, Isabelle (2012, S. 216-233)

Das Jenseits der Schablone

Wahrnehmungstheoretische Überlegungen zum Thema
»Grausamkeit und Geschlecht«

Heymann, Nadine (2011, S. 409-421)

**Visual Kei: Praxen von Körper und Geschlecht in einer
translokalen Subkultur**

Kousiantza, Sofia (2013, S. 135-152)

Ausdehnung, Materialität und Körper bei Benedict de Spinoza

Krishnamurthy, Archana (Aki) (2015, S. 283-296)

Widerstandskörper – Körperwiderstand

Körperdialoge zur Rolle der Scham bei
vergeschlechtlichten Subjektivierungsprozessen

Pelters, Britta (2011, S. 422-435)

Die doppelte Kontextualisierung genetischer Daten:

Gesundheitliche Sozialisation am Beispiel der
Familie Schumacher-Schall-Brause

Trebbin, Anja (2011, S. 395-408)

Vergesellschaftete Körper

Zur Rolle der Praxis bei Foucault und Bourdieu

Tuzcu, Pinar (2012, S. 203-215)

»Diese Bitch is' eine Gefahr«

Lady Bitch Ray and the Dangerous Supplement.
A Transcultural Locational Feminist Reading

Wölck, Sascha (2013, S. 167-183)

Con lai Mỹ

Über Marginalisierung amerikanischer Besatzungskinder in Vietnam

EMANZIPATION UND UTOPIE

Babenhäuserheide, Melanie (2013, S. 187-199)

The Twofold Happy Ending of J.K. Rowling's »Harry Potter«-Series

Utopian and Affirmative Aspects

Baumbach, Franziska (2012, S. 237-248)

**Kapitalismus, Menschenbilder und die Udenkbarkeit
gesellschaftlicher Veränderung**

Ernst, Tanja (2011, S. 451-463)

Transformation liberaler Demokratie:

Dekolonisierungsversuche in Bolivien

Göcht, Daniel (2013, S. 200-212)

Geschichtsphilosophie der Kunst

Georg Lukács' »Die Eigenart des Ästhetischen«

Pöschl, Doreen (2013, S. 213-226)

Von der Freiheit, Kunst zu schaffen

Künstlerische Autonomie in der DDR

Reh, Susanne

(2015, S. 315-329)

Megaprojekte in Chiapas

Koloniale Kontinuitäten und neozapatistischer Widerstand

Scholz, Andrea

(2011, S. 437-450)

**Indigene Rechte, entzauberte »Wilde« und das Dilemma
engagierter Ethnologie**

Vey, Judith

(2011, S. 464-472)

Freizeitprotest oder Beschäftigungstherapie?

Hegemonietheoretische Überlegungen zu linken Krisenprotesten
in Deutschland in den Jahren 2009 und 2010

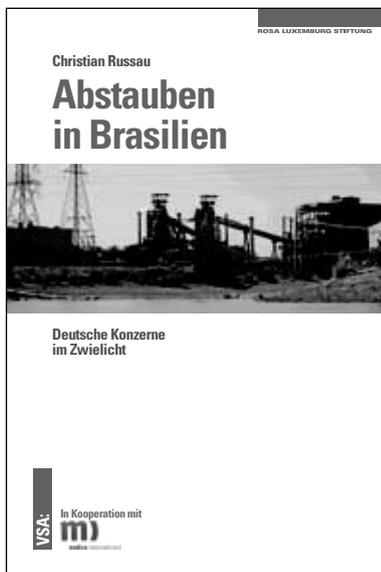
Völk, Malte

(2012, S. 249-267)

Mit Bienenflügeln zur befreiten Gesellschaft?

Jean Paul und die Frage der »Wirksamkeit« von Literatur

VSA: Veröffentlichungen der RLS



Christian Russau
Abstauben in Brasilien
Deutsche Konzerne im Zwielicht
Eine Veröffentlichung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung in
Kooperation mit medico international
240 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-721-0
Die Global Player der deutschen Wirtschaft
sind alle in Brasilien aktiv. Der Autor geht
der Frage nach, wie sie es mit Menschen-
rechten und Umwelt halten und welche
unrühmliche Rolle deutsche Politik und
Konzerne während der Militärdiktatur in
Brasilien spielten.



Krzysztof Pilawski/Holger Politt
Polens Rolle rückwärts
Der Aufstieg der Nationalkonservativen
und die Perspektiven der Linken
Eine Veröffentlichung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
176 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-89965-702-9
Den Durchmarsch der Kaczynski-Partei bei
den Präsidentschafts- und Parlaments-
wahlen 2015 hatte kaum jemand in dieser
Deutlichkeit erwartet. Die Autoren beleuch-
ten die Hintergründe und die Aussichten
für die Linkskräfte.

VSA:

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de